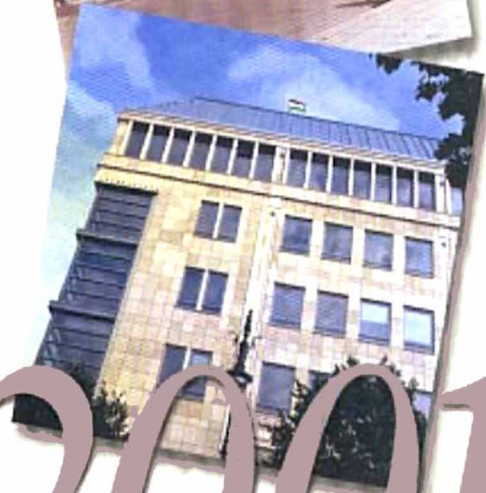
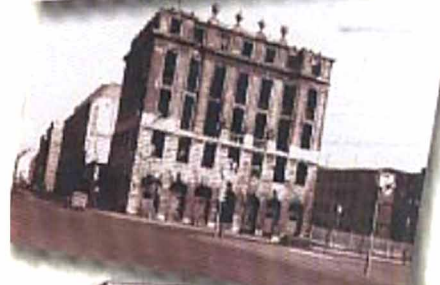


CHRONIK
DES
WIEDERHOLTEN
NEUBEGINNS



1867–2001

CORVINA

CHRONIK
DES WIEDERHOLTEN
NEUBEGINNS
1867–2001

Unser Dank gilt folgenden Sponsoren, die mit ihrer Unterstützung
die Herausgabe des vorliegenden Buches ermöglichten:

Außenministerium der Republik Ungarn

Nemzeti Kulturális Alapprogram (Fonds für Ungarische Kultur)

Prof. Dr. Helmut Greve, Honorargeneralkonsul der Republik Ungarn (Hamburg)
e.on/Hungaria

DaimlerChrysler AG

Henkell & Söhnelein Sektkellereien KG

Deutsch-Ungarische Industrie- und Handelskammer Budapest



CHRONIK
DES
WIEDERHOLTEN
NEUBEGINNS
1867–2001

*Deutsch–ungarische
diplomatische
Beziehungen*

CORVINA



Herausgegeben von GÁBOR UJVÁRY und GERGELY PRÖHLE

© BALÁZS ABLONCZY,
IVÁN BERTÉNYI JUN.,
ÁDÁM MASÁT,
PÁL PRITZ,
UEBEL LOTHAR,
GÁBOR UJVÁRY, 2001

Übersetzung © Wilhelm Droste (Aufsätze von Ádám Masát und Balázs Ablonczy),
Kékesi Katalin (Aufsatz von Gábor Ujváry),
Rásky Béla (Aufsätze von Iván Bertényi jun. und Pál Pritz), 2001

HD 71.890



2002.

Erschienen im Auftrag der Botschaft der Republik Ungarn, Berlin,
im Corvina Verlag, 1051 Budapest, Vörösmarty tér 1
Gestaltung: Mariann Gelányi
Layout: Malum Stúdió Bt.

ISBN 963 13 5146 7

INHALTSVERZEICHNIS

<i>Gergely Pröble</i> VORWORT	7
<i>Lothar Uebel</i> ADEL, KUNST UND LIMOUSINEN <i>Zur Geschichte des Baugrundes der Ungarischen Botschaft</i>	11
<i>Iván Bertényi jun.</i> EIN BÜNDNIS AUF LEBEN UND TOD ODER EMOTIONSLOSE INTERESSENSOLIDARITÄT? <i>Das Deutschlandbild in Ungarn vom Revolutionsjahr 1848 bis zum Ersten Weltkrieg</i>	33
<i>Pál Pritz</i> DIE UNGARISCH-DEUTSCHEN BEZIEHUNGEN ZWISCHEN 1918 UND 1945	63
<i>Gábor Ujváry</i> „GELEHRTENKLOSTER MIT STILLEM KLOSTERGARTEN“. <i>Die Geschichte des Collegium Hungaricum Berlin (1924–1944)</i>	85
<i>Balázs Ablonczy</i> „DEUTSCHE WELT“ ODER „NEUES EUROPA“? <i>Das Deutschlandbild der ungarischen politischen Elite zwischen 1933 und 1945</i>	113
<i>Ádám Masát</i> UNGARN UND DIE HERAUSBILDUNG DER BEZIEHUNGEN ZU DEN BEIDEN DEUTSCHEN STAATEN ZWISCHEN 1949 UND 1989	135

VORWORT

Am 11. September 2001 ist die neue Botschaft der Republik Ungarn in Berlin, Ecke Unter den Linden/Wilhelmstraße, unweit vom Brandenburger Tor eröffnet worden. Die Wahl fiel nicht von ungefähr auf diesen Zeitpunkt: vor zwölf Jahren war genau an diesem Tag die ungarisch-österreichische Grenze vor Tausenden damaliger DDR-Bürgern geöffnet worden, die die Freiheit gewählt hatten, anstatt in ihre Heimat zurückzukehren. Diese Öffnung der Grenze im September 1989 war das erste spektakuläre Zeichen dessen, daß sich eine grundlegende Umwälzung im europäischen politischen System ereignet hatte: der politisch-ökonomische Systemwechsel und die Wiedervereinigung Deutschlands gelangten in greifbare Nähe. Nun war die Eröffnung des neuen Botschaftsgebäudes am 11. September die letzte Station dieses Prozesses. Aus diesem Anlaß bringt unser Buch einen Rückblick auf die Geschichte von etwa anderthalb Jahrhunderten.

Während seines ersten Staatsbesuches in Ungarn betonte Bundespräsident Richard von Weizsäcker mehrmals: außer dem ungarischen und dem deutschen Volk würde man vergebens nach zwei anderen Völkern in Europa suchen, die in den vergangenen tausend Jahren keinen Krieg gegeneinander geführt hätten. Diese Behauptung stimmt, obgleich wir uns darüber im klaren sind, daß diese lange währende „Friedenszeit“ wohl auch ihre Schattenseiten gehabt haben



*Gergely Pröble,
Botschafter
der Republik
Ungarn*

mag. Denn die Geschichte beider Länder braucht zwar tatsächlich keine Kriege zu verzeichnen, dafür ist sie aber äußerst reichhaltig an verschiedenen Wenden.

Im historischen Bewußtsein der Deutschen und der Ungarn gibt es zwei, durchaus lebendige Jahreszahlen, die beide mit je einer ungarischen Niederlage verbunden sind. Die erste ist der Zeitpunkt der Schlacht auf dem Lechfeld, die 955 stattgefunden hatte. Nach allgemeiner Auffassung habe Kaiser Otto der Große durch die Niederlage, die er den Magyaren beigesetzt hatte, für das Gedeihen seines Reiches, für den Frieden der Völker auf dem Gebiet der heutigen



Bundesrepublik Deutschland und solcherweise auch für einen langfristigen Entwicklungsprozeß dieser Territorien gesorgt. Das ungarische historische Bewußtsein verzeichnet hingegen 955 als das Jahr einer verheerenden Niederlage, wobei es niemand bezweifeln möchte, daß die im Endeffekt zum Scheitern verurteilten Streifzüge der Magyaren geradezu den Prozeß der Staatsgründung beschleunigt hatten. Die Eheschließung König Stephans mit Gisela von Bayern sollte dann für die europäische Orientierung Ungarns für Jahrhunderte ausschlaggebend sein. Der Neubeginn war also an beiden Seiten zum Erfolg bestimmt und hat auch langfristig die Geschichte und die Beziehungen beider Länder geprägt.

Bis zur zweiten Jahreszahl dauert es fast genau tausend Jahre: 1954 wurde die ungarische Goldene Mannschaft von der bundesdeutschen Nationalelf im Finale der Fußballweltmeisterschaft in Bern besiegt. Diese Niederlage erschütterte in Ungarn – wo ja der Fußball stets auch ein politischer Bedeutungsträger gewesen ist – die gesamte Landesbevölkerung mitsamt der kommunistischen Führung. Dagegen wurde das Resultat des Jahres 1954 in dem in seiner Souveränität beschränkten und aufgeteilten Deutschland zur ersten wichtigen Station im Erwachungsprozeß zum neuen Selbstbewußtsein.

Die erwähnten Ereignisse spielen zwar keine entscheidende Rolle in den Beziehungen der beiden Länder, trotzdem wurden gerade sie zum Bestandteil einer „Mythologie“. Wie die mit Ungarn zusammenhängenden Gemeinplätze von der Pußta-Romantik bis zur Zigeunermusik, so tragen auch die beiden Jahreszahlen zur grundsätzlichen Atmosphäre des Landesbildes sowie zum allgemeinen historischen Bewußtsein bezüglich der Relation Ungarn-Deutschland bei.

Die Vertretungen Ungarns in Deutschland – unabhängig davon, ob sie diplomatische oder kulturelle sind – wollen keinesfalls die Stereotype im Zusammenhang mit den Ungarn verstärken. Wir verfolgen vielmehr das Ziel, die Vielfältigkeit, die Ergebnisse, ja mitunter auch die Widersprüchlichkeit des Landes in der günstigen Atmosphäre von heute zur Schau zu stellen. Unserem Buch ist ein ähnliches Ziel gesteckt: über historische Binsenwahrheiten hinaus die Leser mit den Beziehungen Ungarns zum Deutschland der Kaiserzeit, der Weimarer Republik, der Hitler-Zeit sowie zur BRD und der DDR vertraut zu machen und zu veranschaulichen, was für Illusionen die ungarische politische und kulturelle Elite gehegt und was sie von der einzigen Großmacht Mitteleuropas zur Verwirklichung ihrer – oft völlig irrealen – Ziele erwartet hat. Zugleich suchen wir zu demonstrieren, was für Vorstellungen in Deutschland im Zusammenhang mit Mitteleuropa und darin mit Ungarn entstanden sind, und wie die Vielzahl der in Deutschland tätigen ungarischen Künstler, Gelehrten und Wissenschaftler das gesamte kulturelle Erbe Europas bereichert hat. Ein neuer Zeitabschnitt nach dem Sturz der Donaumonarchie, die Etablierung einer selbständigen ungarischen Diplomatie, die Aufstellung der ungarischen Vertretungen im zweigeteilten Deutschland, sodann der Neubeginn nach dem Systemwechsel waren allesamt Epochen, in denen die Rolle der Einzelpersonen – ob Botschafter, Direktoren des Collegium Hungaricum oder Beamten des Auswärtigen Amtes in Deutschland – eine wesentliche Aufwertung erfuhr. Aus den Beiträgen geht hervor: jede Epoche, sogar die schlimmsten, hatten ihre Repräsentanten, die obwohl als Protagonisten ihres Regimes, aber dennoch weit über dessen Horizont zu blicken vermochten, und vermöge ihrer moralischen Grundstellung oder ihrer taktischen Erwägungen erkannten, daß auch ihrem Regime zeitliche Schranken gewiesen waren. Mit diesem Band wollen wir auch ihrer gedenken, die eine



ausschlaggebende Rolle darin gespielt haben, daß bei jedem Neubeginn auch die Kontinuität einigermaßen zum Tragen kommen konnte.

Ein Sonderband wird den Jahren der ungarisch-deutschen Beziehungen nach dem Systemwechsel gewidmet sein. Es wäre verfrüht, wollte man über diesen Zeitabschnitt schon jetzt eine historische Wertung abgeben, doch der zehnte Jahrestag des Abschlusses des ungarisch-deutschen Grundvertrags bietet eine gute Gelegenheit dafür, eine Zwischenbilanz über die bilateralen Beziehungen aufgrund der persönlichen Erlebnisse der wichtigsten Akteure aufzustellen. Die Chronik des wiederholten Neubeginns geht mit der Eröffnung der neuen Botschaft zu Ende. Das Gebäude steht in einer historischen Umgebung, das Schicksal des Grundstücks der Botschaft liefert indes einen aufschlußreichen Abdruck von der Geschichte der Stadt und den vergangenen stürmischen Jahrhunderten.

Leider wurde aber der 11. September 2001 nicht wegen der Eröffnung der Ungarischen Botschaft in Berlin zu einem denkwürdigen Tag. Die mehreren hundert Teilnehmer des an die Eröffnung angeschlossenen Wirtschaftsforums vernahmen mit Bestürzung die Nachricht vom größten Terroranschlag der Geschichte, bei dem viele Tausende ums Leben gekommen sind. Die seither verstrichenen Wochen haben es klargemacht: die Demarkationslinien der Weltpolitik befinden sich nicht dort, wo sie sich bislang befunden haben. Wie die Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze am 10.–11. September 1989 das Ende der Zweiteilung von Ost und West eindeutig vorweggenommen hatte, so wurde zwölf Jahre später auch jene Tatsache zur eindeutigen Wahrheit, daß die Länder Europas und alle zur freien Welt gehörenden Länder unwiderruflich aufeinander angewiesen sind. Stets begriff sich Ungarn als Bestandteil der freien Welt, was im Laufe der vergangenen zwölf Jahre mit dem System-

wechsel und unserer NATO-Mitgliedschaft auch zur institutionellen Realität geworden ist. Nun sind wir über den politischen Neubeginn hinaus, und das neue Gebäude wird lange Zeit Ungarns Botschaft in Berlin sein. Ein neuer qualitativer Sprung wird mit dem Beitritt unseres Landes zur Europäischen Union erfolgen. Diesen Schritt können wir aber nicht mehr als einen Neubeginn betrachten, zumal ja damit bei aller seiner historischen Wichtigkeit lediglich das institutionalisiert wird, was wir nach wie vor beteuern, nämlich die Zugehörigkeit Ungarns zu Europa und sein Engagement für die Idee der Rechtsstaatlichkeit.

Berlin, im Oktober 2001

Gergely Pröble



ADEL, KUNST UND LIMOUSINEN

Zur Geschichte des Baugrundes der Ungarischen Botschaft

Unter den Linden war der Boulevard im alten Zentrum der Stadt Berlin. Er beginnt am Brandenburger Tor und führte geradewegs zum Stadtschloß. Seit der Maueröffnung 1989 erwacht die ehemalige Prachtstraße schrittweise wieder zu neuem Leben. Man ahnt, daß sie ihre einstige Bedeutung wiedererlangen wird.

Mitte des 17. Jahrhunderts angelegt, war in den ersten hundert Jahren ihrer Existenz nur der östliche Abschnitt vor der Schloß-

brücke bebaut worden: Zu den bedeutendsten Bauten gehörten das Zeughaus, das Kronprinzenpalais, das Prinzessinnenpalais, die Königliche Akademie und das Opernhaus. Schon 1756 schwärmte ein Chronist: „Im Sommer, sonderlich wenn die Linden blühen, gibt diese Allee eine sehr angenehme Spazierfahrt und Gang, und sieht man alsdann wie der Hof, viele Vornehme und andere mit Karossen und Kutschen, zu Pferde und Fuß sich an dem angenehmen Schatten ergötzen.“



*Unter den Linden
75–77 (in der Mitte
das umgebaute Palais
Unter den Linden 76
mit der Durchfahrt
zur Neuen
Wilhelmstraße), 186.
(Foto: Friedrich Albei
Schwartz)
(Stadtmuseum
Berlin)*

Als 1820 die berühmte „Lindenrolle“ – ein aufrollbares, gezeichnetes Straßenpanorama – veröffentlicht wurde, waren „die Linden“ fast vollständig bebaut. Dort, wo heute der Neubau der Ungarischen Botschaft entstanden ist, fehlte noch die Einmündung der Wilhelmstraße. Auf dem damals aus zwei Grundstücken bestehenden Baugrund befanden sich das Stadtpalais des Königlichen Generalmajors der Kavallerie a.D. Friedrich Carl Leopold Graf von Schwerin (Hausnummer 75) und das Stadtpalais des Grafen von Podewils auf Gusow (Hausnummer 76).

Das Grundstück Unter den Linden 75 blieb über ein Jahrhundert lang im Besitz der Familie des Grafen von Schwerin. 1855 wurde das Gebäude umgebaut, wesentlich vergrößert und seine Straßenfassade im florentinischen Stil gestaltet. Von nun an wurde es nicht mehr nur von den Besitzern selbst bewohnt. So lebten um 1860 neben der Witwe

des Geheimen Justiz- und Kammergerichtsraths Christian Friedrich Ludwig Wilhelm Graf von Schwerin und ihren zwei Kindern der Herzog Viktor von Ratibor und der Graf Franz von Linden in dem Haus. Von Linden fungierte von 1853 bis 1866 als Königlich Württembergischer Gesandter in Berlin. Der General von Ratibor, gleichzeitig Fürst von Corvey und Prinz von Hohenlohe-Waldenburg-Schillingsfürst, war später Mitglied des Reichstages.

1877 wurde der Wert des bebauten Grundstücks anlässlich einer Neutaxierung für die Feuersozietätsversicherung auf über 400 000 Reichsmark geschätzt. Zu dieser Zeit bewohnte der Freiherr Edwin von Manteuffel (1809–1885) das Gebäude, der im Deutsch-Französischen Krieg als kommandierender General teilgenommen hatte und 1873 zum Generalfeldmarschall ernannt worden war. (Sein Wohnort war nicht zufällig gewählt: Neben- an, hinter nobler Schinkel-Fassade im Haus

*Rückansicht
des Gebäudes
Unter den Linden 76
von der Neuen
Wilhelmstraße
aus, 1865
(Foto:
Friedrich Albert
Schwartz)
(Stadtmuseum
Berlin)*





Unter den Linden 75
(rechts) und 76,
Ecke Neue
Wilhelmstraße 8b,
1905
(Foto:
Georg Bartels)
(Stadtmuseum
Berlin)

Unter den Linden 74, befand sich die Kriegs-
akademie.) Das Stadtadreibuch nennt uns
um 1880 als weitere Bewohner die Gräfin
Renard, die als verwitwete Wilhelmine Grä-
fin von Schwerin zur Hälfte Mitbesitzerin
war, ferner eine Haushälterin, einen Assi-
stenten und einen Portier. Sicher wird es we-
tere Bedienstete gegeben haben, die mögli-
cherweise nicht im Haus wohnten oder ein-
fach nicht im Adreibuch aufgeführt wurden.
Zehn Jahre später lebten neben dem Grafen
von Kesselstatt der Legations Rath Graf d'Ur-
sel und ein Kaiserlich Russischer Deligirter
namens Mosino im Haus.

Auf seine Weise ebenso interessant sind die
Baugeschichte und die Bewohner des Gebä-
des auf dem Nachbargrundstück Unter den
Linden 76: Als nach 1820 die Verlängerung
der Wilhelmstraße über „die Linden“ hin-
weg nach Norden beschlossen worden war,
waren die Tage des Podewilschen Stadtpa-

lais gezählt. Das von der Stadt angekaufte
Haus Nummer 76 wurde nach Plänen des
Stadtbaurats Karl Friedrich Schinkel umge-
baut. Es erhielt im Erdgeschoß eine Durch-
fahrt mit zwei flankierenden Durchgängen
für Fußgänger und einen brückenähnlichen
Überbau sowie zwei schmale Seitenflügel.

Das Durchfahrtsgebäude war mit gering-
sten Mitteln umgestaltet worden: „Schinkel
gliederte die Fassade in nur zwei Geschos-
se, trotzdem erschien sie würdig und dominant
zur nebenstehenden Bebauung. Über dori-
sche stellte er korinthische Säulen, getrennt
durch kräftige Gesimse, darauf ein Giebel-
feld. Die vier Gewandfiguren auf der Balu-
strade überragten schließlich die Höhe der
Lindenbäume. Ein in sich ruhender Entwurf,
der einen Hauch von ländlicher Villa in Pal-
ladios Sinne besaß. Im hinteren Teil, dem
ehemaligen Hof, schlossen sich 16 Achsen
erst viergeschossiger, dann zweigeschossiger
schmäler, die Straßenseiten begrenzender



Erster Entwurf
des Architekturbüros
von Professor
Alfred Messel,
anfangs noch ohne
das Grundstück
Unter den Linden 76,
Ecke Neue
Wilhelmstraße 8b,
1904
(Plansammlung
der Technischen
Universität Berlin)



eleganter Warenlager an. Sie waren korrespondierend zur Hauptfassade gestaltet, eine bedeutende Ansicht, was zur Verschönerung der Stadt gereicht“ (Unter den Linden – Berlins Boulevard in Ansichten von Schinkel, Gaertner und Menzel).

1822 wurde die Neue Wilhelmstraße, die durch das Gebäude führte, eingeweiht. Das sogenannte „Schinkelsche Haus“ wurde fortan als Mietshaus genutzt, welches 1828 der Kaufmann Samuel Friedrich Schulze erwarb. Das Stadtdreßbuch gibt uns Auskunft über die Bewohner: Mitte des 19. Jahrhunderts lebten hier der Prinzliche Diener Jenske, der Kanzleidiener Kunert, der Schuhmacher Gerstel, der Handschuhmacher Groth und der Universitäts-Bibliothekar Dr. Bruns. Als Geschäftsinhaber im Erdgeschoß, die teilweise ebenfalls im Obergeschoß wohnten, sind aufgeführt der Conditor Caspar, der Restaurateur Ehlig, der Manufakturwarenhändler Herzum, der Posamentenwarenhändler Win-

terfeldt, der Tabakshändler Schmuckert, der Schankwirt Schonert und der Zimmervermittler Grieshammer. 1854 wechselte erneut der Eigentümer, nun stand der Kaufmann Bernhard Gottschalk im Grundbuch. Die Mieterschaft blieb gemischt wie zuvor und weniger prominent als im Nachbarhaus Nummer 75.

Innerhalb weniger Jahrzehnte war die Wilhelmstraße zu einer wichtigen Nord-Süd-Achse im Berliner Straßenraster geworden. Aus „Verkehrsrücksichten“ – womit augenscheinlich die unpraktische schmale Durchfahrt gemeint war – wurde 1867 der Mittelbau abgebrochen. Der östliche Seitenflügel behielt die Hausnummer Unter den Linden 76, Ecke Neue Wilhelmstraße 8b, dem westlichen wurde die Nummer 76a, Ecke Neue Wilhelmstraße 8a zugeteilt. Die beiden schmalen, bebauten Parzellen gingen 1870 erneut in den Besitz der Stadtgemeinde Berlin über, bevor sich 1873 der Direktor Hermann Geber als neuer Eigentümer eintrug.

Ab 1881 wurden für einige wenige Jahre die Witwe Lisette Cosack und ihre Kinder Besitzer des bebauten Grundstücks, bevor der Kommerzienrat Bernhard Loeser das Grundstück erwarb. Zu dieser Zeit waren die wichtigsten Mieter im Haus die Konditorei Hegenberg, die Galanteriewarenhandlung Werner, die Weinhandlung Meyer und eine Filiale der stadtbekannten Zigarrenhandlung Loeser & Wolff.

Bernhard Loeser (1835–1901) und sein Teilhaber Karl Wolff (1835–1902) hatten eine überaus erfolgreiche Kette von Tabak-Filialgeschäften in Berlin aufgebaut. Dem Gründungsgeschäft am Alexanderplatz waren bis 1890 weitere 35 Filialen gefolgt (um 1900 waren es 65), die sich durch ihre damals noch ungewöhnlichen Standorte auszeichneten: Man bevorzugte Eckläden, die gut sichtbar waren und die Kundschaft von mindestens zwei Straßen aus anzogen. Die „Loeser & Wolff-Ecke“ wurde ein volkstümlicher

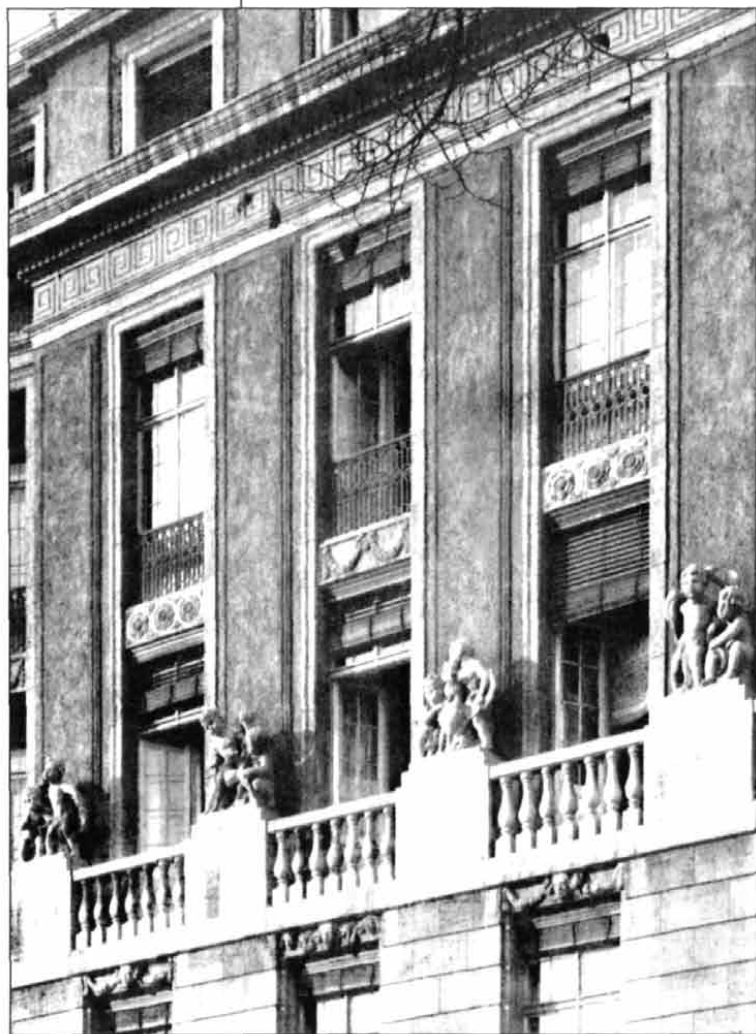
Berliner Begriff. Zusätzlichen Vorteil gegenüber der Konkurrenz verschaffte sich das Unternehmen durch den Aufbau einer eigenen großen Zigarrenfabrik.

Neben der Loeser & Wolff-Filiale in der Neuen Wilhelmstraße befand sich um 1900 das in die Literatur- und Kunstgeschichte eingegangene Weinlokal Zum Schwarzen Ferkel von Gustav Türke. Der schwedische Schriftsteller August Strindberg, der in der Nähe wohnte, war dort Stammgast und gab ihm wegen seines – einem Schwein ähnelnden – Aushangsschildes jenen Namen. Auch der norwegische Maler Edvard Munch gehörte später zu den Gästen. Zwar sollte das schmale Haus nicht mehr lange existieren, der Kunst aber blieb das Grundstück mehr denn je verbunden.

So lange es in Berlin den kaiserlichen Hof gab, waren „die Linden“ der Vorhof. Die Straße diente den Majestäten zu Paraden und Aufmärschen, als „Kulisse der Pracht



*Das Schulte-Haus,
Postkarte, um 1910
(Peter von Jena)*



*Fassadendetail,
um 1910
(Archiv
der Akademie
der Künste)*

und Machtentfaltung“ (Dieter Hildebrandt). Ausritte des Kaisers waren gleichzeitig inszenierte öffentliche Ereignisse. In einem zeitgenössischen Reiseführer der Jahrhundertwende liest man: „Die Stunde, in der Seine Majestät Unter den Linden erwartet wird, erkennt man meist schon an den Schutzleuten, die in kleinen Zwischenräumen Aufstellung nehmen – auf der Südseite der Straße, wenn der Kaiser zu Wagen, auf der Nordseite, wenn er zu Pferde kommt. (...) Man grüßt seine Majestät aus der Straße durch Frontmachen; die Herren in Zivil lüften den Hut, die Damen machen tiefe Verbeugung, die Kinder knicksen.“

Zwischen Friedrichstraße und Pariser Platz verwandelten sich „die Linden“ immer mehr in eine elegante Geschäftsstraße. „Das Leben der Linden ist wie auf einem großen Luxusdampfer“, resümierte 1913 ein Chronist.

An solch exponiertem Ort hatte die bedeutende Düsseldorfer Kunsthandlung Eduard Schulte seit 1886 ihre Filiale in Berlin: Zuerst Unter den Linden 4a im ehemaligen Ausstellungslokal der Kunsthandlung Lepke, ab 1891 im Erdgeschoß des ehemaligen Palais des Grafen Redern Unter den Linden 1 an der Ecke zum Pariser Platz. Als dieses Palais 1904 dem Neubau des Hotels Adlon weichen sollte, mußte sich Schultes Kunstsalon nach einem neuen repräsentativen Quartier umsehen. Da die Geschäfte gut gingen, entschloß man sich zum Bau eines eigenen Hauses und hatte eine glückliche Hand bei der Grundstückssuche, als es 1904 gelang, das Grundstück Unter den Linden 75 für 1 100 000 Reichsmark zu erwerben. Das Büro des prominenten Architekten Alfred Messel wurde mit ersten Entwürfen beauftragt.

Auch die Bemühungen zum Erwerb des benachbarten Eckgrundstücks waren schließlich erfolgreich: 1905 konnte Schulte die schmale Parzelle Unter den Linden 76 hinzukaufen. Noch im selben Jahr erfolgte der Abriß der Altbauten auf den Grundstücken Unter den Linden 75 und 76. Nach Plänen Messels entstand nun der Neubau eines fünfstöckigen Geschäftshauses.

Der Architekt Alfred Messel (1853–1909) war vor allem durch seine Bauaufträge für den Warenhauskonzern Wertheim am Leipziger Platz bekannt geworden (1896–1906). Weitere wichtige Bauten waren unter anderem das Lette-Haus am Viktoria-Luise-Platz (1902), das AEG-Verwaltungsgebäude am Friedrich-Carl-Ufer (1905/06) und die Villa Oppenheim am Großen Wannsee (1908). Im Büro Messels waren sehr wahrscheinlich Heinrich Kolb in Zusammenarbeit mit Paul Baumgarten für die Ausführungsplanungen zum Schulteschen Geschäftshaus verantwortlich. 1905 wurden die Bauzeichnungen vor-

gelegt. Noch im selben Jahr begannen die Bauarbeiten und kamen zum Jahresbeginn 1906 zum Abschluß. Die Baukosten betrugen nach überlieferter Erinnerung eines Nachfahren der Familie rund eine Million Goldmark.

Die Architekturkritik reagierte überschwänglich: „Das Schulte-Haus trägt, seiner Bestimmung und den künstlerischen Anforderungen des Straßenbildes gemäß, den Charakter eines stattlichen Wohnhauses, nicht den eines Kaufhauses. (...) Die Front ist in körnigem bayerischen Sandstein ausgeführt. Der bildnerische Schmuck wurde nach Messels Zeichnungen durch Professor Wrba geschaffen; die Reliefs und dekorativen Gruppen zeigen in jeder Linie des erprobten Architekten sicheres Gefühl für wirkungsvolle Belebung der Flächen“ (Moderne Kunst, 1906). „Das Schultesche Haus Unter den Linden gibt den Ton für eine Erneuerung dieser Straße an, die zugleich ihren neuen



*Blick von der Halle
zum roten
Oberlichtsaal, 1906
(Foto: Ottomar
Anschütz)
(Peter von Jena)*



*Im roten
Oberlichtsaal, 1906
(Foto: Ottomar
Anschütz)
(Peter von Jena)*



*Im roten
Oberlichtsaal, 1906
(Peter von Jena)*



*Im grünen
Oberlichtsaal mit Blick
in einen der kleinen
angrenzenden
Oberlichtsäle, 1906
(Foto: Ottomar
Anschütz)
(Peter von Jena)*





Die große
Oberlichthalle, 1906
(Peter von Jena)



Eintrittskarte
zur Galerie Schulte,
1908 (Zentralarchiv
der Staatlichen
Museen zu Berlin)

Die Kaiserin (links)
beim Verlassen der Galerie Schulte
(im Hintergrund links:
Hermann Schulte junior),
vor 1914 (Peter von Jena)



*Brandenburger Tor
(dahinter:
Pariser Platz,
links dahinter:
Einmündung
der Neuen
Wilhelmstraße mit
Schulte-Haus),
Luftaufnahme,
um 1925
(Archiv für
Kunst und
Geschichte)*



*Brandenburger Tor
(dahinter links:
Ungarische Botschaft),
Luftaufnahme, 1967
(Archiv für Kunst
und Geschichte)*





*Hermann Schulte junior, um 1950
(Ruprecht Schulte)*

Verhältnissen als Geschäftsstraße mit teurem Terrain und ihrer alten Tradition Rechnung trüge“ (Fritz Stahl, 1910).

„Das Schultehaus Unter den Linden“ sei gar „dem ganzen Stadtteil zum markanten Wahrzeichen“ geworden. Seine Lage „in unmittelbarer Nähe des Pariser Platzes, einer der wenigen Stellen Berlins, die die Reichshauptstadt auch künstlerisch zu repräsentieren vermögen, forderte eine weise Traditionseinsicht. Die Aufgabe war schwierig, denn es galt ein Wohnhaus mit der vollen Höhenausnutzung von fünf Stockwerken dem ehrwürdigen und altgewohnten Straßenbilde einzupassen. Die künstlerische Rücksicht auf die Umgebung, auf Schinkels benachbarte Artillerie- und Ingenieurschule – ein ganz flächig gehaltenes, niedriges und langgestrecktes Gebäude – zwang energisch zur Einschränkung der Höhe, das heißt zu einem Kompromiß der praktischen und ästhetischen

Postulate. Um die Höhenentwicklung zu drücken, hat Messel nach Potsdamer Muster das oberste Stockwerk als Attikageschoß ausgebildet und dem Dach einen nur geringen Neigungswinkel gegeben. Ein kräftig vorspringendes Kranzgesims über dem vierten Geschoß wirkt als obere Abschlußlinie und nimmt die durchgehende Gesimshorizontale der Nachbargebäude wieder auf. Darunter ist die Front durch ein Gurtgesims über dem Zwischenstock in zwei in ihren Höhenverhältnissen gleiche Teile geteilt. Diese Gleichwertigkeit suchte der Architekt mit klug abwägendem Proportionsgefühl wie-

*Hermann Schulte senior
(Ausschnitt
aus dem Foto einer
Hochzeitsgesellschaft
im Marmorsaal
des Hotels Adlon),
1929
(Peter von Jena)*





Carola Schulte,
geborene
Andreae, Ehefrau
von Hermann
Schulte junior,
um 1935
(Ruprecht Schulte)

„Ich will nicht, daß die Herren, die selbst Automobilisten sind, über ihren gesellschaftlichen Stand nachdenken und unter der Herrschaft, deren Beruf und Künste noch doch auch in die Gruppe der Industriellen. Ein neuer Anstoß, der die Welt aus der industriellen und gesellschaftlichen Welt der neuen Diktatur mit einem neuen Kraft ihrer Stellung ein Völkergesamtes Herrin immer im Vorteil sein. Die Schaffung der nationalen und internationalen Führerschaft hat auch hier noch keinen Wandel geschaffen. Man sieht sich doch die Herrschaften zu den letzten 1928 abgehaltene Sportveranstaltungen an. Er sind immer wieder dieselben Namen verzeichnet, die Zahl wird immer kleiner, und bei vielen Herrenfahrern kann man gerade nicht behaupten, daß sie ganz reine Amateur, ganz reine Herrenfahrer ohne industriellen Anschlag sind. Gegen diese Grenzen im Sport wird der reine Amateur niemals aufkommen.“

Wie wohl es man für die Amateur bei Langstreckenfahrten aus betrachtet man die letzten großen Kriegerfahrten — Reichsfahrt und Internationale Alpenfahrt —, dass kann man

leihen Verkehr darstellend, auch ein Kraftfahrer in Konflikt mit den polaren Bestimmungen bringen. — Das sind wunderbare Worte, die sich aber nicht in die Tat umsetzen haben, denn die Reichs- und Alpenfahrt hat viel schwerer Boden beinahe gerade das Gegenteil bewiesen. Diese Veranstaltung hat dem deutschen Automobilismus im Ausland mehr Schaden als Nutzen zueinfacht. Die internationale Alpenfahrt ist gut abgelaufen. Unter der schwachen ein guter Stern. Sie sollte aber schließlich doch in eine Schicksalsfrage aus. Um das zu erreichen, was man eigentlich will, nämlich einen ständigen Sport, muss man in Zukunft die Bedingungen noch verschärfen. Das ging aber nur auf Kosten des menschlichen Lebens. Will man die Durchschnittsgeschwindigkeiten auf 60, 70, 80 km/h erhöhen? Das ist unmöglich! Der reine Amateur kann schon unter der bisherigen Bedingung kaum mithalten und nichts für sich erreichen, geschweige denn auf Grund der Ergebnisse die Bestimmungen noch verschärfen werden.“

Eine trübselige Scheidung von Geschäft und Sport ist zu sein im Interesse des Amateur-Automobilismus wohl sehr notwendig.

der Amateurismus keine Zukunft hat. Denn, wenn es so die Dinge sind, werden es in der Zukunft die besten Sportfahrer und besten Fahrer mit ihrem ganzen Material, Automobilisten und deren ganzen Tagesbeschäftigung auftreten. Das ist eine Analyse, die man nicht in der Zukunft sehen will. Es ist vorzuziehen, dass man sich ein Ziel setzt, jede Woche einen Wagen zu bekommen, der das gibt, was man braucht, und man kann es bekommen.“

Es wird ungemein schwer sein, in der Frage der reinen Amateurismus Wandel zu schaffen. Hier muss sich der Amateur selbst helfen, wenn die Bedingung herbeiführen.

Der Sport der Zukunft liegt aber nicht in reinen Rennen und nicht in der Erzielung von neuen Rekorde, die nur einen Amateur betreffen sind, sondern in der sportlichen Touristik.

Die sich der Amateur oder ein anderer Automobilist selbst auf sein muss. Er wird in solchen gut aufgeführten Veranstaltungen, die Geschäft und Sport schart trennen, noch mehr die „reine“ Gerechtigkeit haben, was Gerechtigkeit heißt, die Ausdehnung, eine Lebensgewohnheit, seine Energie als Amateur, wenn man unter diesen zu stellen. E. v. S.

der aufzuheben, indem die beiden Untergeschosse, durch Rustikaquaderung zur Einheit zusammengezogen, als Sockel behandelt sind und diesem breit gelagerten Rechteckfeld im Obergeschoß energische Vertikaldominanten entgegengestellt werden. Zu der völlig gleichmäßigen Behandlung des Sockels, die nicht einmal dem Haupteingang eine besondere architektonische Betonung gewährt, bildet die lebhaft akzentuierende Komposition der oberen Frontpartie einen starken Kontrast. (...) Der mittlere Teil der Front ist in leichter Schwingung zurückgezogen, so daß an den Ecken schlanke Risalite, in der Hauptachse ein breiter, durch plastischen Schmuck hervorgehobener Mittelteil entsteht und dem Gegensätze suchenden Proportionsgefühl Genüge geleistet wird. Es ist diese Front ein Beweis für die früher aufgestellte Behauptung, daß die strenge, gesetzmäßige Schönheit Messelscher Monumentalarchitektur sich ganz nur der mathematisch nachrechnenden Analyse enthüllt“ (Walter Curt Behrendt, 1911).

Das Erdgeschoß des Geschäftshauses war den öffentlichen Ausstellungsräumen der Kunsthandlung vorbehalten, es bestand aus einer Vorhalle, einer Halle, einem roten und grünen Oberlichtsaal sowie zwei weiteren, kleineren Oberlichtsälen, die sich alle im hin-



Stoewer 8 Zylinder haben internationalen Ruf
Steigende Exportziffern beweisen es

In Konstruktion und Schönheit unerreicht!

Preisräger in vielen in- u. ausländischen Schönheitskonkurrenzen

Wenn Sie also heute noch einen ausländischen Wagen kaufen, kennen Sie die **Stoewer 8 Zylinder** nicht

Stoewer-Werke Akt.-Ges. vorm. Gebr. Stoewer, Filiale Berlin, U. d. Linden 75/76

Anzeige, 1928
(Landesarchiv Berlin)

teren, nur als Erdgeschoß ausgebildeten Teil des Hauses befanden. An der Straßenecke und im Anschluß daran in der Wilhelmstraße standen Ladenräume zur Vermietung bereit. Im ersten Obergeschoß wurden die Büroräume der Kunsthandlung eingerichtet. Für das zweite und dritte Obergeschoß wurden ebenfalls Mieter gesucht, während nur im obersten Geschoß Wohnungen vorgesehen waren.

Auch die Innenarchitektur fand öffentliches Lob: „Den durch das Lindenportal Eintretenden empfängt eine kleine viereckige Halle, deren Höhenverhältnisse fein abgewogen sind. Die profilierten Wände bestehen aus mattgrauem Gestein. Drei erzene Türen führen zu beiden Seiten und geradeaus in das Innere des Hauses. Über der mittleren Tür weitert sich eine Nische, aus welcher das ernste Haupt Athenas auf die Kommenden blickt. Zur linken liegen die Privatkontore der Chefs. Die Halle zur Rechten



Signet der
Ford-Filiale, 1931
(Archiv der Ford
Werke AG)



Start von drei
Stoeber-Sportwagen
zur Internationalen
Alpenfahrt vor dem
Schulte-Haus,
1929
(Dr. Hans Mai)





*Blick über
„die Linden“
Richtung Osten
beim Bau
der Nord-Süd-Bahn
(links hinten:
Schulte-Haus),
1935 (Ullstein-
Bilderdienst)*

ist in ihrem Hauptteil schon Ausstellungsraum, durch mächtige Spiegelscheiben flutet helles Licht. (...) Die matt-graugelbe Bespannung der Wände bildet einen feinen Hintergrund für Skulpturen und Gemälde; auch das graugelbe Ahornholz der Gitter und der Paneele ordnet sich trefflich dem Gesamtton ein. (...) Eine niedrige Marmortreppe, die durch sinnende antike Frauengestalten flankiert wird, leitet zu dem ersten der Oberlichtsäle. Ein tiefsattes damasziertes Rot bespannt seine Wände, deren eine die nach der Treppe hin offene Säulenstellung zeigt. (...) Der benachbarte zweite Oberlichtsaal zeigt gleichen roten Ton; sein Deckengesims zieren die Abgüsse des Cellafrises vom Parthenon“ (Moderne Kunst, 1906).

Schon im Frühjahr 1906 konnte die Galerie Schulte ihre neuen Ausstellungsräume eröffnen. Die Kunsthandlung war ein altes angesehenes Unternehmen, das Mitte des 19. Jahrhunderts von Eduard Schulte (1817–1890) in Düsseldorf gegründet worden war. Die Berliner Filiale leitete sein Sohn Hermann Schulte (1851–1940). Der Briefkopf beschrieb den Geschäftsbetrieb um die Jahrhundertwende als „Kunsthandlung – Permanente Kunstausstellung – Gemäldegalerie“.

Das Unternehmen fühlte sich eher konservativen Kunstströmungen verpflichtet, veranstaltete aber ab 1892 auch Aufsehen erregende Ausstellungen mit Künstlern der Gruppe der Elf, einem Vorläufer der Berliner Secession unter Initiative von Max Liebermann und Walter Leistikow, der unter anderem auch Franz Skarbina, Ludwig von Hoffmann und Hugo Vogel angehörten. Ab 1899 fanden Ausstellungen der Berliner Secession in den „vornehmen, eleganten Räumlichkeiten“ der Galerie statt. Im Gegensatz zu dem nicht minder bekannten Konkurrenten, der Galerie Cassirer, die bewußt die neuen Gegenwartstendenzen der Kunst förderte und einen kleineren Kreis Kunstinteressierter ansprach, hingen im Salon Schulte moderne Bilder zwischen Gemälden, die den gängigen Kunstgeschmack der Zeit bedienten. Auch aus diesem Grund blieben Mitglieder der Kaiserfamilie und des Hofes häufige Besucher, wenngleich sich der Kaiser anfangs über die Modernität einiger ausgestellter Bilder geärgert hatte.

Hermann Schulte war ein kenntnisreicher und geschickter Kunsthändler: „Von einzelnen Künstlern kaufte er das Gesamtwerk auf und vermarktete es, zum Beispiel etwa hundert Bilder des Malers Charles Schuch. Ein sehr guter Stillebenmaler. Eines seiner besten Werke, das mein Urgroßvater gestiftet hatte, hängt noch heute in der neuen Gemäldegalerie“ (Peter von Jena). Wie Briefdokumente aus dem Zentralarchiv der Museen belegen, stand Schulte im ständigen Kontakt mit dem Generaldirektor der Königlichen

Museen, dem Geheimrat Professor Dr. Wilhelm Bode. Schulte tätigte in dessen Auftrag Ankäufe, vermittelte Verkaufswillige und half den Wert von angebotenen Gemälden zu beurteilen. Man beriet sich gegenseitig. In einem Brief Schultes heißt es über eine gemeinsam organisierte Ausstellung: „Wir sind uns vollkommen bewußt, wieviel wir Ihnen zu verdanken haben & würde es uns eine besondere Ehre & Freude sein, wenn die Zukunft Gelegenheit bieten würde, ähnliche Veranstaltungen unter ähnlichen Vorbedingungen durchführen zu können.“

Hermann Schulte wohnte auch mit seiner Familie im Haus: mit seiner Frau Emilie, den Töchtern Meta und Gerda sowie Sohn Hermann. Ebenfalls zog sein Bruder Max Schulte ein, der als Mitarbeiter in der Galerie angestellt war, ferner der Geschäftsführer, der Kaufmann Bierhoff, und der Portier Rosenfeld. Neben der Kunsthandlung Eduard Schulte nutzten bald auch fremde Gewerbetriebe Räume im Haus: In den Ladenräu-

men des Erdgeschosses an „den Linden“ präsentierte die Konfektionsfirma Michaelis Damenmoden, an der langen Seite zur Wilhelmstraße fanden sich die Buchhandlung S. Calvary & Co., der Herrengarderobier Jockey-Club H. Fürstenthal, eine Korsetthandlung, ein Juweliergeschäft und eine Obsthandlung. In einer oberen Etage waren das Importgeschäft Arnhold, Karberg & Co. und ein Büro der Gesellschaft für den Bau von Untergrundbahnen GmbH untergebracht. Die Buchhandlung S. Calvary & Co. war die Verkaufsstelle eines Verlages gleichen Namens, in dem so unterschiedliche Titel erschienen wie „Die Gedichte der Bibel in Deutscher Sprache“ von Max Klausner und „Landwirtschaft, Industrie und Handwerk“ von Petr Kropotkin.

Als Hermann Schulte 1919 Witwer wurde, übertrug er seinen Besitz ein Jahr später zu gleichen Teilen auf seine Kinder: Das Geschäftshaus Unter den Linden 75/76 gehörte nun zu je einem Drittel der Witwe Meta



*Das ehemalige
Schulte-Haus, 1943
(Landesarchiv Berlin)*

*Stalin-Porträt
am Pariser Platz
mit der Ruine
des ehemaligen
Schulte-Hauses
(links),
1947 (Ullstein-
Bilderdienst)*



*Blick zum
Brandenburger
Tor mit der Ruine
des ehemaligen
Schulte-Hauses
(rechts),
um 1950
(Ullstein-
Bilderdienst)*





*Ruine
des ehemaligen
Schulte-Hauses,
1960
(Landesarchiv
Berlin)*

Boeddinghaus, geborene Schulte (1878–1969), deren Mann ein angesehener Bankier in Berlin im Bankhaus von der Heydt & Co. gewesen war, ihrer Schwester Gerda Honigmann, geborene Schulte (1888–1923), die mit einem Bergwerksbesitzer verheiratet war, und ihrem Bruder Hermann Schulte junior (1884–1982). Der Wert des bebauten Grundstücks wurde mit über zwei Millionen Reichsmark angegeben. 1923 verstarb Gerda Honigmann bei der Geburt ihres Kindes, so daß Meta Boeddinghaus und Hermann Schulte junior je zur Hälfte Eigentümer wurden.

In den zwanziger Jahren übernahm Hermann Schulte junior (1884–1981) die Geschäftsführung des Kunstsalons. Zusammen mit seiner Frau Carola, deren Sohn Werner aus erster verwitweter Ehe und ihrem gemeinsamen Sohn Herbert wohnte die Familie jedoch nicht im Haus Unter den Linden, sondern in der Bismarckstraße in Charlottenburg. „Hermann Schulte junior war zwar als



*Ungarische
Botschaft, Unter den
Linden 74–76,
Ecke Otto-Grothewohl-
Straße (umbenannte
Neue Wilhelmstraße),
1989 (Landesarchiv
Berlin)*



Kunsthändler ausgebildet worden, ist seinem Beruf auch redlich nachgegangen, hatte aber nicht das Talent des Vaters. Er war mehr ein Gentleman, Reserveoffizier im Ersten Weltkrieg, und gehörte im Zweiten Weltkrieg im Stabe von Admiral Canaris zu den Hitlergegnern. Seinen Lebensabend verbrachte er, dessen Sohn Herbert noch 1945 gefallen war, als wohlhabender Rentier in Düsseldorf im Haus Inselstraße 21, dem Heimatort der Familie. Dort starb er im Alter von 97 Jahren, bis zuletzt betreut von seiner Nichte Anita von Jena“ (Peter von Jena).

Schon vor dem Ersten Weltkrieg hatte eine Verkaufsfiliale der Automarke Stoewer die „den Linden“ zugewandten Ladenräume bezogen, in den zwanziger Jahren mietete sich ein Büro des Amerikanischen Landwirtschaftsministeriums ein, ferner der Modesalon Andersohn & Gottschalk, ansonsten blieb die Fluktuation der Gewerbemieten gering.

Die in Stettin ansässigen 1896 gegründeten Stoewer-Werke bauten Personen- und Lastkraftwagen, entwickelten unter anderem eine der ersten deutschen Achtzylinder-Limousinen. Der populäre Stoewer Greif-Junior blieb bis zum Bau des Volkswagens der einzige luftgekühlte Personenwagen deutscher Fabrikation. Die Firma wurde für die Eleganz ihrer Modelle gerühmt. Die attraktiven Ausstellungs- und Verkaufsräume im Schulte-Haus wurden zu einem Publikumsmagneten. Unweit, auf dem Grundstück Reichstagsufer 11, befanden sich zur Filiale gehörende Garagen und eine Reparaturwerkstatt mit Ersatzteillager.

1935 nahm Stoewer zusätzlich die Produktion von Flugzeugmotoren auf. Um die Kapitalmittel aufzustocken, strebte man die Zusammenarbeit mit einem Großunternehmen an. Verhandlungen mit den Ford-Werken standen 1936 kurz vor dem Abschluß, als durch Forderungen des Luftfahrtministeriums und des Heeres, die eine Ausdehnung der Ford-Werke verhindern wollten, der Vertragsabschluß doch noch scheiterte. Den

Stoewer-Werken wurde zunehmend eine auf den Krieg hin ausgerichtete Spezialisierung auf die Fabrikation von Geländewagen und Flugzeugmotoren verordnet.

Sehr wahrscheinlich waren die Fusionsverhandlungen mit der Ford Motor Company AG der Grund, daß dieses Unternehmen Mitte der dreißiger Jahre die Verkaufsräume von Stoewer im Schulte-Haus übernahm. Als weitere neue Mieter waren in dieser Zeit das Baugeschäft A. Becker und eine Vertriebsfiliale der Waffenfabrik Simson & Co. eingezogen.

Die Nationalsozialisten nutzten die Linden-Prachtstraße schon am Tag der Machtübernahme als politische Aufmarschstrecke: Am Abend des 30. Januar 1933 zogen die SA-Fackelträger durch das Brandenburger Tor und verkündeten Unheil.

Ungewiß bleibt, ob die veränderten politischen Verhältnisse, die freier Kunstausübung keinen Raum mehr ließen, ein Grund waren, daß Hermann Schulte seine Kunsthandlung 1934 schloß. Jedenfalls verkaufte er das Haus für 1 300 000 Reichsmark an die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt, die ihr Bankhaus in der Wilhelmstraße 67 hatte. Hermann Schulte senior wechselte in eine große Mietwohnung in Kurfürstendammnähe, in der Bleibtreustraße. Die Wohnungen im ehemaligen Schulte-Haus bezogen ein Hausmeister, ein Heizer und ein Pförtner.

Der Bau der Nord-Süd-Bahn brachte um 1935 sichtbare Veränderungen für den Linden-Boulevard mit sich: Zwischen Schadowstraße und Pariser Platz war das Pflaster aufgerissen und die Absenkung des Grundwassers während des Tunnelbaus hatte zur Folge, daß die Linden fast sämtlich eingingen und neu gepflanzt werden mußten.

Der Zweite Weltkrieg ließ eine Trümmervüste zurück: „Und das sind also die Linden, früher eine Prachtstraße der Stadt. Der Grundriß ist noch da, – die Straßen verschwunden. Wie weit die Linden sind, leer, ein Riesenplatz, der sich lang hinzieht. Keine Bäume.

Man sieht über Häuser hinweg, durch Häuser hindurch. Hinten, am Pariser Platz, erkenne ich das Brandenburger Tor. Es steht im leeren Raum, rechts und links nichts“ (Alfred Döblin, 1949).

Auch das ehemalige Schulte-Haus war durch Luftangriffe schwer beschädigt worden und ausgebrannt. Seine Ruine blieb zunächst stehen und wurde kurz nach Gründung der DDR zum „Eigentum des Volkes“ erklärt. 1960 erfolgte der Abriß, obwohl ein Wiederaufbau wie bei vielen vergleichbaren qualitätsvollen Gebäuden auch, möglich gewesen wäre. Angeblich benötigte die „Ost-Berliner Verwaltung dringend die damals beim Bau verwandten Stahlträger für andere Objekte“, wie eine Tageszeitung vermeldete.

Als 1962 Planungen zur „Errichtung eines Botschaftsgebäudes der Volksrepublik Ungarn (Objekt 20 der städtebaulichen Konzeption für den Aufbau des Stadtzentrums von Berlin)“ begannen, konnte die Baubehörde folglich berichten: „Ruinengrundstück bereits abgeräumt“. 1964 legten die Architekten Endre Koltai, László Kovácsy, Ernst Swora und Rainer Hanslick einen ersten Fassadenentwurf vor, für den die schon erprobte „Stahlbeton-Skelett-Montage-Bauweise Berlin 2 Mp“ - eine Variante des Plattenbaus - vorgesehen war. Noch im selben Jahr begannen die Bauarbeiten, die 1965 zum Abschluß kamen. Der Baubetrieb VEB Ingenieurhochbau Berlin hatte ein „Botschaftsgebäude mit Konsulat, Handelsvertretung und 20 Wohnungen“ für Botschaftspersonal errichtet, dessen Traufhöhe von 20,60 Metern „mit Rücksicht auf das Lindenstatut und die umliegenden Gebäude“ nicht überschritten wurde.

1987 wurde das Gebäude renoviert und eine Umgestaltung der Fassade vorgenommen: Das Erdgeschoß wurde bei veränderter Fensteraufteilung mit neuen „Stahl-Alu-Konstruktionen“ ausgestattet und die messingfarbenen Metallprofile der Obergeschosse „mittels Anstrich im Bronzeton“ behandelt. „Ganz zuletzt war Unter den Linden auch

so etwas wie die repräsentativste Sackgasse der Ideologie; durch die fast drei Jahrzehnte dauernde Sperrung des Brandenburger Tors war aus der einst weltoffenen Promenade ein mit Niedlichkeit getarnter Parkstummel geworden, aus einem freien Forum eine ängstlich gehütete Randerscheinung. Der Marxismus, auf dieser Straße vorgedacht, in den Vorlesungen Hegels und als Widerstand gegen sie, führte sich nirgendwo so deutlich ad absurdum wie hier“ (Dieter Hildebrandt).

Nach der Wiederöffnung des Brandenburger Tors und der Wiederbelebung des Linden-Boulevards war der Abriß des alten, unansehnlich gewordenen ungarischen Botschaftsgebäudes nur noch eine Frage der Zeit. 1999 vollendeten die Abrißbagger ihr Werk und die Grundsteinlegung zum Neubau der Botschaft der Republik Ungarn nach Entwürfen des Architekten Adám Sylvester konnte am 11. November erfolgen.

DANKSAGUNG

Für tatkräftige Unterstützung und kritische Hinweise bedankt sich der Autor bei Matthias Heisig, Christa Klünner, Anja Koch, Alexander Kunkel, Dr. Hans Mai, Sigrid Ludwig, Horst Sass, Tillmann Schrader, Ruprecht Schulte, Bernd Schulz und Dr. Paul Simsa.



QUELLEN UND LITERATUR

- Archiv der Akademie der Künste
 Archiv der Ford Werke AG
 Archiv für Kunst und Geschichte
 Galerie Gärtner
 Peter von Jena
 Kunstbibliothek
 Landesarchiv Berlin
 Dr. Hans Mai
 Niedersächsische Landesbibliothek
 Ruprecht Schulte
 Bernd Schulz
 Stiftung Stadtmuseum Berlin
 Plansammlung der Technischen Universität
 Berlin
 Ullstein-Bilderdienst
 Zentralarchiv der Staatlichen Museen zu
 Berlin
 Zentrales Grundbucharchiv
- den Linden zwischen Friedrich-Denkmal
 und Schloßbrücke, Berlin 1997.
- FALKENBERG, Hans: Stoewer. Automobile
 aus Pommern, Kiel 1986.
- Ford-Werke AG: Ford bewegt, Bielefeld
 2000.
- Hauptstadt Berlin – Fotografien, 1930–1940,
 Berlin 1992.
- Industrie- u. Handels-Adreßbuch für Groß-
 Berlin und die Mark Brandenburg, Berlin
 1922.
- JENSEN, Robert: Marketing Modernism in
 Fin-de-Siècle Europe, Princeton, New Jer-
 sey 1994.
- KIELING, Uwe: Berlin – Baumeister und Bau-
 ten, Leipzig 1987.
- KOTHE, Julius: Wohnhäuser von kunstge-
 schichtlichem Wert in Berlin und Voror-
 ten. = Zeitschrift für Bauwesen 1923.
- LÖSCHBURG, Winfried: Unter den Linden –
 Gesichter und Geschichten einer berühm-
 ten Straße, Berlin (Ost) 1972.
- MAERZ, Gerhard: Die Geschichte der Stoe-
 wer-Automobile, 1983.
- MAI, Hans: Stoewer-Automobile 1896–1945,
 Darmstadt 2000.
- Panorama der Straße Unter den Linden 1820,
 Berlin 1991.
- PARET, Peter: Die Berliner Sezession, mo-
 derne Kunst und ihre Feinde im kaiserli-
 chen Deutschland, Köln 1981.
- RIBBE, Wolfgang / SCHÄCHE, Wolfgang
 (Hrsg.): Baumeister – Architekten – Stadt-
 planer. Biographien zur baulichen Ent-
 wicklung Berlins, Berlin 1987.
- BEHRENDT, Walter Curt: Alfred Messel, Ber-
 lin 1911.
- Das alte Berlin – Unter den Linden 1822,
 Berlin 1932.
- DEHIO, Georg: Handbuch der Deutschen
 Kunstdenkmäler – Berlin, Berlin 1994.
- Die Linden – vom kurfürstlichen Reitweg
 zur hauptstädtischen Allee (Ausstellungskata-
 log der Staatsbibliothek zu Berlin, Preu-
 ßischer Kulturbesitz), Wiesbaden, 1997.
- DOEDE, Werner / KUBITZ, Ruth: Die Berli-
 ner Sezession, Frankfurt am Main 1977.
- ENGEL, Helmut / RIBBE, Wolfgang: Via
 triumphalis – Geschichtslandschaft Unter

- ROSENBERG, Adolf: Die Kunsthandslung von Eduard Schulte in Düsseldorf. = Kunstchronik, 1886, Heft 21.
- Stadtmuseum Berlin (Hrsg.): Unter den Linden – Historische Photographien, Berlin 1997.
- STRATZ, Rudolph: Unter den Linden!: Berliner Zeitroman, Berlin 1894.
- TEEUWISSE, Nicolaas: Vom Salon zur Seccession, Berlin 1986.
- Unter den Linden – Photographien. Mit Texten von Dieter Hildebrandt, Hans-Werner Klünner und Jost Hansen, Berlin 1991.
- Unter den Linden – Berlins Boulevard in Ansichten von Schinkel, Gaertner und Menzel (Ausstellungskatalog der Staatlichen Museen zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz, des Stadtmuseums Berlin und des Kunstforums in der Grundkreditbank Berlin), Berlin 1997.
- VOLK, Waltraud: Historische Straßen und Plätze heute: Berlin, Hauptstadt der DDR (Hrsg.: Bauakademie der DDR, Institut für Städtebau und Architektur), Berlin 1980.
- VOLK, Waltraud: Karl Friedrich Schinkel – Sein Wirken als Architekt, Stuttgart 1981.
- VOLLMAR: Das neue Schulte-Haus in Berlin. = Moderne Kunst, 1906.



EIN BÜNDNIS AUF LEBEN UND TOD ODER EMOTIONSLOSE INTERESSENSOLIDARITÄT?

*Das Deutschlandbild in Ungarn
vom Revolutionsjahr 1848 bis zum Ersten Weltkrieg*

Der maßgeblichste ungarische Historiker der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Gyula Szekfű, schrieb 1916, einer Bitte aus Deutschland Folge leistend, einen kurzen Abriss der ungarischen Geschichte. Zwei Leitfäden durchzogen diese Arbeit: „Von dem Nomadenstaate angefangen bis zum modernen Verfassungsstaate war das ungarische Staatswesen in seinem ganzen Lebenslauf das Produkt einer Nation, der ungarischen“, und „Das Staatswesen der Ungarn entstand auf dem Boden der christlich-germanischen Kulturgemeinschaft des Mittelalters.“ Der Zusammenhang dieser beiden Momente sei zwar oft von Kämpfen und Auseinandersetzungen bestimmt gewesen, laut Szekfű aber waren diese nur Mißverständnisse oder Folgen einer falschen Geisteshaltung, hätte doch gewissermaßen die Weltgeschichte die beiden Nationen zu Bundesgenossen bestimmt. In seinem weit ausholenden historischen Essay sah er den Ausgleich 1867 als Abschluß einer oft mit Zank und Hader einhergehenden Beziehungsgeschichte. „[D]er zentrale Teil Europas erhielt erst jetzt ein festes Gefüge, indem die auf seinen weiten Räumen vorhandenen Staatenbildungen aufhörten, in ihrem formlosen, verworrenen Nebeneinander sich gegenseitig hemmend zu beeinflussen.“

Der angesehene oppositionelle Politiker Graf Gyula Andrássy jun. ging sogar noch weiter als der Historiker. In einem Vortrag in München erklärte er 1916: „Ich kenne (...) in Europa keine zwei von einander, was Blut und Traditionen anlangt, vollkommen unab-

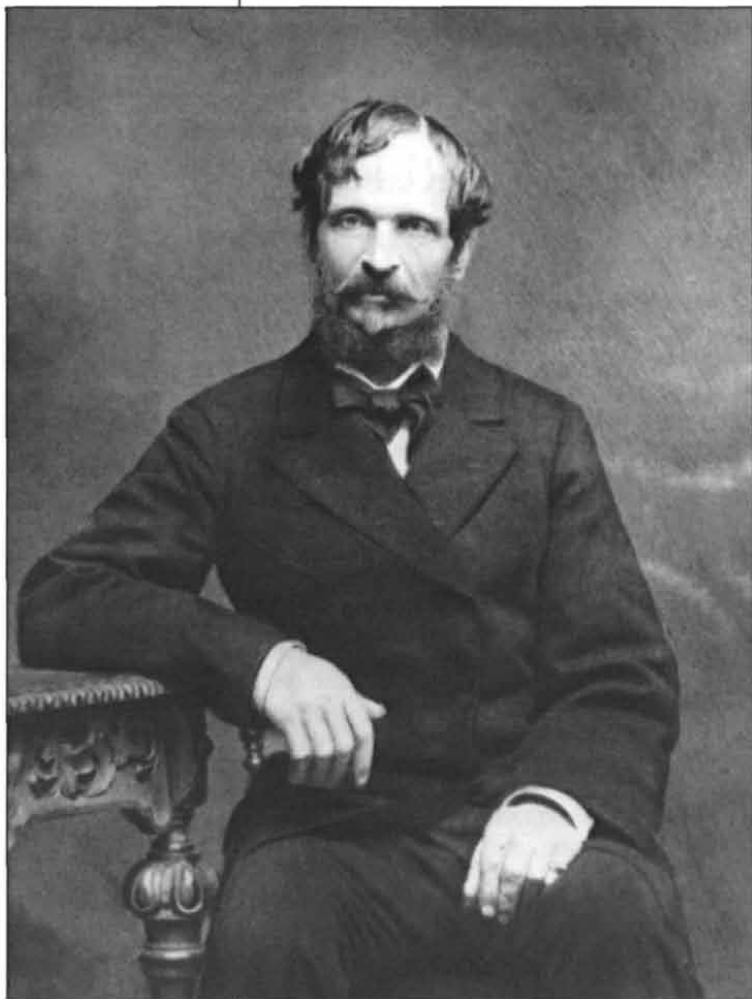
hängige Faktoren, deren Interessengemeinschaft so klar dastünde und schon in so vielen geschichtlichen Geschehnissen eine Verkörperung erfahren hätte, als der Deutsche und der Ungar, und es gibt keine zweite Nation, die ein so verlässlicher Freund der Deutschen sein könnte, wie die ungarische, wenn man ihr Vertrauen entgegenbringt. (...) Diese Interessensolidarität ist so groß und klar, daß sie sich zumeist sogar auch auf die ungarische Opposition erstreckt, die sich in der Regel erst dann nach Osten um Hilfe wendet, wenn sie nicht mehr anders kann, und auch sie sucht in der Regel in den deutschen Kräften eine Stütze.“

Eine markante prodeutsche Einstellung war für die überwiegende Mehrheit der ungarischen politischen Elite zur Zeit des Ersten Weltkrieges fast eine Evidenz, und nur wenige dachten in Alternativen. Aber wie ist es zu dieser fast einhelligen Germanophilie der Ungarn eigentlich gekommen? Und wann? Blickten die ungarischen Politiker immer schon mit großer Sympathie in Richtung Berlin? Und welche Perspektiven machten die traditionelle prodeutsche Einstellung der Ungarn so stark?

*

Die liberale ungarische politische Elite kämpfte in den dreißiger und vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts, im sog. „Reformzeitalter“, für einen bürgerlichen Verfassungsstaat und die Selbständigkeit Ungarns innerhalb der





*Gyula Graf Andrassy sen. (1823–1890),
Ungarns Ministerpräsident (1867–1871),
als gemeinsamer Außenminister (1871–1879)
der Österreichisch-Ungarischen Monarchie
Vertreter der antirussischen und
deutschfreundlichen Linie.
Er war einer der Organisatoren
des Berliner Kongresses 1878 und
geistiger Vater des 1879 mit Bismarck
geschlossenen Zweibundes
(Ungarisches Nationalmuseum)*

Habsburgermonarchie. Der ungarische Nationalismus berief sich zwar sehr häufig auf das mittelalterliche Königreich Ungarn und auf die gesetzlich garantierte Unabhängigkeit des Landes, trat aber nicht wirklich für die volle Eigenstaatlichkeit Ungarns oder gar eine Trennung vom Habsburgerreich ein. Das Grundmotiv dafür war die Einsicht, daß die mitteleuropäischen Kräfteverhältnisse sowie die ethnischen Gegebenheiten den Erhalt der territorialen Integrität des Landes wohl nicht ermöglicht hätten. Der Zarismus mit seinen Drohgebärden wurde mehr oder weniger mit Recht beschuldigt, die mehr als die Hälfte der Bewohner des Landes ausmachenden slawischen bzw. orthodoxen Nationalitäten zur Abspaltung zu ermuntern. Angesichts des russischen Absolutismus zeigten sich die ungarischen Liberalen somit sowohl sehr um die Verfassungsstaatlichkeit als auch um die territoriale Integrität des Landes besorgt. Eben dies führte letztlich zur genannten Selbstbeschränkung und Mäßigung des ungarischen Nationalismus, zu seiner Habsburgfreundlichkeit oder – um den von István Diószegi geprägten Begriff einzuführen – zum ‚Austrohungarismus‘. Dies war auch der Grund dafür, daß schon 1836 einer der angesehenen Anführer der ungarischen Liberalen, Ferenc Deák, festgehalten hatte, daß die Regierung in Wien „allzeit mit dem gemäßigteren, größeren Teil des Reichstages rechnen kann, der ja schon allein wegen Rußland vollkommen im Bann der Notwendigkeit der Vereinigung mit Österreich steht“.

Bereits in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts tauchte der Gedanke einer Allianz mit Deutschland in den außenpolitischen Vorstellungen jener ungarischen Liberalen auf, die für eine Eigenständigkeit des Landes im Rahmen des Habsburgerreiches eintraten. Graf Károly Zay schrieb dazu: „Ehret das mutige Deutschtum, gehet mit ihm einen ewigen Bund ein gegen die asiatische Barbarei und das römische Recht [d.h. gegen die im historischen Gewand auf-

tretenden separatistischen Bestrebungen der Rumänen – I. B.]; Herz und Zunge bleibe ungarisch, Kopf und Arm durchdringe deutsche Kultur und deutscher Fleiß!“ In dieser durchaus gegen Rußland gerichteten Allianz dachte man natürlich in der Regel an einen deutschen oder preußischen Verfassungsstaat – so auch Baron Miklós Wesselényi, dessen große Arbeit über die Minderheiten Ungarns auch auf deutsch erschien.

Die revolutionäre Welle des Jahres 1848 ermöglichte denn auch schließlich die Umsetzung der großen Träume der ungarischen Reformer: Die Verfassung des Jahres 1848 schuf das unabhängige und bürgerliche Ungarn, und die nun an die Macht gelangende liberale Elite sah die Lage Ungarns in einem relativ unsicheren internationalen Umfeld allein durch die Verwirklichung der deutschen Einheit gesichert. Noch im Frühling und Sommer des Jahres 1848 setzten Lajos Batthyány, Lajos Kossuth, Ferenc Deák, József Eötvös und ihre Gefährten auf die Realisierung der verfassungsmäßigen und liberalen großdeutschen Lösung – von den gegebenen Möglichkeiten ausgehend, unter der Führung des Hauses Habsburg: Einerseits hätte Ungarn so einen sehr starken Bündnispartner gegen Rußland, andererseits würde sich unter diesen Bedingungen die Bindung zwischen Ungarn und den anderen habsburgischen Kronländern lockern, und die Budapester Regierung hätte damit einen noch größeren Freiraum zur Verfügung.

Aber die deutsche Einheit wurde 1848/49 nicht realisiert, die konservativen Dynastien erwiesen sich als stärker: Im Herbst 1848 sah sich die ungarische Regierung somit wiederum den verstärkten Zentralisierungsbestrebungen des Wiener Hofes ausgesetzt. Anders als die anderen Nationen waren aber die Ungarn unter der Führung von Lajos Kossuth bereit, für Unabhängigkeit und Verfassung den bewaffneten Kampf auf sich zu nehmen. Als schließlich keine Aussicht mehr auf einen Kompromiß bestand, sprach die ungarische Nationalversammlung das allerletzte Wort

aus, dethronisierte die Habsburger und erklärte die volle Unabhängigkeit Ungarns. Aber auch die militärische Intervention des zaristischen Rußland gegen Ungarn war zu diesem Zeitpunkt eine bereits längst beschlossene Sache, und die mehr als zweifache Übermacht besiegelte denn auch das Schicksal des ungarischen Freiheitskampfes. Die Unabhängigkeit Ungarns war verloren, das Land wurde dem Kaiserreich Österreich einverleibt.

Für Kossuth und die Emigration bestand die Lehre aus den Ereignissen der Jahre 1848/49 darin, daß das Habsburgerreich schwach und eigentlich letztlich nur mit Hilfe der russischen Intervention gerettet worden sei, deshalb dürfe kein Kompromiß gemacht werden. Kossuth bestand weiterhin auf die Unabhängigkeit des Landes, forderte aber – damit Ungarn nicht einer ständigen Bedrohung durch Rußland ausgesetzt sei – eine weitreichende Übereinkunft mit den Nationalitäten des Landes. In der Folge unternahm er alles, um für eine Wiederaufnahme des Freiheitskampfes eine internationale Unterstützung zu erwirken. Aber der Krimkrieg zeigte sehr deutlich, daß das franko-josephinische Österreich eben doch keine simple Marionette in der Hand des Zaren war, sondern sich durchaus fähig zeigte, eine gewisse ausgleichende Rolle zu spielen. Die Ereignisse der Jahre 1859/60 in Italien, die Niederlage des Habsburgerreiches zeigten wiederum, daß selbst die Unterstützung durch Italien oder Frankreich zur Erreichung der hehren Ziele der Emigration wohl nicht ausgereicht hätte. Gleichzeitig wurde aber auch offensichtlich, daß auch die politische Atmosphäre in Ungarn längst nicht mehr zum Ausbruch einer neuen Revolution geführt hätte.

Auf der anderen Seite experimentierten die nach 1848/49 in Ungarn gebliebenen liberalen Politiker in den fünfziger Jahren mit dem passiven Widerstand, mußten aber schließlich einsehen, daß dieser zu keinem Ergebnis führt. Bis 1861 hatten sie gerade so viel erreicht, daß Österreich zu einem unvollendeten Verfassungsstaat geworden war.





*Emmerich Graf Széchenyi (1825–1898),
Gesandter der Österreichisch-Ungarischen
Monarchie (1878–1892);
Vertrauter von Bismarck, der sich in den
Rubestand auf sein Landgut zurückgezogen
hatte, wo ihn 1893 auch Kaiser Wilhelm II.
während seines Ungarnaufenthaltes
bei einem Manöver aufsuchte
(Ungarisches Nationalmuseum)*

seinem eigenen Ermessen erledigen, da die zur Kontrolle der gemeinsamen Ministerien bestimmten ‚Delegationen‘ – eben wegen der Furcht der Ungarn vor einem allzu starken Zentralismus – nicht als eine Art Gesamtparlament fungierten und damit nur geringen Einfluß auf die Ressorts ausüben konnten. Gleichzeitig machte der Ausgleich aber klar, daß bei der Formulierung der Außenpolitik Österreich-Ungarns die Ministerpräsidenten beider Staaten der Monarchie – wie die Ungarn sagten – bzw. die Ministerpräsidenten der beiden Reichshälften – wie die Deutsch-Österreicher formulierten – ein Mitspracherecht haben. Da der Ausgleich 1867 Ungarn klarerweise weit weniger Selbständigkeit sicherte, als dies die Gesetze des Jahres 1848 getan hatten, verurteilte Kossuth natürlich die gesamte staatsrechtliche Konstruktion: Seiner Ansicht nach würde das Habsburgerreich als antiquierter Vielvölkerstaat nicht lange bestehen bleiben können. Und in Anlehnung an Kossuths Positionen lehnte ein beträchtlicher Teil der ungarischen öffentlichen Meinung den Ausgleich ebenfalls ab: Er unterstützte die „Unabhängigkeitspartei“, die die Verfassung des Jahres 1848 wiederherstellen wollte, bzw. den Mitte-Links-Block unter Kálmán Tisza, die den Ausgleich zugunsten einer weiter reichenden Selbständigkeit Ungarns modifizieren wollte.

Auch nach 1867 blieb die ungarische öffentliche Meinung im Kern antipreußisch. Bismarck schloß zwar mit den Liberalen einen Kompromiß, führte im Norddeutschen Bund das allgemeine Wahlrecht ein, doch die ungarischen Liberalen sahen dahinter ausschließlich irgendwelche bonapartistischen Manöver und Schachzüge. Aber Bismarcks eindeutig prorussische Haltung blieb für die Ungarn das viel größere Problem. Weiterhin befürchteten sie, daß sich Bismarck mit seinen bisherigen Erfolgen nicht zufrieden geben und versuchen würde, sich Süddeutschland einzuverleiben, was wiederum den Anschluß Österreichs nach sich ziehen könnte.

Um dies zu vermeiden, versuchte der ungarische Ministerpräsident Graf Gyula Andrássy, der wegen seiner Rolle in der Revolution 1848/49 in den fünfziger Jahren zum Tode verurteilt worden war, die gemeinsame Außenpolitik im Sinne Ungarns zu beeinflussen. Zu diesem Zweck mußte er die am Wiener Hof noch bestehenden Revanchegelüste dämpfen, gleichzeitig aber bereit sein, die österreichischen Politiker bei der Blockierung jeder weiteren Expansion Preußens zu unterstützen. Der für Ungarn günstige und damit zu bewahrende *status quo* sprach für eine profranzösische Politik: Gegen die preußisch-russische Kooperation wollte Andrássy sich verstärkt auf Frankreich stützen. Hauptgegner für ihn blieb ja das zaristische Rußland, und so wollte er Napoleon III. überreden, ein gegen die Russen gerichtetes Bündnis zu schließen. Für die Franzosen war dies natürlich inakzeptabel, und das gegen Preußen gerichtete Bündnis war natürlich weder für die Politiker in Wien, die sich vor den nationalen Gefühlen der Deutsch-Österreicher fürchteten, noch für die Ungarn, die eine Hinwendung der Monarchie zum Westen ablehnten, tragbar. Als 1870 schließlich der preußisch-französische Krieg ausbrach, war die Sympathie der ungarischen öffentlichen Meinung eindeutig auf französischer Seite, aber die Monarchie mischte sich – zum Teil aus Angst vor Rußland – nicht ein.

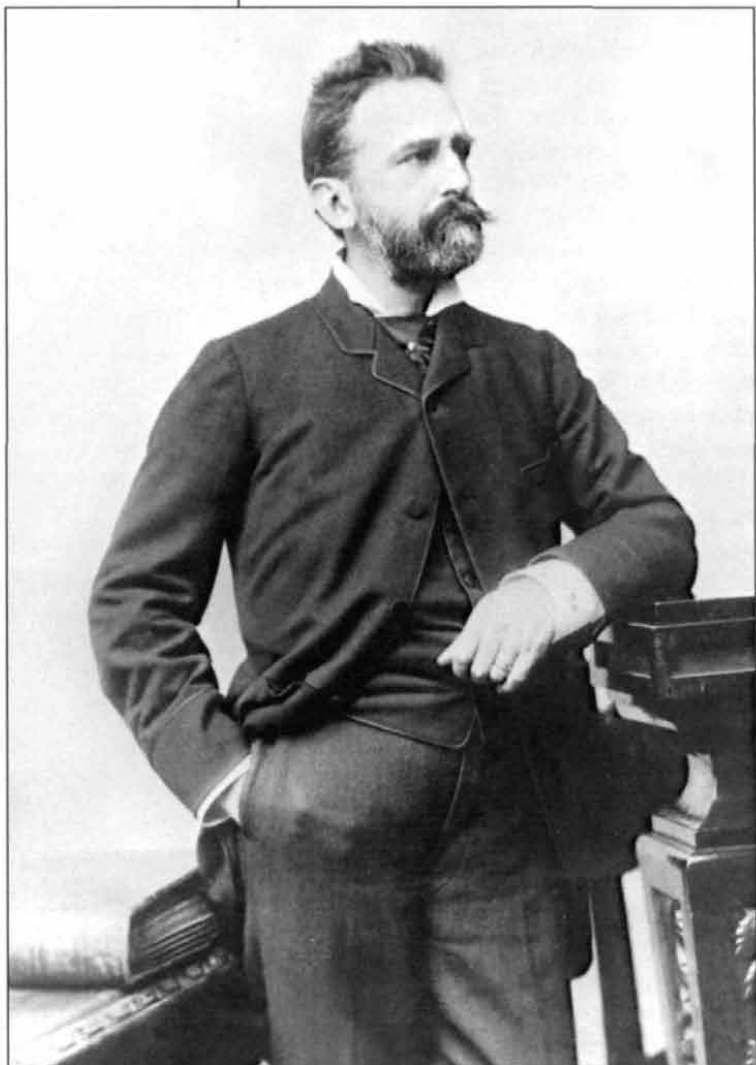
Die Niederlage Frankreichs, die als Sieg der europäischen konservativen Kräfte gewertet wurde, traf die ungarische öffentliche Meinung schwer. Die Dritte Republik genoß ja die einhellige Sympathie Ungarns, und in Budapest wurde gegen die Abtretung Elsaß-Lothringens heftig protestiert. Das Regierungsblatt „Pesti Napló“ erklärte: „Unserer Ansicht nach war weder der Auftritt Österreichs, noch jener von Rußland oder gar Frankreich für Europa gesehen so gefährlich wie jener von Preußen. Und dies hat viele Gründe und Ursachen. Zuallererst, weil (...) die erdrückende Gewalt aller drei Großmächte bei weitem nicht mit jener Machtfülle ver-

glichen werden kann, die Preußen nach diesem Sieg einnehmen wird. Zum zweiten, weil diese Machtfülle noch immer nicht ganz ausgefüllt ist, und früher oder später die Forderung nach einer weiteren Ausbreitung gestellt wird. Zum Dritten, weil Frankreich nun – zumindest für eine Zeit – darniederliegen wird, und dies in jeder Hinsicht eine Katastrophe für Europa ist. Viertens, weil Preußen vom innersten Wesen her aggressiv, gewalttätig, illiberal, ja rückschrittlich ist. Und schließlich fünftens, weil preußische und russische Politik Hand in Hand gehen: immer schon, und lange noch.“

Die Herstellung der deutschen Einheit unter preußischer Führung war von spürbaren ungarischen Ressentiments begleitet. Dennoch erkannte man in Budapest sehr rasch, daß – auch wenn die ursprünglichen Vorstellungen nicht nur nicht verwirklicht worden waren, sondern geradezu deren diametrales Gegenteil – aus ungarischer Sicht die Bilanz dennoch keine schlechte war. „Pesti Napló“ schrieb dazu: „Wir ungarischen Politiker haben zur deutschen Einheit ein besonderes Verhältnis. Jahrzehntlang gehörte es zum politischen Katechismus, daß sich Österreich an die Spitze der deutschen Einheitsbestrebungen stellen, Deutschland im freisinnigen Sinn regenerieren solle. Folglich hielten wir die dualistische Organisation des Reiches aus dem heraus. Die Geschichte hat unsere Kombinationen in Grund und Boden zerstört – Österreich ist nunmehr zur Gänze aus Deutschland ausgeschlossen. Und was ist nun die Folge dieser revolutionären Tatsache, die das diametrale Gegenteil aller unserer Annahmen darstellt? Die Wiedererlangung der legalen Unabhängigkeit Ungarns – der dualistische Aufbau der Monarchie. Das Leben lacht die schönsten Theorien aus. Nun sind wir die eifrigsten Garanten dafür, daß Österreich nie mehr wieder seine alte, alles erdrückende Rolle einnehmen kann.“

1871 befand sich die außenpolitische Führung der Österreichisch-Ungarischen Monarchie in einer recht schwierigen Lage. Die





*László Szögyény-Marich (1840–1916),
hochgeschätzter Botschafter
der Österreichisch-Ungarischen Monarchie
beim deutschen Kaiserhof (1892–1914),
gleichzeitig Gesandter bei mehreren deutschen
Fürstenhöfen und guter Freund von
Kaiser Wilhelm II.
(Ungarisches Nationalmuseum)*

Beziehungen zu beiden benachbarten Großmächten – zu Rußland und dem Deutschen Reich – waren gespannt. Die gefährliche Lage wurde nur noch durch den Umstand verschärft, daß sich keine andere Großmacht wirklich als Verbündeter anbot: England wegen seiner Politik der *splendid isolation* nicht, Frankreich wegen der jüngsten Niederlage gegen Preußen nicht. Die österreichisch-ungarische Außenpolitik mußte neu gedacht werden. Der eingegengte Handlungsspielraum der Monarchie konnte nur durch die Annäherung an eine der beiden benachbarten Großmächte erweitert werden. Für jene, die die Interessen des Reiches vertraten, war es eindeutig, daß man von den beiden Möglichkeiten Deutschland sich anbot, da die Deutschen als Feinde die größere Gefahr, als Freunde aber den größeren Nutzen bedeuteten. Auch wenn die slawische Bevölkerung des Reiches – die Polen ausgenommen – eher in Richtung Rußland tendierte, so galt in der dualistischen Struktur ihre Stimme weniger als jene der Ungarn oder der Deutsch-Österreicher. Wien sah ein, daß es die Veränderungen in Deutschland anerkennen mußte und dafür – unter Verzicht auf eine ohnehin aussichtslose Revanche – die Allianz mit Bismarck gewinnt: Ein gutes Verhältnis zu Berlin würde auch die Spannungen zu Rußland beruhigen. Ziel dieser von Beust vertretenen Politik war also das konservative Bündnis der dynastischen Reiche der Romanows, der Hohenzollern und der Habsburger. Die Ungarn waren aber mit diesem Programm nicht so ganz einverstanden: Weniger wegen der Probleme mit Berlin, da ja Bismarck weder die Interessen der Monarchie noch die Ungarn wirklich bedrohte. Die Feindschaft mit Preußen hatte sich vollständig dem *sine qua non* des ungarischen außenpolitischen Denkens, der Russophobie untergeordnet. Andrassy wollte einen Keil zwischen Berlin und St. Petersburg treiben und ein deutsch-österreichisch-ungarisch-britisches Bündnis gegen die Russen initiieren. Da aber dieses einfach unrealistisch blieb, war er gezwungen, die

Kooperation der drei Kaiser zu akzeptieren. Um so mehr, als sich ja 1871 herausgestellt hatte, daß dies noch immer das geringere Übel sei. Zudem hatte die österreichische Regierung Hohenwart, die mit einem Ausgleich mit den Tschechen spekuliert hatte, in den Augen der ungarischen Politiker das Schreckensszenario einer sich eher auf Rußland stützenden Außenpolitik skizziert: Andrassy und den deutsch-österreichischen Politikern gelang es zwar, diesen Versuch zu vereiteln, doch als er Ende 1871 Außenminister wurde, war sein Handlungsspielraum auch nicht größer.

Andrassy war zwar bemüht, den ungarischen Bestrebungen zu entsprechen und die Monarchie in eine antirussische Richtung zu lenken, mußte aber sehr rasch erkennen, daß es dafür keine Partner gibt. Mit England oder Frankreich konnte er nicht rechnen, und Bismarck war ja *ab ovo* gegen jeden Plan, der den Frieden im mitteleuropäischen Raum stören könnte. Andrassy mußte so jene Außenpolitik fortsetzen, die gerade die Ungarn früher so oft kritisiert hatten: 1873 mußte er sogar den Dreikaiserbund signieren. Wichtigster Führer des konservativen Bündnisses zur Bewahrung des *status quo* war Bismarck, der es bestens verstand, Wien und St. Petersburg gegeneinander auszuspielen. Er brauchte die Freundschaft beider Reiche, um Frankreich zu isolieren, und erachtete es als seine erstrangige Aufgabe, die Gegensätze zwischen der Monarchie und Rußland zu glätten. Die ungarische Öffentlichkeit mußte sich *nolens volens* mit dem unerwünschten Bündnis abfinden, in der Hoffnung, daß Andrassy den ungarischen Interessen schon Geltung verschaffen werde.

Ungarn wurden also nur wegen des Fehlens einer besseren Alternative zu Bismarcks Bündnispartner. Aber analog zu den neuen Verhältnissen begann sich nun auch das Bild des Deutschen Reiches in Ungarn zu verändern. Die achttägige Berlin-Reise des wohl erfolgreichsten ungarischen Schriftstellers des 19. Jahrhunderts, Mór Jókai, im Jahr 1874, in deren Verlauf ihn auch Bismarck empfing,

zeigt dies sehr deutlich. Der damals politisch zur linken Mitte zählende Schriftsteller schrieb: „Reichthum, Macht, Kunst, Verstand und Siege der Arbeit auf jedem Schritte! Und woher nahm Berlin alles Das? (...) Einzig und allein die Sparsamkeit!“ Auch Bismarck porträtierte er äußerst positiv, verglich ihn einerseits mit Deák, der bei seinen politischen Gegnern hochgeschätzt war, hielt aber andererseits fest: „Im Allgemeinen ist das ganze Gesicht das vollständige Ideal – eines alten ungarischen Vize-Gespans“ – und verglich Bismarck so mit den Figuren traditioneller ungarischer Lebensweisheit. In der Wiedergabe seiner Gespräche mit dem so sympathisch porträtierten Politiker ließ Jókai Bismarck sagen, daß die Doppelmonarchie für Mitteleuropa eine historische Notwendigkeit sei, da nur die Deutschen und die Ungarn unter den dort lebenden Völkern über administratives Talent verfügten. „Wien und Pest-Ofen haben die Mission, im Osten reiche Mittelpunkte der Zivilisation und des Handels zu werden.“ Laut Bismarck hätte die Monarchie noch eine lange Zukunft vor sich – Dank des Dreikaiserbundes, für dessen Aufrechterhaltung er mit dem Ausspruch plädierte: „Uns wäre es peinlich geworden, zu wählen in dem Falle, wenn diese unsere zwei guten Freunde sich miteinander zerworfen hätten.“ Aber vor den Russen müsse man sich sowieso nicht fürchten, da die Politik von St. Petersburg viel gemäßigter als allgemein angenommen sei. Und man müsse auch einsehen, daß Siebenbürgen für das gewaltige Russische Reich wertlos sei, während es in seinen Besitzungen im Osten noch viel zu tun habe.

Die Österreichisch-Ungarische Monarchie war mit ihrem Beitritt zum Dreikaiserbund aus ihrer außenpolitischen Isolierung ausgebrochen. Auch wenn es offensichtlich war, daß von den drei Verbündeten das Habsburgerreich das schwächste war, konnte die Monarchie – selbst wenn sie sich ihren Verbündeten anpassen mußte – damit ihren Status als Großmacht deutlich machen. Die Schwäche



unterstrich noch, daß sich die aktive Außenpolitik der Monarchie nur in Richtung Balkan erstrecken konnte: Aber auch dort mußte sie sich mit ihrem Hauptrivalen, nämlich Rußland, das nun gezwungenermaßen ein Verbündeter war, absprechen. Was die unter osmanischer Herrschaft befindliche Halbinsel betraf, so glaubte in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts die Mehrheit der Ungarn, daß ein russischer Einfluß auf jeden Fall zu verhindern und damit die osmanische Herrschaft zu sichern sei. Als die slawischen Völker des Balkans 1875/76 gegen diese aufbegehrten, verfolgte die ungarische Öffentlichkeit diesen Freiheitskampf zwar einige Zeit durchaus mit Sympathie, gleichzeitig hielt aber die offizielle Außenpolitik dessen übertriebenes Erstarken für gefährlich. Wie es der verständnisvolle Analytiker der Politik Andrassy, Béni Kállay, der gemeinsame Finanzminister der Monarchie zwischen 1882 und 1903, festhielt: „Andrassy's Ansicht war, daß die Monarchie es nicht dulden könne, daß in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft solche staatlichen Zentren sich bilden, die nachmals, möglicherweise sogar im ungünstigsten Augenblick sich wider uns wenden möchten.“ Anfang 1877 kam Andrassy mit Rußland überein, daß es das Osmanische Reich angreifen dürfe, sofern sich seine militärischen Aktionen auf den östlichen Teil des Balkans beschränkten und dazu beitrügen, daß die Truppen der Monarchie Bosnien-Herzegowina besetzen können. Im Tausch dafür sollten die Russen das südliche Bessarabien okkupieren. Die durch den Budapester Geheimvertrag ermöglichte russische Offensive löste in Ungarn ein gewaltiges Echo aus. Die öffentliche Meinung stand voll auf der Seite des Osmanischen Reiches, Solidaritätsadressen und -kundgebungen waren an der Tagesordnung. Der 1875 an die Macht gelangte Kálmán Tisza – der mit seinem früheren Programm gebrochen hatte und nun den Ausgleich in der gegebenen Form akzeptierte – war im Parlament laufend Verbalattacken ausgesetzt, warum die Monarchie nicht im In-

teresse der territorialen Integrität des Osmanischen Reiches auftrete. Als die Russen Anfang 1878 die osmanischen Truppen besiegten und vor den Toren Konstantinopels standen, forderte alle Welt den Krieg gegen Rußland. Auch Andrassy und Kálmán Tisza vertraten diese Position in Wien, schien doch die außenpolitische Lage mit der weitreichenden Unterstützung eines um die Meerenge besorgten Englands günstig. Allein in Wien wollte man nicht zu den Waffen greifen, weil man auf die Möglichkeit einer friedlichen Beilegung des Konflikts setzte. Dies stand durchaus auch im Interesse Bismarcks, der – unter Aufgabe seines früheren Standpunktes, demzufolge Deutschland sich nicht mit Fragen des Balkans zu beschäftigen habe – einen internationalen Kongreß nach Berlin einberief.

Das entschiedene Auftreten Andrassys und des britischen Ministerpräsidenten Disraeli zeitigte denn auch Ergebnisse: Rußland zog sich zurück, das Territorium des Rußland gegenüber freundlich eingestellten, autonomen Bulgarien wurde verringert. Mit der Vollmacht des Berliner Kongresses marschierte schließlich die Armee der Monarchie im Herbst 1878 in Bosnien-Herzegowina ein.

Die Okkupation löste unter den ungarischen Politikern hellste Empörung aus. Da die Mehrheit die Verwirklichung der ungarischen Interessen unter den gegebenen Umständen am besten im dualistischen System gewährleistet sah, verwahrte sie sich gegen jeden Schritt, der nur die Möglichkeit der Veränderung dieser Struktur skizzierte. Für besonders gefährlich hielt diese Mehrheit, daß etwa weitere slawische Bevölkerungsanteile zur Monarchie kamen – denn dadurch würden ja Bedeutung und Gewicht Ungarns verringert und die präzise austarierte Parität des Ausgleichs gefährdet werden. Auch Andrassy, der sich bereit gezeigt hatte, sich der Außenpolitik alten Typs, der reinen Eroberung aus dynastischen Erwägungen, zu beugen, wurde nun vor Angriffen nicht mehr verschont.

Die Krise der Jahre 1877/78 brachte damit die Grundzüge des ungarischen außenpolitischen Denkens zum Vorschein. Oberstes Prinzip war die gewissermaßen als jahrzehntealter Reflex fortlebende Feindschaft mit Rußland: Angesichts der territorialen Gewinne Rußlands, die auch die ungarischen Interessen gefährdeten, wurde nun die Richtigkeit der bisher geübten Außenpolitik hinterfragt. Die schärfste Kritik formulierten natürlich die Führer der oppositionellen „Unabhängigkeitspartei“. Gábor Ugron, einer der Führer der Unabhängigkeitspartei, kritisierte die Leitlinien der Außenpolitik, weil sie nicht entschieden genug die ungarischen nationalen Interessen vertreten hätten. Auf die Gegenargumente der Regierungspartei eingehend hielt er fest: „Wir wären wohl nicht so isoliert gewesen, wenn unsere Hände nicht im freundschaftlichen Händedruck mit Berlin, die andere mit St. Petersburg gebunden gewesen wären: Gerade jene Hände, die handeln und einschlagen hätten müssen.“ Er verurteilte die Beschlüsse des Berliner Kongresses, weil die Großmächte – im Gegensatz zum italienischen Beispiel der Jahre 1859/60 – keine Volksabstimmungen angeordnet und über den Köpfen der Völker hinweg entschieden hätten. Mit der Verve eines alten Liberalen stellte er fest: „Allein sie folgen der von Bismarck inaugurierten Blut- und Eisenpolitik, die – nachdem sie sich Elsaß-Lothringen angeeignet hatte – nicht den Mut fand, das Volk zu befragen, ob es zur deutschen Tyrannei oder zur französischen Republik gehören möchte.“

Im Zuge der bosnischen Okkupationskrise verlor Andrassy fast vollständig das Vertrauen der Ungarn, weil er der antirussischen Politik keine freie Bahn schaffen konnte. In Berlin und Wien mißtraute man ihm wiederum, weil er mit seiner als übertrieben erachteten Abneigung gegenüber Rußland nur wieder Spannungen zwischen Rußland und der Monarchie hervorgerufen hatte. Und obwohl Bismarck bemüht war, sich am Berliner Kongreß loyal zu beiden Partnern zu zeigen, wa-



István Graf Tisza (1861–1918), Ungarns Ministerpräsident (1903–1905 bzw. 1913–1917), einer der hervorragendsten und einflußreichsten Vertreter der ungarischen konservativen Politik, der sich für die Aufrechterhaltung der Österreichisch-Ungarischen Monarchie im unveränderten Rahmen einsetzte und sich zur Interessengleichheit zwischen der Monarchie und dem Deutschen Reich bekannte (Ungarisches Nationalmuseum)



Wilhelm II. (1859–1941), deutscher Kaiser und preußischer König (1888–1918) um 1915. Der Kaiser, der sich für eine stets engere Zusammenarbeit zwischen der Monarchie und dem Deutschen Reich einsetzte, besuchte 1897 Budapest; wo er von den Ungarn mit großer Begeisterung empfangen wurde (Ungarisches Nationalmuseum)

ren seine Beziehungen zum Zaren, der ja am Berliner Kongreß gezwungen worden war, einen Teil der Beute am Balkan wieder abzugeben, äußerst gespannt: Das deutsch-russische Verhältnis wurde in der Folge spürbar schlechter. Nicht zuletzt deshalb näherte sich der Reichskanzler in der Folge mehr und mehr der Monarchie an und schloß 1879 mit Andrassy den geheimen Zweibund gegen Rußland. Der für fünf Jahre abgeschlossene Vertrag war zumindest zum Teil eine Verwirklichung der alten politischen Ziele Andrassys, was ihm die bittere Pille seines Rücktrittes ein wenig versüßte. Bismarck dachte aber nur vorübergehend an die Notwendigkeit eines antirussischen Bündnisses und versuchte, sobald es wieder möglich war, die Russen für sich zu gewinnen. Es gelang ihm sogar, Österreich – wo nun eine konservative Regierung an der Macht war – zu gewinnen, und 1881 wurde so der Dreikaiserbund erneuert.

Die neuen gemeinsamen Außenminister (Haymerle und hauptsächlich Kálnoky) wurden für ihre prorussische Politik von den Ungarn noch schärfer als Andrassy kritisiert, da man ja von ihnen *ab ovo* nicht die Umsetzung ungarischer Interessen erwarten konnte. Die Opposition der „Unabhängigkeitspartei“ ergriff nun jede Gelegenheit, die Wiener Außenpolitik und den Dreikaiserbund zu kritisieren. Gábor Ugron stellte in seiner Erinnerung an den russisch-türkischen Krieg 1882 über die Außenpolitik der Doppelmonarchie fest, daß „es deren größter Fehler war, jenem Dreikaiserbund beizutreten, der wenig Interesse an der Durchsetzung österreichischer Interessen zeigte, als vielmehr zum Ziel hatte, die Hände Österreichs zu binden“.

Da die Geheimverträge der Öffentlichkeit lange unbekannt waren, mußte sie – ohne genaue Kenntnis über den Zweibund, den 1882 mit dem Beitritt Italiens zustande gekommenen Dreibund, über den 1883 mit Rumänien geschlossenen Vertrag (der sogar vor der Mehrheit der rumänischen Politiker geheimgehalten wurde!) – dem bloßen Gerücht vertrauen. Und das Gerücht bzw. der

Schein war eben das mit dem russischen und dem deutschen Herrscher gepflegte gute Verhältnis. Besonders augenfällig zeigte sich dies in der Balkankrise des Jahres 1885, als Außenminister Kálmok die russische Politik der Vereinigung von Bulgarien und Ost-rumelien unterstützte, während die ungarische öffentliche Meinung diese Form der dynastischen Ausgleichspolitik scharf verurteilte. Der Führer der – den Ausgleich nur zum Teil akzeptierenden – sog. „67er Opposition“, Dezső Szilágyi, forderte die außenpolitische Leitung zu einem härteren Auftreten gegenüber Rußland auf. In seiner Argumentation begrüßte er zwar prinzipiell das Bündnis mit Deutschland, schätzte aber den Dreikaiserbund für falsch ein, da Deutschland, das keine Interessen am Balkan verfolgte und ständig zwischen der Monarchie und Rußland zu vermitteln gezwungen war, letztlich Gefangener dieser Rolle sein würde und sich im entscheidenden Moment eben auch nicht auf die Seite Österreich-Ungarns stellen werde, was aber wiederum nur zu einer Lockerung des wichtigen Bündnisses zwischen Deutschland und der Monarchie führen wird.

Allein der Vertreter der „Unabhängigkeitspartei“, Gábor Ugron, stellte sich eindeutig gegen jede deutschfreundliche Politik und zeigte auch Alternativen auf. 1886 anerkannte er in einer Rede, daß „fast jede Partei Ungarns das Bündnis mit Deutschland, also den Zweibund akzeptiert hat“. Dagegen sei der um Rußland erweiterte Dreikaiserbund zu nichts anderem gut, als Ungarn zu isolieren: über die Allianz mit Deutschland von Frankreich, über jene mit Rußland von England. In allen lebenswichtigen außenpolitischen Fragen müsse sich Ungarn mit seinem Todfeind im Osten einigen, eine Einigung, die nichts anderes sein kann als ein fauler Kompromiß oder die Verschiebung der Lösung einer Frage. Die gegenwärtige Balkanpolitik der Monarchie sei verfehlt, weil sie dem russischen Einfluß Platz gewähre. Wenn der ganze Balkan schließlich den Russen gehöre,

dann sei es „nur mehr eine Frage der Zeit, wann sie Österreich-Ungarn in seine aus den einzelnen Nationalitäten bestehenden Bestandteile auflösen“.

„Wenn wir die Interessen Ungarns im Osten verteidigen wollen, müssen wir eine Politik verfolgen, die den Einfluß Rußlands am Balkan entweder ausschließt oder zumindest ausgleicht: Eine solche Politik kann aber im Rahmen des Dreibundes nicht gemacht werden, diese ist nur im Rahmen des Zweibundes gesichert ...“

Ugron drängte darauf, daß die Allianz mit Deutschland nicht nur für Verteidigungszwecke, sondern eben auch für einen Offensivkrieg in Anspruch genommen werden solle, und er kritisierte Kálmok und Kálmán Tisza, weil sie sich zu sehr dem Bismarckschen Willen unterwerfen würden. Seiner Ansicht nach kamen die ungarischen Interessen im Bündnis mit Deutschland nicht wirklich zur Geltung, und das ganze sei eher eine Art Unterordnung – auch auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Beziehungen. Das Bündnis mit Deutschland würde Ungarn nicht stärken, sondern vielmehr schwächen.

Anstelle des Bündnisses mit Deutschland plädierte Ugron für etwas, wofür wiederum die ungarische Öffentlichkeit keinerlei Bereitschaft zeigte: Seiner Ansicht nach sollte nämlich die von der nationalen Idee bedrohte Vielvölkermonarchie mit den kleinen Völkern des Balkans zu einer militärischen und wirtschaftlichen Einigung kommen. Allein der eher unausgeglichene Plan fand keinen sonderlichen Widerhall, und die Mehrheit der ungarischen öffentlichen Meinung trat weiter für das Bündnis mit Deutschland ein.

Die antideutschen Gefühle eines Gábor Ugron wurden einerseits vom traditionellen liberalen Antikonservatismus genährt, andererseits lag deren Ursache wohl auch darin, daß er zur Verteidigung der nationalen Interessen das Bündnis mit Deutschland für nicht ausreichend hielt – es vielmehr auch auf den Fall einer Attacke gegen Rußland ausgeweitet wissen wollte.

Die Politiker im Geiste des Ausgleichs 1867 zeigten sich aber in ihrer Mehrzahl mit dem Bündnis mit Deutschland zufrieden, weil sie darin den Garanten zur Verteidigung der ungarischen Interessen sahen. In einer programmatischen Wahlrede sagte Dezső Szilágyi, daß die Allianz mit Deutschland, die Sicherheit Ungarns garantieren würde „und die Frucht einer richtigen Politik“ sei.



Maurus Jókai (1825–1904), erfolgreichster und populärster ungarischer Schriftsteller. Viele seiner Bücher sind auch in Deutsch erschienen. Während seines Berlinbesuches 1874 wurde er auch von Kanzler Bismarck empfangen, den er als einen äußerst sympathischen Staatsmann schilderte (Ungarisches Nationalmuseum)

In den achtziger Jahren war das Bündnis mit Deutschland für die überwältigende Mehrheit der Ungarn eine Selbstverständlichkeit, die zwar nicht ganz nach ihrem Geschmack war, aber dennoch die beste aller möglichen Lösungen. Von den Großmächten erschien allein Deutschland fähig und auch willens, die Unversehrtheit der Österreichisch-Ungarischen Monarchie und deren Status als Großmacht zu garantieren. Die langfristigen Interessen Rußlands sprachen in jedem Fall gegen den Fortbestand des Habsburgerreiches, Frankreich war weit schwächer als Deutschland und hätte so wohl weniger Schutz gegen einen russischen Angriff bedeutet. Das von einem Teil der Ungarn mit Sympathie bedachte England wiederum verfügte nicht über ausreichend starke Bodentruppen und hätte so die Monarchie – schon gar nicht gegen Rußland – niemals verteidigen können. Die Deutschen waren also die beste aller Lösungen, um so mehr, wenn man die möglichen Konsequenzen einer Feindschaft zu Berlin in allen Details bedachte: Denn die Westmächte hätten das franko-josephinische Reich gegen die volle Wucht eines deutsch-russischen Bündnisses wohl kaum verteidigen können.

Das gute Verhältnis zwischen Ungarn und dem Deutschen Reich wurde durch nichts Wesentliches gestört. Was den Deutschen in erster Linie von der nationalistischen „Unabhängigkeitspartei“ angekreidet wurde, war das Aufwiegen der ungarländischen Deutschen. Der bekannte Naturwissenschaftler und Aktivist der „Unabhängigkeitspartei“ Ottó Herman, der als magyarisierter Deutscher ein großer ungarischer Patriot war, verurteilte 1882 in mehreren Reden die Aktivitäten des „Deutschen Schulvereins“ und wies es empört zurück, daß die Ungarn gegenüber loyale deutschsprachige Minderheit mittels Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes „aufgehetzt“ werde. Gábor Ugron, auch ein Vertreter der „Unabhängigkeitspartei“, zog ebenfalls mehrmals gegen den „Schulverein“ los, dessen einziger Zweck

seiner Ansicht nach „die Aufwiegelung und Verhetzung“ der deutschen Bevölkerung der Monarchie sei. 1891 forderte er die deutsche Regierung auf, alles für die Aufrechterhaltung der guten deutsch-ungarischen Beziehungen zu unternehmen und sich nicht in die inneren Angelegenheiten des Landes zu mischen. „Wenn wir uns nicht in die deutschen inneren Angelegenheiten mischen, wenn wir nichts zur Verteidigung Polens oder des Elsaß unternehmen: dann können wir mit Fug und Recht erwarten und fordern, daß sie als unsere Verbündeten – wenn sie dies tatsächlich auch bleiben wollen – uns gestatten, Ungarn zu bleiben ...“ Die die Stärke Ungarns ein wenig überschätzende Standpauke enthielt natürlich auch die gängigen antideutschen Befürchtungen: „Entgegengesetzten Falles unter jeder ungarischen Brust der Verdacht entstehen könnte, daß unser Verbündeter nur mit späteren Zeiten spekuliert und die Donauländer im deutschen Sinn für Germania vorbereiten möchte, damit man diese dereinst, wie dies auch einige Deutschtümler jetzt schon verkünden, dem Deutschen Reich einverleiben könne.“

Die Reden von Ugron und Herman deuten aber auch auf eine gewisse Verschiebung des Schwerpunktes der ungarischen Politik hin. Während im Nationalitätengesetz 1868 die Deák-Partei das Problem der nichtungarischen Minderheiten des Landes noch auf liberale Weise zu handhaben versuchte, so kam ab Mitte der siebziger Jahre der ungarische Nationalismus immer mehr zur Geltung. Kálmán Tisza hatte ja keinerlei Möglichkeit, den Ausgleich zu modifizieren. Deshalb versuchte er, Ungarns Gewicht innerhalb der Monarchie mittels der Stärkung des ungarischen Elementes innerhalb des Landes zu vergrößern: Schritte, die ja auch durchaus im Sinne der Opposition der „Unabhängigkeitspartei“ waren. Der Erhalt der ungarischen Suprematie wurde nun zum gemeinsamen nationalen Ziel, und die ungarische Politik reagierte auf jede politische – oder als solche erachtete kulturelle – Be-

wegung der Minderheiten äußerst nervös. Dies erklärt auch den Ärger Ugrons über die großdeutschen Bestrebungen. Eine im übrigen unbegründete Furcht, denn die schrille großdeutsche Propaganda hatte zu dieser Zeit noch überhaupt keinen Einfluß auf die Berliner Außenpolitik, und auch der Großteil der ungarländischen Deutschen stand weiterhin loyal zur ungarischen Staatsidee.

Mit der Ausnahme dieser Frage vielleicht hatten die Ungarn eigentlich keinen Grund, sich vom deutschen Verbündeten abzuwenden. Bismarck hatte nicht nur ein ausgesprochen freundschaftliches Verhältnis zur Donaumonarchie aufgebaut, sondern galt zudem als erklärter Doyen des Dualismus. Für den ‚Eisernen Kanzler‘ sicherte diese Einrichtung, die in einem gewissen Sinn auch eine ungarische Unabhängigkeit garantierte, noch am ehesten die Stabilität des Habsburgerreiches. Und es war ja gerade sein Interesse, daß seine Verbündeten auch wertvolle Partner sind. Der innerhalb der dualistischen Konstruktion zum Ausdruck kommende ungarische Einfluß war für ihn die Garantie dafür, daß Wien keinerlei Versuch starten werde, seine Position innerhalb Deutschlands zurückzuerlangen: In den siebziger Jahren dachte auch niemand mehr ernsthaft daran, aber die in den Ohren der Ungarn so wohlklingenden Äußerungen Bismarcks – denen zufolge der Schwerpunkt der Monarchie nach Buda verschoben werden mußte – sind in erster Linie doch diesem Umstand zuzuschreiben. Die Ungarn selbst bewertete Bismarck aber ausschließlich nach seinen eigenen Machtinteressen. Die freundlichen und anerkennenden Worte der siebziger und achtziger Jahre sind dem Kontext der gegebenen Epoche zuzuschreiben, wie auch jene Tatsache, daß er noch 1849 bedauert hatte, daß die Preußen an der Strafaktion gegen die ungarischen ‚Rebellen‘ nicht teilnehmen konnten.

Bismarck war übrigens 1852 auch kurz in Ungarn, aber seine Sympathien für die ein wenig als exotisch erachteten Ungarn erwiesen sich nicht gerade als stark. Auch sein Ver-



hältnis zu den ungarischen Politikern war eher von Interessen bestimmt. Vor 1866 war der Berliner Gesandte des Habsburgerreiches genau derselbe Graf Alajos Károlyi, der nach 1871 als Botschafter zurückkehrte. Zur Zeit der antiösterreichischen Politik war Bismarck dem Diplomaten ungarischer Herkunft gegenüber ausgesprochen mißtrauisch, in den siebziger Jahren galt dieser aber wiederum als eines der hochgeschätzten Mitglieder des Berliner Hofes.

Die Ungarn – auch wenn sie anfänglich nicht gerade vom Bündnis mit Deutschland begeistert waren – wurden nun zu einer seiner wichtigsten Stützen. Es ist vielleicht kein Zufall, daß wir in der Zeit des Dualismus immer nur Diplomaten ungarischer Herkunft in der Person des Berliner Botschafters finden: Die dem Hof ergebenen Aristokraten zeigten sich ebenso als dem Haus Habsburg gegenüber loyale Konservative wie auch als ungarische Politiker. Über das besondere deutsch-ungarische Verhältnis verrät aber auch viel, daß ab 1871 bis zum Ersten Weltkrieg drei Ungarn sich an der Spitze der Berliner Botschaft abwechselten: Graf Alajos Károlyi (1871–1878), Graf Imre Széchenyi (1878–1892) und schließlich László Szögyény-Marich der Jüngere (1892–1914). Die Botschafter erfreuten sich großer Achtung in Berlin: Bei der Hochzeit einer Tochter Botschafter Szögyény-Marichs erschien Kaiser Wilhelm II. sogar persönlich und blieb während der ganzen Zeremonie in ungarischer Sprache anwesend. Natürlich galt diese Geste nicht nur der Person des Botschafters, sondern eben auch der ganzen Monarchie. Doch über die vorschriftsmäßigen Auszeichnungen hinaus sind doch weitere eindeutige Anzeichen der Wertschätzung zu finden: Als 1893 Wilhelm II. an einem Manöver in Ungarn teilnahm, besuchte der Kaiser den bereits im Ruhestand befindlichen Széchenyi auf seinem Gut. Und aus den Berichten Botschafter Szögyény-Marichs ist festzustellen, daß der Kaiser in einem sehr vertraulichen Verhältnis zum Botschafter der Monarchie ge-

standen haben muß: Im Frühling 1897 erfuhr der Diplomat so viel früher als Kanzler Hohenlohe-Schillingfürst, daß der Kaiser Bernhard von Bülow zum Staatssekretär des auswärtigen Amtes zu ernennen gedenkt. Bülow selbst hielt soviel vom verlässlichen und loyalen Szögyény, daß er noch in seinen Memoiren festhielt: „Es wäre manches anders gekommen, wenn Graf Szögyényi statt des Prinzen Gottfried Hohenlohe während des Weltkrieges der Vertreter Österreich-Ungarns gewesen wäre.“

Auch die kulturellen und wirtschaftlichen Bindungen Ungarns waren im wesentlichen auf Deutschland ausgerichtet. Bereits ab den dreißiger Jahren waren viele Ungarn an den Berliner Universitäten immatrikuliert. Besonders für die Protestanten Ungarns und Siebenbürgens bot Berlin eine weit freiere Atmosphäre als das Metternichsche System. Es ist hier kein Platz, den Einfluß der deutschen Wissenschaften auf Ungarn zu erörtern oder etwa die Rezeption der Philosophie Hegels in Ungarn zu beschreiben, die ja in erster Linie eben über die Hörer der Berliner Universität so bedeutend und wichtig wurde. Nur als Beispiel sei aber angeführt, daß einer der Bahnbrecher der ungarischen Märchensammlungen, János Kriza, in Berlin die Arbeiten der Gebrüder Grimm kennenlernen konnte. 1842 gründeten die Berliner ungarischen Studenten ihren Verein, den „Bund ungarischer Hochschüler in Berlin“. Die Berliner ungarischen Industriellen und Handwerker schufen 1846 wiederum ihren „Ungarn Verein“. Nach der Niederwerfung des Freiheitskampfes 1848/49 kamen besonders viele Ungarn in die preußische Hauptstadt, zum Teil als Emigranten, zum Teil als Hochschüler. Fast jede protestantische aristokratische Familie war vertreten, und die ungarischen Politiker nutzten die dort geknüpften Kontakte im Kampf gegen den habsburgischen Absolutismus der Jahre 1859/61. Auch in den sechziger Jahren lebten viele Ungarn in Berlin, unter denen die Kriegsergebnisse des Jahres 1866 eine große Euphorie auslösten:

Sie hofften auf den Sieg Preußens, und viele schlossen sich der Legion Klapkas an. Nach dem Ausgleich konnten die Emigranten heimkehren, doch die ungarische Präsenz in Berlin blieb aufrecht, übte doch die sich schnell entwickelnde deutsche Metropole auf wirtschaftlichem und wissenschaftlichem Gebiet eine große Anziehungskraft auf die Ungarn aus. Spätere Politiker wie der Sohn des Ministerpräsidenten Kálmán Tisza, István, besuchten die Friedrich-Wilhelm-Universität, Künstler wie die führenden Köpfe der ungarischen Architekturszene der Jahrhundertwende erweiterten hier ihr Wissen: Ignác Alpár, Alajos Hauszmann und Ödön Lechner. Wichtigster Förderer der ungarischen Kolonie war immer der Botschafter. Die den ungarischen Vereinen größere Würde und Bedeutung zukommen lassenden Diplomaten trugen auch in beträchtlichem Maße zum Erfolg des „Oesterreich-ungarischen Hilfsvereines Kronprinz Rudolf zu Berlin“ bei. Den damaligen Beschreibungen zufolge fühlten sich die Ungarn in Berlin recht wohl, sie schätzten die deutsche Sparsamkeit, lobten den gut organisierten großstädtischen Verkehr, die präzise Verwaltung. Allein mit der deutschen Küche konnten sie sich nicht anfreunden und eröffneten deshalb auch zwei ungarische Restaurants: den „Esterházy-Keller“ an der Ecke Friedrichstraße und Linienstraße sowie ein weiteres an der Taubenstraße, gegenüber vom Urania-Theater.

Die im Zuge der Vereinigung Bulgariens ausgebrochene Krise zeigte weitreichende Konsequenzen. Die ungarischen Regierungspolitiker zwangen schließlich Außenminister Kálmán Tisza zu einem entschiedeneren Auftreten gegenüber Rußland, was aber zu einer endgültigen Verschlechterung der Beziehungen der beiden Großmächte und zur unwiderruflichen Auflösung des „Dreibundes“ führte: Der 1887 abgelaufene Vertrag wurde nicht mehr verlängert. Bismarck unternahm weiterhin alles, damit die früheren Bündnispartner nun nicht zu Feinden würden, und schloß gewissermaßen als Gegen-

gewicht zum Zweibund den Rückversicherungsvertrag ab. Um den Jahreswechsel 1887/88 stand das Verhältnis Rußland und Österreich-Ungarn wieder auf Krieg. Ministerpräsident Kálmán Tisza und der wieder aktivierte Gyula Andrássy schlugen einen Angriff vor, wobei diesmal auch einige österreichische Heerführer dazu neigten. Bismarck gelang es, den Krieg mit dem Veröffentlichen des Textes des „Zweibundes“ zu verhindern, womit in Österreich-Ungarn jedem klar werden mußte, daß ausschließlich im Falle eines russischen Angriffes mit deutschem Beistand zu rechnen wäre. Trotz dieses diplomatischen Erfolges wurde aber immer offensichtlicher, daß die Zeit über die Bismarcksche Bündnispolitik hinweggegangen war. Und der 1888 an den Thron eines immer stärker werdenden Deutschland kommende junge Kaiser Wilhelm II. hatte schließlich von den mit so viel Hader und Selbstbeschränkungen begleiteten Manövern genug: 1890 mußte Bismarck seinen Hut nehmen, und die deutsche Außenpolitik begann neue Wege zu beschreiten.

Aus der Krise der Jahre 1887/88 und dem sich verschlechternden Verhältnis zu Rußland leitete die militärische Führung der Österreichisch-Ungarischen Monarchie die Schlußfolgerung ab, daß auf jeden Fall die Armee zu stärken sei. Allein die ungarischen oppositionellen Kräfte waren aber nicht bereit, dies zu akzeptieren, bzw. nur dann, wenn auch in der gemeinsamen Armee dem ungarischen Element größerer Einfluß zukäme. Dem wiederum widersetzte sich Franz Joseph, der um Einheit und Schlagkraft seiner Armee besorgt war. 1889 verhinderte die „Unabhängigkeitspartei“ so mittels parlamentarischer Obstruktion die Heeresreform. Die folgende politische Krise fegte in den kommenden Jahren auch Ministerpräsident Kálmán Tisza hinweg.

Der wichtigste ungarische Politiker der kommenden Jahrzehnte gab sein Debüt in der sog. „Heeresdebatte“: István Tisza. Der bereits in früher Jugend angesehene Regierungspolitiker warnte schon damals davor, wie gefährlich jede Politik sei, die die Kraft

Gábor Ugron
(1847–1911),
Parlamentsab-
geordneter der Unab-
hängigkeitspartei,
Füßsprecher
der selbständigen
Politik der
„ungarischen
Interessen“
und einer der
entschlossensten
Gegner der deutsch-
freundlichen
Außenpolitik
(Ungarisches
Nationalmuseum)



der Monarchie schwäche. Da „diese kleine Nation an der vielleicht exponiertesten Stelle Europas steht“, müssen die Ungarn die Zivilisation „vor gewaltigen Gefahren, gegen die Bestrebungen gewaltiger Nationen (...), vor jener Bedrohung beschützen, die der slawische Absolutismus für die europäische Kultur bedeutet“. Deshalb bedarf es über die Stärkung der nationalen und freisinnigen Kräfte im Inland hinaus, auch dessen, daß „wir zu unserem äußeren Schutz bzw. zur Verteidigung unserer nationalen Interessen auf dem internationalen Parkett einem starken, unabänderlichen Bündnis mit einem zweiten Staat beitreten und mit diesem eine Großmacht bilden, die genügend stark ist, unsere Interessen nach außen zu verteidigen, und in deren Rahmen wir selbst genügend stark sind, unsere eigenen Interessen zur Geltung kommen zu lassen“. Auch deshalb stand für Tisza die Stärkung der Monarchie an oberster Stelle einer wahren nationalen Politik, und jede Opposition, die dies nicht einsehen wollte, war seiner heftigsten Kritik ausgesetzt.

Zwar näherte sich Rußland nach dem Zer-

fall des „Dreibundes“ Frankreich an, ja unterfertigte sogar ein militärisches Abkommen, doch verlor diese diplomatische Verbindung in den neunziger Jahren wieder an Bedeutung. Der wirtschaftliche Aufschwung brauchte neue Märkte, und am Wettlauf um neue Kolonien beteiligten sich alle Großmächte. Die Beschaffung solcher Kolonien führte natürlich nur zu noch weiteren, neuen Konflikten, und auch alte Verbündete gerieten nun aneinander. Die Aufmerksamkeit der europäischen Großmächte wandte sich vom alten Kontinent ab, und jeder war bemüht, seinen Einfluß auf den anderen Kontinenten auszuweiten: jeder, ausgenommen die Österreichisch-Ungarische Monarchie. Für die schwächste Großmacht eröffneten sich allein am Balkan solche Möglichkeiten, und wenn ihr auch die Erweiterung ihres Einflusses nicht gelang, so konnte sie in den neunziger Jahren zumindest einen ihren Interessen entsprechenden *status quo* sichern, da Rußland mit seiner Expansion in den asiatischen Raum gebunden war.

In den neunziger Jahren gewann in Ungarn die Ansicht mehr und mehr Oberhand, die russische Gefahr sei für einige Zeit gebannt, und so wurden auch die Ziele der ungarischen Außenpolitik neu formuliert. Mit der Abnahme der russischen Bedrohung schien auch die Priorität eines Bündnisses mit Österreich bzw. Deutschland abzuklingen – damit wurden nun wieder jene Stimmen lauter, die eine Modifizierung des Dualismus im Sinne der ungarischen Interessen forderten. Führungspersönlichkeit dieser oppositionellen Politik war der ausgezeichnete Redner Graf Albert Apponyi. Das populäre Motto seiner „Nationalpartei“ forderte die Verschiebung des Gravitationspunktes der Monarchie von Wien nach Budapest. Angesichts der sich immer schärfer zeigenden Krise der zisleithanischen Innenpolitik war dies auch vollkommen plausibel, war doch der Reichsrat wegen der äußerst heftigen Debatten zwischen Deutsch-Österreichern, Tschechen und Slowenen praktisch arbeitsunfähig,

während Ungarn 1896 – Kraft und Prosperität demonstrierend – gerade das tausendjährige Jubiläum der Landnahme zelebrierte. Im Interesse der Erstarkung des ungarischen Elementes innerhalb der Monarchie war ja auch das Projekt der Magyarisierung der ungarländischen Nationalitäten in vollem Gang – wenn es auch nur geringe Ergebnisse zeitigte.

Um die Jahrhundertwende wurde auch der Nationalismus der „Unabhängigkeitspartei“ wieder stärker: Im Dualismus sah dieser immer mehr nur eine die ungarischen nationalen Ziele behindernde, schwere Last, und einzelne Politiker hatten bereits die Vision eines von Ungarn angeführten Südosteuropas vor Augen – so Pál Hoitsy. Da diese Jahre gerade für die Monarchie auf außenpolitischem Gebiet eine Ära der Ruhe waren, kritisierte die ungarische Opposition die von dem polnischen Grafen Agenor Goluchowski angeführte gemeinsame Außenpolitik nicht etwa wegen irgendwelcher konkreter Schritte: Im Interesse der Stärkung des ungarischen Einflusses forderten sie die „Magyarisierung“ des Außenamtes. Sie beschäftigten sich damit, ob es nun genügend Ungarn im außenpolitischen Apparat gäbe, ob das ungarische Staatswappen auch an allen Gesandtschaften angebracht sei, in welcher Sprache sich das österreichisch-ungarische Konsulat an die ungarischen Behörden wende.

In den ruhigen Jahren der Jahrhundertwende stellte Gábor Ugron immer entschiedener das Bündnis mit Deutschland in Frage. Die großdeutsche Politik des 1891 gegründeten „Alldeutschen Verbandes“ stieß in Berlin auf immer größeren Widerhall, was wiederum die Ungarn mit gesteigerter, wenn auch übertriebener Sorge erfüllte. In der Koordinierung der Interessen im Außenhandel zeigten sich ebenfalls immer mehr Konflikte. Mit Sorge beobachteten sie auch die Konsequenzen der deutschen Weltpolitik, die sich nun weit aggressiver als zur Zeit Bismarcks zeigte. Alles in allem sahen die Politiker um Ugron immer mehr die Deutschen als Gefahr denn

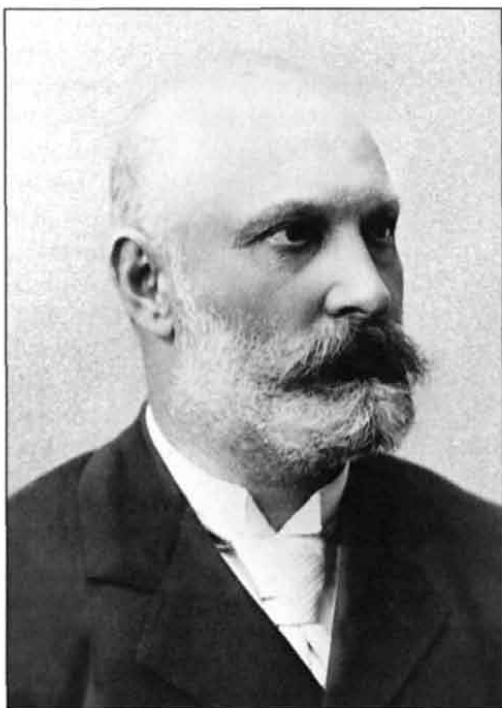
als Stütze, könnte doch das Bündnis mit Deutschland, dem mit dem Ende der russischen Bedrohung von vornherein weniger Bedeutung zugemessen wurde, auch die Doppelmonarchie in ungewollte Konflikte stürzen. So kam es 1900 zu geheimen, aber ergebnislosen Verhandlungen Ugrons mit dem französischen Außenminister über ein eventuelles französisch-russisch-österreichisch-ungarisches Bündnis. Auch in den Delegationen kritisierte er des öfteren den Dreibund.

Er blieb aber mit seiner antideutschen Haltung allein, und seinen von der Mehrheit abweichenden außenpolitischen Vorstellungen ist auch deshalb keine besondere Bedeutung beizumessen, weil seine Partei zu dieser Zeit gerade einmal zehn Abgeordnete stellte. Zwar war die Ugron-Partei im Verhältnis zu ihrer Größe und zu ihrem tatsächlichen politischen Gewicht sehr laut, aber selbst der Anführer des größeren Teils der „Unabhängigkeitspartei“, Ferenc Kossuth, der 1894 zurückgekehrte Sohn des in der Emigration verstorbenen Lajos Kossuth, verurteilte Ugrons außenpolitische Abenteuer. „Meiner Ansicht nach ist der Dreibund für Ungarn von äußerst großem Wert, weil er den Frieden sichert, und Ungarn braucht Frieden“, erklärte er.

Auch mit allen ihren Bedenken blieb die ungarische öffentliche Meinung deutschfreundlich. Dies kam 1897 anlässlich des Besuches Kaiser Wilhelm II. in Budapest auch deutlich hervor: Die ungarische Presse zeigte sich schon froh, daß das verbündete Staatsoberhaupt die ungarische Hauptstadt mit seiner Visite beehrte, und als Wilhelm in seinem Trinkspruch die ritterliche ungarische Nation hochleben ließ, wurden seine höflichen Worte mit vehementem Jubel entgegengenommen. Auch die deutsche Presse sah sehr genau, wie sehr die Ungarn eine sichere Stütze des „Dreibundes“ waren, auf die man gegen die Slawen auf jeden Fall rechnen konnte. Mehrere Zeitungen äußerten sich sehr anerkennend über die Ungarn und verglichen die ungarische Stabilität mit dem



*Alajos Hauszmann
(1847–1926),
bekannter ungarischer
Architekt, ehemaliger
Student an der
Universität
zu Berlin und
Leiter der groß-
angelegten
Erweiterung
und Rekonstruktion
des Burgpalastes
um die Jahrhundert-
wende des 19. und 20.
Jahrhunderts
(Ungarisches
Nationalmuseum)*



österreichischen „föderalistischen Chaos“. Die hochgeschätzte „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ konnte beruhigt feststellen, „daß es in Ungarn heute keine Partei, ja keinen einzelnen Politiker von einigem Gewicht giebt, welcher nicht von den Segnungen des Bündnisses mit Deutschland durchdrungen wäre.“

Tatsächlich war am Anfang des Jahrhunderts die ungarische öffentliche Meinung fast einhellig von der wichtigen Freundschaft mit Deutschland überzeugt und durchdrungen. Die Ausnahmen gehörten ausschließlich zu den äußersten Rändern des politischen Lebens – wie zum Beispiel die bereits erwähnte Fraktion der „Unabhängigkeitspartei“ unter Gábor Ugron oder die in erster Linie von den jüdischen Bürgern Budapests unterstützte „Demokratische Partei“. Deren Führer und auch einziger parlamentarischer Abgeordneter, Vilmos Vázsonyi, kritisierte auch des öfteren die absolutistischen Bestrebungen der deutschen Führung und die aggressiven Äußerungen Wilhelms II.

Aus den bedeutenden Ergebnissen der wirt-

schaftlichen und kulturellen Entwicklung, aus dem Frieden in Europa und der innenpolitischen Krise in Österreich folgten die nationalistischen ungarischen Oppositionellen, sie würden zur Erreichung ihrer nationalen Ziele den Dualismus nicht mehr benötigen. Und so begannen sie, ab 1903 lautstark die ungarische Unabhängigkeit zu fordern. Und ohne eine zumindest teilweise Magyarisierung des Heeres waren sie nicht bereit, auch nur die kleinste Reform der Armee zu unterstützen. Neben den ständig stärker werdenden Vertretern der „Unabhängigkeitspartei“ glaubten auch immer mehr Befürworter des Ausgleiches an die Notwendigkeit, die dualistische Bande mit Österreich zugunsten Ungarns verändern zu müssen. Zu ihnen gehörte auch der – durchaus nationalistische – ehemalige Ministerpräsident Dezső Bánffy, der 1903 eine oppositionelle Partei gründete. Seiner Ansicht nach sollte der Schwerpunkt der Monarchie von Österreich nach Ungarn verlagert werden – zu diesem Zweck sollte man viel bestimmter gegenüber den Nationalitäten des Landes auftreten, da nur ein starker und einheitlicher ungarischer Nationalstaat dieser Berufung nachkommen könne. Bánffy, der übrigens auch Hörer der Berliner Universität gewesen war, glaubte als Vertreter des Bündnisses mit Deutschland beweisen zu müssen, daß dies auch Deutschlands Interesse sei. Deshalb forderte er das Deutsche Reich auf, die Unterstützung der deutschsprachigen Minderheit des Landes einzustellen und sich mit der Assimilation abzufinden. Die Deutschen würden in ihrem Kampf gegen die Slawen die ungarische Hilfe brauchen: „Der einheitlich-ungarische Nationalstaat hat die Absorption der Deutschen unbedingt nothwendig; die großdeutschen Interessen erscheinen hier einen starken einheitlichen-ungarischen Nationalstaat.“

Auch Pál Hoitsy, die Führungspersönlichkeit der extremen ungarischen Nationalisten und der „Unabhängigkeitspartei“, war bemüht, sein „großungarisches“ Programm mit der Freundschaft mit Deutschland zu vereinen.

In einem Brief an den großdeutschen Ernst Hasse erklärte er: „Ein Teil der Söhne unserer Heimat haßt die Österreicher, aber nicht die Deutschen.“ Er hielt fest, daß seine Pläne nicht gegen Deutschland gerichtet seien, da die Ungarn „ihrer nationalen Berufung nur im Bündnis mit Deutschland, nur unter dem Banner der westlichen Kultur nachkommen können“.

Wenn die der „Unabhängigkeitspartei“ angehörenden ungarischen Nationalisten jede Verbindung mit einem schwächeren Österreich auch ablehnten, so spürten sie aber, daß sie zur Erreichung ihrer großspurigen Ziele der deutschen Hilfe bedurften. Diese Situation illustriert auch jene sonderbare Episode, in der die oppositionelle Zeitung „Független Magyarországnak“ [Unabhängiges Ungarn] darüber schrieb, daß der zweite Sohn Kaiser Wilhelms II., Eitel Fritz, ungarisch lerne, und damit suggeriert wurde, daß ein von Österreich unabhängiges Königreich Ungarn mit einem Hohenzollern auf dem Thron gebildet werden könnte. Die natürlich jeder Grundlage entbehrende und von Berlin auch dementierte Planung zeigt nur, wie sehr das außenpolitische Programm der Opposition letztlich nur identisch mit den Vorstellungen jener Regierungen war, die sich als loyal gegenüber der Ausgleichskonstruktion zeigten, und daß auch ein eventuell unabhängiges Ungarn nur eine prodeutsche Politik machen würde. Der Unterschied bestand eigentlich nur darin, daß die Regierungspartei vielleicht dem ‚nationalen Minimum‘, der Bewahrung der territorialen Integrität des Landes näher stand, während die nationalistische Opposition wesentlich mehr als das wollte: die vollständige Unabhängigkeit des Landes, dessen Magyarisierung, ja mehr noch: vielleicht sogar noch einen Einfluß auf dem Balkan. Im Grunde wollten sie nur erreichen, daß ein unabhängiges Ungarn die Rolle der Monarchie in der europäischen Politik spiele ...

Was aber aus Budapest betrachtet als durchaus realisierbar erschien, wurde in Berlin eindeutig mit offener Abneigung beobachtet:

In der deutschen Interpretation bedeutete das Auftreten der ungarischen Opposition mit dem Mittel der parlamentarischen Obstruktion im Interesse der Magyarisierung der Armee nur eine Aktion, die die Großmachtposition des Verbündeten gefährdete. Die offiziellen deutschen Kreise wünschten eine alsbaldige Beendigung der Debatten und brachten ihr Mißfallen über die Vorgangsweise der Ungarn in diskreter und vertraulicher, aber in durchaus eindeutiger Form zum Ausdruck. Da sie vom Standpunkt der Schlagkraft der gemeinsamen Armee die einheitliche deutschsprachige Führung für richtig hielten, standen sie in dieser Krise eindeutig auf der Seite der herrschenden Partei, die sie hinter den Kulissen dazu ermunterten, den ungarischen Forderungen nicht nachzugeben. Sie gaben István Tisza recht, der in einer Rede darauf hinwies, „daß Ungarn mit der gemeinsamen Armee stehe und falle, und daß durch die heutige Obstruktion die Nation an den Rand des Abgrundes gerathen sei“.

Da die „Unabhängigkeitspartei“ aber nicht nachgab, versuchte der zum Ministerpräsidenten ernannte István Tisza mit einer aggressiven Änderung der parlamentarischen Geschäftsordnung die Obstruktion zu unterbinden. Diese Maßnahmen empörten aber sogar einen Teil der regierenden „Freisinnigen Partei“, der sich Ende 1904 unter der Führung Graf Gyula Andrássys des Jüngeren, des ehemaligen Außenministers, der Koalition der oppositionellen Parteien anschloß. Zur allgemeinen Überraschung gewann 1905 die Opposition die Wahlen, und die stärkste Partei wurde die aus allen ihren Fraktionen vereinte „Unabhängigkeitspartei“, der sich auch Albert Apponyi mit seinen Anhängern anschloß. Franz Joseph wiederum war nicht bereit, diese ehemalige Opposition, die in den wesentlichen Punkten eine Modifizierung des Ausgleiches anstrebte, an die Regierung zu lassen, und ernannte lieber eine provisorische Beamtenregierung. Daraufhin rief die Koalition zum Boykott



der Maßnahmen der als illegitim erachteten Regierung auf.

Die Niederlage der dreißig Jahre lang regierenden „Freisinnigen Partei“ nahm die deutsche Führung mit Bedauern zur Kenntnis, da sie befürchtete, daß die Verwirklichung des Programmes der Opposition die Monarchie nur weiter schwächen würde. Die Haltung Gyula Andrássys stieß auf ihr Mißfallen, und, obwohl sie sich natürlich von jedem direkten Eingreifen fernhielten, unterstützen sie in der akuten Regierungskrise Franz Joseph.

Die prodeutsche Stimmung der ungarischen öffentlichen Meinung, die natürlich sah, daß Berlin den Standpunkt des Herrschers unterstützt, geriet ins Wanken. Einige verkündeten die Möglichkeit einer französischen Orientierung, andere wiederum das Bündnis mit den Tschechen und Polen. Die Budapester oppositionelle Presse kritisierte 1905/06 in zahlreichen Artikeln die Deutschen, zum Beispiel anlässlich der ersten Marokko-Krise, aber in erster Linie wegen ihrer Einmischung in ungarische Belange. Dazu kam es selbst noch, nachdem der oppositionelle Parteienbund im Frühjahr 1906 an die Macht gekommen war.

Im April 1906 gab die ehemalige Opposition ihren Kampf auf und verzichtete – in einem Geheimabkommen, im Interesse der Macht – auf die Umsetzung ihres ursprünglichen Programmes. Apponyi, Andrassy und Ferenc Kossuth wurden Minister – aber die neue Regierung folgte eigentlich in allen Fragen der Politik ihrer Vorgänger. Sie setzte allen antideutschen Tönen ein sofortiges Ende und erklärte sich dem Bündnis mit Deutschland verpflichtet. Mit Fug und Recht konnte man in Berlin nun behaupten, „das zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn bestehende Friedensbündnis beruhe nicht nur auf persönlichen Beziehungen der beiden Herrscher, sondern in erster Linie auf den gemeinsamen politischen und wirtschaftlichen Interessen der verbündeten Staaten“.

Allein bis die ehemalige Opposition an die Macht gekommen war, hatte sich auch die

internationale Lage dramatisch verändert. Zwar sahen die Ungarn die Niederlage Rußlands im Krieg mit den Japanern mit großer Genugtuung, allein diese hatte – was die Monarchie betraf – auch negative Konsequenzen. Mit der Blockade jeder weiteren Expansion nach Osten wandte sich St. Petersburg nun wieder verstärkt Europa zu. Im Vertrauen auf die Kraft Deutschlands, das ansetzte, sich demographisch, wirtschaftlich und militärisch gesehen zur ersten europäischen Macht aufzuschwingen, nahm einige Zeit ein allgemeiner Optimismus in der Donaumonarchie überhand, doch 1907 schloß sich der von der Dreier-Entente geformte Ring. Auch auf dem Balkan veränderten sich die Kräfteverhältnisse zuungunsten der Monarchie: Serbien stellte sich eindeutig auf die Seite Rußlands, die Bündnistreue Rumäniens wurde immer fragwürdiger. Zudem verringerte der erst jetzt einsetzende Wirtschaftsaufschwung auf der Halbinsel die Suprematie und damit die Einflußmöglichkeiten der Monarchie. Alle Zeichen deuteten darauf hin, daß die Monarchie, die mehr und mehr zurückblieb, vermehrt auf deutsche Unterstützung angewiesen sein wird.

Die in der Beurteilung der internationalen Lage von vornherein unerfahrene neue ungarische Regierung konnte über die prodeutsche Haltung hinausgehend kaum ein eigenes außenpolitisches Programm formulieren. Ihre Forderungen erstreckten sich weiterhin auf Kleinkram und Details aus dem Bereich des öffentlichen Rechts – so wurde zum Beispiel zur Sprache gebracht, warum der Außenminister für die ungarische Delegation seinen Bericht nicht auf ungarisch halte. ...

Auch in der komplizierten Balkan-Frage veränderten sich die Standpunkte recht häufig: Teils unterstützten sie die Osmanen, teils die Unabhängigkeitsbestrebungen der slawischen Völker. Auch gegen die Annexion Bosniens und der Herzegowina opponierten sie anfangs sehr heftig, um sich dann sehr rasch den Positionen Außenminister Aehrenthals

anzuschließen – wobei sich ihre Hoffnungen, daß die südlichen Länder aufgrund ihrer historischen Argumentation, Ungarn zugeschlagen werden, nicht verwirklichten. Die entschiedene deutsche Unterstützung in der Annexionskrise verstärkte wiederum die Bündnistreue der Ungarn.

Das Kabinett, das sein Programm nicht umsetzen konnte, vermochte einige Zeit lang, seine Unfähigkeit mit leeren Gesten, mit augenfälligen, aber keine positiven Ergebnisse zeitigenden Maßnahmen gegen die Minderheiten und patriotischen Sonntagsreden zu vertuschen, geriet aber 1909 in eine schwere Krise. Die „Unabhängigkeitspartei“ spaltete sich in der Folge in zwei Gruppierungen: in eine radikale unter der Führung Gyula Jusths, die sich begann, in Richtung Demokratie zu bewegen, und in eine konservativere unter Albert Apponyi und Ferenc Kossuth. Bei den Wahlen 1910 kam wieder die aus dem Hintergrund von István Tisza gelenkte 67er Partei des Ausgleiches mit großer Mehrheit an die Macht. Da die dezimierte und gebrochene Opposition der Unabhängigen wieder zum Mittel der parlamentarischen Obstruktion griff, ließ sich Tisza nun zum Parlamentsvorsitzenden wählen und brach den Widerstand mit harter Hand. 1912 kam es so zur Verabschiedung der seit 1889 anberaumten Armee reform, auf die Tisza schon lange gedrängt hatte. „Große Interessen stehen auf dem Spiel. Wir sind in die Waagschale der Weltgeschichte geworfen, und es hängt nur von unserem eigenen Gewicht ab, was die Waage am Ende anzeigen wird“, erklärte er am 12. Juni 1913 anlässlich seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten.

In der ungarischen öffentlichen Meinung traten die außenpolitische Fragen wegen der innenpolitischen Auseinandersetzungen vollkommen in den Hintergrund. In den Balkankriegen zeigte sich die an Hilflosigkeit grenzende Schwäche der Monarchie. Außenminister Berchthold konnte die Ereignisse kaum beeinflussen, und mit der Schaffung eines unabhängigen Albanien reichte seine

Kraft nur mehr dazu aus, zu verhindern, daß Serbien einen Zugang zur Adria erhält. Damit zusammen führten aber die Kriege zu einer Stärkung Serbiens und Rumäniens und zu einer Schwächung Bulgariens und des Osmanischen Reiches. Für Ungarn waren besonders die rumänischen Erfolge ein Problem, strebte doch die rumänische öffentliche Meinung offen nach dem Erwerb Siebenbürgens. Im Interesse der Sicherung der Bündnistreue des formal alliierten Rumäniens bot Tisza der rumänischen Minderheit Ungarns einige Konzessionen an, die aber deren Führer zurückwiesen. Gleichzeitig kritisierten ungarische nationalistische Kreise den Ministerpräsidenten äußerst scharf des „landesverräterischen Kuhhandels“, und auch die Deutschen, die angeblich die Verwirklichung der nationalen Ziele verhinderten, waren die Adressaten einer recht vehementen Kritik. Die oppositionellen Blätter rissen häufig Witze über die von Wilhelm II. verursachten Probleme: „Es bleibt wohl nichts mehr übrig, als alles Schreibmaterial und Papier vor seiner Hoheit zu verstecken!“ – spottete „Pesti Napló“, das gerade auf die oppositionelle Seite gewechselt war. Der neue Leiter der eher demokratisch eingestellten „Unabhängigkeitspartei“, Graf Mihály Károlyi, bedachte Tisza mit einer besonders scharfen Kritik, da er ja über politische Differenzen hinaus auch in persönlichem Gegensatz zum Regierungschef stand.

Károlyi wandte sich – die Ugronschen Traditionen erneuernd – gegen das Bündnis mit Deutschland. Nach seiner Einschätzung jagte das für den Rüstungswettlauf verantwortliche Deutschland Europa in den Krieg und „ein Sieg Österreichs oder noch eher des Dreibundes wäre für Ungarn fatal: verhängnisvoll nicht nur aus politischer, sondern auch aus wirtschaftlicher Sicht. Österreich-Ungarn würde noch mehr von Deutschland abhängig werden, und seine wirtschaftliche Abhängigkeit würde nur noch stärker werden ... aus politischer Sicht würde Österreich uns einfach überfahren, uns die Verfassung neh-

men. Konsequenterweise werden wir mit aller Kraft gegen den Krieg auftreten, – aus der Angst – so traurig es ist, dies aussprechen zu müssen – daß wir diesen gewinnen könnten“, schrieb er noch im November 1912 dem französischen Ministerpräsidenten Raymond Poincaré, den er zu überzeugen versuchte, die Schaffung eines französisch-ungarisch-russischen Bündnisses zu unterstützen. Károlyi glaubte daran, daß ein unabhängiges und demokratisches Ungarn freundschaftliche Verhältnisse zu seinen Nachbarn am Balkan und in Rußland aufbauen könne. Seine großangelegte Konzeption war aber vollkommen unrealistisch: Er schwärmte von einer Freundschaft mit den Rumänen und Serben, ohne bereit zu sein, den Nationalitäten des Landes auch nur die kleinsten Konzessionen zu gewähren. Anfang 1914 plante er eine demonstrative Reise nach St. Petersburg, doch gelang es schließlich seinen politischen Freunden, in erster Linie dem prodeutsch eingestellten Apponyi, ihn davon abzubringen.

Anfang des 20. Jahrhunderts wurde im ungarischen Parteienspektrum die Stimme der Linken immer stärker. Die Sozialdemokraten, die früher – wohl aus doktrinären internationalistischen Erwägungen heraus – nie eine Meinung zu außenpolitischen Fragen abgegeben hatten, äußerten sich auch vor dem Ersten Weltkrieg nur selten. In ihren ideologisch gefärbten Stellungnahmen griffen sie im allgemeinen den Militarismus und die Reaktion an. Wohl auch deshalb sahen sie im Zarismus den Hauptfeind, doch wandten sie sich im allgemeinen gegen jede imperialistische Bestrebung. Nach 1905 vertrauten einige der Hoffnung, Rußland werde sich demokratisieren, deshalb richtete sich die Hauptspitze der Kritik einige Zeit lang gegen Deutschland. Zsigmond Kunfi, einer der Parteitheoretiker, meinte dazu: „Die europäische Reaktion hat derzeit in Deutschland ihre Hauptstütze, nachdem die Revolution und Nippons Wehrmacht den Zarismus niedergeschlagen haben. Die reaktionäre Poli-

tik des Deutschen Reiches hat in dem in Preußen herrschenden Junkertum seine Stütze.“ Aufgrund der zunehmenden Stärke der SPD, mit der die ungarische Partei in engem Kontakt stand, glaubte die ungarische Sozialdemokratie an eine Stärkung der pazifistischen und demokratischen Kräfte innerhalb der deutschen Politik – womit die kritischen Stimmen sehr rasch auch verstummten. Die Haltung der radikal-demokratischen Intellektuellen, die sich um die Zeitschrift „Huszadik Század“ [Zwanzigstes Jahrhundert] scharten und 1914 unter der Führung Oszkár Jászis eine eigene Partei gründeten, zu Deutschland blieb aber ambivalent: Einerseits kritisierten sie den deutschen Militarismus, die antidemokratischen Züge des Reiches, andererseits sahen sie Deutschland als das im kulturellen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und sozialpolitischen Bereich vorbildliche Muster, dem zu folgen sei.

Die Vorsitzenden der im Parlament vertretenen Parteien vor dem Ersten Weltkrieg waren – Károlyi ausgenommen – alle prodeutsch eingestellt – auch die Führer der gemäßigten Opposition, Gyula Andrássy jun., Albert Apponyi und Ferenc Kossuth. Trotz des von heftigen und lauten Debatten erschütterten parlamentarischen Lebens ist dieses fast vollständige Einvernehmen in der Frage der außenpolitischen Orientierung des Landes nicht überraschend. Ungarn konnte als oberstes politisches Ziel eben nur den Erhalt seiner territorialen Integrität sehen, und so suchte jeder ungarische Politiker nur Bündnispartner zur Erreichung bzw. Sicherung dessen. In den gegebenen Zusammenhängen war es offensichtlich, daß der am besten entsprechende, ja eigentlich einzige Partner dazu eben Deutschland war. Bei einer genaueren Analyse der Kritik der Opposition der Unabhängigen an der Außenpolitik der Doppelmonarchie wird aus einigen Wortmeldungen Gábor Ugrons klar, daß nicht etwa deren Ziele von jenen der Regierungsparteien abwichen, sondern nur ihre Möglichkeiten, die Sache beim Namen zu nen-



nen, und ihr entschiedenes Auftreten. Ihre Kritik war eine Art ‚interne‘, sie opponierten nicht etwa gegen den deutschen Verbündeten, sondern glaubten nur, daß die Vorteile dieses Bundes nur zu wenig genutzt würden. Die ungarischen Regierungen waren durch ihre Verpflichtungen gebunden, doch konnten sie – unter Berufung auf die schrille oppositionelle Kritik – entschiedener für die Umsetzung der ungarischen Interessen in Wien eintreten.

Im allgemeinen heißt es, die Monarchie hätte viele ungarische Außenminister gehabt und daß die Außenpolitik der Monarchie im wesentlichen den Interessen Ungarns unterstellt war. Für sich allein betrachtet, entspricht keine dieser Behauptungen den Tatsachen: Bis zum Ausbruch des Weltkrieges war von den gemeinsamen Außenministern allein Andrássy Ungar nicht nur in einem engen staatsbürgerchaftlichen Verständnis, sondern auch in jenem Sinn, daß er die Interessen der politischen Klasse der ungarischen Nation vertrat. Und gerade seine Karriere zeigt auch, daß selbst er den ungarischen Willen in Wien nicht ganz durchsetzen konnte. Andererseits stimmt wiederum, daß die Außenpolitik der multinationalen Monarchie im allgemeinen jedes nationalen Elementes entbehrte, vielmehr eine Art Kompromiß zwischen den dynastischen Zielen und den jeweils stärksten nationalen Interessen gewesen ist. Und wenn wir die wichtigsten Wendepunkte der Entwicklung dieser Außenpolitik in Augenschein nehmen, können wir feststellen, daß die grundsätzlich dynastisch ausgerichtete Außenpolitik 1871, 1878 und 1887 entsprechend den ungarischen Interessen modifiziert wurde.

István Tisza war vielleicht zu dieser Zeit der am klarsten denkende ungarische Politiker. Im Gegensatz zu seinen Gegnern konnte er die reale Stärke der Ungarn viel klarer einschätzen, und deshalb bestand er nicht nur auf den Dualismus, sondern eben auch auf das Bündnis mit Deutschland. „Die ungarische Nation unterstützt das internationale Bündnis mit dem Deutschen Reich vielleicht

noch eindeutiger und bestimmter als die Deutsch-Österreicher. Dies ist ein Eckstein unserer ganzen Politik, weil wir neben so vielen vergänglichen Episoden auf die Grundwahrheit bestehen, daß die ungarische Nation ihre welthistorische Berufung nur in der politischen Solidarität mit der deutschen verwirklichen können wird.“

Dies war sicherlich auch Tiszas Auffassung zur Zeit der Julikrise 1914. Es ist bekannt, daß sich allein der ungarische Ministerpräsident gegen den Krieg gegen Serbien aussprach. Seine Stellungnahmen hatten allgemeine und konkrete Gründe. Er hält die Möglichkeiten der Monarchie in der Region nach den Balkankriegen für besonders ungünstig, im Gefolge der Erstarkung Serbiens und – des davon wahrscheinlich als Feind erachteten – Rumäniens wurde das Osmanische Reich fast vollständig von der Halbinsel verdrängt, und das als potentieller Verbündeter gesehene Bulgarien erschien nach seiner Niederlage noch aktionsunfähig. Oberste Ursache für seine prinzipielle Gegnerschaft war, daß vom Standpunkt der ungarischen Interessen von einem solchen Krieg wohl nichts Gutes zu erwarten war. Im Falle einer Niederlage war mit territorialen Verlusten zu rechnen, aber auch im Falle eines Sieges war von einer Schwächung der vorteilhaften Position Ungarns innerhalb der Monarchie auszugehen, da mit der Annexion neuer nichtungarischer Gebiete die dualistische Struktur wohl nicht weiter hätte aufrechterhalten werden können. Über die Frage, warum Tisza dann schließlich doch diesem Krieg, der Ungarn nichts Gutes bringen konnte, zustimmte, scheiden sich die Geister bis heute. Eines ist sicher: Da für die territoriale Unversehrtheit Ungarns der Großmachtstatus der Monarchie absolut notwendig erschien und dieser vom Zweibund garantiert war, war es von herausragender Bedeutung, welche Position Berlin bezog. Da die deutsche Führung sich eindeutig für Krieg entschied, hatte der schwächere Verbündete kaum, der auf sich allein gestellte Tisza noch weniger Möglichkeiten,

diesen Vorschlag abzulehnen. Zumindest ließ er aber festhalten, daß die Monarchie keinesfalls größere serbische Territorien annectieren dürfe.

Der von der ungarischen öffentlichen Meinung euphorisch unterstützte Krieg wurde für Ungarn tatsächlich zu einer Frage auf Leben und Tod, da eine Niederlage die Zerstückelung des Landes bedeutete. Da Tisza sich dessen vollkommen bewußt war, vertrat er – nachdem er sich schweren Herzens für den Krieg entschieden hatte – eine vehemente Kriegspolitik, die nunmehr als die einzige Chance des Landes erschien. Für die ungarischen nationalen Interessen stieg er sogar gegen die Deutschen auf die Barrikaden: „Deutschland hängt von uns genauso ab, wie wir von ihm“, erklärte er. „Niemand schätzt das deutsche Bündnis mehr als ich, doch wir müssen freundlich, aber bestimmt alle deutschen Bestrebungen zurückweisen, uns beherrschen zu wollen“, schrieb er in einem Brief Ende 1914. Standhaft stellte er sich den deutschen Forderungen entgegen: So, als Berlin ihn zu territorialen Konzessionen aufforderte, um Rumänien zu besänftigen, so, als man die Monarchie unter Einschluß Polens in eine trialistische Konstruktion umbauen wollte, und so, als man ein gemeinsames Heeresoberkommando einrichten wollte. Im November 1914 fuhr er – anstelle des entscheidungsschwachen Außenministers Berthold – nach Berlin, wo er mit seinem entschiedenen Auftreten große Anerkennung fand und seine Verhandlungspartner in den wesentlichen Fragen auch überzeugen konnte. Ab Kriegsausbruch bis Herbst 1916 galt der entschlossene und zielbewußte ungarische Ministerpräsident als der starke Mann der Monarchie, und, daß Tisza auf die Fortsetzung des Krieges beharrte, überzeugte auch andere.

Während des Weltkrieges wurden die Bande zwischen Deutschland und der Monarchie nur noch enger. Zur Vertiefung der Beziehungen nach dem Krieg gab es auf deutscher Seite einige Vorstellungen, die von of-

fen imperialistischen, eine deutsche Suprematie über Mitteleuropa verkündenden Konzeptionen bis zu Plänen für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit und eine Zollunion reichten. Größten Widerhall fand in Ungarn auf jeden Fall die Konzeption des liberalen Friedrich Naumann, die ein Programm der wirtschaftlichen Kooperation und einer Zollunion umfaßte. Die überwiegende Mehrheit der ungarischen Industriellen wies den Plan natürlich aus Angst vor dem Wettbewerb zurück, aber auch die Agrarier benötigten nicht wirklich den gewaltigen deutschen Markt, da der ungarische Landwirtschaftsexport gerade noch zur Versorgung Österreichs ausreichte. Die antideutsche „Unabhängigkeitspartei“ Károlyis formulierte diese Ängste wie folgt: „Deutschland hätte in einem solchen Staatenbund ein derartiges Übergewicht, daß allen anderen Nationen wohl nur eine Statistenrolle zukäme. Es wäre wohl ein schlimmes Ende, wenn das Ergebnis der jetzigen Selbstaufopferung der ungarischen Nation ... das langsame, aber sichere Ersticken Ungarns in einem mitteleuropäischen Staatenbund wäre.“ Ministerpräsident István Tisza mußte natürlich etwas vorsichtiger formulieren: „Ich war der Anhänger eines innigsten Bündnisses mit Deutschland und jenes Grundgedankens, daß wir bestrebt sein sollen, uns in allen Bereichen zu ergänzen und unsere Kräfte zu verstärken. Diese große und schöne Sache hat keinen größeren Feind, als jenen, der diese Annäherung weiter vorantreiben möchte, als es dies die deutschen, österreichischen oder gar die ungarischen wirtschaftlichen Interessen erlauben, ohne daran Schaden zu nehmen.“

Während die althergebrachte ungarische Politik – je nach Temperament – offen oder versteckt, aber einhellig gegen den Naumann-Plan Stellung bezog, sympathisierte die Mehrheit der bürgerlich-radikalen Intelligenz mit der Idee. Oszkár Jászi erwartete sich von einer stärkeren Bindung an Deutschland geradeheraus den Sieg der Demokratie, weil er – natürlich nur relativ – Deutschland als

den demokratischeren und sozialeren Staat sah: „Unser Wirtschaftsleben, unser Rechtssystem, unsere Wissenschaft, unser Sozialismus und unsere Sozialpolitik erhielten die Hauptimpulse von Deutschland“, schrieb er. „Die Schaffung Mitteleuropas würde hier nur soviel verändern, daß es diesem heute noch zufälligen, aber nicht durchdachten Zusammenhang einen tieferen Inhalt und eine für uns betrachtet fruchtbare Organisationsform brächte.“ Jászi machte sich – im Gegensatz zu den zum Kreis der Radikalen gehörenden Wirtschaftsexperten – auch keine Sorgen um die ungarische Industrie in Mitteleuropa und prognostizierte der Landwirtschaft einen gewaltigen Aufschwung. Auch die Lösung des Schlüsselproblems Ungarns, der nationalen Frage, sah er im Naumann-Plan gegeben: Je heterogener Mitteleuropa, um so weniger sei die Herrschaft einer Nation zu befürchten, und je stärker der Bund, um so eher könne Ungarn eine wirklich demokratische Nationalitätenpolitik umsetzen.

Der Hauptgrund dafür, daß die Radikalen und Sozialdemokraten mit der Mitteleuropa-Idee sympathisierten, prodeutsch waren, war die Angst vor dem Zarismus, das von Deutschland angeführte Mitteleuropa war für sie nur eine relativ gute Lösung. Im Laufe der Diskussion ging die Unterstützung für den Plan erheblich zurück, um nach der russischen Februarrevolution 1917 vollkommen zu erlahmen. Das neue Rußland führte bei ihnen zu einem neuen Motto: „Ex oriente lux!“

Die Ereignisse in Rußland zeitigten aber nicht nur auf die linke Intelligenz Ungarns einen erheblichen Einfluß, sondern besiegelten – wenn auch indirekt – letztlich das Schick-

sal der Monarchie. Die im Frühling 1918 an die Macht gelangten Bolschewiki beendeten – um Rußland vollständig beherrschen zu können – den Krieg. Mit dem Frieden von Brest-Litowsk zerfiel das Zarenreich und damit eine der größten – über ein Jahrhundert bestehenden – Gefahrenquelle für Ungarn. Diese im Grunde genommen erfreuliche Tatsache hieß aber auch, daß mit dem Sieg über Rußland nicht nur das erdrückende Bündnis mit Deutschland, das nun seine Macht über einen ganzen Kontinent ausbreitete, sondern auch die Fortsetzung des Krieges jeden Sinn verloren hatte. Die aber nun Deutschland unterstellte Monarchie befand sich nicht mehr in der Position, einen Sonderfrieden abschließen zu können: Allein dadurch hätten die Habsburger ihre Macht oder zumindest einen Teil davon behalten können. Auch die Aussichten darauf, daß Ungarn seine territoriale Integrität wird erhalten können, waren gering. Deshalb harrten die Ungarn, auf einen Sieg Deutschlands hoffend, weiter neben Berlin aus: Es sei ja noch immer besser, Teil ‚Mitteleuropas‘ zu sein, als zerstückelt zu werden. Deutschland konnte aber den mit dem Kriegseintritt der USA nun tatsächlich zum Weltenbrand gewordenen Krieg nicht gewinnen. Für Ungarn wurde damit die drei Jahrzehnte alte Feststellung Bismarcks zur tragischen Wirklichkeit: „Da sitzen zwischen Donau und Karpathen die Ungarn. Für uns ist das gerade so, als ob dort Deutsche säßen, denn ihr Schicksal ist mit dem unsrigen verknüpft, sie stehen und fallen mit uns.“ Im Herbst 1918 sind die Ungarn mit Deutschland gefallen ...



LITERATUR

- ANDRÁSSY, Julius Graf: Interessen-Solidarität des Deutschtums und Ungartums, München/Berlin/Leipzig 1916.
- BÁNYFY, Baron Desider: Die ungarische Nationalitätenpolitik, Budapest 1903.
- BAUQUET, Nicolas: Egy ártatlan diplomáciai flört. Franciaország és a koalíció. 1905–1909 = Valóság, 2000/8, 83–93.
- BÜLOW, Bernhard Fürst von: Denkwürdigkeiten, Berlin 1930–1931.
- DIÓSZEGI, István: A magyar érdekek érvényesülése az Osztrák - Magyar Monarchia külpolitikájában = Múltunk, 1997/1, 3–27.
- DIÓSZEGI, István: Bismarck és Andrássy, Budapest 1998.
- DIÓSZEGI, István: Bismarck és Andrássy, Budapest 1998.
- DIÓSZEGI, István: The Hungarian Liberal Party and German Unity. In: István DIÓSZEGI: Hungarians in the Ballhausplatz. Studies on the Austro-Hungarian Common Foreign Policy, Budapest 1983, 96–142.
- DIÓSZEGI, István: The Hungarian Opposition Parties and the Austro-Hungarian Common Foreign Policy. In: István DIÓSZEGI: Hungarians in the Ballhausplatz. Studies on the Austro-Hungarian Common Foreign Policy, Budapest 1983, 260–319.
- DOLMÁNYOS, István: Mihály Károlyi et le voyage de Saint-Pétersbourg. In: Annales Universitatis Scientiarum Budapestinensis de Rolando Eötvös Nominatae. Sectio Historica, Budapest 1965, Tomus V, 147–184.
- DOLMÁNYOS, István: L'idée d'une alliance hungaro-polono-tchèque contre les Habsburgs en 1905. In: Annales Universitatis Scientiarum Budapestinensis de Rolando Eötvös Nominatae. Sectio Historica, Budapest 1966, Tomus VI, 147–152.
- ERÉNYI, Tibor: Die Sozialdemokratische Partei Ungarns und die Außenpolitik der Österreichisch-Ungarischen Monarchie in den Jahren 1908–1914. In: Études Historiques 1970 publiées à l'occasion du XII^e Congrès Internationale des Sciences Historiques par la Commission Nationale des Historiens Hongrois, Budapest 1970, Bd. I, 397–426.
- FISCHER, Fritz: Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911 bis 1914, Düsseldorf 1969.
- GALÁNTAI, József: Die Österreichisch-Ungarische Monarchie und der erste Weltkrieg, Budapest 1979.
- GEISS, Immanuel: Die deutsche Politik gegenüber Serbien in der Julikrise 1914. In: Immanuel GEISS: Das deutsche Reich und die Vorgeschichte des ersten Weltkrieges, München/Wien 1978, 159 ff.
- GERGELY, András: 1848-ban hogy is volt? Budapest 2001.
- HANÁK, Péter: Jászi Oszkár dunai patriotizmusa, Budapest 1985.
- Hengelmüller, Freiherr von: Graf Alois Károlyi. Ein Beitrag zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Diplomatie = Deutsche Revue, 1913/März 274–292, April 33–42, Mai 154–169, Juni 277–287,

- Juli 33–43, August 161–174, Sept. 299–308, Okt. 35–40.
- HOITSY, Pál: Nagymagyarország. A magyar történet jövő századai, Budapest 1902.
- HÖBELT, Lothar: Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich als Zweibundpartner. In: Österreich und die deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert. Probleme der politisch-staatlichen und soziokulturellen Differenzierung im deutschen Mitteleuropa, Wien 1982, 256–281.
- IRINYI, Károly: A Naumann-féle „Mitteleuropa“-tervezet és a magyar politikai közvélemény, Budapest 1963.
- Maurus JÓKAI's Reisebriefe von Pest nach Berlin. 18. Februar bis 4. März 1874, Berlin 1874.
- KÁLLAY, Benjamin von: Graf Julius Andrássy. Gedenkrede, gehalten in der feierlichen Jahressitzung der ungarischen Akademie der Wissenschaften am 10. Mai 1891, Budapest 1891.
- Károlyi, Mihály levelezése I. 1905–1920. (hrsg. von György Litván), Budapest 1976.
- KOHUT, Adolf: Bismarck és Magyarország, Budapest 1915.
- KOVÁCS, Dénes: A berlini magyar egyesület negyvenéves története, Berlin 1886 (Berlini Magyar Egyesület).
- MOCSÁRY, Lajos válogatott írásai. A bevezető tanulmányt írta, a válogatást végezte és jegyzetekkel ellátta Kemény G. Gábor, Budapest 1958.
- NAUMANN, Friedrich: Mitteleuropa, Berlin 1915.
- Dömötöri NÉMETH Péter: Magyar világ Berlinben, Pécs, o. J.
- PAPP, Zoltán / SZENT-IVÁNYI, Béla von: Hundert Jahre Bund Ungarischer Hochschüler Berlin. In: Ungarische Jahrbücher XXII.
- PATEK, Ferenc: A magyar külpolitikai közvélemény alakulása az annexió válságtól a világháborúig, Budapest 1943.
- PÖLÖSKEL, Ferenc: István Tisza. Ein ungarischer Staatsmann in Krisenzeiten, Budapest 1994.
- RIMLER, Gyula: A francia-orosz-osztrák-magyar szövetség szükségessége, Budapest 1901.
- STONE, Norman: Ungarn und die Julikrise. In: Kriegausbruch 1914 (hrsg. von Walter Laqueur und George L. Mosse), München 1970. 202 ff.
- SZABADFALVI, József: Herman Ottó, a parlamenti képviselő (1879–1897), Miskolc 1996.
- SZABÓ, Ervin levelezése (hrsg. von György Litván und László Szűcs), Budapest 1977–1978. Bd. I–II. 1905–1918.
- SZEKFÜ, Julius: Der Staat Ungarn. Eine Geschichtsstudie, Stuttgart/Berlin 1918.
- SZILÁGYI, Dezső beszédei. (hrsg. von dr. Gyula Fayer), Budapest 1906, Bd. 1.
- SZILÁGYI, Dezső beszédei (hrsg. von dr. Gyula Fayer), Budapest 1913, Bd. 4.
- Gróf TISZA, István képviselőházi beszédei. Bevezetésekkel és magyarázó jegyzetekkel ellátta: Barabási Kun, József. Első sorozat. A fiatal képviselő. 1888. február 3.–1903. november 3., Budapest 1930.
- TOKODY, Gyula: Ausztria-Magyarország a Pángermán Szövetség (Alldeutscher Verband) világuralmi terveiben (1890–1918), Budapest 1963.
- TÓKÉCZKI, László: Tisza István eszméi, politikai arca, Budapest 2000.
- UGRON, Gábor beszédei az 1878–1881-diki országgyűlésen, Budapest 1881.
- UGRON, Gábor beszédei az 1881–1884-diki országgyűlésen, Budapest 1884.
- UGRON, Gábor beszédei az 1884–1887-diki országgyűlésen, Budapest 1887.
- UGRON, Gábor országgyűlési beszédei, Budapest 1892.
- VERMES, Gábor: István Tisza. The Liberal Vision and Conservative Statecraft of a Magyar Nationalist, New York 1985.

DIE UNGARISCH-DEUTSCHEN BEZIEHUNGEN ZWISCHEN 1918 UND 1945

Die Beziehungen der beiden Länder zueinander gestalteten sich zwischen 1918 und 1945 in vielerlei Hinsicht anders als in den Jahrhunderten vorher. Nicht unbedingt, weil sie durch so viele Gegensätze gespannter geworden wären (waren doch im Laufe der Jahrhunderte – in geringem oder größerem Maße – Widersprüche in den Beziehungen immer zu entdecken), sondern hauptsächlich aus zwei neuen Gründen: zum einen, weil sich der Status der Ungarn völlig verändert hatte, zum anderen wegen der Interferenzen in den gesellschaftlichen Einrichtungen der Länder.

Die österreichisch-ungarische Monarchie war im Laufe der Jahrzehnte immer mehr ins Hintertreffen gegenüber dem Wilhelminischen Kaiserreich geraten, und, obwohl Berlin gegenüber der Achse Wien–Budapest zunehmend an Wichtigkeit gewonnen hatte, muß bis zur Niederlage im November 1918 streng genommen immer von zwei Großmächten gesprochen werden. Die schwere Niederlage verbitterte zwar Deutschland ebenso wie Ungarn, aber die Pariser Vororteverträge führten dennoch zu zwei vollkommen unterschiedlichen Situationen. Berlin blieb ja weiterhin Reichshauptstadt, während Budapest die Hauptstadt eines in einem solchen Maße geschrumpften Landes wurde, daß sich der vereinzelte, in der Landesgeschichte unbedarfte Tourist nur vor Staunen die Augen rieb, als er vom Donaukorso aus die nur um wenige Zentimeter kürzer als das Londoner „Houses of Parliament“ bemessene Baumas-

se des ungarischen Parlamentsgebäudes erblickte, das ja noch für ein wirkliches Reich geplant worden war. Und wenn der Besucher dann nach Buda hinüberblickte, sah er noch weitere gewaltige Bauwerke, deren Maße für ein europäisches Reich ausgelegt worden waren. Der Königspalast auf dem Burgberg, der zur Jahrhundertwende innerhalb eines Jahrzehnts unter der Leitung von Alajos Hauszmann auf mehr als das Doppelte wuchs, zeugte nicht nur von der führenden Rolle Ungarns in Mitteleuropa, sondern auch davon, daß im Rahmen des Dualismus die ungarische politische Elite sich der wichtigen Requisiten des Reichs bedienen konnte.

Nach 1918 änderte sich der außenpolitische Status Ungarns radikal, und schon dies für sich mußte zu einer Redimensionierung der ungarisch-deutschen Beziehungen führen. Unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg gab es zwar eine kurze Periode, in der in beiden Ländern jenen Kräften eine politisch tragende Rolle zukam, die sich mit den Realitäten des Friedensdiktates nicht abfinden wollten, als jedoch 1923 Gustav Stresemann deutscher Außenminister wurde und István Bethlen den stürmischen Gyula Gömbös auf die Oppositionsbank verweisen konnte, war es gelungen, diese querulanten Elemente für einige Zeit aus dem öffentlichen Leben zu verbannen: Für die Realisten und nüchtern Denkenden war klar, daß die Situation auch eine andere politische Praxis erfordert.

Der Friedensvertrag von Trianon machte Ungarn – nach Österreich – zum kleinsten



und schwächsten Staat der Region. Und es war klar, daß es in absehbarer Zeit wenig Hoffnung gab, diese Situation *aus eigener Kraft* grundlegend verändern zu können. Die heiß umkämpften diplomatischen Posten wurden über viele Jahrhunderte von den historischen aristokratischen Familien des Landes besetzt gehalten, vom selbständigen ungarischen Außendienst, der nach dem Ersten Weltkrieg ins Leben gerufen wurde, hielt sich die Aristokratie jedoch demonstrativ fern. Zum Teil wohl deshalb, weil sie sich als unfähig erwiesen hatte, die internationale Krise vom Juni 1914 mit friedlichen Mitteln zu lösen, der Weltkrieg also einen riesigen Prestigeverlust für die gesamte Diplomatie bedeutete, andererseits aber könnten die Distanz und der Vorbehalt der Aristokratie gegenüber dem neuen diplomatischen Dienst auch damit erklärt werden, daß es eine sicherlich undankbare Aufgabe war, dieses Land, das so viel an Ansehen verloren hatte und zur Stagnation verurteilt war, im Ausland zu vertreten.

Demgegenüber war für Berlin trotz Versailles noch immer die Chance erhalten geblieben, einen Weg zu einem Neuanfang und einem neuerlichen Aufstieg zu finden. In der Wilhelmstraße war man überzeugt, daß dieser nur durch die sog. „Erfüllungspolitik“ verwirklicht werden kann, also über Paris führt. In diese Politik hatte die Pflege einer intensiven und freundschaftlichen Beziehung mit Ungarn nicht nur keinen Platz, sie war sogar eine ausgesprochene Last.

Die eine Vertiefung der Beziehungen anstrebende ungarische Politik war nicht nur deswegen eine Last für Berlin, weil sich die Interessen Deutschlands und Ungarns nicht deckten, sondern weil Ungarn wie die ganze südosteuropäische Region viel an Bedeutung für Deutschland verloren hatte. In der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg wurde für das Gebiet der Monarchie der Begriff *Donauraum* allgemein verbreitet, und südlich davon lag in dieser Terminologie der *Balkan*. Nach dem Krieg verblaßte dieser Unterschied, und in Deutschland wurde immer öfter für die gan-

ze Region der Begriff *Südostraum* gebräuchlich. Als 1922 eine neue Fachbereichseinteilung in der Wilhelmstraße in Kraft trat, wurde in der entsprechenden Abteilung nicht mehr nur Rumänien, Jugoslawien und Bulgarien, fallweise Albanien und Griechenland, sondern eben auch Ungarn zusammengefaßt.

Berlin sah seinen früheren Großmachtspartner Österreich – das sich am nordwestlichen Rand des *Südostraumes* befand – als ein eigenständiges Land, dessen Selbständigkeit aber früher oder später mit dem *Anschluß* zu Ende gehen muß. Die andere Reichshälfte der ehemaligen Doppelmonarchie wurde für ein industriell unterentwickeltes Land gehalten, das mit seinen Nachbarländern hauptsächlich durch scheinbar unvereinbare Interessensunterschiede und ewigen Zank und Hader verbunden ist. Laut eines Lageberichts des Außenministeriums aus dem Jahre 1929 zählt Ungarn zu den „zur Gänze balkanisieren“ Ländern der südosteuropäischen Region.

Es war also dieses Umfeld, in dem der nun unabhängige ungarische Staat seine diplomatische Vertretung am 20. September 1918 unter der Leitung des Geschäftsführers Baron Pál Forster in Berlin eröffnen mußte, der bis zum Oktober 1920 an seinem Einsatzort blieb. Am 31. Oktober 1919 wurde in der deutschen Hauptstadt auch ein ungarisches Hauptkonsulat eröffnet, dem Waldemár Alth vorstand. Im Gefolge des Sanierungskredites des Völkerbundes 1924, der mit der Verschreibung rigoroser Sparmaßnahmen verbunden war, wurde dieses Hauptkonsulat im Februar 1924 wieder geschlossen, und seine Aufgaben wurden von der Botschaft übernommen. Die Vertretung war ja inzwischen – am 13. Oktober 1920 – zu einer Botschaft unter der Leitung des außerordentlichen Botschafters Gusztáv Emich geworden.

Für die Wirtschaftsbeziehungen der beiden Länder wurde je ein ungarisches Konsulat in Hamburg, Köln und München eingerichtet: Jenes in Hamburg wurde gleichzeitig mit dem Berliner eröffnet, aber bereits 1929 in ein Honorarkonsulat umgewandelt.

Im erwähnten Jahrzehnt leitete bis 1927 György Ghika, dann Egon Abele die dortige Arbeit. Das Konsulat in Köln wurde am 1. Oktober 1920 eingerichtet, doch wurde auch dieses aus dem gleichen Grund wie die Einrichtung in Berlin 1924 zu einem Honorarkonsulat zurückgestuft. Es wurde von Géza Gáspárdy geleitet. 1938 wurde das Honorarkonsulat – damals wieder Hauptkonsulat – erneut aktiv. Es wurde bis 1939 von Béla Sziklay geleitet, seine Nachfolger waren Tibor Pözel, Hauptkonsul, später Egon Cindric, Konsul. Das Münchner Konsulat öffnete im Mai 1921 seine Pforten, ihm stand mit Botschaftssekretär László Velics, ein Berufsdiplomate vor – ein Signal, daß diese Mission mehr als nur Konsulatsaufgaben innehatte.

So sehr Stresemann sich auch auf Paris konzentrierte und so sehr auch der *Südostraum* in seinen Augen an Bedeutung verloren hatte, gab es trotzdem zwei triftige Gründe, warum die deutsche Außenpolitik diese Region nicht nur weiter im Blickfeld hatte, sondern auch zu ermessen versuchte, ob sich nicht in naher Zukunft doch für Berlin günstige Möglichkeiten ergeben könnten: Zum einen konnte Deutschland nach der blutigen Niederlage nicht wirklich damit rechnen, in Europa eine kontinentale Hegemonie zu erreichen, mußte aber als Großmacht doch irgendwie bestrebt sein, wenigstens irgendwo Fuß zu fassen, und diese Region erschien dazu wohl als am ehesten geeignet, zum anderen – und in enger Verbindung zum ersten Grund – hatte sich im *Südostraum* ein Vakuum gebildet, das Berlin die Chance des Vorstoßes gewissermaßen auf dem Silbertablett anbot: Vor 1914 hatten ja Rußland und die Doppelmonarchie um die Vormacht am Balkan gerungen, nun war aber die Monarchie zerfallen, die an die Stelle des zaristischen Rußland tretende Sowjetunion war für einige Zeit mit eigenen innenpolitischen Problemen beschäftigt und legte keinerlei außenpolitische Initiativen an den Tag.

Aber auch die relative Wichtigkeit der Re-



*László Velics
(1890–1953),
ungarischer Konsul,
später Generalkonsul
in München
(Ungarisches
Nationalmuseum)*

gion änderte nichts an der Tatsache, daß in Deutschland von jener – von Otto von Bismarck oder Friedrich List geprägten – geopolitischen Denkweise, die dem historischen Ungarn eine gewisse Bedeutung zugemessen hatte, angesichts Trianon-Ungarns nicht einmal mehr eine Spur oder ein Ansatz übriggeblieben war. List hatte ja noch von einer politischen Föderation geträumt, die nicht nur die Niederlande, Dänemark, Belgien und die Schweiz umfassen würde, sondern auch das Habsburgerreich, ja sogar – sollte das Osmanische Reich dereinst vom Balkan abgedrängt werden – die Territorien des Balkans. Aber bekannterweise phantasierte er auch darüber, daß nach dem Niedergang des Osmanischen Reiches „deutscher und ungarischer Geist vereint“ ein germanisch-ungarisches Reich zwischen Schwarzem Meer und der Adria schaffen könnten. Und die Politik des Eisernen Kanzlers hatte ja Ungarn in der Mäßigung bzw. Bändigung der Habsburger eine tragende Rolle zugeteilt.





Szilárd Masirevich, ungarischer Gesandter in Berlin (1933–1935), verläßt das Präsidentenpalais am 30. August 1933 nach seinem Vorstellungsbuch bei Hindenburg. Rechts steht der Zeremoniemeister (Ungarisches Nationalmuseum)

Stresemanns Südosteuropapolitik aber hatte einerseits zum Ziel, die wirtschaftlichen, hier vor allem die Handelsbeziehung wieder aufzunehmen, sie zu verstärken, andererseits die deutschsprachigen Minderheiten zu unterstützen. In der Wilhelmstraße wurde die Region als eine Einheit sehr genau in Augenschein genommen, und in diesen Konzepten nahm das radikal verkleinerte, sog. „Rumpf-Ungarn“ eben nur einen bescheidenen Platz ein. Bereits ab den zwanziger Jahren schloß Berlin so eine Reihe von Handelsvereinbarungen mit den Ländern der Region ab, die aber wiederum nur illustrieren, daß Rumänien und Jugoslawien wegen ihrer Rohstoffe und Bodenschätze für Deutschland nun viel wichtiger waren als Ungarn, das für Deutschland gerade so wichtig war wie etwa Bulgarien: Deutschland betrachtete diese beiden Länder nur als Absatzmärkte und Lebensmittellieferanten. Während also Berlin in dieser neuen Situation Budapest mit kalter Nüchternheit begegnete, dachte Ungarn, wo weder die politische öffentliche Meinung noch die politische Führung die neuen Koordinaten so einfach hinnehmen wollte, diametral anders.

Das Herbst 1919 entstandene ungarische politische System war eine Reaktion auf die Revolutionen von 1918/19, das den Beinamen „konterrevolutionär“ offen und stolz in seiner Bezeichnung führte und alles von sich wies, was mit den Revolutionen 1918/19 nur in einem entferntesten Zusammenhang stand. Die Niederlage im Weltkrieg, der Friedensvertrag von Trianon und die Revolutionen standen in dieser Denkweise in einem direkten und ursächlichen Zusammenhang. Und es gab keine politische Kraft, die diese Überzeugung hätte in Frage stellen können. Diese Fehler wären wohl zu vermeiden gewesen, hätte es einen klaren Willen und die Kraft gegeben, den Weg, der zum Niedergang geführt hatte, kritisch zu analysieren, ja zu hinterfragen: Es hätte dazu wohl genügt, einige Gewißheiten der Reformgeneration der Jahrhundertwende zu überdenken und zu adap-

tieren – und in dieser Tradition zumindest einen Teil der revolutionären Errungenschaften zu bewahren. Statt dessen kultivierte aber das konterrevolutionäre System das Erbe eines István Tisza, der 1914 das Land in den Krieg geführt hatte, machte jenen den Prozeß, die seiner Ermordung beschuldigt wurden, und zog die Revolutionen in den Schmutz. Der im April 1921 für zehn Jahre an die Macht gelangte Graf István Bethlen vermocht es schließlich, aus dem Wrack wieder ein Land aufzubauen, aus den Ruinen wieder einen Staat zu errichten, was allein schon von seiner staats- und weltmännischen Größe zeugt.

Das Ungarn der Zwischenkriegszeit war nicht, wie so oft geschrieben, ein feudalistisches, sondern ein kapitalistisches Land, allein was den *bürgerlichen* Charakter des Landes betrifft, ist vielleicht Skepsis angebracht: Denken wir nur an den hierarchischen Aufbau der Gesellschaft, das gesellschaftliche Wertesystem, die Rituale und Bräuche – Merkmale, die es durchaus angebracht erscheinen lassen, vor allem im Ausland von einem feudalen Ungarn zu sprechen. Auch das eingeschränkte Wahlrecht – schon allein die Art, wie dieses durchgesetzt wurde – versetzte das Land in die vorrevolutionären Zustände zurück: Nicht nur die Einschränkung des Wahlrechtes war in den Augen vieler ein Mißstand, sondern auch die Tatsache, daß sogar das geheime Wahlrecht nicht mehr überall gesichert war. Zwar war die Landreform weit umfassender, als man sie schon jahrzehntelang geplant hatte, sie konnte jedoch den Landhunger der ungarischen Bauern nicht stillen, und auch das feudale System des Großgrundbesitzes blieb letztlich erhalten. Allein das Abkommen, das dieses politische System Ende 1921 mit dem Sozialdemokraten Károly Peyer schloß, war ein erfolgreicher und geschickter Vorstoß. Dadurch wurde die Sozialdemokratie in das ganze politische System eingebaut, aber vielleicht durch ihre Zusammenarbeit mit dem konterrevolutionären System eher kompromittiert: Der sog. Bethlen-Payer-Pakt integrierte die sozialdemokratische Par-

tei auf diese Weise in das politische System – und gleichzeitig in die damalige ungarische Gesellschaft. Damit wurde sie noch unbedeutender als im dualistischen Ungarn. Und dies, obwohl sie damals nicht einmal im Parlament vertreten gewesen war, 1922 aber schon – und anfänglich gar nicht so schwach. Sein und Schein widersprachen sich also. Der Schein war für Bethlen günstig, das Sein aber verschlechterte die Chancen der ungarischen Gesellschaft, daß es im Land innerhalb absehbarer Zeit eine wirkliche Demokratie geben, eine wirklich demokratische Denkweise weite Kreise der Gesellschaft durchdringen würde.

Allein sein Realitätssinn diktierte István Bethlen die Notwendigkeit einer Einigung mit der sozialdemokratischen Partei, tief in seinem Herzen widerstrebten ihm jedoch die Sozialdemokraten genauso wie die Kommunisten. Und das war sein großer Fehler, denn er hätte diese Abneigung – im Interesse der ungarischen Gesellschaft – hintanstellen, ja überwinden müssen. Die Führer der Sozialdemokratie wären damals wirklich bereit gewesen, sich in das System zu integrieren – allein um es zu demokratisieren. Einer solchen Integration eine Chance zu geben und diese im Interesse der Nation zu nutzen, paßte aber nicht in Bethlens Weltanschauung. Andererseits wiederum wurde die Sozialdemokratie politisch maßgeblich von ihrem Internationalismus und der internationalen sozialdemokratischen Solidarität bestimmt, und schon allein deshalb war die Geisteshaltung in sozialdemokratischen Kreisen eine fundamental andere. Auch die Partei identifizierte sich durchaus mit dem Revisionsgedanken, doch spielte hier ein erkleckliches Maß an taktischen Überlegungen eine ebenso bedeutende Rolle. Allein die Regierungsseite hätte diese Spannungen auflösen können. Auch wenn man solchen Ansprüchen natürlich realistisch vieles entgegensetzen kann, ist wohl unbestreitbar, daß eine Regierung – was Spielraum und Weitsicht betrifft – wesentlich mehr Möglichkeiten zur Verfügung hat als eine Opposition, und diese hät-

te man im Interesse der so oft betonten (doch meistens nur gebetsmühlenhaft wiederholten) Schaffung und Vertiefung der nationalen Einheit weit mehr nützen müssen.

Erst so ist zu verstehen, warum weder die ungarische Politik noch die hinter ihr stehende öffentliche Meinung so lange keine Notwendigkeit für eine neue Deutschlandpolitik sahen und warum der Weimarer Republik mit ihrem so hoch entwickelten demokratischen Bewußtsein Miklós Horthys Ungarn letztlich so fremd geblieben ist.

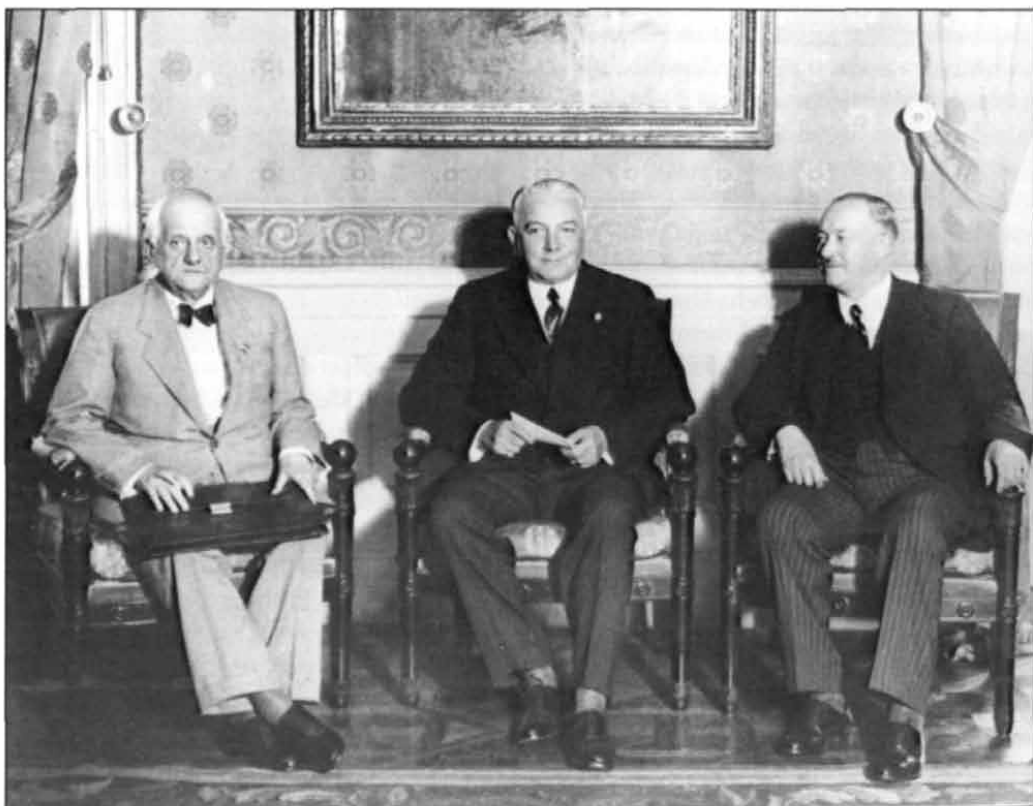
Ebensowenig wie sich Ungarn der Notwendigkeit einer neuen Politik gegenüber Deutschland wirklich bewußt wurde, zeigte es sich bereit, seine so lange gehegten Illusionen, eine regionale Großmacht zu sein, preiszugeben: Ungarn sah sich einfach weiterhin als ein gleichrangiger Partner Deutschlands und zeigte sich überzeugt, daß das „slawische Meer“ die beiden Staaten in eine wahre „Schicksalsgemeinschaft“ zwingt, obwohl diese ver-

alteten Topoi zu dieser Zeit nur mehr leere Fiktion waren, die man mit der ständigen Wiederholung der Tatsache der „Waffenbrüderschaft“ des Ersten Weltkrieges mit politischem Inhalt zu füllen suchte.

Zu Beginn der zwanziger Jahre wollte zwar die offizielle ungarische Politik das Land durchaus in die europäischen Realitäten einpassen, arbeitete aber im Rahmen einer gewissen Arbeitsteilung auch mit Kreisen zusammen, die mit rechtsextremen Organisationen wie „Orgesch“ und „Orka“ Kontakt hielten, mit Kreisen also, die an einer schnellen und gewaltsamen Veränderung des *Statu quo* arbeiteten. Berlins Mißfallen wurde weiter durch die Tatsache verstärkt, daß Gömbös und seine Kreise einigen Führern des Kapp-Putsches und den Mördern von Matthias Erzberger Asyl gewährten.

István Bethlen konnte Gyula Gömbös zwar im Jahre 1923 besiegen und in die Opposition zwingen, doch auch er gab die un-

Konstantin Freiherr
von Neurath
(1873–1956),
deutscher Gesandter
in Rom und London,
später Reichsaußen-
minister (1932–1938)
im November 1937 in
Berlin in der
Gesellschaft
von Kálmán Kánya
(1869–1945),
ungarischer
Außenminister
(1933–1938) (links)
und Kálmán Darányi
(1886–1939),
Ministerpräsident
(1936–1938) (rechts)
(Ungarisches
Nationalmuseum)



garischen Illusionen bezüglich der Beziehungen zu Deutschland nicht auf: Vergeblich wies Stresemann die diplomatischen Annäherungsversuche Bethlens 1923 ab, schon 1925 klopfte dieser schon wieder an Berlins Tore – auch diesmal vergeblich. 1925 wird Kálmán Kánya – der bis dahin im Außenministerium den Posten eines Secrétaire Général innehatte, also Chef des Apparates war – an die Spitze der Berliner Botschaft bestellt: In erster Linie wohl deshalb, weil Bethlen seinem außerordentlichen Talent vertraute und auf den Aufbau engerer ungarisch-deutscher Beziehungen hoffte.

Der 1927 unterfertigte ungarisch-italienische Vertrag über ewige Freundschaft war ein bedeutender Fortschritt für die bis dahin weitgehend isolierte ungarische Außenpolitik: Im Besitz dessen versuchte die ungarische Diplomatie eine von vornherein irrealer italienisch-deutsche Annäherung zu erreichen, auf der sie wiederum eine ungarisch-italienisch-deutsch-österreichische Zusammenarbeit aufbauen wollte.

Allein die ungarisch-deutschen Beziehungen wurden durch die unterschiedliche Beurteilung der Situation der deutschsprachigen Minderheit Ungarns und die Unausgeglichenheit der wirtschaftlichen und Handlungsbeziehungen belastet. Die Ungarn waren der Überzeugung, daß die deutschsprachige Minderheit des Landes keinen Grund zur Klage hätte, war doch ihr Lebensstandard oft höher als jener der Mehrheitsbevölkerung, und auch ihr sozialer Aufstieg würde durch nichts behindert werden. Dem war auch wirklich so, „nur“ wurde von der vorschnellen Assimilierung der Deutschsprachigen nicht gesprochen, und es war gerade dieser Umstand, den Deutschland übelnahm.

Die offizielle ungarische Politik hatte aus dem Zusammenbruch des „Reiches des Heiligen Stephan“ durchaus die Konsequenz abgeleitet, daß die Minderheiten, die sich von Ungarn abgewandt hatten, ausschließlich mit einer mustergültigen Volksgruppenpolitik wieder zu gewinnen seien, und die diesbezüg-

lichen Gesetze sind auch als wahrhaft mustergültig zu bezeichnen. Allein die öffentliche Meinung stand nicht nur nicht hinter dem Willen der Regierung, sondern versuchte – weil sie meinte, allein die „nachgiebige“ Volksgruppenpolitik hätte zum Zusammenbruch 1918 geführt –, die Durchführung dieser Gesetze zu behindern. So hätte die Schulverordnung des Jahres 1923 – wenn diese durchgesetzt worden wäre – die Situation des Unterrichts in der Muttersprache wesentlich verbessert, allein die Praxis zeigte aber in die entgegengesetzte Richtung: Die Zahl der Volksschulen, wo der Unterricht in der Muttersprache der Minderheiten abgehalten wurde, ging zwischen 1924 und 1927 von 49 auf 33 zurück, und auch die Zahl der zweisprachigen Schulen verringerte sich von 73 auf 55, während die Zahl der Schulen, in denen die Muttersprache bloß wie ein weiterer Unterrichtsgegenstand unterrichtet wurde, im gleichen Zeitraum von 169 auf 265 stieg. Den Deutschen war dies natürlich ein Dorn im Auge, die Ungarn hingegen störte die deutsche Stipendienpolitik, die die deutschsprachigen gegenüber den ungarischsprachigen Staatsbürgern und -bürgerinnen bevorzugte.

Für die Unausgeglichenheit der Handelsbeziehungen war die Hauptursache wiederum, daß Berlin auf Druck der deutschen agrarischen Kreise dem Import ungarischer Produkte enge Grenzen setzte. Ende 1927 war der Lebendviehexport Ungarns nach Deutschland gleich Null. Die Vorwürfe der ungarischen Regierung und auch die Berichte des deutschen Botschafters in Budapest, der die Verbitterung der Ungarn in allen Details beschrieb, führten zu keiner Veränderung der Lage.

Im November 1930 unternahm István Bethlen auf deutsche Einladung eine durchaus erfolgreiche Visite nach Berlin. Es schien, als ob eine neue Außenpolitik im Entstehen wäre, als ob die Deutschen bezüglich Gebietsrevision und Abrüstung plötzlich ähnliche Ansichten wie die Ungarn hätten. Die wirkliche Wende in den Beziehungen fand aber



erst 1931, nach dem Scheitern des Kabinetts Müller und unter dem konservativ-nationalistischen Kanzler Brüning statt, lange nach dem Tod Stresemanns 1929. Diese neue Außenpolitik war von der Idee geprägt, daß Deutschland nicht mehr in einer Kooperation mit Frankreich die Chance zur Wiedergewinnung seines ehemaligen Spielraumes suchte, sondern durch die schrittweise Demolierung des Versailler Friedenssystems.

Ende Juni 1931 – kurz nachdem der Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion im März die Verfechter des *Status quo* in hellste Aufregung versetzt hatte – schloß Deutschland mit Rumänien und Mitte Juli mit Ungarn Verträge über Lebewidvieh- und Getreideexporte ab, die eine Ignorierung des Prinzips der Meistbegünstigungsklausel und Schritte in Richtung eines autarken Regionalismus signalisierten. Die Lieferungen setzten aber noch lange Zeit nicht ein, weswegen sich die ungarische Außenpolitik im Jahre 1931 und in der ersten Hälfte des Jahres 1932 wiederum für die französischen Reorganisationspläne zu interessieren begann.

Im Herbst 1932 wird Gyula Gömbös Ministerpräsident, einige Monate später erfolgt die Machtergreifung Adolf Hitlers. Die Berliner politische Wende wurde von den führenden politischen Kreisen Ungarns mit Freuden begrüßt, erhoffte man sich doch davon eine Unterstützung Deutschlands für die ungarische Revisionspolitik. Zwar zeigte sich Gömbös auch wegen der gemeinsamen ideologischen Grundlagen von der Wende in Deutschland begeistert, in der Regel zeigte man sich aber nicht so sehr wegen des nationalsozialistischen Triumphes, der totalen Machtübernahme so erfreut, sondern weil man hoffte, daß die veränderte innenpolitische Lage in Deutschland früher oder später auch zu einer Gebietsrevision zugunsten Ungarns führen würde. Als sich die herrschenden Klassen Ungarns mit den Methoden der Nationalsozialisten abfanden und sich selbst damit beruhigten, daß nur die Außenpolitik des neuen deutschen Regimes zähle, begin-

gen auch sie nur den gleichen Fehler wie die Führer anderer europäischer Staaten.

Einige Monate, nachdem Gömbös zum Regierungschef gewählt wurde, im Februar 1933, wurde der frühere Botschafter in Berlin, Kálmán Kánya, ungarischer Außenminister, Szilárd Masirevich ungarischer Botschafter in Berlin. Obwohl ein erfahrener Diplomat, zog er 1934 Görings Abneigung auf sich, und Budapest war schließlich – nach einigem Hin und Her – gezwungen, ihn im Dezember 1935 aus Berlin abzurufen. Sein Nachfolger wurde Döme Sztójay, der bis zur Besetzung Ungarns durch Deutschland auf seinem Posten blieb, um dann in die Quisling-Rolle eines ungarischen Ministerpräsidenten zu avancieren. In der Zwischenzeit wurde das Münchner Konsulat im Mai 1932 zu einem Hauptkonsulat, dessen Leiter zwischen 1935 und 1939 Konsul György Szabó, bis 1941 Ministerialrat Baron Miske-Gerstenberger, bis 1944 Botschaftsrat László Kvaszay war.

Einige Tage nach der Ratifizierung des Viermächteabkommens traf Gömbös mit Hitler zusammen. Obwohl die Verhandlungen in der Frage des ungarischen Agrarexportes zügig voranschritten und auch bezüglich der gewaltsamen Veränderungen der europäischen Nachkriegsordnung Einvernehmen herrschte, teilte der „Führer“ Gömbös ohne Umschweife mit, daß er die Revisionsbestrebungen Ungarns nur in Richtung Tschechoslowakei unterstützen würde. Die Hoffnungen auf eine Wiederherstellung „Großungarns“ mit deutscher Hilfe erwiesen sich so einmal mehr als unreal. Da aber für Ungarn noch immer der deutsche Standpunkt am günstigsten war – Budapest wußte ja sehr wohl, daß hinter den großen italienischen Versprechen keinerlei reale Durchsetzungskraft stand –, blieb dem enttäuschten Gömbös nichts anderes übrig, als um eine zukünftig umfassendere Unterstützung der Deutschen weiter zu kämpfen.

Solange aber die sog. „österreichische Frage“ einer Einigung von Berlin und Rom im

Wege stand – also solange Mussolini nicht nachgab und im Tausch für eine Unterstützung seines äthiopischen Abenteuers den „Anschluß“ akzeptierte –, solange mußte die ungarische Diplomatie zwischen den zwei Hauptstädten – um mit den Worten von Außenminister Kálmán Kánya zu sprechen – einen „Eiertanz“ aufführen.

In diesem Zusammenhang war vielleicht das Jahr 1934 das schwierigste. Die Hoffnungen des Duce, daß allein die ideologische Übereinstimmung schon eine ausreichende Grundlage für eine „angemessene“ Abgrenzung von Interessenssphären sei, waren zu diesem Zeitpunkt bereits zerschlagen. Aus diesem Grund arbeitete Mussolini mit voller Kraft an der Verwirklichung eines politischen und wirtschaftlichen italienisch-österreichisch-ungarischen Blocks. Unter den gegebenen Umständen hatte ein solches Bündnis natürlich eine klare, gegen Deutschland gerichtete Spitze. Die ungarischen Politiker versuchten Mussolinis Plänen diese zu nehmen: Im März 1934 wurde so die als „Römische Protokolle“ bekannte Vereinbarung getroffen. Gömbös wollte keinen richtigen Vertrag abschließen und auch eine Garantieklausel für die Unabhängigkeit Österreichs aufnehmen, was ihm auch gelang. Eines der Protokolle beschäftigte sich mit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der drei Staaten, die zwar nicht bis zu einer Zollunion reichte, aber Ungarn doch die Möglichkeit sicherte, jährlich 320 000 Tonnen Getreide auf dem österreichischen und italienischen Markt abzusetzen. (Zum Vergleich: das im Februar abgeschlossene deutsch-ungarische Wirtschaftsabkommen – von dem die Deutschen glaubten, sie würde Ungarn von einer Zusammenarbeit mit Österreich und Italien abhalten – beschränkte die Abnahme ungarischen Getreides auf 50 000 Tonnen im Jahr.) Im zweiten Protokoll wurde festgehalten, daß die drei Regierungen, wann immer eine es für notwendig erachtet, jederzeit zu wechselseitigen Konsultationen zusammenkommen. Mit dieser Vereinbarung stellte sich Ungarn,



*Béla Imrédy
(1891–1946),
Ungarns
Ministerpräsident
(1938–1939),
der als anglophil galt,
wurde von einem
bekannten Finanz-
fachmann zu einem
führenden Vertreter
der ungarischen
radikalen Rechte;
er setzte sich für das
„Ausbarren bis zum
Letzten“ an Deutsch-
lands Seite ein
(Ungarisches
Nationalmuseum)*

wenn auch vorsichtiger als vielleicht von den Partnern erwünscht, im Streit zwischen Deutschland und Österreich auf die Seite Wiens.

Die Verwicklung Ungarns in den Marseiller Königsmord im Oktober 1934 führte das Land wieder in die internationale Isolation. Die ungarische öffentliche Meinung war erschüttert, daß auch Berlin nicht gewillt war, diese Isolation zu mildern, und zeigte sich äußerst verstimmt, daß die Deutschen nicht einmal dazu bereit waren, die massenhafte Ausweisung von Ungarn aus Jugoslawien zu verurteilen.

Das Ideal der ungarischen Außenpolitik war ein unabhängiges Österreich im italienisch-deutsch-ungarischen Umfeld, weswegen Ungarn auch fortweg versuchte, die Deutschen dazu zu bewegen, sich den „Römischen Protokollen“ anzuschließen. Aber Hitler wollte Südosteuropa unter seine Alleinherrschaft bringen und widmete deshalb solchen Absichten keinen Gedanken. Erste Anzeichen einer





Generalfeldmarschall Hermann Göring (1893–1946) empfängt am 29. April 1939 seine ungarischen Gäste, Döme Sztójay (1883–1946), Gesandter zwischen 1935–1944 (1. von links), Pál Graf Teleki (1879–1941), Ministerpräsident zwischen 1920–1921 und 1939–1941 (2. von links) und István Graf Csáky (1894–1941), Außenminister zwischen 1938–1941 (1. von rechts) (Ungarisches Nationalmuseum)

Achse Berlin-Rom gab es im Frühsommer 1935, doch mußten die ersten Annäherungsversuche erst mehrere Rückschläge erleiden. Erst Mitte Oktober 1936, als Gömbös bereits gestorben war, wurde die „Achse“ offiziell: Hauptgrund für die deutsch-italienische Kooperation war, daß Mussolini, der sein Abenteuer in Äthiopien nur mit Mühe und Not abzuschließen vermochte, auf Hitlers Hilfe angewiesen war, und deshalb – wohl wissend, daß er so über kurz oder lang seinen Einfluß im Donaubecken verlieren würde – seine Unterstützung der Unabhängigkeit Österreichs aufgab. Dazu war es bereits Anfang 1936 gekommen, und die im März 1936 erfolgte Aufstellung eines Konsultativorgans der Außenminister der Länder der „Römischen Protokolle“ – analog den Ländern der „Kleinen Entente“ – hatte somit zur Festigung der Verträge nur mehr eine formale Bedeutung.

In Hitlers mittel- und südosteuropäischen Eroberungsplänen hatte Ungarn natürlich einen gewissen Stellenwert. In Berlin war man auf die Ungarn aber eher schlecht zu sprechen, da sie zum einen durch ihre Förderung einer italienisch-österreichischen Kooperation den Anschluß Österreichs an Deutschland ganz offensichtlich hintertrieben, zum anderen aber durch ihr Beharren auf die volle Wiederherstellung Großungarns – was ihnen nicht erlaubte, sich bei Gebietsansprüchen nur auf die Tschechoslowakei zu beschränken – verhinderten, daß Jugoslawien dem Bündnis unter Führung Deutschlands beitrug. Dies war der alleinige Kern aller Differenzen, und alles andere diente nur der Verschleierung der Tatsachen.

Im September 1935 besuchte Gömbös wieder Deutschland. Hitler war in den vergangenen zwei Jahren zum unumschränkten Diktator geworden und hatte auch in der Außenpolitik zahlreiche Erfolge erzielen können. Doch auch diesmal erwies sich der ungarische Ministerpräsident als selbstbewußter Verhandlungspartner. Er machte sich wiederum für Österreichs Unabhängigkeit stark, auch in

Sachen Jugoslawien lehnte er den deutschen Standpunkt ab, die unter den Deutschsprachigen Ungarns vom Deutschen Reich aus betriebene Propaganda verurteilte er mit scharfen Worten.

Deutschlands Stimme wurde in Mittel- und Südosteuropa immer lauter, besonders nachdem Hitler am 7. März 1936 den Vertrag von Locarno aufgekündigt und die entmilitarisierte Zone am Rhein besetzt hatte. In Budapest wurde nur mit Freuden registriert, daß damit ein weiterer Pfeiler des Friedensdiktates kollabiert war. Doch den Jubel löste bald Bitterkeit ab, da Hitler – um ein hartes Auftreten der Großmächte zu verhindern – sich, wenn auch nur scheinbar, bereit zeigte, im Westen neue regionale Verträge und im Osten bilaterale Vereinbarungen zu schließen. Im Osten bestand dadurch die Möglichkeit einer tschechisch-deutschen Einigung, und das ungarische Außenministerium war monatelang nicht imstande, diese Absichten zu durchschauen.

Am 11. Juli 1936 wurde ein österreichisch-deutsches Abkommen geschlossen: Deutschland erkannte Österreichs Unabhängigkeit an, und die beiden Länder versicherten einander, sich nicht in die inneren Angelegenheiten des jeweils anderen Staates einzumischen zu wollen. Wegen der zahlreichen Wortbrüche Hitlers wollte aber der Großteil Europa nicht mehr an die Ernsthaftigkeit dieses Abkommens glauben, allein in Ungarn – wo die Opposition die offizielle Außenpolitik des öfteren kritisierte, weil man auf die Bildung der Achse nicht wirklich zählen konnte und weil die österreichische Frage sich ziemlich undurchsichtig gestaltete – änderte sich die Lage grundlegend: Einflußreiche Vertreter der Opposition zeigten sich nun mit der Außenpolitik der Regierung einverstanden.

Im Herbst 1936 – nach dem Tod von Gömbös – wurde der Regierungswechsel auch in der Außenpolitik spürbar. Um der wachsenden Übermacht Deutschlands etwas entgegenstellen zu können, wollte man die Fäden

nach Paris und London erneut fester ziehen, die intensiven Beziehungen mit Italien wurden nun wieder etwas demonstrativer gepflegt. Die Mißstimmung gegenüber Berlin wurde noch von einem Mitte November im „Völkischen Beobachter“ erschienenen Artikel Alfred Rosenbergs verstärkt, demzufolge das Reich nicht die Zustände vor dem Ersten Weltkrieg rekonstruieren wolle und daher nicht alle irgendwie gearteten Revisionsbestrebungen fördern könne.

Mitte der dreißiger Jahre wurden die Spannungen um die deutsche Minderheit in Ungarn wegen ihrer Unterwanderung durch die Nationalsozialisten noch weiter verschärft. 1935 wurde ein Prozeß gegen Franz Basch wegen Diffamierung der ungarischen Nation geführt, in dessen Folge von seinen Anhängern die nicht zugelassene, aber immer einflußreichere „Volksdeutsche Kameradschaft“ ins Leben gerufen wurde – der 1938 entstandene „Volksbund“ war nur der legale Ausläufer der Kameradschaft.

Im November 1937 trafen Ministerpräsident Kálmán Darányi und Außenminister Kálmán Kánya mit Hitler zusammen. Angesichts der zurückhaltenden Haltung des Westens gegenüber der nationalsozialistischen Aggression zeigten sie sich bereit, an einer Aktion zur territorialen Dezimierung, ja sogar zur Zerschlagung der Tschechoslowakei teilzunehmen und die ungarische Grenze im Süden als endgültig anzuerkennen – wenn sich Jugoslawien mit deutscher Garantie neutral verhält. Doch Hitler dachte nicht im Traum daran, Ungarn so eindeutige Versprechungen zu machen, war er doch gerade dabei, die Beziehungen zu Belgrad zu intensivieren. Auch Kálmán Kánya mußte sich dessen in den folgenden Monaten bewußt werden und setzte in der Folge die Anfang 1937 begonnenen Verhandlungen mit der „Kleinen Entente“ fort.

Am 13. März 1938 wurde der „Anschluß“ Österreichs an Deutschland verwirklicht. Nüchtern Denkenden in Ungarn war nun klar, daß die neue Situation die Unabhängig-

keit des Landes ernsthaft bedroht, dennoch wurden die prodeutschen Stimmen im Land immer lauter.

Kurz nach dem Anschluß Österreichs leitete Hitler seine Aktion gegen die Tschechoslowakei ein. Dabei fiel Ungarn eine wichtige Rolle zu. Während der Deutschlandvisite von Miklós Horthy, die man durch eine Schiffs- taufe und eine Flottenparade besonders far- benprächtigt gestaltete, trug der Führer ohne Umschweife seine Pläne vor: Ungarn sollte der Angreifer sein, da die europäische öffent- liche Meinung – angesichts der verlorenen Gebiete – dies wohl eher akzeptieren würde als eine neuerliche Rolle Deutschlands als Aggressor. Für eine derartige Aktion ver- sprach Hitler sofortige Waffenhilfe. Nach dem Erfolg würde ganz Oberungarn – die Slowakei – wieder Ungarn angegliedert wer- den. Der Plan war sehr draufgängerisch, und die ungarische Führung – so gerne sie dies auch getan hätte – wagte es natürlich nicht, ihn auszuführen. Auch die internationale La- ge war nicht gerade eindeutig: Die ungari-

schen Politiker fürchteten einen Weltkrieg, wobei sie zu dieser Zeit (noch) wußten, daß ein Hineinschlitzen Ungarns in einen sol- chen mit allen Mitteln verhindert werden muß. Den zu erwartenden Druck von deut- scher Seite versuchten die Ungarn durch den Abschluß eines Abkommens am 23. August 1938 mit der „Kleinen Entente“ im jugosla- wischen Bled abzuwenden. Laut Vertrag aner- kannte die „Kleine Entente“ die Gleichbe- rechtigung Ungarns im Rüstungsbereich, Un- garn wiederum entsagte jeder Art der Ge- waltanwendung. Die Ratifizierung des Ver- trages wurde von den bilateralen Lösungen der Minderheitenfrage abhängig gemacht: Da diese auch in der Folge nie verwirklicht wurden, wurde auch der Vertrag von Bled nie in die Tat umgesetzt. Im Augenblick er- schien es aber nur wichtig, die deutschen Interessen zu durchkreuzen: Die Nachricht schlug wie eine Bombe ein, und Hitler tob- te vor Wut. Wahrscheinlich war dies auch die bedeutendste Leistung der ungarische Diplomatie der Jahre 1919 bis 1945.

*László Bárdossy
(1890–1946),*

Ungarns

*Ministerpräsident
(1941–1942)*

1941 in Berlin

im Gespräch

mit Joachim

von Ribbentrop

(1893–1946),

Außenminister

(1938–1945).

Neben dem deutschen

Außenminister

Ungarns Gesandter

Döme Sztójay

(Ungarisches

Nationalmuseum)



Am 20. September – nachdem bekannt wurde, daß sich der britische Ministerpräsident Arthur Neville Chamberlain nach Deutschland aufmacht, die Engländer also wieder nachgeben werden – verhandelten Ministerpräsident Béla Imrédy und Kánya wieder mit Hitler. Die Meinungsverschiedenheiten konnten aber auch diesmal nicht überwunden werden. Die ungarische Regierung wagte es auch diesmal nicht, zu den Waffen zu rufen.

Das Münchner Abkommen, daß am 29. September das Sudetenland dem Reich angliederte, bot Ungarn nur die Möglichkeit von Verhandlungen mit Prag, die zweifelsohne von mehr als unsicherem Ausgang waren, und stellte im Falle eines Mißerfolges ein neues Viermächtedirektorium in Aussicht. Die formal tschechoslowakisch-ungarischen, in Wirklichkeit aber slowakisch-ungarischen Verhandlungen begannen am 9. Oktober 1938 in Komárnó/Komorn/Komárom und endeten schon vier Tage später in einem Fiasko. Zwar näherten sich die Standpunkte später einander wesentlich an, allein ein Ergebnis wurde nicht erzielt. Auch die Viermächtekonferenz kam nicht zustande, weil die Westmächte ihr offenes Desinteresse zeigten und damit wiederum nur klar zum Ausdruck brachten, daß sie die Region als deutsche Einflußsphäre betrachteten. Schließlich wurde der „Erste Wiener Schiedsspruch“ vom italienischen Außenminister Ciano und vom deutschen Außenminister Ribbentrop im Wiener Schloß Belvedere feierlich unterzeichnet. Ein Gebiet von 11 927 km², die Städte Košice/Kaschau/Kassa, Užgorod/Ungvár und Mukačevo/Munkács, insgesamt 1 050 000 Personen – hauptsächlich Ungarischsprachige – wurden an Ungarn, an das „Mutterland“, angegliedert.

Der „Erste Wiener Schiedsspruch“ war eine gerechte ethnische Revision, was auch dadurch belegt wird, daß englische und amerikanische Materialien zur Vorbereitung des Friedens nach dem Zweiten Weltkrieg ähnliche Überlegungen enthielten. Das Problem damit ist allein, daß diese Entscheidung von den faschistischen Mächten, die den Zwei-

ten Weltkrieg angezettelt und verloren hatten, getroffen wurde.

Im November 1938 wurden in Rumänien Zelea Codreanu und einige seiner Gefolgsleute erschossen, der Einfluß seiner „Eisernen Garde“ zurückgedrängt. Diese Ereignisse schwächten im Reich die Positionen jener, die nicht auf Ungarn, sondern auf Rumänien setzten. Am 5. Dezember 1938 schlug Ribbentrop einen Gedankenaustausch mit Budapest vor, um „Mißverständnisse“ aus dem Weg zu räumen. Am 16. Januar 1939 besuchte der neue ungarische Außenminister István Csáky Berlin – drei Tage nachdem sich Ungarn dem Antikominternpakt angeschlossen hatte. Die erste Folge dieser Vorgehensweise Ungarns war die Aussetzung aller diplomatischen Beziehungen zu Ungarn durch Moskau.

Die Sachwalter der ungarischen Politik waren nun überzeugt, mit diesem Schritt sowie mit dem Beschluß, möglichst rasch aus dem Völkerbund auszutreten, ihre Versprechen eingelöst und die Voraussetzungen geschaffen zu haben, daß die Deutschen den Anschluß der Karpato-Ukraine an Ungarn unterstützen würden. Hitler verlieh aber zuallererst einmal – in einer gegenüber einem souveränen Staat nicht gerade angebrachten Weise – seinem Zorn Ausdruck, daß die Ungarn im Herbst nicht seinen Intentionen entsprechend gehandelt hätte. Der etwas erstaunte Csáky betonte, daß seine Heimat nun bereit sei, aktiver an der Politik der Achsenmächte teilzunehmen.

Mitte März 1939 zerschlug Hitler die restliche Tschechoslowakei, und die Slowakei wurde nominell ein unabhängiger Staat. Zur Beschwichtigung der internationalen Gemüter trug Hitler – seinen bisherigen Ansichten zum Trotz – dazu bei, daß die Karpato-Ukraine im Rahmen einer „eigenständigen“ ungarischen Aktion (natürlich im Tausch gegen wirtschaftliche und politische Vorteile für das Reich) wieder Ungarn angeschlossen werde. Die Annexion der Karpato-Ukraine vergrößerte das Staatsgebiet Ungarns um weitere 12 061 km², allein von der annähernd





*Miklós Horthy (1868–1957),
Reichsverweser (1920–1944),
und der Führer und Kanzler Adolf Hitler
(1889–1945) bei ihrem Treffen am
16. und 17. April 1943 in Klessheim.
Im Hintergrund Wilhelm Keitel
(1882–1946), Chef des OKW
(Ungarisches Nationalmuseum)*

600 000 Personen starken Bevölkerung waren nur ungefähr 40 000 ungarischsprachig, während die Mehrheit, ca. 480 000 Personen, Ruthenen waren.

Die britischen Garantien gegenüber Polen und Rumänien, dazu die Verhandlungen mit Moskau bestärkten die Auffassung des seit Februar 1939 im Amt befindlichen Ministerpräsidenten Pál Teleki, daß Ungarn sich nicht an der Seite der Deutschen – die auch diesmal mit ihrem Blitzkrieg nicht erfolgreich sein würden – in einen Konflikt hineinziehen lassen dürfe und bis zuallerletzt seine bewaffnete Neutralität bewahren müsse, um eine Wiederholung der Geschichte von 1918/1919 zu vermeiden.

Am 1. September 1939 griff Deutschland – im Besitz eines Nichtangriffspaktes, den es eine Woche zuvor mit Moskau geschlossen hatte – Polen an. Obwohl schon am 3. September England und Frankreich Deutschland den Krieg erklärten – und so der lokale Konflikt zum Weltkrieg auswuchs –, blieben die Polen im wesentlichen allein. Unter den gewaltigen Schlägen der deutschen Wehrmacht brach ihr Staat innerhalb weniger Wochen zusammen: Am 17. September griff auch noch die Sowjetunion Polen an. Fluchtmöglichkeiten boten sich nur im Norden übers Meer und im Süden an der erst seit kurzem bestehenden, 150 Kilometer langen ungarisch-polnischen Grenze. Noch am 9. September hatte Ribbentrop um die militärische Nutzung der Kaschauer Eisenbahnlinie gebeten, und damit wäre die gesamte Südgrenze Polens unter deutsche Kontrolle geraten, allein die Regierung Teleki verweigerte ihre Zustimmung. In der Folge fanden ungefähr 130 000 bis 140 000 Personen aus Polen, hauptsächlich Soldaten, in Ungarn Zuflucht. Auf die Ablehnung von Ribbentrops Bitte reagierte Deutschland mit einer sofortigen Einstellung der Lieferung von Kriegsmaterial nach Ungarn.

Am 22. Juni 1940 kapitulierte Frankreich, und am 26. forderte die Sowjetregierung in einem Ultimatum von Rumänien die Rückgabe von Bessarabien. Die rumänische Füh-

ung gab nach, doch um Siebenbürgen behalten zu können, orientierte sie sich plötzlich an Deutschland und kündigte am 1. Juli den Beistandspakt mit England auf. Die ungarische Regierung stellte Konzessionen in Aussicht, um Berlins Wohlwollen zu erringen: Das Dritte Reich kam so wiederum in die Position des Schiedsrichters, diesmal in der Siebenbürgen-Frage. Hitler beschäftigte sich damals schon mit der Vorbereitung des Angriffes auf die Sowjetunion und wußte genau, daß zum Aufbau einer Südflanke die ungarischen Eisenbahnlinien unbedingt notwendig sein werden. In der Folge änderte er seinen bisherigen ablehnenden Standpunkt. Nach dem Mißerfolg der Verhandlungen in Turnu Severin forderte Rumänien Deutschland und Italien dazu auf, einen Schiedsspruch zu fällen. Der „Zweite Wiener Schiedsspruch“ führte am 30. August 1940 zum Anschluß Nordsiebenbürgens und des Széklerlandes an Ungarn – insgesamt 43 104 km² und 2,4 Millionen Einwohner (davon eine Million Rumänen, wohingegen in Südsiebenbürgen 400 000 Ungarn verblieben). Das Ergebnis war viel bedeutender als beim „Ersten Schiedsspruch“, doch die Konsequenzen waren keine anderen.

Inzwischen wurde der „Volksbund“ zur einzigen rechtmäßigen Vertretung der Ungarn-deutschen. Der 1938 inhaftierte Führer der Rechtsradikalen Ferenc Szálasi wurde auf freien Fuß gesetzt, und schon am 27. September vereinigten sich unter seiner Führung verschiedene Splitterparteien (mit Ausnahme von zwei Kleinparteien) zu den Pfeilkreuzlern. Im Oktober zog eine deutsche Einheit, die als „Lehrtruppe“ bezeichnet wurde, über Ungarn in Rumänien ein. Am 20. November – einige Tage vor der Slowakei und Rumänien – schloß sich die ungarische Regierung dem am 20. September 1940 unterzeichneten deutsch-italienisch-japanischen Dreimächteabkommen an. Damit gab die ungarische Politik auch ganz offiziell ihre „Neutralität“ auf und stellte sich an die Seite der faschistischen Mächte.

Im Herbst 1940 war der südliche Nachbar Ungarns das letzte „Fenster“, wodurch noch ein Kontakt zu den Westmächten möglich war. Pál Teleki wollte deshalb mit einem Vertrag die Beziehung zwischen den beiden Ländern stärken. Am 12. Dezember wurde in Belgrad ein „ewiger“ Freundschaftsvertrag zwischen beiden Ländern unterschrieben. Ungarn wollte mit diesem Vertrag seinen Spielraum gegenüber Berlin vergrößern – allein die Umstände wollten es so, daß dieser Vertrag schließlich mit der ausgesprochenen Zustimmung der Deutschen geschlossen wurde. Als aber am 27. März 1941 – auch durch die Aktionen des englischen Geheimdienstes – die jugoslawische Regierung, die zwei Tage zuvor das Dreimächteabkommen unterzeichnet hatte, gestürzt wurde, geriet die ungarische Außenpolitik in unlösbare Widersprüche. Hitler empfahl den Ungarn, am Feldzug gegen Jugoslawien teilzunehmen, als Gegenzug würde er die alten Grenzen Ungarns anerkennen. Teleki wollte seine Heimat von den deutschen Aktionen fernhalten, gleichzeitig wollte er sich auch die gebotene Chance nicht entgehen lassen. Am Morgen des 3. April 1941 setzte er, da er einerseits diesen Widerspruch nicht lösen, andererseits auch den Vertragsbruch seiner Regierung nicht überwinden konnte, seinem Leben ein Ende.

Am 11. April – nachdem die Ustascha in Zagreb ein „selbständiges“ Kroatien ausgerufen hatte – überschritten die ungarischen Truppen die südliche Grenze. László Bárdossy, der neue Ministerpräsident, setzte damit den offiziellen Willen Ungarns durch. England drohte Ungarn mit Sanktionen, wenn es sich auf die Seite der Deutschen schlägt, doch bot es auch keine Hilfe, die es ermöglicht hätte, das Land vom Druck der Deutschen zu befreien.

Für Hitler war die ungarische Unterstützung von militärischem Nutzen, politisch gleichzeitig aber unverzichtbar. War es doch für ihn von eminentem Interesse zu beweisen, daß es sich nicht um imperialistische Bestrebungen Deutschlands handelt, sondern

um die Korrektur des mißlungenen Versailler Friedenssystemes, um die Schaffung eines neuen Europas, in dem die Kroaten wieder von den Serben unabhängig sein können, und die halbe Million ungarischsprachiger Personen, die bis dahin unter der Assimilationspolitik des multiethnischen jugoslawischen Königreichs zu leiden hatte, territorial wieder ihrer ursprünglichen Heimat zugeschlagen wird. Die Batschka, das heute in Kroatien liegende Gebietsdreieck der Baranja und das heute in Slowenien liegende Prekmurje/Übermurgebiet, insgesamt 11 475 km², mit mehr als einer Million Einwohnern, von denen keine vierzig Prozent ungarischsprachige Personen waren, wurde Ungarn zugeschlagen.

Das „Unternehmen Barbarossa“, der Plan zum Angriff der Sowjetunion, baute in großem Maße auf die Leistungsfähigkeit der ungarischen Wirtschaft auf, enthielt aber keinen konkreten Einsatzplan ungarischer Truppen. Die eher umsichtige ungarische Regierung wurde allein von den verblendeten militärischen Führungskräften, an ihrer Spitze Henrik Werth, Leiter des Generalstabes, da-

zu getrieben, freiwillig ihre militärische Unterstützung anzubieten. Am Tag nach Kriegsausbruch brach Ungarn die im September 1939 wiederhergestellten diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion wieder ab. Das geänderte Verhältnis der Deutschen den Ungarn gegenüber formulierte Alfred Jodl, der Befehlshaber der Operationsabteilung des Oberkommandos der Wehrmacht, folgendermaßen: „Jedwede ungarische Hilfe nehmen wir zu aller Zeit gerne an. Wir wollen nichts fordern, doch für jedes freiwillige Angebot sind wir dankbar. Es kann keine Rede davon sein, daß wir eine etwaige Teilnahme Ungarns nicht wollten.“ Ihre geänderten Ansichten teilten sie Bárdossy aber nicht offiziell mit, sondern versuchten vielmehr, Werth und seine Männer für ihre Absichten einzuspannen.

Am 25. Juni trat auch Finnland auf der Seite Deutschlands in den Krieg ein – die unabhängige Slowakei und auch Kroatien hatten schon früher das gleiche getan. Von allen europäischen Verbündeten Deutschlands war – abgesehen von Bulgarien, mit dessen Teilnahme Hitler von Anfang an nicht gerech-

Das ausgebrannte und unbrauchbar gewordene Gebäude der Ungarischen Königlichen Gesandtschaft in Berlin (Drakestr. 2) nach dem Luftangriff der Alliierten im November 1943 (anschließend übersiedelte die Gesandtschaft in das Collegium Hungaricum) (Ungarisches Nationalmuseum)



net hatte – nun allein Ungarn noch nicht in den Krieg eingetreten. Am nächsten Tag kam es zur bis heute ungeklärten Kaschauer Provokation, zum Luftangriff auf die Stadt, der Horthy und Bárdossy endgültig dazu brachte, in den Krieg einzutreten. Zu diesem endgültigen Schritt trug auch die Tatsache bei, daß die nun unter der deutschen Ägide neu formierte „Kleine Entente“, die ja frühere Gebietsrevisionen rückgängig machen wollte, nun bereits zur Gänze auf Seiten der Deutschen marschierte.

Die ungarischen Streitkräfte begannen ihren Angriff gegen die Sowjetunion am 1. Juli 1941 mit 45 000 Soldaten unter dem Kommando von Ferenc Szombathelyi. Innerhalb weniger Tage erreichten sie den Dnjestr, von dort zogen nur die sog. schnellen Truppenteile weiter. Diese Armee konnte ungefähr tausend Kilometer vorstoßen, erlitt dabei aber so schwere Verluste, daß sie am 4. Dezember 1941 – mit Zustimmung der Deutschen – nach Hause beordert wurde. Der härter als erwartete Widerstand an der Ostfront veränderte die deutschen Erwartungen, was die Teilnahme der Ungarn betraf. Schon im September 1941 wurden von Horthy neue Truppenkontingente erbeten, und diese Bitte im Laufe des Herbstes noch einige Male wiederholt. In der Regel wurden diesen auch entsprochen. Nach der ersten bedeutenden Niederlage bei Moskau im Dezember 1941 wurden die deutschen Bitten schließlich Forderungen. Anfang 1942 kam zuerst Außenminister Ribbentrop, gleich danach Wilhelm Keitel, Oberbefehlshaber der Wehrmacht nach Budapest, um eine aktivere Teilnahme Ungarns an den Kampfhandlungen zu erzwingen. Die Verhandlungen gerieten zum Streit, doch wurde schließlich ein Kompromiß gefunden, der den stärkeren begünstigte. Die Öllieferungen ins Reich wurden erhöht, 20 000 Deutschsprachige konnten – unter Verlust der ungarischen Staatsbürgerschaft – für die Waffen-SS angeworben werden. Was aber am wichtigsten war: Man einigte sich auf die Entsendung von 200 000 Soldaten



*Döme Sztójay
(1883–1946),
Ungarns Gesandter
im deutschen Reich
(1935–1944),
später Ungarns
Ministerpräsident
(1944)
(Ungarisches
Nationalmuseum)*

– die spätere Zweite Ungarische Armee – ins Hinterland und an die Front.

Am 2. Februar 1943 kapitulierten die deutschen Streitkräfte bei Stalingrad, die ungarische „Honvédség“, die man mit undurchführbaren Aufgaben betraut hatte, hatte schon im Januar bei Woronesch eine katastrophale Niederlage erlitten. Der Bedeutung der Niederlage bei Stalingrad waren sich – unabhängig von ihrer politischen Einstellung – auch in Ungarn viele bewußt. Allein in den Schlußfolgerungen zeigten sich dann auch Unterschiede – je nach politischer Haltung: Die extreme Rechte wollte sich noch umfassender am Krieg beteiligen, die Kállay-Bethlen-Gruppe wollte erreichen, daß die Überreste der Zweiten Armee sofort nach Hause überstellt werden. Gleichzeitig versuchte der Ministerpräsident immer intensiver, mit den Westmächten Kontakt aufzunehmen, um zu klären, unter welchen Voraussetzungen das Land aus dem Bündnis mit den Deutschen aussteigen kann, sobald es die militärische Lage zulassen würde.

Im Frühling 1943 beorderte Hitler seine



Verbündeten zu sich nach Kleßheim, um durch eine Stärkung der Allianz aus der immer aussichtsloseren Situation einen Ausweg zu finden. Horthy mußte den Führer am 16. April treffen. Hitler forderte Kállays Absetzung, weil er von seinen „Friedensinitiativen“ erfahren hatte, aber Horthy gab nicht nach. Nachdem die Deutschen im Jahr zuvor vergeblich die Deportation der ungarischen Juden gefordert hatten, mußte sich Horthy auch in der Judenfrage die Wutausbrüche des Führers anhören. Solange sich Kállay an der Macht befand, änderte sich auch am Schicksal der ungarischen Juden nichts. Die Berliner Version der gemeinsamen Note, die nach dem Treffen kolportiert wurde, berichtete davon, daß die beiden Länder weiterhin entschlossen gegen den Bolschewismus und seine englisch-amerikanischen Verbündeten kämpfen werden, während die Budapester Version ohne diesen Passus veröffentlicht wurde. Damit war Kállays Berliner Sündenregister nur noch länger geworden. Auf dem Treffen hatte Reichsverweser Horthy nur in einem einzigen Punkt nachgegeben: Die Rekrutierung von Deutschsprachigen in die Waffen-SS konnte fortgesetzt werden und aus der „Honvédség“ durfte man auch in die SS übertreten – unter Verlust der ungarischen Staatsbürgerschaft.

Die Handlungsunfähigkeit war auch stark von der Aussichtslosigkeit motiviert. Ungarn wollten jene Gebiete, die es durch die ungerechte Entscheidung von Trianon verloren hatte und die zwischen 1938 und 1941 wiedererlangt worden waren, zur Gänze oder zumindest zum Teil behalten, doch alles deutete immer mehr darauf hin, daß dies nur ein Wunschtraum bleiben würde. Ungarn wollte auch – nicht in unveränderter Form, aber mit unbedeutenden Veränderungen – jenes politische System beibehalten, das fast ein Viertel Jahrhundert überdauert hatte – doch wurde auch hier immer klarer, daß selbst die angelsächsischen Großmächte einen radikalen Wechsel, einen totalen Elitentausch forderten. Und schon allein das Erscheinen

der Sowjets in der Region bedeutete die Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit der Zerstörung des bürgerlichen Herrschaftssystems.

Im September 1943 trat Italien aus dem Krieg aus, zerbrach das Achsenbündnis. In dieser Situation wollte Hitler verhindern, daß sich Ungarn früher oder später ähnlich verhält, und ließ die Operationsabteilung des Generalstabes bis Ende September den Plan zur Besetzung Ungarns ausarbeiten. Edmund Veesenmeyer schlug jedoch eine politische Lösung vor, die versuchen sollte, Horthy politisch zu gewinnen, gleichzeitig aber eine rechtsextreme Regierung installieren sollte. Hitler entschied sich für eine Lösung, die beide Vorschläge vereinte.

Die ersten Meldungen, daß sich die Deutschen auf eine Besetzung Ungarns vorbereiten, erreichten Budapest bereits im Oktober 1943, doch die politischen und militärischen Führer schenken den ständig eintreffenden neuen Nachrichten – mit wenigen Ausnahmen – keinen Glauben. Kállay, der nicht wirklich aus dem Krieg aussteigen wollte, war davon überzeugt, daß nicht mit einer deutschen Besetzung zu rechnen sei. Darum erachtete er etwaige Gegenmaßnahmen auch für nicht angebracht, weil mit diesen das Reich nur noch weiter gereizt worden wäre. Wertvolle Tage und Wochen vergingen, ohne daß ein sinnvoller Widerstand vorbereitet worden wäre. Tatenlos beobachtete man die rechtsextremen Kreise, die mit ihrer Agitation für die deutsche Okkupation agitierten: Es gab Generäle, die ihren Offizieren empfahlen, der SS beizutreten, um Ungarn verteidigen zu können. Ihnen zufolge wurde die Verteidigung Ungarns von der ungarischen Regierung einfach sabotiert.

Am 15. März 1944 übergab der deutsche Botschafter Jagow Horthy in der Oper eine Einladung Hitlers nach Schloß Kleßheim: ein Treffen, das am 18. März unter dramatischen Bedingungen ablief. Im Laufe des Tages wurden die Verhandlungen mehrmals unterbrochen, und erst in den späten Abendstunden gelang es dem „Führer“, daß Horthy

eine Okkupation Ungarns zur Kenntnis nimmt, bei der er an der Macht bleibt, Kállay entläßt und eine neue Regierung den Krieg fortsetzt und das innenpolitische Leben vollkommen neugestaltet.

Zwar überstieg die Zahl der im Land stationierten ungarischen Truppen die Stärke der einmarschierenden Deutschen bei weitem, da jedoch zur rechten Zeit keine ernsthaften Vorbereitungen getroffen worden waren, wäre jede Form des Widerstandes nun bereits hoffnungslos gewesen. Der Artillerie fehlte brauchbares Geschützmaterial, die Infanterie hatte kaum schwere Waffen, die Truppenkörper waren verstreut, die Soldaten schliefen. Und auch wenn dies alles anders gewesen wäre, an der Spitze der „Honvédség“ standen Offiziere, von denen die meisten nicht bereit waren, die Waffen gegen die Deutschen zu richten. Der gebrochene Ministerpräsident, der den vollkommenen Konkurs seiner Politik erleben mußte, konnte nur mehr Anweisung geben, die kompromittierenden oder für einzelne gefährlichen Akten der Ministerien zu vernichten. Er selbst flüchtete, da seine persönliche Sicherheit gefährdet war, in die Budapester Botschaft der Türkei.

Obwohl der Ministerpräsident und auch der Innenminister bemüht waren, telefonisch so viele anglophile, linke und bekannte jüdische Persönlichkeiten wie möglich vor der lauernden Gefahr zu warnen, entkamen nur wenige der nun einsetzenden Verhaftungswelle der Okkupanten, die anhand genauer Listen vorgingen. Allein Endre Bajcsy-Zsilinszky empfing seine Peiniger mit der Waffe in der Hand.

Im Gefolge der für Hitler so erfolgreichen Wortschlacht von Kleßheim konnte die Stärke der Besatzungstruppen verringert werden. Die Lösung erwies sich für Berlin noch günstiger als das bereits bewährte Hácha-Rezept, nämlich das ehemalige tschechoslowakische Staatsoberhaupt „an der Macht zu halten“. Im Frühjahr 1939 war ja der böhmisch-mährische Staat so zerschlagen worden, daß er

– als „Protektorat Böhmen und Mähren“ – vorübergehend völlig ins Deutsche Reich eingegliedert worden war. Diese Vorgehensweise ermöglichte es Beneš und seinen Gefolgsleuten, den totalen Widerstand zu deklarieren, so wurde die „unabhängige“ Tschechoslowakei zu einer auf Seiten der antifaschistischen Kräfte kriegführenden Macht, während das reale Böhmen und Mähren relativ unbehelligt sein alltägliches Leben bestreiten konnte und mit seiner Wirtschaftsleistung die Kraft der deutschen Kriegsmaschinerie stärkte. Für Ungarn hatte aber diese dem Protektorat nur am Rande vergleichbare „Unabhängigkeit“ nur negative Folgen: Es konnte die antifaschistischen Mächte über den wahren Charakter des Landes nicht hinwegtäuschen, sie betrachteten Ungarn weiterhin als einen Satelliten Deutschlands, der die Deutschen stärkt.

Am 23. August 1944 erreichte die Rote Armee im Gebiet Iaşi-Chisinau die rumänische Grenze, noch am gleichen Tag wechselte Rumänien auf die Seite der Sowjetunion. Dies war eine unabschätzbare Wendung, die gute Voraussetzungen für eine ähnliche ungarische Entscheidung schuf. Die Deutschen verloren jede Handlungsfähigkeit, ihre Truppen wählten den ungeordneten Rückzug. Horthy erwies sich aber als unfähig, mehr zu tun, als die Regierung Sztójay abzusetzen und Géza Lakatos zu seinem Nachfolger zu ernennen.

Allein die Deutschen verstanden es, die folgenden Wochen effizient für sich zu nutzen. Erst in der zweiten Septemberhälfte sah der Reichsverweser ein, daß es unumgänglich sein wird, mit Moskau zu verhandeln: Unter der Leitung von Generalleutnant Gábor Faragho traf am 1. Oktober 1944 eine ungarische Delegation in Moskau ein. Laut den vorläufigen, mit den anderen Alliierten abgesprochenen Waffenstillstandsbedingungen vom 8. Oktober hatte Ungarn alle Beamten und Truppen hinter den Grenzen von 1937 – unter der Überwachung eines Komitees der antifaschistischen Mächte unter russischem Vorsitz – abzuziehen und Deutschland



umgehend den Krieg zu erklären. Fast zeitgleich hatte die Sowjetarmee am 6. Oktober aus Südsiebenbürgen kommend eine Großoffensive gestartet, war in der Folge in einer Panzerschlacht bei Debrecen verwickelt, hatte bei Szeged die Theiß überwunden und besetzte am 11. Oktober die südungarische Stadt. Am gleichen Tag gab Reichsverweser Horthy grünes Licht zur Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens, was noch am Abend geschah.

Der ungarische Widerstand hatte es schon wegen der im März erfolgten deutschen Besetzung besonders schwer. Zur Zeit des Krieges war der Hauptbereich jedweder Resistenz der geistige Widerstand, der in mittelbarer Form auch von der Regierung unterstützt wurde. Die legalen Möglichkeiten dieser Verteidigung waren nun nicht mehr gegeben, – auch die Zeit sprach mehr und mehr für den militärischen und politischen Kampf. Am 16. März wandten sich die in russischer Kriegsgefangenschaft befindlichen Offiziere und Soldaten mit einer Petition an Stalin und ersuchten ihn um die Erlaubnis, eine ungarische Einheit zum Kampf gegen die Deutschen aufstellen zu dürfen. Die Aufstellung einer solchen Legion hätte die Möglichkeit zur Verbesserung des ungarischen Prestiges im Lager der antifaschistischen Koalition geboten und auch positiven Einfluß auf spätere Friedensverhandlungen ausüben können. Stalin hingegen verweigerte seine Zustimmung.

In Ungarn selbst kam es ebenfalls noch Mitte Mai zur Bildung der „Ungarischen Front“ unter Beteiligung der „Friedenspartei“, der Sozialdemokraten, der „Partei der kleinen Landwirte“ und des legitimistischen „Blutbund des Doppelkreuzes“, dem sich später noch die „Nationale Bauernpartei“ anschloß. Die Parteien hatten zwar ein gemeinsames Ziel – aus dem Krieg auszutreten –, konnten sich aber über den zu beschreitenden Weg nicht einigen. Die schon auf ungarischem Territorium kämpfende „Rote Armee“ verstärkte das Gewicht der Kommunisten, die

am 12. September in einer Flugschrift mitteilten, daß die „Kommunistische Partei“ ab nun die Arbeit der „Friedenspartei“ fortsetzen werde. An diesem Tag wird in Moskau auch das rumänische Waffenstillstandsabkommen unterschrieben. Am 20. September 1944 wendet sich die „Ungarische Front“ mit einem Memorandum an das Staatsoberhaupt und fordert ein gemeinsames Auftreten und ein gemeinsames Programm. Nicht viel später kommt es auch zu persönlichen Verhandlungen auf der Burg, doch Horthy ist auch diesmal nicht bereit, sich auf die in der „Ungarischen Front“ vereinten politischen Kräfte – die ihm politisch völlig fremd waren – zu stützen. Er wollte den Ausstieg aus dem Bündnis mit Deutschland allein mit Hilfe der Armee durchführen und alleiniger Herr der Lage bleiben. Doch auch hier bleiben seine Schritte wie auch die Organisation und die Vorbereitung der entsprechenden Maßnahmen mangelhaft.

Auf Drängen der Sowjets legt der Reichsverweser am 14. Oktober den Zeitpunkt für den Ausstieg, den er für später geplant hatte, auf den 15. Oktober fest. Am 15. Oktober, an diesem sonnigen Sonntag, freuten sich viele viel zu früh über die Proklamation, die zu Mittag mehrmals im Radio verlesen wurde und von dem bevorstehenden Waffenstillstand sprach. Allein die Proklamation gab keinerlei Anweisung, sich gegen die deutschen Truppen zu stellen oder wie man sich an der Front gegenüber den Sowjetrussen zu verhalten hätte. Es fehlte ihm jede Basis für wirkungsvolles Handeln. Weder die „Ungarische Front“ noch andere Organisationen, die zum Widerstand bereit gewesen wären, wurden im vorhinein informiert. Unter den Truppen entstand ein mehrstündiges Durcheinander, und die Deutschen und Pfeilkreuzler konnten so schließlich Herren dieser chaotischen Lage werden.

Während der vorangegangenen Monate war die Zahl der in Ungarn stationierten Deutschen auf mehrere hunderttausend Mann angewachsen, gleichzeitig waren die Pfeil-

kreuzler in der Zwischenzeit gründlich auf ihre Machtübernahme vorbereitet worden. Der Ausbruchversuch, der tragikomischer Elemente nicht entbehrte, endete in einem totalen Desaster. Das Staatsoberhaupt wurde nun gerade von jenen Kräften im Stich gelassen, die mehr als ein Viertel Jahrhundert seine Machtbasis gebildet hatten. Zur gleichen Zeit wechselte Béla Dálnoki Miklós, der Befehlshaber der „Ersten Ungarischen Armee“, mit seinen 20 000 Soldaten auf die Seite der „Roten Armee“. In einem Befehl wies er am 19. Oktober seine Truppen an, sich von nun an gegen die Deutschen zu stellen.

„Wir wissen“, meinte Gábor Kemény, Außenminister der Pfeilkreuzler-Regierung in einer Radioansprache am 17. Oktober, „daß sich unsere Nation jetzt nicht in den Märchen von tausend und einer Nacht befindet.“ Von Märchen war sicherlich keine Rede, vielmehr von sogar angesichts der Entbehrungen und Prüfungen noch unvorstellbaren, unglaublichen Vorfällen: Das Ansehen Ungarns im Ausland war am Tiefpunkt angelangt, und die Herren dieses Landes nahmen nicht einmal mehr ihre Verbündeten ernst, mit denen sie ihren Totentanz tanzten. Was sollte Hitler auch mit einem in der Traumwelt seiner Phantasmen lebenden Ferenc Szálasi anfangen, eine Person, die sich so wenig über Position und Rolle in diesem System klar war, daß er eine „mit allen Vollmachten ausgestattete Vertrauensperson“ nach Berlin schicken wollte, wie ja auch Veessenmayer ihm in der gleichen Position seinerseits die Erwartungen des Reiches übermittelte. Es ist wohl ausschließlich seiner Beharrlichkeit zuzuschreiben, daß der „Führer“ schließlich doch Szálasi empfing, doch sogar aus seinen üblichen Monologen konnte man heraushören, daß er den Besuch für nichts anderes als eine verpflichtende Formalität hielt, aus der die deutsche und ungarische faschistische Propaganda ihren Nutzen ziehen könne. Die Deutschen teilten ihren „Partnern“ mit, daß sie die „Festung Budapest“ bis zum letzten Mann zu halten hätten.

Stalin wollte, daß die sowjetischen Truppen Budapest im „Laufschritt“ nähmen. Doch die ersten Mißerfolge zeigten, daß der sich auf einen langen Kampf vorbereitende Marschall Malinowski, Befehlshaber der Zweiten Ukrainischen Front, doch recht gehabt hatte: Der Angriff hatte die totale Einkesselung Budapests zur Folge, die Weihnachten 1944 abgeschlossen war. Allen war nun klar, daß die Entscheidung nicht mehr hier in Budapest fallen würde – da aber Hitler mit Budapest Wien schützte, dauerte der Kampf wirklich bis zum allerletzten Mann. Bezeichnend blieb, daß Zoltán Hindy, Pfeilkreuzler und Stadtkommandeur, auch die Verzagten noch aufstacheln wollte. Nach blutigen Straßenkämpfen von Haus zu Haus wurde Pest am 18. Januar 1945, Buda schließlich am 13. Februar 1945 befreit. Unter Oberst Oszkár Váriházy konstituierte sich am 12. Februar das „Budaer Freiwilligenregiment“ mit 2 500 Mann der regulären ungarischen Armee, das wesentlich zur Befreiung der Budaer Burg beitrug.

Aber die Leiden im westlichen Teil des Landes waren noch lang nicht zu Ende. Zu Beginn des März 1945 startete die deutsche Wehrmacht mit dreißig Divisionen eine neue Offensive. Die sowjetischen Truppen verteidigten sich tapfer und bekamen bald auch Verstärkung. Die deutsche Offensive zwischen Balaton und dem Velenceesee zeitigte daher trotz hoher Verluste nur geringfügige Gewinne. Mitte März setzte der sowjetische Gegenangriff ein: Die Front bewegte sich einige Zeit hin und her, und die Stadt Székesfehérvár wechselte mehrmals ihren Besitzer. Aber unter dem sowjetischen Gegenangriff, der sich im Norden und Süden des Balaton entfaltete, brach der Widerstand völlig zusammen. In der Folge drangen die Truppen der „Roten Armee“ rasch vor. Obwohl bis zum 13. April noch kleinere Scharmützel stattfanden, meldete die sowjetische Nachrichtenagentur TASS am 4. April, daß auch aus der letzten ungarischen Siedlung, aus Nemesmedves, der Feind vertrieben worden sei. Ungarn war von der Herrschaft des nationalsozialistischen Deutschen Reiches befreit.

QUELLEN UND LITERATUR

Magyar Országos Levéltár, Budapest.
 Külügyminisztériumi Levéltár, Budapest.
 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes,
 Berlin.

Diplomáciai iratok Magyarország külpoliti-
 kájához 1936–1945.

Akten zur deutschen auswärtigen Politik,
 Serie B, C.

BRACHER, Karl Dietrich / FUNKE, Manfred /
 JACOBSEN, Hans-Adolf (Hrsg.): Deutsch-
 land 1933–1945. Neue Studien zur nation-
 alsozialistischen Herrschaft, Bonn 1992.

HENDERSON, William: Friedrich List, Reut-
 lingen 1989.

HÖPFNER, Paul: Deutsche Südosteuropapo-
 litik, Frankfurt/Bern 1983, 94–95.

JACOBSEN, Hans-Adolf: Nationalsozialistische
 deutsche Außenpolitik 1933–1938, Frank-
 furt am Main/Berlin 1968.

NEULEN, Hans Werner: Europa und das 3.
 Reich. Einigungsbestrebungen im deutschen
 Machtbereich 1939–45, München 1987.

PRITZ, Pál: Magyarország külpolitikája Göm-
 bös Gyula miniszterelnöksége idején, Bu-
 dapest 1982.

RIEMENSCHNEIDER, Michael: Die deutsche
 Wirtschaftspolitik gegenüber Ungarn 1933–
 1944. Ein Beitrag zur Interdependenz von
 Wirtschaft und Politik unter dem National-
 sozialismus. Europäische Hochschulschrif-
 ten, Bd. 316. Frankfurt am Main/Bern/ New
 York/Paris o.J.

ROMSICS, Ignác: Helyünk és sorsunk a Du-
 na-medencében, Budapest 1996.

TILKOVSKY, Lóránt: Teufelskreis. Die Min-
 derheitenfrage in den deutsch-ungarischen
 Beziehungen, Budapest 1989.

VARGA, Lajos (Hrsg.): A magyar szociálde-
 mokrácia kézikönyve, Budapest 1999.

„GELEHRTENKLOSTER MIT STILLEM KLOSTERGARTEN“

*Die Geschichte des Collegium Hungaricum Berlin
(1924–1944)*

DIE GRÜNDUNG UND IHRE VORGESCHICHTE

Die außerordentlich wichtige Rolle Deutschlands und Berlins in der Entwicklung der ungarischen Wissenschaft ist allgemein bekannt. In Folge des Vorstoßes des Protestantismus nach Ungarn wurden die deutschen Universitäten – in erster Linie in Wittenberg, Heidelberg, Göttingen, Halle und Jena – ab den 1520er Jahren zu beliebten Reisezielen der das Ausland bereisenden ungarischen Studenten. Die Universität zu Berlin, die sich dieser Reihe 1810 anschloß, entstand bereits im Geiste eines neuen Bildungsideals. Ihr Gründer, Wilhelm von Humboldt, manifestierte die Einheit von Unterricht und Forschung, bekannte sich zur Lernfreiheit und zum Prinzip der Autonomie der Universitäten und wollte die staatliche Kontrolle möglichst auf einen engen Bereich einschränken. Im Laufe des 19. Jahrhunderts inskribierten immer mehr ungarische Jugendliche, die im Ausland studierten, in die Berliner Universität, die nach jenen Humboldtschen Vorstellungen organisiert wurde, die das europäische Hochschulsystem bis heute prägen. Im letzten Quartal des 19. Jahrhunderts schwankte die Zahl dieser Jugendlichen bereits zwischen 30 und 50 im Jahr. Die Anziehungskraft der Universität auf Studenten aus Ungarn erhöhte sich noch weiter dadurch, daß Berlin zur Reichshauptstadt (1871) wurde und im



*Kuno Graf Klebelsberg
(1875–1932),
Ungarns Kultus-
minister (1921–1931),
um 1925. Er hat die
ungarische Kultur-
politik in der Zwischen-
kriegszeit – teilweise
nach den klassischen
deutschen wissen-
schaftspolitischen
Prinzipien – erneuert
(Ungarisches
Nationalmuseum)*

internationalen wissenschaftlichen Leben eine stets wachsende und um die Jahrhundertwende bereits führende Rolle einnahm. Ein junger Mann namens Kuno Klebelsberg, der später als eine entscheidende Persönlichkeit der ungarischen Kultur- und Wissenschaftspolitik in der Zwischenkriegszeit galt und das Collegium Hungaricum in Berlin gründete, erhielt 1895/96 hier eine sich auf sein ganzes weiteres Schicksal und seine Mentalität auswirkende Motivation. Er hielt sich zwar auf eigene Kosten in Berlin auf, in der Zeit des Dualismus gab es jedoch schon viele Gaststudenten aus Ungarn, deren Studium



mit einem staatlichen Stipendium finanziert wurde. Zu ihnen gehörte u.a. Róbert Gragger – einer der talentiertesten ungarischen Kulturdiplomaten und wissenschaftlichen Manager aller Zeiten –, der spätere Berater, Weggefährte und einer der eifrigsten Förderer Klebelsbergs.

Gragger verbrachte ab Oktober 1910 ein ganzes Studienjahr in Berlin, wo er bereits 1915 die Qualifikation Privatdozent für ungarische Literatur erwerben wollte. Infolge der deutsch-ungarischen „Waffenbrüderschaft“ im Ersten Weltkrieg konnte er eine weit günstigere Position als die eines Privatdozenten erlangen. Die Idee Graggers, einen Lehrstuhl für ungarische Sprache und Geschichte zu gründen, wurde auch von zwei Berliner Universitätsprofessoren, Johannes Bolte und Max Roediger, unterstützt. Der diesbezügliche Antrag wurde auf ihr Ersuchen hin am 14. März 1916 im preußischen Abgeordnetenhaus erörtert. Die auf diese Art und Weise offenbarte „Sympathie für die Ungarn“ war lediglich als Geste, d.h. als ein fast verbindlicher (kultur)politischer Schritt dem Verbündeten gegenüber zu werten, die schnelle Umsetzung dieser Idee bedeutete jedoch sehr viel für das Bekanntwerden und die Aufnahme der ungarischen Kultur und Wissenschaft in Deutschland. Der damals kaum 29 Jahre alte Gragger wurde im August 1916 – ohne vorher habilitiert zu haben – zu einem außerordentlichen Professor in Berlin ernannt, wo ein Seminar für ungarische Sprache und Literatur bereits im November gleichen Jahres beginnen konnte. (Außerhalb der Landesgrenzen Ungarns war dies der erste Lehrstuhl für Ungarisch in der Welt. Ungarische Sprache und Literatur wurde früher allein an der Sorbonne in Paris unterrichtet, wo der aus Ungarn gebürtige Ignác Kont als Privatdozent ab 1902 Vorlesungen zu dieser Thematik abhielt und zwischen 1907 und seinem Tod 1913 als außerordentlicher Professor für ungarische Literaturgeschichte wirkte.) Die Tatsache, daß er seinen Lehrstuhl auch mitten im Krieg, trotz der

daraus resultierenden Schwierigkeiten – bei Ausnutzung seiner hervorragenden deutschen Beziehungen – weiterentwickeln konnte, beweist einmal mehr seine außerordentliche Geschicklichkeit, sein Organisationstalent und diplomatisches Fingerspitzengefühl. Indem er auch seine eigene Sammlung zur Verfügung stellte, schuf er eine reiche Bibliothek, rief im November 1917 den „Verein der Freunde des Ungarischen Instituts in Berlin“ ins Leben. Im Dezember 1917 weitete sich das frühere Seminar zu einem Institut aus; im Mai 1918 kam noch ein ungarisches Lektorat hinzu. (Zu den hier tätigen Lektoren gehörten später u.a. Graggers Nachfolger Gyula Farkas sowie der herausragende Literat und Dichter Dezső Keresztury.) Eine wahre Erfolgsstory inmitten eines Weltenbrandes ...

Nach dem Ersten Weltkrieg galten zwar die politischen Überlegungen, die 1916 zur Schaffung des Lehrstuhls führten, bereits bei weitem nicht mehr als so wichtig – mehr noch: die beiden Länder verfolgten in ihrer Außenpolitik eine ganze Zeit lang völlig unterschiedliche Trends –, die Erfolgsgeschichte setzte sich dennoch weiter fort. Das war vor allem auf die teilweise identischen Probleme der beiden Verliererstaaten, auf ihre wissenschaftliche Isolation in den 20er Jahren sowie die sich einander ähnelnde, im modernen Sinne verstandene, reformkonservative Einstellung ihrer führenden Politiker, nicht zuletzt aber auf das freundliche Wesen Graggers und sein praktisches Denken zurückzuführen. 1921 wurde Gragger zum ordentlichen Professor befördert. 1922 kam im Institut eine Abteilung für Finnougristik zustande, und es wurden Seminare gehalten, die sich mit linguistischen Fragen des Türkischen und der Ural-Altaistik auseinandersetzten. Es war nicht rein zufällig, daß Gragger erstmals in bezug auf die fachliche Tätigkeit und die wissenschaftliche Berufung des Instituts den Begriff „Ungarologie“, d.h. die bis heute eingebürgerte und allgemein akzeptierte Bezeichnung Hungarologie, verwendete. Die (im

übrigen oft umstrittene) Bedeutung der Hungarologie wird meistens auch heute noch so determiniert, wie es Gragger tat. Als Abschluß einer hervorragenden Zusammenfassung über die Geschichte des Begriffes erklärte László Kósa (Kunsthistoriker in Budapest) vor einigen Jahren: „Letztlich werden wir wieder soweit sein, daß es ... die Hungarologie als solche, als eigenständiges Wissenschaftsfach nicht, hingegen nur als eine zusammenfassende und eine engere Zusammenarbeit voraussetzende Bezeichnung der Erforschung der ungarischen Sprache, Kultur und Geschichte geben wird. Die ungarische Vergangenheit und Bildung, das Verhältnis zwischen der ethnischen Gruppe der Ungarn und ihrem Umfeld kann man in Zusammenarbeit mehrerer Wissenschaftszweige und mit einem komplexen Herangehen erfolgreicher erforschen, als zergliedert.“

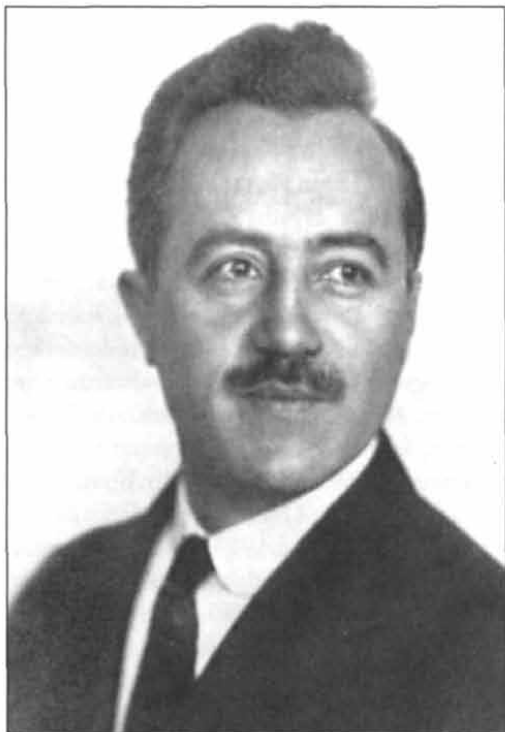
Das vom Kultusministerium Preußens – später des deutschen Reiches – finanzierte Ungarische Institut gab 1921 – mit finanzieller Unterstützung des ungarischen Kultusministeriums – zwei hervorragende Serien heraus, die sich zum Teil auch heute noch als sehr nützliche Lektüren erweisen. Eine hieß: „Ungarische Jahrbücher“, mit bekannten ungarischen und deutschen Autoren (erschieden zwischen 1921 und 1943, später ab 1952 – und nicht mehr in erster Linie mit ungarischem Profil – unter dem Titel Ural-Altaische Jahrbücher). Sie waren die einzigen im deutschen Sprachraum regelmäßig veröffentlichten Jahrbücher, die über sämtliche, o.g. Bereiche der Hungarologie und deren wissenschaftliche Ergebnisse exakt berichteten. „Ungarische Bibliothek“ lautete der Titel der zweiten Serie, die bis 1929 in 24 Bänden erschien und vor allem Beiträge größeren Umfangs zur Bildungsgeschichte Ungarns veröffentlichte. Autoren der letztgenannten Publikation wie: András Alföldi, der berühmte Forscher der Antike; Béla Bartók, einer der bekanntesten Komponisten und Musiker des 20. Jahrhunderts; der Literaturhistoriker Gyula Farkas; Róbert Gragger, Experte der

vergleichenden Literatur; der hervorragende Kenner des Mittelalters und spätere Kultusminister Bálint Hóman; Kultusminister Kuno Klebelsberg; der außerordentlich talentierte Verwaltungsfachmann Zoltán Magyary sowie der effektiv agierende Ästhet und Germanist Tivadar Thienemann gehörten zur Elite des damaligen kulturell-wissenschaftlichen Lebens in Ungarn. Im Archiv des Instituts wurden in erster Linie Beiträge aus Zeitungen und Zeitschriften in deutscher und ungarischer Sprache, Broschüren, Statistiken, Karten und Fotos gesammelt und systematisiert. Das Institut bestand bis 1945 und wurde 1946 ins Institut für Finnougristik umgewandelt. Gegenwärtig wirkt es – genauso wie 1916 und 1917 – als Seminar für Hungarologie ... und das, obwohl seine von Gragger gegründete Bibliothek mit ihren 70 000 Bänden die größte Hungarica-Sammlung außerhalb des Karpatenbeckens aufweist.

Ohne die Umstände um das Entstehen des Ungarischen Instituts in Berlin zu kennen, wäre auch die Geschichte des Collegium Hungaricum, das mit ihm später „brüderliche“ Beziehungen pflegte, nicht zu verstehen. Bei der Schaffung beider Institutionen spielte Róbert Gragger, der bereits durch seine Abstammung prädestiniert war, die deutsch-ungarischen kulturellen Beziehungen zu erforschen und immer engere wissenschaftliche Beziehungen zwischen beiden Völkern auszubauen, eine herausragende Rolle. Er entstammte nämlich einer deutschen Familie aus Körmöcbánya/Banska Kremnica, bekannte sich allerdings selbstbewußt als Ungar. (Diese Art des „Hungarus-Bewußtseins“ kennzeichnete im übrigen – mit Ausnahme der siebenbürgischen Sachsen, die jahrhundertlang Sonderrechte bez. ihrer Rechtsstellung, in der Kultur, Justiz und im Verwaltungswesen genossen und sich daher absonderten – einen Großteil der deutschen Intelligenz in Ungarn: zumindest gleichrangig mit der Zugehörigkeit zur Nationalität – wenn nicht als ihr übergeordnet – bezeichneten sie die



*Róbert Gragger
(1887–1926),
herausragender
ungarischer
„Wissenschafts-
manager“,
Gründer und Leiter
des Ungarischen
Instituts in Berlin
(1916–1926),
erster Direktor
des Collegium
Hungaricum,
Berlin, „Apostel“
der deutsch-ungarischen
kulturellen und
wissenschaftlichen
Beziehungen und
einer der besten
Freunde von
Carl Heinrich Becker
(Ungarisches
Nationalmuseum)*



Bindung zum „Mutterland“.) Gragger war ein Wissenschaftsorganisator mit Weitblick und perspektivischer Denkweise. Als Mitglied des hervorragenden Universitätskollegiums Ungarns, des 1895 nach französischem Muster gegründeten Eötvös-Kollegiums, erkannte er die Notwendigkeit der Eliteausbildung und des Bestehens eines leistungsorientierten Kollegiumsgeistes. Er war der Meinung, daß der ungarische Staat Auslandsstudien begabter Jugendlicher und ihre Fortbildung unterstützen und ihnen in den für die ungarische Wissenschaftlichkeit wichtigsten ausländischen Zentren eine Heimstätte und eine zum geistigen Wirken anregende Werkstätte schaffen muß. Graggers Konzept und seine alle Hindernisse bewältigende praktische Mentalität trafen sich glücklicherweise mit den Vorstellungen von Kultusminister Kuno Graf Klebelsberg, der die ungarische Wissenschaftspolitik von Juni 1922 an leitete und sie auch radikal erneuerte. Außerordentlich beeindruckten Klebelsberg die Ergebnisse der deutschen Wissenschaftspolitik am Ende des

19. und Anfang des 20. Jahrhunderts sowie nach Ende des Ersten Weltkrieges, die sich im planmäßigen Betreiben der „wissenschaftlichen Großbetriebe“ und in herausragenden Leistungen zeitigten und mit den Namen von Friedrich Althoff, Adolph von Harnack, Friedrich Schmid-Ott und Carl Heinrich Becker verbunden waren, die wiederum in die Fußstapfen von Wilhelm von Humboldt traten. Laut Klebelsberg bestanden „zwei führende Motive“ seiner Kulturpolitik darin: „das Bildungsniveau der ungarischen Massen, ihren moralischen und geistigen inneren Wert, ihr spezifisches Gewicht zu heben und dieser höher gebildeten Nation solche Führungskräfte zu geben, deren Maße die europäischen Dimensionen erreichen, denen die Nation in jeder Hinsicht vertrauensvoll und in der Hoffnung auf Erfolg folgen kann“. Klebelsberg, der die hohe Bedeutung der deutschen Beziehungen und der Ausbildung einer Elite mit europäischen Erfahrungen stets beteuerte, kannte sehr gut die erfolgreiche Tätigkeit des Ungarischen Instituts in Berlin. Er wußte, in der Person Graggers einen Mitstreiter finden zu können, der ihm bei der Gründung eines Ungarischen Instituts in Berlin (Collegium Hungaricum) wahre Hilfe leistet. Klebelsberg und Gragger kämpften – einander inspirierend – dafür, daß neben dem Ungarischen Institut, das preußische Universitäts Hörer aufnahm, auch jene Jugendlichen, die von verschiedenen Fachgebieten mit ungarischem staatlichem Stipendium nach Berlin geschickt werden sollten, eine wahre, Wissenschaftlern würdige Heimstätte, ein Collegium Hungaricum hatten. Es konnte nicht eindeutig geklärt werden, wem von den beiden die Idee zuzuschreiben ist, ein Collegium dieser Art zu gründen.

„Sobald diese Einrichtung finanziell abgesichert ist“, meldete Gragger im Juli 1924 Zoltán Magyary, der rechten Hand Klebelsbergs im Kultusministerium, „kann ich meine ganze Kraft ihrem geistigen Ausbau widmen ... Jetzt ist es an der Zeit, statt des ‚Herren‘-Typus den ‚bon ouvrier‘ zu einer natio-

nen Idealfigur zu machen.“ Am 2. September 1924 schrieb er Klebelsberg: „Das Collegium als ‚graduated college‘ betrachtet es als sein Hauptziel, die in Deutschland angehäuften kulturellen Energien und Möglichkeiten für die Ausbildung der neuen geistigen Aristokratie unserer Heimat einzusetzen.“ „Meine größte Ambition ist es“, berichtete er im November 1925 ebenfalls Klebelsberg, „das Kollegium sowohl hinsichtlich seines internen Geistes als auch seines Gebäudes optimal, am solidesten und zweckdienlichsten zu gestalten, ohne jede Verschnörkelung und hypermoderne Velleitaten ... Ich denke an eine Vergangenheit von Jahrhunderten, in der das Institut verwurzelt sein wird, ich denke Jahrhunderte voraus.“

HEIMSTÄTTE(N) DES COLLEGIUMS

Die ersten Schritte für die Ausführung der großangelegten, Jahrhunderte vorausblickenden Pläne wurden bereits im Dezember 1922 unternommen. Graggers Absicht, ein Gebäude für das Collegium Hungaricum käuflich zu erwerben, wurde von Klebelsberg, der erst einige Monate auf seinem Ministersessel saß, begeistert unterstützt. Der Ministerrat bewilligte auf seinen Wunsch im Budget 1922/23 für diesen Zweck einen Nachkredit von 3 000 000 Kronen. Diese Summe reichte dafür, in der Marienstraße 6 in Berlin ein dreistöckiges Haus zu kaufen und teilweise einzurichten. Um die notwendigen Umbauten durchführen zu können, bewilligte der Ministerrat auch einen weiteren Nachkredit. Da die früheren Bewohner des Hauses delogiert werden mußten, zogen sich die Bauarbeiten in die Länge, so daß die ersten zehn ungarischen staatlichen Stipendiaten das Collegium Hungaricum zu Berlin erst im Herbst 1924 in ihren Besitz nehmen konnten. In Wien gab es zwar bereits ab Oktober 1920, in Rom ab Februar 1924 ein Institut für Un-

garische Geschichtsforschung, aber unter den in der Zwischenkriegszeit und nach den wissenschaftspolitischen Vorstellungen Klebelsbergs wirkenden – und von den Instituten für Geschichtsforschung abweichend nun Vertreter mehrerer Wissenschaftszweige aufnehmenden – Einrichtungen der Art des Collegium Hungaricum gebührt jedoch die Priorität den im Oktober 1924 gleichzeitig in Wien und in Berlin eröffneten Einrichtungen.

Das Collegium in der Berliner Marienstraße erwies sich jedoch kurz nach seiner Übergabe als zu eng. Mit außerordentlichen Anstrengungen und großer Geschicklichkeit gelang es Klebelsberg – wie er mit Recht dem preußischen Kultusminister und besten Freund Graggers, Carl Heinrich Becker, im März 1926 stolz berichtete – zu erreichen, „in den Mittelpunkt des Wiederaufbaus Ungarns die Kulturpolitik zu stellen“. In diesem Sinne war der Anteil des Kultusbudgets im ungarischen Staatshaushalt – mit effektiver Unterstützung durch das Staatsoberhaupt, den Reichsverweser Miklós Horthy, den Ministerpräsidenten István Bethlen und den vom Völkerbund nach Ungarn entsandten Hauptkommissar Jeremias Smith – bereits im Budgetjahr 1926/27 am höchsten. Da die Erziehung einer auch in der internationalen Arena verhandlungs- und diskussionsfähigen ungarischen geistigen Elite mit europäischem Horizont und Bildungsniveau und die Gewährleistung von Möglichkeiten zu ihrer Aus/Fortbildung im Ausland eine der Grundlagen der Wissenschaftspolitik Klebelsbergs bildeten, war es selbstverständlich, daß die Entwicklung der im Interesse dieses Zieles gegründeten Auslandsinstitute Ungarns bei Erweiterung der finanziellen Möglichkeiten gleich auf die Tagesordnung gesetzt wurde. In Berlin begann man ein größeres Gebäude in günstigerer Lage für das Collegium zu suchen.

Graggers Konzept bestand darin, im Berliner Vorort Dahlem – wo die größten deutschen Forschungsinstitute angesiedelt waren – ein neues Grundstück zu kaufen. Bis

zum Sommer 1925 stellte sich jedoch heraus: so sehr auch die Bautätigkeit in Dahlem wünschenswert war, die notwendigen Mittel konnten nicht einmal mit gemeinsamen Anstrengungen und geschicktem Agieren von Klebelsberg und Gragger aufgebracht werden. Im November gleichen Jahres unterbreitete Gragger bereits einen neuen, vielleicht noch günstigeren Vorschlag, der noch dazu realisierbar erschien. Unmittelbar neben der Universität Berlin, unweit der berühmten Straße Unter den Linden wurde das Palais Herz zum Kauf angeboten, dessen Kaufrecht die Universität – vermutlich auf Intervention des preußischen Kultusministers Becker – dem Collegium überließ. Die preußische Regierung wiederum bot der Universität Berlin das benachbarte Knobelsdorffsche Palais als neue Heimstätte für das Ungarische Institut an. Auf diese Weise schienen die früheren Pläne Graggers – nämlich die beiden Einrichtungen einheitlich unterzubringen – in Erfüllung zu gehen. Auf seiner Sitzung am 5. Februar 1926 gab der ungarische Ministerrat dem Kauf des neuen Gebäudes des Collegium Hungaricum in Berlin aus dem vom Völkerbund erhaltenen Darlehen seine Zustimmung.

Danach beschleunigten sich die Ereignisse. Obwohl die angebotene Summe für den Kauf des Herzschen Palais nicht ganz ausreichte, war Klebelsberg entschlossen, den Fehlbetrag irgendwie aufzutreiben. Sein Wille, mit dem er – wie in so vielen anderen Fällen – allen Schwierigkeiten Herr werden konnte, verhalf ihm auch diesmal zum Erfolg. Gragger berichtete ihm bereits am 5. März: „Ich beantragte beim preußischen Staat, uns einen 8 m breiten und 50 m langen Streifen, also 400 m², vom Nachbargrundstück unentgeltlich zu überlassen, was der Finanzminister auch in Aussicht stellte ... Und die neuen Gebäudeteile werden 60 Forschern bzw. Insassen und ihren Leitern eine modern ausgestattete Heimstätte bieten. Gleichzeitig werde ich bez. eines Steuererlasses Schritte einleiten. Der hiesige Außenminister stellte

bereits in Aussicht, einen der Gemeinschaftsräume, z.B. den Speisesaal, die Bibliothek oder den Festsaal einzurichten, damit auch das Reich etwas der ungarischen Regierung zur Verfügung stellt ... Das von Knobelsdorff erbaute und im Besitz von Preußen befindliche Palais auf dem Nachbargrundstück wird von der preußischen Regierung für die Zwecke des Ungarischen Instituts der Universität zur Verfügung gestellt. Es bedarf keiner diplomatischen Intervention, da die preußische Regierung dies auf ihre eigene Initiative überlassen will, worüber Herr Kultusminister Becker Eure Exzellenz in diesen Tagen verständigen wird ... Der Einzug in dieses Palais ist mit der Schwierigkeit verbunden, daß es zur Zeit von Prof. Max Reinhardt und seiner Familie bewohnt wird; eine Delogierung wäre gesetzlich und theoretisch zwar möglich, de facto ist es jedoch unmöglich, ihm die Wohnung aufzukündigen, da Max Reinhardt dafür eine mit der jetzigen Wohnung gleichgestellte Wohnung, d.h. mit ähnlichem Kunstwert zu haben wünscht ...“ Fast zeitgleich, am 8. März, berichtete Klebelsberg Herrn Friedrich Schmidt-Ott, dem Präsidenten der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, die die bedeutendsten deutschen Forschungsinstitute vereinte, „das Herzsche Haus für 750 000 Goldmark gekauft zu haben. Da es um die Unterbringung von 60 ungarischen Stipendiaten geht, muß ich noch für weitere 450 000 Goldmark auf dem zwei Straßen berührenden Grundstück weitere Bauarbeiten tätigen.“

Der Kauf des Palais war Gragger, der bei den preußischen und deutschen Ämtern mit unglaublichem Geschick und diplomatischem Gespür vorging, Graggers „Busenfreund“, dem preußischen Kultusminister Becker, der auch seinen Einfluß als Minister einsetzte sowie Klebelsberg zu verdanken, der die Bewilligung der beträchtlichen Summen erfordernden Investition mit Zähigkeit und Überzeugungskraft in Ungarn durchboxte. Gragger ging persönlich vor, wenn es um Aufgaben bezüglich der Bauarbeiten – ob um Bau-

pläne, Einholung von Genehmigungen oder Beschaffung von Baumaterial – ging. „Der Umbau des Collegium wird in der Tat ein Kunstereignis“, meldete er Klebelsberg, „da es die heute ziemlich ausgestorbene Ecke samt dem Knobelsdorffschen Palais auf einem der interessantesten und auffälligsten Plätze der Innenstadt regelrecht belebt und in das Leben der Universität und der Museen einfügt. Als Lösung schwebt mir ein schönes ‚chiosstro‘, ein Kloster von Gelehrten, mit einem stillen Klostergarten, vor, unter dessen alten Bäumen die Insassen die ruhigen Stunden des Tages mit Lesen und Betrachtungen verbringen können. Das Gebäude: ... eine vergessene stille Insel ... inmitten der Großstadt. Der Antrag auf Baubewilligung liegt bereits der Polizei vor. Sobald es möglich ist, beginnen wir gleich mit der Arbeit, damit es im Herbst bereits bezugsfertig wird.“ Gragger hoffte darauf, daß das Collegium Hungaricum zum 10. Jahrestag der Gründung des Lehrstuhls für Ungarisch in Berlin sein neues Domizil beziehen kann. Nachdem die finanziellen Bedingungen geklärt worden waren (letztendlich konnten ca. 20 Milliarden Kronen, das Äquivalent von 1 200 000 Goldmark, für den Kauf, den Umbau und die Einrichtung verwendet werden), begann im Sommer 1926 die Bautätigkeit. Gragger meldete in einem seiner letzten Briefe, vom 18. Oktober 1926: „Schritt für Schritt nähern wir uns dem gesetzten Ziel, dessen Größe die bisher nicht eingeweihten breiteren Kreise zum Glück erst jetzt zu begreifen beginnen ... Jede Behörde steht uns gern zur Verfügung ..., oft befaßt man sich im gesamten preußischen Kultus- und Finanzministerium den ganzen Tag lang mit nichts anderem als den Bauarbeiten am Kollegium. Sie sagten auch schon, daß kein einziger Bau der Regierung ihnen so viel Arbeit bescherte, als das Haus des ungarischen Kollegiums.“

Der am 10. November 1926 eingetretene unerwartete Tod Graggers, der die Umbauarbeiten leitete, erschien als fast unersetzlicher Verlust. Der preußische Kultusminister Becker,



Der international berühmte Orientalist Carl Heinrich Becker (1876–1933), 1921 und zwischen 1925–1930 Preußens Außenminister, war als guter Freund von Róbert Gragger ein leidenschaftlicher Förderer der deutsch-ungarischen wissenschaftlichen Beziehungen (Ungarisches Nationalmuseum)

der das Collegium Hungaricum bis zuletzt förderte, wahrte auch dadurch das Andenken seines unvergeßlichen Freundes, daß er die Aufsicht über die Bauausführung übernahm. In das neue, damals nur zum Teil bewohnbare Gebäude zogen die ersten Stipendiaten am 1. April 1927 ein. Das frühere Haus des Collegium in der Marienstraße wurde im Oktober 1927 verkauft. In einem von Direktor Mihály Tamedly unterzeichneten Bericht über die Tätigkeit des Collegium im Jahre 1927 heißt es: „Im Auftrag der ungarischen Regierung hat Dr. Róbert Gragger im März 1926 das Gebäude in der Dorotheenstraße 2 gekauft, das vom Berliner Wohnungsamt völlig für die Zwecke des hier zu errichtenden Collegium Hungaricum zur Verfügung gestellt wurde. Eine Aufstockung des ursprünglich einstöckigen Palais um zwei neue Stockwerke wurde geplant, und die Bauarbeiten begannen im Sommer 1926 nach den Plänen des Baumeisters Jessen. Das neue Haus, das für die Zwecke des Collegium ge-



radezu ideal, in unmittelbarer Nähe der Universität, der Bibliothek, der Museen und der wichtigsten Krankenhäuser gelegen ist, erhöhte seinen Wert nicht nur durch die Aufstockung, sondern auch durch eine zuvorkommende und aufopferungsvolle Förderung durch die Regierung Preußens. So wurde zugelassen, an der östlichen Längsfront des Gebäudes (zum Garten hin) anstelle der früheren Brandmauer Fenster anzubringen; um dies bewilligen zu lassen, wurde beim benachbarten Grundstück des preußischen Staates intabuliert, daß dessen Gelände innerhalb 17 m von der Mauer des Collegium gerechnet nicht bebaut werden darf. Von diesem staatlichen Grundstück wurde ein Streifen von 5 m Breite dem Collegium unentgeltlich zur Nutzung überlassen. Nachdem das erworbene neue Gebäude durch eine Enteignungslinie geschnitten wurde (eine Erweiterung der Straße war zu Lasten des Hauses geplant), bot die preußische Regierung der Stadt den für die Straßenerweiterung erforderlichen Baugrund vom Garten des gegenüberliegenden preußischen Finanzministeriums an, um das neue Gebäude von der Gefahr einer Enteignung zu befreien. Infolgedessen wurde die Enteignungslinie aus unserem Grundbuch gestrichen. Der Reichsfinanzminister bewies seine Zuvorkommenheit durch den Erlass der Werterhöhungssteuern. Der Reichsaußenminister hingegen spendete 10 000 Mark zur Einrichtung eines Festsaals ... Das ganze Gebäude wurde erst im Herbst 1927 seiner Bestimmung übergeben.“

„Das Collegium war ein schönes Gebäude und lag ideal, in der Dorotheenstraße, mit einem schönen Hof mit Bäumen hinter der Allee Unter den Linden, nahe den Museen und vor allem der Bibliothek, der Preussischen Staatsbibliothek“, erinnert sich der einstige Insasse Dénes Sinor. Laut Róbert Horváth, der 1941 dort wohnte, galt das Collegium – dank seiner zentralen Lage, der hervorragenden Ausstattung und der ausgezeichneten Atmosphäre – als eine wahre kleine In-

derlichen Baugrund vom Garten des gegenüberliegenden preußischen Finanzministeriums an, um das neue Gebäude von der Gefahr einer Enteignung zu befreien. Infolgedessen wurde die Enteignungslinie aus unserem Grundbuch gestrichen. Der Reichsfinanzminister bewies seine Zuvorkommenheit durch den Erlass der Werterhöhungssteuern. Der Reichsaußenminister hingegen spendete 10 000 Mark zur Einrichtung eines Festsaals ... Das ganze Gebäude wurde erst im Herbst 1927 seiner Bestimmung übergeben.“

*Róbert Gragger
und Carl Heinrich
Becker um 1925
bei einer
gemeinsamen
Erholung
(Humboldt-Universität
zu Berlin, Seminar für
Hungarologie)*



sel im Berlin der Vorkriegszeit. In dem großen, mit einer imposanten Steinmauer umgebenen verwilderten Garten bis zur Spree wuchsen hohe Bäume. Von der Straße konnte man durch ein verziertes Haupttor hineingelangen. Vom Erdgeschoß (wo sich die Hausmeisterwohnung und der Schutzkeller befanden) führte eine wunderschöne Marmortreppe bis zur Hochparterre, wo man eine Halle, die Büroräume, den Speisesaal und die Wohnung des Direktors vorfand. Eine noch imposantere Marmortreppe führte zum ersten Stock hinauf. Hier waren die Repräsentationsräume, die Garderobe, der kleine und der große Salon, der Ball- und der Musiksaal. Im zweiten Stock befanden sich die Appartements englischen Typs.

Kurz nach dem Start des Vollbetriebes im Herbst 1927 bereitete die Größe des Gebäudes des Collegium Hungaricum wegen des Rücktritts von Klebelsberg 1931, der Weltwirtschaftskrise und der sich daraus ergebenden beträchtlichen Reduzierung der früheren Förderung für die Ungarischen Institute im Ausland bereits ein ernsthaftes Problem. Zwecks Einsparung der Erhaltungskosten wurden 1932 zwölf Räumlichkeiten der preußischen Regierung vermietet, in die das Semitische und das Islam-Institut der Universität Berlin einzogen. Da sich die wirtschaftliche Situation des Collegium dadurch kaum veränderte und die Anzahl der Stipendiaten auf ein Drittel sank, kam die Möglichkeit eines Verkaufs des Gebäudes zur Sprache. Obwohl sowohl der Kultus- als auch der Außenminister diesem Plan, genauer dem „Umtausch“ in ein kleineres Gebäude zustimmten – weil eine Aufrechterhaltung des Collegium Hungaricum in Berlin als „unbedingt wichtig“ erachtet wurde –, legte Kultus-Staatssekretär Kálmán Szily im Sommer 1934 die Angelegenheit ad acta, da „ein Verkauf des Gebäudes des Collegium nach jüngsten Informationen und meinen Erfahrungen auf unmittelbarem Wege in Berlin gegenwärtig weder aus politischer, noch aus kulturpolitischer oder finanzieller Sicht günstig

erscheint“. Ähnliche Pläne wurden nie wieder zur Sprache gebracht.

Dem Gebäude des Collegium Hungaricum kam im November 1943, dann im Dezember 1944 wieder eine wichtige Rolle zu. Die beim Luftangriff am 22. November völlig ausgebrannte ungarische Botschaft in Berlin bezog das Collegium Ende November 1943. Zu dieser Zeit wohnten aber auch noch Stipendiaten im Collegium. Ab Oktober 1944, der Machtübernahme der Pfeilkreuzler in Ungarn, erfüllte das Palais bereits ausschließlich eine politische Mission. Deswegen ermahnte die pfeilkreuzlerische Führung der Kabinettsabteilung im Außenministerium auch András Mecsér, den Gesandten in Berlin, wonach „Gebäude und Personal des Collegium Hungaricum eigentlich dem Ministerium für Religion und Unterrichtswesen untersteht und der jeweilige ungarische Gesandte in Berlin über diese Institution nur im Einvernehmen mit dem Kultusministerium verfügt. Daher ersuche ich dich – um vollständigen Einklang und ein immer größeres Arbeitsergebnis zu gewährleisten –, in jeder einzelnen das Collegium Hungaricum betreffenden Frage in Zukunft im Einvernehmen mit dem Ministerium für Religion und Unterrichtswesen, aufgrund vorheriger Abmachung vorgehen zu wollen. Ausdauer! Es lebe Szálasi!“ Mecsérs „Retourkutsche“ zufolge nahm die Botschaft einzelne Bereiche des Gebäudes des Collegium Hungaricum „nach ihrem mit Einwilligung des Ministers für das ungarische königliche Religions- und Unterrichtswesen unterbreiteten Vorschlag Ende Dezember 1943 [in der Tat Ende November – G.U.] ein ... nach meiner Ernennung zum Gesandten in Berlin hingegen übernahm ich aufgrund der von der ung. königl. Regierung erhaltenen Richtlinie in voller Verantwortung das gesamte Gebäude.“

Das im Herbst 1944 völlig um seine ursprüngliche, d.h. wissenschaftliche Berufung gebrachte und für gemeine politische Zwecke eingesetzte Palais Herz wurde im Laufe der



Kämpfe in Berlin schwer beschädigt, bis Ende des Weltkrieges fast völlig vernichtet. Kultusminister Dezső Keresztury, einstiger Lektor am Ungarischen Institut in Berlin, erklärte im Sommer 1946 im Zusammenhang mit den ungarischen wissenschaftlichen und kulturellen Einrichtungen in Deutschland: „Unter den jetzigen Verhältnissen besteht die Aufgabe des ungarischen Kultusministeriums darin, eine Bestandsaufnahme von den in Deutschland erhalten gebliebenen ungarischen kulturellen Werten zu machen und für deren Erhaltung bis zu weiteren Maßnahmen Sorge zu tragen ... Ich ersuche Sie, Herr Minister, die erforderlichen diplomatischen Schritte einleiten zu wollen, damit das Gebäude und die Einrichtung des Collegium Hungaricum in Berlin selbstverständlich nach wie vor in ungarischem Besitz bleiben können und ferner: daß der in Berlin auffindbare ungarische Bibliotheksbestand unversehrt bewahrt wird ...“ Der Außenminister unternahm Schritte durch die Interalliierte Kontrollkommission, um das unga-

rische Kulturgut in Deutschland zu schützen und ließ wissen: „Was das Verbleiben des Collegium Hungaricum in Berlin in ungarischem Besitz angeht, habe ich keine Kenntnis von einer solchen – dem Sinne des Potsdamer Abkommens ähnlichen – internationalen Entscheidung, die unser Eigentumsrecht bez. der im Ausland befindlichen ungarischen Besitzstücke aberkennen würde.“ Keresztury wußte aber auch, daß die ehemalige Heimstätte des Collegium Hungaricum in Ruinen lag und er sah ebenfalls: „Es versteht sich von selbst, daß ein neuerlicher Aufbau der Organisation in der oben geschilderten Größe in der Zukunft unvorstellbar ist.“ Obwohl das Institut für Kulturelle Beziehungen im September 1949 bereits einen Vorschlag „über den Inhalt eines mit der Ostzone Deutschlands abzuschließenden Kulturabkommens“ erarbeitete, wurde darin kein Neustart des sich übrigens in der östlichen sowjetischen Besatzungszone Berlins befindlichen Collegium Hungaricum erwähnt. Daran dachte geraume Zeit keiner – der Platz

Das Gebäude
des Collegium
Hungaricum
(das Herz-Palais,
Dorotheenstraße 2)
vor dem Umbau,
um 1925
(*Magyar Művészet*
[Ungarische Kunst],
1929, Nr. 7)



des Gebäudes stand leer ... Erst nachdem die deutschen Behörden mit Wirkung vom 19. September 1997 das einstige Grundstück des Collegium Hungaricum (nach einem Tauziehen von einigen Jahren) endgültig als Eigentum des ungarischen Staates eingetragen hatten, wurden erneut Pläne geschmiedet, um der Einrichtung zu neuem Leben zu verhelfen. Die Umsetzung dieser Pläne wird eine wichtige Aufgabe der ungarischen Kulturdiplomatie der nächsten Zeit sein.

DIE LEITER DES COLLEGIUM HUNGARICUM

Ungarn hatte wenig solch erfolgreiche Kulturdiplomaten aufzuweisen, wie Róbert Gragger, den ersten Direktor und – an Klebelsbergs Seite – den Gründer des Collegium Hungaricum in Berlin. Lehrer, Wissenschaftler, Wissenschaftsorganisator, Manager – und die Liste ist noch bei weitem nicht vollständig: all das war er in einer Person. Vielleicht war er derjenige, der die wissenschaftspolitischen Vorstellungen des Kultusministers Kuno Klebelsberg in bezug auf die ungarischen Institute im Ausland am erfolgreichsten in die Praxis umgesetzt hat, und zwar auf eine Art und Weise, in der er die jüngsten Ergebnisse der Wissenschaftsorganisation immer zu nutzen wußte.

Gragger war nicht nur am Collegium Hungaricum, sondern auch am Ungarischen Institut der Universität Berlin ein Faktotum. Die „Geburt“ der Hungarologie als eines neuen Fachgebietes der Gesellschaftswissenschaften, aber auch die heute noch gültige Umschreibung der Tätigkeit der ungarischen Auslandsinstitute sind ihm zu verdanken. Auf der ersten (und mangels weiterer Dokumente scheinbar letzten) Sitzung des Verbandes Ungarischer Wissenschaftlicher Institutionen im Ausland im Mai 1925 wurden die Aufgaben dieser Institute im In- und Ausland aller

Wahrscheinlichkeit nach von ihm zusammengefaßt. Demnach: „die ungarischen wissenschaftlichen Einrichtungen im Ausland haben sich vor jeglicher politischen und propagandistischen Tätigkeit zu hüten und sind nur zu einem wissenschaftlichen und populärwissenschaftlichen Wirken berufen ... Von erstrangiger Bedeutung sind das intensive Betreiben der Ungarologie bzw. die Erstellung und die Veröffentlichung einschlägiger zusammenfassender Arbeiten in westlicher Sprache ... Aus der Sicht der Wirkung auf das Ausland ist das wissenschaftliche Organ wichtig. Zu diesem Zweck muß den ‚Ungarischen Jahrbüchern‘ und der ‚Revue des Etudes Hongroises‘ eine immer intensivere geistige Unterstützung gewährt werden. Es ist anzustreben, in ausländischen wissenschaftlichen Institutionen Boden zu gewinnen (durch Aufträge für Referate, *venia legendi* und Lektorat) ... Es muß eine ständige direkte Verbindung mit herausragenden Vertretern des wissenschaftlichen Lebens im Ausland ausgebaut und ihr Interesse für die Ungarologie unbedingt geweckt werden.“

Gragger war bemüht, das Ungarische Institut und das Collegium Hungaricum in Berlin in diesem Sinne zu führen. Im Ungarischen Institut war er als Staatsbeamter Preußens, im Collegium Hungaricum wiederum als ungarischer Leiter tätig. In letzterer Position übertrug er zu Beginn des akademischen Jahres 1926/27 Mihály Tamedly einen Teil der Führungsaufgaben. Damit befolgte er den Rat Beckers, wurde „Kurator“, konnte aber in das neue Gebäude des Collegium nicht mehr einziehen ... Sein Tod im November erschütterte zutiefst einen jeden, der jemals Kontakt zu ihm hatte. Im Dezember 1926 klagte Klebelsberg Schmidt-Ott gegenüber mit folgenden Worten: „Der tragische und frühe Tod meines Freundes Róbert Gragger ist auch in bezug auf unsere gemeinsamen Ziele ein enormer Schicksalsschlag und ein unersetzbarer Verlust. Ich habe nicht nur einen vertrauten Mitarbeiter verloren, sondern auch einen begeisterten Apostel der



deutsch-ungarischen kulturellen Annäherung, der mit seinen methodischen Konzepten und seinem Organisationstalent einer der Vorreiter der internationalen geistigen Zusammenarbeit war. Der gute Freund Carl Heinrich Becker, der zusammen mit Klebelsberg Gragger einen Grabstein setzen ließ, erinnerte sich an ihn als einen waschechten Wissenschaftsorganisator, der fundierte, bereits völlig ausgearbeitete Pläne hinterließ: er wollte ein Lexikon der ungarischen Kultur, eine Art

ungarischen Dahlmann-Waitz (bis heute die berühmteste deutsche historische Bibliographie), ein großes ungarisch-deutsches Wörterbuch und eine Sammlung der Volksdichtung der kleinen finnougriischen Völker herausgeben. Gragger und Klebelsberg hatten ähnliche Ideen: Gragger war also derjenige, der die Vorstellungen des Ministers in die Praxis umsetzte. „Als ein Abt seinem Kloster wollte er dem Collegium (in dessen Insassen er seine geistigen Söhne sah) vorste-

*Das Collegium
Hungaricum
nach Abschluß
der Bauarbeiten,
um 1928
(Magyar Művészet,
1929, Nr. 7)*



hen; in ihrer Betreuung fand er Ersatz für eine leibliche Familie. Er hat sein ganzes Leben, aber auch sein ganzes Vermögen dem Dienst einer großen Idee geopfert ... Solange es geistige Beziehungen zwischen Deutschland und Ungarn geben wird, wird der Name Róbert Graggers unvergessen bleiben.“ – „Er ist kein bahnbrechender Forscher gewesen, und doch steht er sichtbar als Wegweiser in dem Wandel der Wissenschaftsgeschichte; er war kein aktiver Politiker, und doch hat er in der Anbahnung internationaler Verständigung persönlich mehr geleistet als manch zünftiger Diplomat; er war kein Psychologe von Fach und kein bestellter Seelsorger, und doch flogen ihm die Herzen zu; ihm öffneten sich die Bedrückten, mit ihm flohlockten die Fröhlichen ... er war doch den Nationalisten beider Länder entweder der magyarisierende Deutsche oder der germanisierende und germanisierende Magyare.“

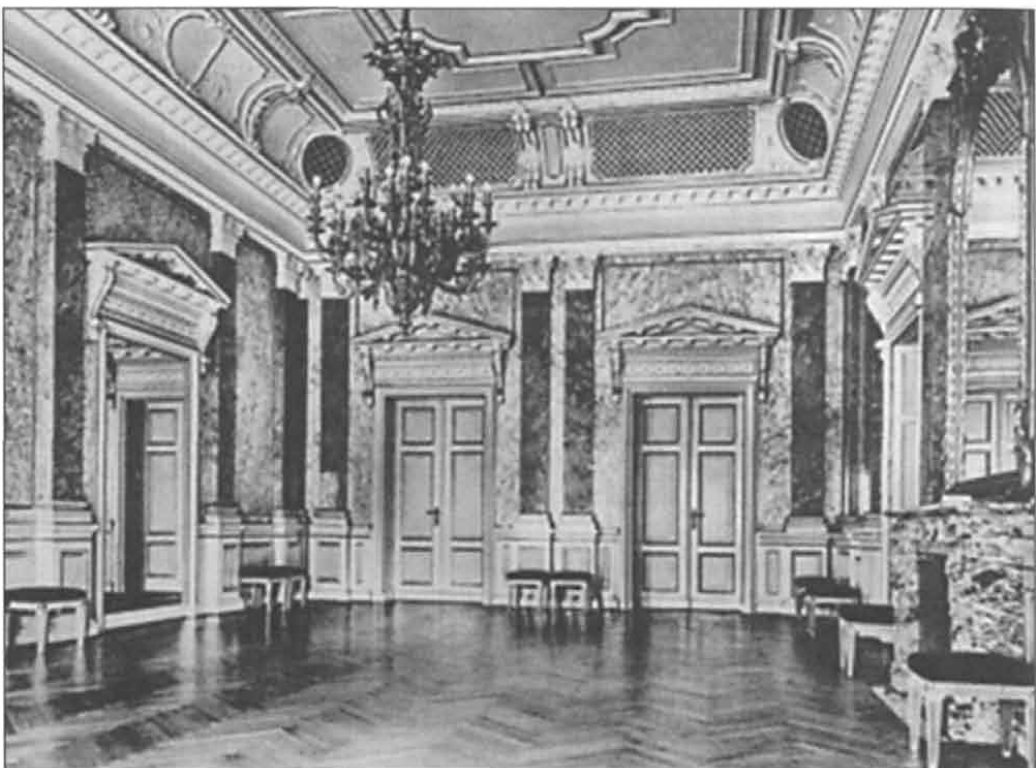
Nach Graggers Tod folgte ihm Mihály Tamedly, früher Professor am Wiener Theresianum (ab Oktober 1926 Leiter der Hochschulesektion des Collegium) auf dem Posten des Direktors, zunächst einmal designiert und von November 1927 an „pragmatisiert“. Kurz darauf, im August 1930, ernannte der Reichsverweser Horthy Gyula Farkas (der von April 1928 bereits das Ungarische Institut an der Universität Berlin leitete) zum Kurator des Collegium und somit im wesentlichen zum Vorgesetzten Tamedlys. Als die Administration der ungarischen Institute im Ausland Ende 1935 im Sinne der Anweisungen von Kultusminister Bálint Hóman vereinfacht wurde, wurde der Posten des Kurators gestrichen und Gyula Farkas (seit 1932 bereits ordentlicher Universitätsprofessor) zum Direktor bestellt.

Auf diese Weise wurde Gyula Farkas – ähnlich wie Gragger – in einer Person Direktor des Ungarischen Lehrstuhls an der Universität Berlin und am Collegium Hungaricum. Als weitere Gemeinsamkeit im Lebensweg von Gragger und Farkas gilt ebenfalls, daß beide in einem (mindestens) zweisprachigen,

deutsch-ungarischen Umfeld aufwuchsen: Gragger in Körmöcbánya/Kremitz/Banska Kremnica und Nyitra/Neutra/Nitra, Farkas wiederum in Kismarton/Eisenstadt und Sopron/Ödenburg. Hinzu kam, daß beide Mitglieder im Eötvös-Kollegium waren, das als Institut höchsten Niveaus für die Eliteausbildung in dieser Zeit galt, wo sie Literaturgeschichte und deutsche Philologie studierten. Es war kein Wunder, daß Gragger 1922 Farkas einlud, Lektor am Ungarischen Institut zu werden. Im April 1925 schrieb Gragger u.a.: „Farkas ist nicht nur meine rechte Hand, sondern ein guter Freund.“ Wie Gragger, so pflegte auch Farkas ein nahes Verhältnis zum preußischen Kultusminister Becker, der – nachdem er 1930 seinen Ministerposten verlassen hatte – bis zu seinem Tode 1933 im früheren Zeitungslesesaal des Ungarischen Institutes ein Arbeitszimmer zur Verfügung gestellt bekam.

In den Erinnerungen an ihn wird mehrheitlich festgehalten, daß Farkas auch nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten bemüht war, die Aktualpolitik vom Collegium und dem Ungarischen Institut fernzuhalten und auch seine eigene Unabhängigkeit zu wahren. Dies dürfte keine einfache Aufgabe gewesen sein, denn die offizielle ungarische Außenpolitik, die im Einvernehmen mit allen Parlamentsparteien die Notwendigkeit einer Revision des Friedensvertrages von Trianon manifestierte, geriet immer mehr in den Bann Deutschlands, das die Regelung nach dem Ersten Weltkrieg allein konsequent verurteilte und sehr entschieden deren Überprüfung forderte. Und das geschah trotz der Tatsache, daß ein Großteil der konservativen ungarischen politischen Führungsschicht den politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Bestrebungen des Dritten Reiches, dem deutschen Modell der von der nationalsozialistischen Partei angeführten, recht widersprüchlichen Modernisierung bestürzt und zeitweise ausgesprochen feindlich gegenüberstand. Auch das Umfeld – Berlin als Hauptstadt des Deut-

*Der Festsaal
im Collegium
Hungaricum
(Magyar Művészet,
1929, Nr. 7)*



schen Reiches – war ziemlich „durchpolitisiert“, und Farkas besaß eine doppelte, also die ungarische und die deutsche Staatsbürgerschaft. Er verzichtete auf die ungarische Staatsbürgerschaft 1939 – dem Anschein nach auf direkten Wunsch der ungarischen Regierung (wahrscheinlich des mit ihm durch die Pfadfinderbewegung befreundeten Ministerpräsidenten Pál Teleki) –, als im Deutschen Reich die Institution der doppelten Staatsbürgerschaft abgeschafft wurde. Diese Angelegenheit wurde sogar vor dem ungarischen Ministerrat behandelt. Seine deutsche Staatsbürgerschaft hatte die recht unangenehme Folge, daß er im Laufe des Krieges mehrfach einrücken mußte und 1944, bereits nach der deutschen Besetzung, im Bunde der Wehrmacht auch in Ungarn diente. In dieser Zeit zog er sich angeblich völlig in sein Quartier im Hotel Vadászkiirt zurück und pflegte nur noch regelmäßigen Kontakt mit zwei alten Freunden, József Waldapfel sen. und Rezső Gálos – die beide Juden waren.

Nach Äußerungen von Dénes Sinor, der „ihn oft beneidete“, war Farkas „ein groß gewachsener, eleganter Herr mit einer hübschen Frau, einem beneidenswerten BMW und großem Einfluß. Wie ich mich davon überzeugen konnte, war er voll im deutschen Leben integriert. Als Universitätsprofessor in Berlin, deutscher Staatsbürger, aktiver Kulturdiplomate konnte Julius von Farkas vieles in die Wege leiten. Er hat vielen geholfen, auch mir, wenn es notwendig war, sogar mit einem nachsichtigen Lächeln ... Soviel ist sicher, daß er emotional ein Ungar und kein Deutscher war, und dem Nationalsozialismus gegenüber empfand er so wenig Sympathie wie Horthy selbst.“ László Cs. Szabó – der von der wissenschaftlichen Tätigkeit von Farkas nicht allzu viel hielt, ihm jedoch zu verdanken hatte, auch das ansonsten fast unzugängliche Gebäude der Reichskanzlei betreten haben zu können – fand ihn 1943 als einen lebenswürdigen Menschen, der sich den Verhältnissen hervorragend anpaßte, immer nach Höherem

strebte und darüber hinaus auch die an ihm geübte Kritik ertrug. Andere wiederum beschrieben ihn als wahren Diplomaten, der nie seine Emotionen spüren ließ und nie seine eigene Meinung äußerte; trotzdem lag es auf der Hand, daß er die mit den Namen Teleki oder Kállay gekennzeichnete Politik zum Schutze der ungarischen Interessen dem deutschen Reich gegenüber unterstützte.

Auch durch die Quellen wird diese Meinung untermauert. Deswegen dürfte ein gespanntes Verhältnis zwischen ihm und dem ungarischen Gesandten in Berlin, Döme Sztójay bestanden haben. Denn im Falle letzteren konnte man nicht richtig wissen, ob er in der Tat Ungarn in Berlin vertrat oder eher als Fürsprecher der immer vollständigeren Befriedigung deutscher Wünsche in Budapest agierte. Sztójay, der bedingungslose Nazifreund, der „die Stimme der Zeiten“ wiederhallte, schlug 1942 – sich auf die deutsche Staatsbürgerschaft des „ungarisch gesinnten“ Farkas beziehend – vor, die Leitung des Ungarischen Instituts und des Collegium Hungaricum von einander zu trennen und daß sich das letztere eher mit kultureller Propaganda als mit reiner Wissenschaftlichkeit befassen sollte. Gyula Farkas wies dies mit dem Argument zurück, daß sich das Collegium Hungaricum als ein wissenschaftliches Bildungsinstitut in Deutschland einen Namen machte, was seines Erachtens die bestmögliche Propaganda sei. Das Ungarische Institut und das Collegium könnten – als einander in jeder Hinsicht unterstützende und ergänzende Einrichtungen – ausschließlich mit einheitlicher Führung weiterhin erfolgreich wirken. Infolge der Unstimmigkeiten zwischen Sztójay und Farkas und sich auf die Konzepte Sztójays stützend entstand wahrscheinlich auch jene Idee im Sommer 1942, daß im Rahmen des Collegium ein „ungarisches Kulturinstitut“ in Berlin organisiert werden müßte. Begründet wäre dies damit, daß es eines Instituts bedurfte, „das durch die Flexibilität seiner Organisation sowie seine sich in alle Richtungen erstrecken-

de Aufmerksamkeit und Verbindungen in den Dienst der ausgesprochen kulturellen Aufklärungsarbeit gestellt werden kann.“

Letztendlich wurde der Plan der Gründung „eines ungarischen Kulturinstituts“ von der Tagesordnung genommen. Es ist dennoch lohnenswert, aus diesbezüglichen Schriftstücken zu zitieren, da sie hervorragend jene Atmosphäre spüren lassen, in welcher das Berliner Collegium Hungaricum in dieser Zeit wirkte. Der sich bereits seit langen Jahren auf einer außenpolitischen Zwangsbahn bewegende „zögernde Satellit“ Ungarn bemühte sich gerade zu dieser Zeit – unter Leitung des Ministerpräsidenten Miklós Kállay –, so viel wie möglich von seiner noch verbliebenen Unabhängigkeit zu bewahren. Die verantwortungsvollen ungarischen Politiker setzten sich – nach der Erkenntnis, daß der Krieg bald verloren sein würde – durch immer vollständigerer Nutzung der verfügbaren äußerst bescheidenen Möglichkeiten dafür ein, die vor kurzem unterbrochenen britischen Beziehungen zu erneuern und den bis dahin stets enger gewordenen Spielraum ihres Landes zu erweitern. Dies war – größtenteils durch Verschulden ihrer Vorgänger – eine überaus schwere und heikle Aufgabe sowohl in der Kultur als auch in der Wissenschaftspolitik. Nach einer Aufzeichnung Ende Februar 1943 „versteht es sich von selbst, daß ein Ungarisches Kulturinstitut in Deutschland, wie der jetzige Krieg auch immer ausgehen mag, immer notwendig sein wird ... Die derzeitige politische Lage macht es ebenfalls selbstverständlich, daß dieses Kulturinstitut ... in das Stadium der Umsetzung treten muß. Es ist jedoch kaum ein Argument dafür zu finden, daß besagtes Institut gerade jetzt in einem Rahmen beginnt, den unsere Botschaft in Berlin vorschlägt. Eine Einrichtung dieser Art ist eine definitive Demonstration, die bereits nicht nur kulturelle, sondern auch eine starke und unmißverständliche politische Färbung hat.“ Daher könnte man nur „im wesentlich bescheideneren Rahmen“ ein solches Kulturinstitut organisieren,



*Der Speisesaal
im Collegium
Hungaricum
(Humboldt-Universität
zu Berlin, Seminar für
Hungarologie)*

„das in Abhängigkeit von der Entwicklung der Dinge in jedem Moment ohne Aufsehen beliebig vergrößert oder eventuell verkleinert werden kann ... Für politische und kulturelle Erfolge können wir nie genug Opfer bringen ... Es taucht jedoch die Frage auf, ob es in Deutschland, wo die höchste Staatsführung gerade in jüngster Zeit drakonische und spartanische Ordnungsmaßnahmen eingeführt hat, wo die offizielle Staatsführung das Reich zu einer einzigen ‚Waffenschmiede-Werkstatt‘ erklärte, wo aktive und passive Mitglieder des wissenschaftlichen Lebens – ohne Rücksicht auf ihr Wirken – zu einem beträchtlichen Prozentsatz Frontdienst oder Kriegsarbeit leisten, wo also das Publikum, demgegenüber das in Frage kommende Kulturinstitut seine Gesten auszuüben wünschte, zu 80 Prozent aus Betagten, Minderjährigen

und Frauen, also aus dem Blickwinkel höherer Gesichtspunkte aus wertlosen Elementen besteht – zweckdienlich ist, großteils zugunsten des Anscheins eine so enorme Summe aufzuopfern?“ Obwohl im Frühjahr 1943 bereits der Antrag auf einen Nachkredit im Dienste der Zwecke des „Kulturinstituts“ behandelt wurde, kam es, bevor die einschlägigen „Verhandlungen sachlich hätten beginnen können, zur Umstellung Deutschlands auf den totalen Krieg und schließlich zur verschärften Bombardierung der deutschen Reichshauptstadt aus der Luft“, so daß die Organisation des ungarischen Kulturinstituts verschoben wurde.

Sztójay gelang es also nicht, seine Vorstellungen zu realisieren. Sein Widerpart, Gyula Farkas, flüchtete im Frühjahr 1945 – nachdem er mit dem Collegium seine Wohnung, seine Bibliothek und auch sein Mobiliar verloren hatte – samt Familie nach Niederbayern. Er wollte zwar gern nach Berlin zurückkehren, um seinen Lehrstuhl wieder einzunehmen, aber einer seiner früheren Mitarbeiter, Wolfgang Steinitz, der aus der sowjetischen Emigration zurückkehrte, bewarb sich ebenfalls um diesen Posten. Da er die Unterstützung der Sowjetbehörden genoß, bekam er die Anstellung ... Gyula Farkas wurde im Dezember 1946 zum Lehrbeauftragten am finnougriistischen Seminar an der Universität Göttingen ernannt. Vom Sommer 1947 an durfte er unterrichten, und 1953 wurde er wieder Professor. Er verstarb im Juli 1958.

DIE FINANZIELLE GRUNDLAGE DES COLLEGIUM UND DIE „NUTZNIESSER“: DIE STIPENDIATEN

Es liegt auf der Hand, daß zwischen der Budgetförderung für das Collegium Hungaricum und der Anzahl der darin untergebrachten

Bewohner mit staatlichem Stipendium der größtmögliche Zusammenhang bestand. Als es um den Kauf des Gebäudes ging, verwies ich bereits darauf, daß dem Collegium in der Anfangszeit beträchtliche Summen zur Verfügung gestellt wurden, um das Haus zu kaufen, umzubauen und einzurichten. Dafür waren natürlich auch die Umstände günstig, denn aus dem mit strengen Auflagen verbundenen Darlehen des Völkerbundes für Ungarn konnten zwar keine militärische Entwicklung, jedoch wissenschaftliche und Kulturprogramme finanziert werden.

Nach Graggers Tod im November 1926 nahm es viele Jahre in Anspruch, die ziemlich verworrenen finanziellen Angelegenheiten zu regeln. Wie sich herausstellte, waren die für den Kauf und den Umbau des Gebäudes des Collegium gewidmeten Beträge in drei verschiedenen Banken, noch dazu mit dem Privatvermögen Graggers gemischt, unter Graggers Namen angelegt. Direktor Mihály Tamedly konnte die Abrechnung erst 1929 abschließen: Demnach kosteten der Kauf, der

Umbau und die Einrichtung des Hauses insgesamt fast 1 400 000 Mark gegenüber der geplanten Summe von 1 200 000 Mark. Die Unterhaltskosten für das Herzsche Palais blieben jedoch nach der Übergabe 1927 – im Gegensatz zu den Collegium-Liegenschaften in Wien und Rom – gerade dem modernen Umbau zufolge stets niedrig.

Die dem Berliner Collegium zuerkannten Förderungen widerspiegeln genau die in der Beurteilung der staatlichen Stipendienaktion und der Institute mit dem Namen Collegium Hungaricum eingetretenen Veränderungen. Bis 1929/30 gab es einen ungebrochenen Anstieg (1928/29 und 1929/30: 110 000 Pengő/Jahr), nach dem völligen Ausbau des Systems erschien der auch für später vorgesehene Dauerbetrag (1930/31: 100 000 Pengő). Danach ist „Dank“ der Weltwirtschaftskrise und dem durch den Rücktritt Klebelsberg 1931 veränderten Konzept für die Wissenschaftspolitik ein radikaler Rückfall zu beobachten. Zwischen 1934/35 und 1938/39 stabilisierte sich die Förderung bei 32 300



*Der Garten
des Collegium
Hungaricum
(Humboldt-Universität
zu Berlin,
Seminar für
Hungarologie)*

*Zoltán Magyary
(1888–1945),
Wirtschaftsexperte
ersten Ranges,
einer der hervor-
ragendsten Vertreter
der ungarischen
Wissenschaftspolitik
und Anhänger
der Festigung
der deutsch-
ungarischen
wissenschaftlichen
Beziehungen
(Ungarisches
Nationalmuseum)*



Pengő. Ab 1939/40 ging man auf ein Budget je Kalenderjahr über, und von dieser Zeit an wurde die für je ein Collegium Hungaricum bereitgestellte Summe auch nicht mehr gesondert ausgewiesen. Man kann auf jeden Fall feststellen, daß die Förderung dieser Institute paradoxerweise gerade in der Kriegszeit wieder einen Anstieg aufweist.

Laut Unterlagen machten die Personalausgaben durchschnittlich ein Zehntel aller Förderungen im Collegium Hungaricum in Berlin aus (exklusive die Gehälter des Direktors und des Büropersonals). Der übrige Teil wurde auf Realausgaben (Verpflegung, Wäsche, waschen, Reinigung, Unterbringung der Stipendiaten, Studienausflüge, Repräsentation) verwendet. Zu Beginn erhielten die Stipendiaten auch ein gewisses Taschengeld, was ab Anfang der 30er Jahre jedoch nicht mehr gebräuchlich war. Wenn man mit neun oder zehn Monaten im Jahr rechnet – je nach dem, wie lange sich die Stipendiaten in Berlin aufhielten – und die gesamte Budgetförderung mit der Zahl der staatlichen Stipen-

dien dividiert, kommt man auf ein Ergebnis, wonach je ein Stipendiat im Durchschnitt kaum etwas über 3000 Pengő im Jahr kostete. (Dieser Betrag entsprach in etwa einem jährlichen Durchschnittsgehalt in der Mittelklasse.)

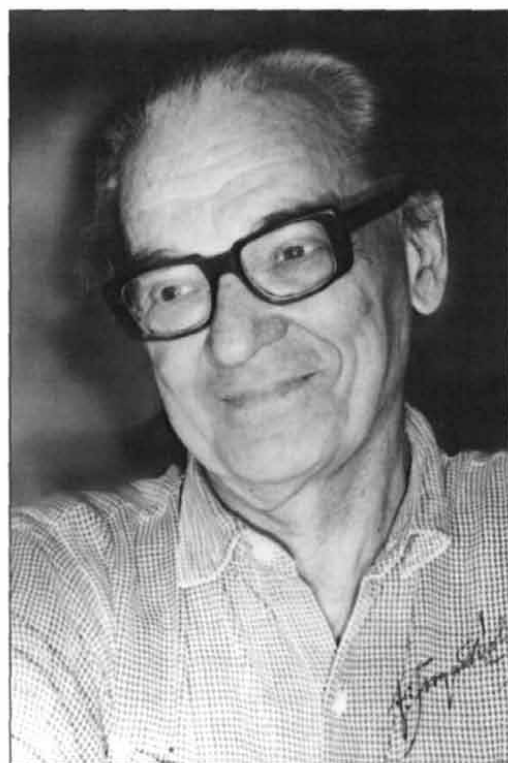
Die größten Diskussionen über die Collegica Hungarica und die Unterstützung der staatlichen Stipendienaktion aus dem Budget wurden natürlich dann geführt, als ein drastischer Rückfall eintrat: zwischen 1931 und 1933. Die Collegica Hungarica wurden von immer mehr Seiten und immer heftiger angegriffen, viele forderten sogar ihre Einstellung. Der Direktionsrat der Behörde der Ungarischen Öffentlichen Sammlungen, deren Jurisdiktion die Kollegien unterstellt waren, stellte im Januar 1934 noch „mit Bedauern fest, daß die Rahmen für die Aktion von Auslandsstipendien von Jahr zu Jahr beschränkt werden, obwohl die Bedeutung der Aktion seit Anbeginn nicht nur nicht sank, sondern im Gegenteil weiter anstieg. In der Entwicklung der politischen Situation in Mitteleuropa steht Ungarn eine sehr wichtige Rolle zu, und in seiner neuen Situation sind außerordentlich große Interessen des Landes daran geknüpft, daß immer mehr Experten mit entsprechender Ausbildung, die sich in den ausländischen Verhältnissen auskennen und über Auslandsverbindungen verfügen, der Arbeit an der Fundierung der Zukunft Ungarns dienen ...“

Das Berliner Collegium Hungaricum war dem Rat der Behörde der Ungarischen Öffentlichen Sammlungen unterstellt, während die Entsendung von Stipendiaten einer Entscheidung vom Landesstipendienrat bedurfte, den der Gesetzesartikel 1927/III ins Leben gerufen hatte. Laut Verordnung ist es die „Bestimmung“ des Collegium in Berlin: „die wissenschaftlichen Forschungen, Fachstudien und allgemeine Bildung der als Mitglieder aufgenommenen, vor einer wissenschaftlichen Laufbahn stehenden oder in einem solchen Bereich tätigen jungen Menschen, ihre Deutschkenntnisse und ihre wissenschaftli-

chen Beziehungen zu deutschen Fachkreisen zielstrebig voranzutreiben; ungarische Wissenschaftler, die zwecks Forschung oder Vertiefung der deutsch-ungarischen kulturellen Beziehungen nach Berlin kommen, als Gäste aufzunehmen; die deutsch-ungarischen kulturellen Beziehungen anhand von Vorträgen, Kursen, Ausstellungen, Konzerten, Publikationen usw. zu pflegen und zu vertiefen“. Mitglied des Collegium konnten werden: „1. ungarische Staatsbürger, die ein vom ungarischen Staat zur Verfügung gestelltes oder ein sonstiges Stipendium genießen, ferner die festgelegten Voll- oder Halbgebühren bezahlen, in einer wissenschaftlichen Laufbahn tätig sind oder sich auf eine solche Laufbahn vorbereiten; 2. zu ähnlichen Bedingungen ins Institut aufgenommene Ausländer“. Darüber hinaus gab es natürlich auch die Möglichkeit, ungarische Gäste aufzunehmen, die sich zu wissenschaftlichen oder kulturellen Zwecken in Berlin aufhielten.

In das Collegium Hungaricum in Berlin konnte man anhand von Bewerbungen gelangen. Nach den Ausschreibungen „erhalten die Stipendiaten“ von Mitte Oktober bis Ende Juli (ab 1933 von Anfang November bis Mitte Juli) „Vollverpflegung (Wohnung, Heizung, Strom, Bedienung, täglich drei Mahlzeiten, Wäschedienst und ärztliche Behandlung) im Kollegium ... auch ihre Studienausgaben werden vom Kollegium getragen. Die Stipendien verteilen sich unter nachstehenden Wissenschaftszweigen: Rechts- und Staats-, Wirtschaftswissenschaft, Geisteswissenschaften, Linguistik, Naturwissenschaften, Medizin, technische Universität.“ Anmelden durften sich ausschließlich Männer unter 35 Jahren, die deutsche Sprachkenntnisse und ein Diplom nachweisen konnten, oder Studenten, die zumindest vier Semester abgeschlossen hatten, ab 1933 galt dies nur für jene Diplomfachleute, die „sich in ihrem Fachstudium in einer besonderen Richtung weiterbilden oder in einem Forschungsinstitut einer Forschungstätigkeit nachgehen wollen.“

Die ersten zehn Bewohner des Collegium, die ungarische staatliche Stipendien zuerkannt bekamen, trafen im Herbst 1924 im Institut ein. Ihre Zahl stieg allmählich an und stabilisierte sich bei etwa 30 Personen im Jahr, verringerte sich 1931/32 radikal und stagnierte dann zwischen zehn und 14 Personen. Während des Krieges stellte sich der alte Zustand wieder her: 1942/43 zählte das Collegium 31, 1943/44 wiederum 21 Stipendiaten. Auch 1944/45 wären fünf Personen gekommen, die ihre Plätze jedoch nicht mehr einnehmen konnten, weil sich die ungarische Botschaft in Berlin das Gebäude des Collegium einverleibt hatte. Insgesamt erhielten ca. 270 Personen in etwa 370 Fällen ein ungarisches staatliches Stipendium für das Collegium Hungaricum in Berlin. (Viele gewannen das Stipendium mehrfach, daher liegt die Anzahl der Personen weit unter jener der Fälle.) Selbstverständlich gab es im Collegium Mitglieder nicht nur mit einem ungarischen staatlichen, sondern auch mit sonstigem Stipen-



*Dezső Keresztury
(1904–1996),
Schriftsteller, Dichter,
Übersetzer und
Literaturhistoriker,
Kultusminister
zwischen 1945–1947,
eingetragener Stipendiat
des Collegium
Hungaricum und
Lektor am Ungarischen
Institut in Berlin
(1929–1936),
Anfang
der 70er Jahre
(Ungarisches
Nationalmuseum)*



*Bálint Hóman (1885–1951),
herausragender Mediävist,
Ungarns Kultusminister (1932–1938
und 1939–1942), ein überzeugter Anhänger
der „ungarisch-deutschen Schicksals-
gemeinschaft“
(Ungarisches Nationalmuseum)*

dium, wie Stipendiaten aus ungarischen Komitaten oder aus Städten mit Munizipalrecht, „Halb-“ und Vollgebühr zahlende Mitglieder, Studienhilfebezieher, ab 1936 Austausch-Stipendiaten im Sinne eines Abkommens mit dem Deutschen Reich über „geistige Zusammenarbeit“, ab 1931/32 Stipendiaten des DAAD und der Humboldt-Stiftung und ab 1936/37 jene des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages (die letzten drei Stipendien wurden vom Deutschen Reich finanziert.)

Etwa 70 % der ungarischen staatlichen Stipendiaten erhielten ihr Stipendium für ein ganzes Jahr, die übrigen 30 % hingegen für je ein Semester. Sie vertraten die verschiedensten Fachgebiete, waren aber vorwiegend Naturwissenschaftler, technische Fachleute, Ökonomen, Mediziner, Germanisten und Philosophen sowie Theologen der reformierten und der lutheranischen Kirche. Denn im Sinne des Klebelsberg'schen Konzepts für Stipendienpolitik besaß nämlich jedes Collegium sein eigenes wissenschaftliches Profil, das in der jeweiligen Hauptstadt die sich zur Forschung am meisten lohnenden Wissenschaftszweige abdeckte. Nach Wien wurden daher in erster Linie Jugendliche entsandt, die sich im breitesten Sinne mit historischen Studien befaßten, nach Rom wiederum Künstler, Kunsthistoriker und Historiker und nach Berlin Vertreter der „praktischen Berufe“ und der Naturwissenschaften. Den Insassen des Collegium wurden über die bereits angeführten Leistungen auch weitere Vergünstigungen zuteil: Theater- und Konzertkarten, Führungen in Museen, Teilnahme an Ausflügen, Deutsch- und Englischkurse im Collegium usw. Laut Memoiren von Dezső Keresztury konnten sie sich auch ein gewisses Zubrot verdienen, wenn sie in der wertvollen Bibliothek des Ungarischen Instituts an der Universität zu Berlin ihre Dienste anboten. In Graggers Zeiten trafen sie sich jeden Donnerstag, um einander über ihre Forschungen in Berlin zu berichten. Zum anschließenden Mittagessen wurden oft auch jene Professoren der Berliner Uni eingeladen,

die ungarische Stipendiaten aufnehmen. Während des Direktorats Mihály Tamedlys wiederum wurden – um den Insassen in Berlin auch gesellschaftliche Beziehungen zu ermöglichen – monatlich mit Empfängen verbundene Tanzabende veranstaltet, an denen Jugendliche aus Familien der deutschen Intelligenz auch zahlreich teilnahmen. Daneben wurden die verschiedenen, seit der Gründung des Ungarischen Instituts 1916 organisierten ungarischen Kulturprogramme und Fachvorträge zum festen Bestandteil. Zu den Veranstaltungen gehörten neben dem Institut das Collegium Hungaricum, später auch die Deutsch-Ungarische Freundschaftsgesellschaft. Unter den Mitwirkenden findet man meistens die hervorragendsten ungarischen Künstler – eine kleine Auswahl der Dichter und Schriftsteller: Lajos Áprily, Mihály Babits, Dezső Kosztolányi, László Mécs, László Cs. Szabó und Lőrinc Szabó –, Wissenschaftler und Politiker: z.B. Béla Bartók (als Musikwissenschaftler), József Deér, Gusztáv Gratz, Antal Hekler, Bálint Hóman, Zoltán Magyar und Pál Teleki. Oft hielten sich im Collegium Hungaricum offizielle Besucher, wie Ministerpräsidenten, Minister und 1938 sogar auch Reichsverweser Miklós Horthy, auf, die mit den Stipendiaten fast immer auch individuelle Gespräche führten.

Unter den staatlichen Stipendiaten findet man auch solche – heute oft nicht einmal in Ungarn mehr bekannte – zeitgenössischen internationalen Wissenschaftler von Ruf und Namen wie den Antike-Forscher András Alföldi, den Historiker-Journalisten Miklós Asztalos, den Literaturhistoriker János Barta, den in der theoretischen und der experimentellen Physik außerordentliche Ergebnisse aufweisenden Zoltán Bay, den Experten des Mittelalters Tamás Bogyay, den Philosophen Béla Brandenstein, den Wissenschaftler der Geographie Béla Bulla, den in der physikalischen Chemie wirkenden Tibor Erdey Grúz, den Archäologen Nándor Fettich, den Turkologen Lajos Fekete, den Bibliothekar-Typographiehistoriker József

Fitz, den Psychologen Pál Harkai Schiller, den Experten der physikalischen Chemie Lajos Imre, den Apotheker Béla Issekutz, den Literaten Viktor Julow, den Maler und Restaurator György Kákay Szabó, den Agrarzoologen Mihály Kerék, den Literaturhistoriker, Dichter und späteren Kultusminister Dezső Keresztury, den Zoologen Adorján Kesselyák, den Philologen István Kniezsa, den Geographen Ferenc Koch, den Anthropologen Mihály Malán, den Astrologen Károly Móra, die Kapazität der anorganischen Chemie István Náray-Szabó, den Theaterregisseur Antal Németh, den Archäologen-Kunsthistoriker Zoltán Oroszlán, den ebenfalls Archäologen Mihály Párducz, den Philosophen Lajos Prohászka, der die Idee einer deutsch-ungarischen geistigen Schicksalsgemeinschaft vertrat, den Geobotaniker Rezső Soó, den Forscher der analytischen Chemie László Szébellédy, den späteren Leiter des Lehrstuhls für Ungarisch in Berlin, Béla Szent-Iványi, den Mineralogen Kálmán Sztrókay, den Biochemiker Béla Tankó, den hervorragenden Kenner der Entwicklung der romanisch-neolateinischen Sprachen, Lajos Tremel [Tamás] sowie den evangelischen Theologen Dezső Wiczián. Wie bei den Instituten in Wien und Rom, so ging die Stipendienaktion auch im Fall des Collegium in Berlin mit großen Ergebnissen einher, denn die Mehrheit der Mitglieder des Collegium gehörte später der „Elite der Intelligenz“ an.

Die verschiedenen Datenerfassungen zeugen davon, daß die meisten ungarischen Stipendiaten (jeder vierte) in der Zwischenkriegszeit nach Deutschland reisten. (Dazu trug natürlich auch bei, daß auch die nach dem Anschluß im ehem. Österreich Eintreffenden in dieser Kategorie erfaßt wurden, ansonsten stünde Österreich an der ersten Stelle: Wien war im Kreis der ungarischen Stipendiaten am populärsten.) Deutschlands führende Position ließ sich nicht ausschließlich auf politische Gründe zurückführen, denn die deutsche Wissenschaftlichkeit stand auch in der zweiten Hälfte der 30er Jahre



– besonders auf den Gebieten der auch in der Militärindustrie einsetzbaren natur-, technischen und medizinischen Wissenschaften – auf Weltniveau; daher war es auf jeden Fall lohnenswert, auch hier eine Fortbildung mitzumachen und Erfahrungen zu sammeln.

Die Direktorenberichte bestätigen, daß man sich um die Bewohner oft und intensiv kümmerte. Das traf besonders auf Gragger zu – wie auch aus nachstehenden Zitaten aus einigen seiner Briefe hervorgeht: „Die Insassen hören an der Universität die zu ihrem Fach gehörenden Vorlesungen. Darüber hinaus wird ihnen nach jeder Mittagsmahlzeit im Collegium eine Englisch-Stunde gehalten, und sie machen sehr schöne Fortschritte ... die Bedeutung dieser Sprache steigt von Jahr zu Jahr ... Daneben hielte ich es für sehr wichtig, Experten bezüglich Sprache und Kultur der benachbarten feindlichen Völker auszubilden.“ – „An den Bewohnern des Collegium wirst du deine Freude haben“, schrieb er Zoltán Magyary. „Sie arbeiten mit solcher Anstrengung, daß mancher von ihnen kaum schläft. Carpe diem heißt bei ihnen carpe horam. Wöchentlich berichten sie mir im Brief. Sie stammeln und lesen schon schön in Englisch, und du kannst dir vorstellen, wie sich ihr Horizont erweitert, seit sie Einblick in den anglo-amerikanischen Kulturkreis haben und auch die englische Fachliteratur hervorgeholt haben.“ – „Wenn es uns gelingt, auch in Zukunft ein so erstrangiges Gut und ein solch bombastisches Team zu bekommen, dann können wir in der Tat in jeder Hinsicht zufrieden sein. Das Beisammensein der Collegium-Bewohner aus den verschiedenen Wissenschaftszweigen ist sehr fruchtbringend, da sie voneinander Dinge erfahren zum Teil über Grenzgebiete, ja sogar Gebiete weit entfernter Wissenschaftszweige, die sie ansonsten nie erfahren hätten. Ehrlich gesagt, halte ich es für viel ökonomischer – solange es Nachschub an Studenten gibt –, wenn bereits absolvierte junge Männer mit konkreten Programmen herkommen, als frisch beginnende Universitätsstudenten. Berlin ist

eine gewaltige Enzyklopädie, die nur derjenige wahrhaftig nutzen kann, der bereits über ausreichende Vorbildung verfügt und in ein spezifisches Problem tiefer eindringen will.“

Den Winter 1925/Frühjahr 1926-Plan Klebelsbergs, demzufolge er zukünftig 60 junge Leute nach Berlin schicken wollte, betrachtete Gragger kritisch. Er machte öfters darauf aufmerksam, daß es „empfehlenswert wäre, wenn das Collegium Hungaricum und der Betrieb seines Forschungsinstituts im nächsten Jahr nicht gleich im breitesten Rahmen, sondern höchstens nur mit 30–40 Mitgliedern beginnen würde. Überhaupt: wenn der ungarische Staat Jahr für Jahr unzählige Millionen für seine Auslandsinstitute ausgibt, ist die bestmögliche Auswahl des Studentententials eine schwere Gewissensfrage.“ – „Allein von den Berliner Collegium-Bewohnern haben wir hier Szakács, Brunner, Soó und Strausz, von denen besonders die letzten beiden Experten ersten Ranges sind, und alle stehen hoffnungs- und aussichtslos hier, was die Zukunft betrifft. Wenn wir den Doktoranden hier aber keine über die Universität hinaus weiterführende Ausbildung geben, sondern Universitätsstudenten herholen, dann entziehen wir den Universitäten zu Hause das beste Gut und dann kann die Frage aufgeworfen werden, wozu sind die vier Universitäten da, wenn unsere Besten unter den Studenten ins Ausland geschickt werden? Meines Erachtens liegt die Höchstzahl bei 30, höchstens bei 40, wenn wir den Betrieb nicht demokratisieren wollen, was bei der geistigen Selektion eine enorme Gefahr in sich birgt, weil die tiefer stehenden Massen die nach oben hinaus Strebenden naturgemäß zu sich hinunterziehen.“ Wie zu sehen ist, entwickelte sich das Thema letztlich entsprechend Graggers Vorstellungen, denn die Höchstzahl der staatlichen Stipendiaten (1927/28) lag bei 34, und generell wurden – ab 1933/34 bereits ausschließlich – diplomierte Fachleute aufgenommen.

Zur Zeit der Weltwirtschaftskrise disputierten die Fachleute vor allem darüber, ob die

frei einsetzbaren sog. Hand-Stipendien oder die an die Collegia gebundenen nützlicher sind. 1931 wurde das mit „Luxus-Ausgaben“ beschuldigte Kollegiensystem, natürlich auch das Berliner Collegium, von vielen angegriffen. Den großen ungarischen Schriftsteller Zsigmond Móricz „entmutigte zutiefst“, was er in Berlin sah. „Ich war da und schaute mir erstaunt den Aristokratenpalast an“, schrieb er, „ein Gebäude voller Marmor und Gold, in dem 30 oder vielleicht 40 arme Studenten untergebracht sind“, die „gezwungen sind, in den glänzenden Räumen wie die Kirchenmäuse zu leben.“ Durch den Mund eines „Berliner Ungarn“ sagt Móricz folgendes: „Dieses Collegium Hungaricum ist eine völlig danebengeratene Sache. Zunächst einmal läßt es in internationaler Relation das Kräfteverhältnis des Ungartums in einem falschen Licht erscheinen. Weder die Franzosen noch die Engländer oder Amerika haben eine so glänzende Universitätsvertretung, so daß es eine völlig schief geratene Sache ist, vor den Berlinern oder vor Fremden von einem zerstückelten, verstümmelten und verarmten Ungarn zu sprechen. Das größere Übel ist jedoch, daß wir damit kein Ziel erreichen. Wenn der Staat seine Söhne für die Zukunft erziehen will, soll er ihnen 300 Mark oder wenn er großzügig sein will, dann eben 400 Mark im Monat geben und sie hinausschicken, damit sie auf eigenen Füßen leben ... Würde man die Kosten des Gebäudes für Kauf, Renovierung und Erhaltung kapitalisieren, so kostet jeder Stipendiat 1000 Mark monatlich.“ Als geschäftsführender Direktor des Landesstipendienrates dementierte Sándor Domanovszky die Behauptungen von Zsigmond Móricz. Er führte aus: „der Staat“ hat das Gebäude „als Gelegenheitskauf“ erworben. Die Studienausgaben der Stipendien werden vom Collegium ersetzt, und es „beschafft ihnen auch Freikarten für Theater und Konzerte ... Ein reiches Land ist auf die Stipendien nicht dermaßen angewiesen, wie das verküppelte Ungarn, ... diese Staaten orientieren sich mit ihren Stipendiaten nach

anderen Richtungen.“ Gleichzeitig belegte er mit Angaben, wie falsch die Behauptung war, daß je ein Stipendiat monatlich 1000 Mark gekostet hätte.

Der hervorragende Historiker József Deér äußerte sich zur selben Zeit in der Zeitschrift „Magyar Szemle“ (Ungarische Rundschau) kritisch über die Collegia Hungarica und nahm den Stipendien für ein Collegium gegenüber die sog. Hand-Stipendien in Schutz. Ferner schlug er vor, die Gebäude des Collegium in Berlin und Rom zu verkaufen und in kleinere einzutauschen. Nach Wahrnehmung der Angriffe gegen das Collegium Hungaricum in Berlin ersuchte der deutsche Gesandte in Budapest, Schoen, im Namen der Regierung des deutschen Reiches im Februar 1932 den ungarischen Außenminister, die Tätigkeit des Collegium Hungaricum nicht weiter einzuengen, denn für die kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern würde diese Einrichtung das meiste tun, noch dazu hätten sowohl Preußen als auch die Reichsregierung eine enorme Hilfe bei dessen Entstehen geleistet. Laut Antwort von Kultusminister Karafiath „befasse ich mich trotz“ außerordentlichen wirtschaftlichen „Schwierigkeiten nicht mit dem Gedanken, das Collegium einzustellen“. Gyula Farkas sagte vielleicht deshalb verbittert einem Stipendiaten, István Sándor, im Sommer 1935: Jene Kulturpolitiker, die sich über die Bedeutung der ungarischen Kollegien im Ausland im klaren waren, schieden allmählich aus dem Leben. Namentlich erwähnte er Kuno Klebelsberg, Zoltán Gombocz, Jakab Bleyer und Carl Heinrich Becker. Allein Pál Teleki hielt er in dieser Angelegenheit für empfindlich.

Nachdem die wirtschaftlichen Schwierigkeiten vorbei waren, zeigten sich ab Ende der 30er Jahre nun Probleme wegen der Kriegsverhältnisse. Im Bericht über die Tätigkeit 1941/42: „Die staatlichen Stipendiaten konnten zum Teil wegen ihres Militärdienstes, zum Teil wegen Schwierigkeiten bei der Beschaffung der Einreisevisa auch in diesem

Jahr zu Beginn des Studienjahres nicht vollzählig ihre Plätze im Kollegium einnehmen ... Die Administration wurde in hohem Maße durch Arbeiten erschwert wie das Erwirken bzw. Beschleunigen von Einreisevisa, das Beschaffen und Verteilen von Lebensmittelkarten, das Beantragen von Heizmaterial – was besonders genauer Abrechnungen verlangte – und das Berechnen und Bezahlen der im Laufe des Jahres mehrfach abgeänderten, anfallenden Steuern und Sozialabgaben für das Personal ... Nur mit höchstem Einsatz konnten dringendste Reparaturen z.B. an Wasserhähnen, Duschen, Toiletten, Übergardinen usw. erwirkt werden. Den Stipendiaten wurde in ihren wissenschaftlichen Wirkungsstätten erneut eine gastfreundliche Aufnahme zuteil, und sie konnten ihre Arbeit generell reibungslos verrichten. In manchen Fällen mußten sie von der Durchführung ihrer ursprünglichen wissenschaftlichen Pläne wegen Einrückung der Fachprofessoren oder sonstiger Schwierigkeiten Abstand nehmen ... Über die Arbeit unserer Stipendiaten äußerten sich die Fachzirkel und die führenden Professoren auch in diesem Jahr mit der höchsten Anerkennung ... Mit Hilfe der Kulturgemeinschaft der Deutschen Arbeitsfront gewährte das Collegium seinen Mitgliedern auch dieses Jahr die Möglichkeit, die besten Theater in Berlin kennenzulernen, und kümmerte sich darum, daß die Stipendiaten jedem wichtigeren Kulturereignis in Berlin beiwohnen konnten ... Der Gesundheitszustand der ausschließlich auf eine Verköstigung in Gaststätten angewiesenen Stipendiaten war nicht ganz befriedigend. Im Laufe des Studienjahres nahmen sie zwischen drei bis sechs Kilogramm ab, und wegen des reduzierten Widerstandes des Körpers trat im Winter oft die Grippe auf.“ In ihren Memoiren klagen die ehemaligen Stipendiaten auch über ähnliche Probleme sowie über den außerordentlich häufigen Aufenthalt im Schutzkeller.

Der ungarische Gesandte Döme Sztójay, der sich in die Angelegenheiten des Collegium

öfters einmischte und Gyula Farkas kritisierte, drängte im Sommer 1943 erneut auf eine Abänderung der seines Erachtens unmodernen Stipendienpolitik: „Aus der Sicht der Propagandaarbeit bewährten sich jene Stipendiaten am besten, die unmittelbare Beziehungen zum praktischen Leben hatten, die sich entsprechend in gesellschaftlichen Kreisen bewegen konnten und ein entschiedenes, gutes Auftreten hatten ... Vor allem erwiesen sich die Juristen, Ökonomen, Ingenieure, Mediziner und Künstler am nützlichsten, hingegen waren die sog. völlig der abstrakten Wissenschaft zugetanen ‚Gelehrten‘ Fragen der Propaganda gegenüber ziemlich unempfindlich ... Heute aber, da wir im Zeichen eines totalen Krieges leben und nach Möglichkeit alle Kraft und Energie im Interesse der Kriegszwecke einsetzen müssen, halte ich es nicht für zweckdienlich, daß solche Menschen für teures Geld eine Entsendung ins Ausland gewinnen, die sich mit völlig abstrakten ... Fragen beschäftigen. Die im Interesse der ungarischen nationalen Ziele gestellte Prop[aganda]arbeit muß der Pflege jeglicher abstrakter Wissenschaft bevorzugt werden.“ Lajos Bakay, Präsident des Stipendienrates, wies in einer harten Antwort die Argumentation Sztójays jedoch entschieden zurück und bestand auf die früheren Methoden: „Für die Propaganda reichen aber ein gutes Erscheinungsbild, ein geschicktes Auftreten in der Gesellschaft und der Kontakt zum praktischen Leben nicht aus: dazu bedarf es zweifelsohne vor allem der individuellen Veranlagung sowie ausreichender Fachkenntnisse ... Es sind nicht die Theoretiker, die dafür nicht in Frage kommen, sondern die sich in engere Kreise vertiefenden Spezialisten, deren Stärke jedoch gerade in der Spezialisierung besteht. Aber auch auf ihre Arbeit können wir nicht verzichten, nicht einmal in Kriegszeiten, denn wir brauchen auch sie, um gewisse neue Ergebnisse kennenzulernen und umzusetzen. Daher müssen wir auf die für den Stipendienrat vorgeschriebenen Regeln und unsere sich in der Praxis bereits gut bewährten Prinzi-

prien bezüglich der Auswahl der Stipendiaten nach wie vor beharren ... Überall gibt es individuelle Unterschiede, daher kann dem Rat nichts vorgeworfen werden, und man kann auch nicht erwarten, daß der Rat nun seine Regeln und Prinzipien beiseite legt und sich ausschließlich in eine Propaganda-Ausbildungsstätte umwandelt, was auch nicht seine Aufgabe ist.“ Schließlich ist auch in dieser Angelegenheit keine Veränderung mehr eingetreten (bzw. konnte keine eintreten).

Bei der Schlacht um Berlin am Ende des

an Deutschlands Seite durchkämpften Krieges ist auch das Collegium Hungaricum zerstört worden. Wir hoffen, daß der Klebelsbergsche und Graggersche Gedanke, der dieses Institut geschaffen hat, nicht ein für allemal in Vergessenheit gerät, sondern bald zum neuen Leben erweckt wird. Ein dem Collegium in Berlin ähnelndes „Gelehrtenkloster mit stillem Klostergarten“, das sowohl quantitativ als auch qualitativ hohe wissenschaftliche Leistungen aufweist, wird Ungarn nämlich immer nötig haben ...



QUELLEN UND LITERATUR

- Eötvös Loránd Tudományegyetem Levéltára, 7/b, 8/b.
- Gragger Róbert hagyatéka, a Magyar Intézet és a Collegium Hungaricum iratai a berlini egyetem Magyar Szemináriumának őrzésében.
- Magyar Országos Levéltár, K 27, K 83, K 636, K 639, K 726, XIX-I-1-e.
- Országos Széchényi Könyvtár Kézirattárának Levelestára (Gragger Róbert, Klebelsberg Kuno és Magyary Zoltán levelezései).
- BARTA, János: Erinnerungen an Gragger. In: Berliner Beiträge zur Hungarologie 3, Berlin/Budapest 1988.
- Carl Heinrich BECKERS Konzept und Robert GRAGGERS Ausführungen zur Gründung des Ungarischen Instituts in Berlin. In: Berliner Beiträge zur Hungarologie 7, Berlin/Budapest 1994.
- BESSENYEI, Ákos: Gragger Róbert, Budapest 1944.
- DEÉR, József: A külföldi Collegiumok = Magyar Szemle, Okrober 1931.
- DÉCSY, Gyula: Julius von Farkas in der Deutschen Wehrmacht = Eurasian Studies Yearbook 65 (1993).
- DÉCSY, Gyula: Nachwort des Herausgebers: Dem 50. Band der Jahrbücher zum Geleit = Ural-Altaische Jahrbücher 50. (1978).
- DOMANOVSKY Sándor válasza Móricz Zsigmond vádjaira, a Nyugat 1931. április 16-i számának Disputa rovatában közzétett nyílt levelében.
- FUTAKY, István / VEENKER, Wolfgang (Hrsg.): Julius von Farkas zum 100. Geburtstag, Wiesbaden 1994.
- GLATZ, Ferenc (ausgew., mit Vorwort und Anm. versehen): Tudomány, kultúra, politika. Gróf Klebelsberg Kuno válogatott beszédei és írásai (1917–1932), Budapest. 1990.
- GRAGGER Róbert emlékezete, Budapest 1927.
- KERESZTURY, Dezső: Emlékezéseim. Szülőföldeim, Budapest 1993.
- KORÁNYI, András: Emléktöredékek, Budapest. 1985.
- KÓSA, László (Hrsg.): Die Ungarn – Ihre Geschichte und Kultur, Budapest 1994.
- A külföldi magyar intézetek megalapítása és 1924/25. évi működése, Budapest 1925. (Die weiteren Bände der Serie sind bis zum Band über das Schuljahr 1941/42 unter folgendem Titel erschienen: A külföldi magyar intézetek működése és a magas műveltség célját szolgáló ösztöndíjak az ... tanévben, Budapest ...)
- A magyar állam költségvetése az 1921/22–1944. számadási évre. Sommáztat + Állami költségvetés az 1921/22–1944. évre. Részletezés, Budapest 1921–1943.
- MÓRICZ, Zsigmond: A magyar lélek válsága és a nemzeti irodalom kötelessége = Nyugat, 16. März 1931.
- ÖHMANN, Emil: Julius von Farkas (27. 9. 1894–12. 7. 1958). = Ural-Altaische Jahrbücher, 31 (1959).
- SCHNEIDER, Márta: A Berliini Magyar Intézet és a Collegium Hungaricum = Regio, 1992/4.

- SCHNEIDER, Márta: Magyar ösztöndíjasok külföldön. In: Régi és új peregrináció. Magyarok külföldön, külföldiek Magyarországon. A III. Nemzetközi Hungarológiai Kongresszuson – Szeged, 1991. augusztus 12–16. – elhangzott előadások, Bd. II, Budapest/ Szeged 1993.
- SINOR, Dénes: Szubjektív emlékezések: a berlini Collegium Hungaricum és a párizsi Centre d'Etudes Hongroises a harmincas években. In: Régi és új peregrináció. Magyarok külföldön, külföldiek Magyarországon. A III. Nemzetközi Hungarológiai Kongresszuson – Szeged, 1991. augusztus 12–16. – elhangzott előadások, Bd. II, Budapest/ Szeged 1993.
- Cs. SZABÓ, László: Hűlő árnyékban, Budapest 1991.
- SZEGEDY-MASZÁK, Aladár: Az ember ősszel visszanéz. Egy volt magyar diplomata emlékirataiból, Bd. I–II. (ausgew., hrsg. und mit Kommentaren versehen von László Csorba), Budapest 1996.
- TARNÓI, László: Versuch eines Porträts des Gelehrten und Wissenschaftsorganisators Robert Gragger. In: Berliner Beiträge zur Hungarologie 3, Berlin/Budapest 1988.
- UJVÁRY, Gábor: Tudományszervezés-történetkutatás-forráskritika. Klebelsberg Kuno és a Bécsi Magyar Történeti Intézet. Historia est magistra vitae? Tanul(t)unk a történelemből? Győr 1996.
- Ungarische Jahrbücher 7 (1927).



„DEUTSCHE WELT“ ODER „NEUES EUROPA“?

*Das Deutschlandbild der ungarischen politischen Elite
zwischen 1933 und 1945*

Und dieser einsame Wanderer hat hier am Ende Europas, wo es zur Berührung des Westens mit dem Osten kommt, einen ewig widersprechenden Partner, – Partner nicht so sehr im Blut und im Geist, auch nicht in der Mission und der Lebensorganisation, als vielmehr im geschichtlichen Schicksal: dies ist der Ungar“ – so begann Lajos Prohászka den Teil seiner geistesgeschichtlichen

Arbeit, der den Nationalcharakter des Ungarn auseinanderlegt, ein Buch, das 1936 viel Staub aufgewirbelt hat. Der Wanderer, das ist natürlich der Deutsche, während der ungarische Nationalcharakter unter der Form des Heimatlosen gefaßt wird. Die Metaphorik ist für uns hier nicht relevant, denn viele unter den damaligen Denkern Ungarns sahen im deutsch-ungarischen Verhältnis, daß



István Graf Bethlen (1874–1946), Ungarns Ministerpräsident (1921–1931), trifft am 22. November 1930 zu einem dreitägigen Besuch in Berlin ein. Auf dem Bild sind Bethlen mit Gattin, Heinrich Brüning (1885–1970), Reichskanzler (1930–1932), und Reichsaußenminister Curtius zu sehen (Ungarisches Nationalmuseum)



Der Ungarische Ministerpräsident István Graf Bethlen wurde am 22. November 1930, kurz nach seiner Ankunft in Berlin, von Paul von Beneckendorff und von Hindenburg (1847–1934), Reichspräsident zwischen 1925–1934, empfangen. Bethlen ist vor dem Reichspräsidentenpalais in Gesellschaft von Kálmán Kánya (1869–1945), Ungarns Gesandter zwischen 1925–1933 (links, mit Schal) zu sehen (Ungarisches Nationalmuseum)

diese beiden Länder in besonderer Weise aufeinander angewiesen sind. Eine Schicksalsgemeinschaft, die Jahrhunderte hindurch gehalten hat und durch die Waffenbrüderschaft im Ersten Weltkrieg einen neuen Stempel erhielt. Die Ergebnisse der deutschen „nationalen Revolution“ nach 1933 aber boten diesen Beobachtern auch ein nachahmbares Muster. Manche dagegen waren durchaus nicht so begeistert, sie verwiesen auf die Schädlichkeit des jahrhundertlangen deutschen Geistesinflusses, auf die Verluste im Ersten Weltkrieg und die Unmenschlichkeit des nationalsozialistischen Deutschland. Dieser Diskurs galt natürlich nur zum kleineren Teil dem Verhältnis zu Deutschland, er diente vielfach ganz einfach innenpolitischen Zielen.

Wenn wir versuchen, das Deutschlandbild der ungarischen politischen Elite zu ergründen, ist es ratsam, sich diesen Umstand klar zu vergegenwärtigen. Wenn Pál Teleki sich im Parlament über den „gottgegebenen Führer“ des deutschen Volkes freut, so ist das offensichtlich nicht vergleichbar damit, wenn Béla Imrédy das ebenfalls tut. Zur Vorsichtigkeit in unseren Folgerungen gemahnt uns auch, daß, soweit unser Wissen reicht, eine ähnliche Aufarbeitung in ungarischer Sprache bislang noch nicht erschienen ist. Die kleine, frappierend nützliche Studie von Gerhard Seewann faßt gewisse Gesichtspunkte der Frage in deutscher Sprache zusammen, die Aufarbeitung von Lajos Némedi aber ist – vor dem Zweiten Weltkrieg entstanden – nicht frei von tagespolitischen Einflüssen. Unmittelbar nach 1945 haben sich einige Arbeiten unter propagandistischer Zielsetzung mit dieser Frage befaßt.

All diese Aspekte versuchen wir im Auge zu haben, wenn wir auf der Grundlage von Erinnerungen, Tagebüchern, Parlamentsprotokollen, Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln und von Broschüren versuchen, das Deutschlandbild von ungarischen Politikern und Publizisten zu rekonstruieren.

DIE STAATSGRÜNDER

Die offizielle regierungsfreundliche Stimme in Ungarn war selbstverständlich nie deutschfeindlich. Auf der Ebene der Deklarationen ist die Regierungspartei nie von ihrem Standpunkt der Freundschaft zu Deutschland abgewichen, doch in der konservativen oder konservativ-liberalen Elite des Systems gab es individuell oder in engen Freundeskreisen eigene Meinungen über das Nazideutschland. Diese Leute aber waren eigentlich Gefangene ihrer eigenen Vergangenheit. Wie auch György Ránki gezeigt hat, die Notwendigkeit einer Revision von Trianon, die wirtschaftliche Abhängigkeit und eine gewisse geistige Verwandtschaft sorgten für eine sehr enge Verbindung des Landes zu Deutschland. Auch wenn wir den dritten Faktor, zumindest was die informelle Machtelite betrifft, nur teilweise für akzeptabel halten, können wir zu der aus diesen drei Faktoren sich ergebenden, hypothetisch angenommenen Interessensgemeinschaft auch noch die Waffenbrüderschaft im Ersten Weltkrieg hinzufügen.

Die vier – unserer Meinung nach entscheidenden – politischen Führer Ungarns zwischen den beiden Weltkriegen, die maßgeblichen Einfluß auf die Herausbildung des Systems hatten, haben alle an den Fronten des Ersten Weltkrieges gekämpft. Zwei von ihnen, der Reichsverweser Miklós Horthy und Gyula Gömbös, waren Berufsoffiziere, die dazu noch bedeutende Teile ihres Lebens auf deutschem Sprachgebiet verbracht haben. István Bethlen und Pál Teleki haben zwischen 1914 und 1918 als Offiziere mit geringerem Rang gedient. Alle vier haben sehr gut deutsch gesprochen, in ihrer Erziehung wie auch in ihren außenpolitischen Konzeptionen – und das ist vielleicht wichtiger – spielte Deutschland eine wesentliche Rolle.

Horthy (1868–1957) war ein Außenpolitiker ohne besonders scharfes Urteilsvermögen, vielfach wird über ihn berichtet, daß er Gedanken, die ihn eben beschäftigten, ohne jede Scheu seinen Gesprächspartnern darlegte, ob das nun Diplomaten oder ausländische Staatsmänner waren. Deutschland schätzte er ehrlich hoch ein, Hitler dagegen betrachtete er abfällig, wahrscheinlich noch



Zu Ehren des Berlinbesuchs des ehemaligen ungarischen Ministerpräsidenten István Graf Bethlen gab Legationsrat und Geschäftsträger von Wettstein am 7. März 1933 ein Frühstück. Links im Vordergrund unterhält sich Bethlen mit Franz von Papen (1879–1968), Vizekanzler (1933–1934) (Ungarisches Nationalmuseum)

nicht nach ihrem ersten Zusammentreffen 1936, bestimmt aber seit 1938. Horthys Ehrenkodex, der im zwanzigsten Jahrhundert anachronistisch wirkt, seine in der Welt der Monarchie wurzelnde Lebensanschauung zeigten sich befremdet gegenüber dem grellen, gewalttätigen, häufig hysterischen Benehmen und Politisieren, welche Hitler verkörperte. Obwohl er den Führern des Dritten Reiches überflüssige Höflichkeitsgesten entgegenbrachte, so wollte er aus Hitler 1939 einen ungarischen Regimentsinhaber machen, Ribbentrop wiederum lud er ein wenig zu eifrig auf die Jagd nach Mezöhegyes ein, gehörte der Reichsverweser dennoch zu den wenigen europäischen Staatsmännern, die sich trauten und in der Lage waren, Hitler bei ihren persönlichen Treffen mit ihm zu widersprechen. Im August 1938 wies er das Angebot Hitlers zurück, der erreichen wollte, daß Ungarn die Tschechoslowakei angreift. Im März 1944 ließ er den Führer in Kleß-

heim einfach stehen, der selbstverständlich nicht daran gewöhnt war, so behandelt zu werden. Zugleich hat Horthy aber einzelne Mitglieder der deutschen Diplomatie und Staatsführung wahrscheinlich aufrichtig geschätzt: Franz von Papen war als ehemaliger Wettkampfreiter ein guter Freund von Jenő Horthy und kam häufig zur Hirschbrunn in das königliche Gut von Gödöllő, hier waren auch der deutsche Botschafter Welczek und der Admiral Wilhelm Canaris, Chef der Abwehr, Horthys Gäste. Verhandlungen mit anderen Generälen, etwa mit von Brauchitsch und dem Generaloberst Beck, überzeugten den betagten Reichsverweser davon, daß Deutschland noch immer so sei, wie es einst gewesen ist, daß die frühere Waffenbrüderschaft noch immer lebt. Nach Hitlers „Falle“ in Kleßheim mag die Konfrontation mit Edmund Veessenmayer, dem Bevollmächtigten in Ungarn, gleichfalls unangenehm gewesen sein, als er ihn näher kennenlernte. Durch

*Gyula Gömbös
(1886–1936) (neben
Hitler, mit Hut)
Ungarns Ministerpräsi-
dent (1932–1936), der
eine „Wachablösung“
und eine Rechtsverschie-
bung in Ungarn ver-
sprach. Obwohl er als
europäisches Regierungs-
oberhaupt am 17. Juni
1933 als erster Reichs-
kanzler Hitler besuchte
(damals wurde dieses
Foto gemacht) und auch
den Ausdruck Achse
Berlin–Rom prägte,
wagte er den Wider-
stand gegen eine immer
umfassendere Durch-
setzung der deutschen
Interessen und er war ja
auch imstande, dies zu tun
(Ungarisches
Nationalmuseum)*



ihn machte Horthy zum ersten Mal wirkliche Bekanntschaft mit den bislang weniger bekannten Seiten der nationalsozialistischen Herrschaft. Der Nazipolitiker war dreieinhalb Jahrzehnte jünger als der Reichsverweser, von schneller Auffassungsgabe und dynamisch, er sah in Horthy häufig einen vom Schlag getroffenen Großvater (und verhielt sich auch entsprechend). Für ihn hatten die „Schicksalsgemeinschaft“ oder die „Waffenbrüderschaft“ keine Bedeutung mehr, er vertrat mit eiserner Konsequenz allein die deutschen Interessen, die damals schon überhaupt nicht mehr mit den ungarischen übereinstimmten.

Der erste bedeutende Ministerpräsident Horthys, Pál Teleki (1879–1941), näherte sich Deutschland mit vielschichtigeren Gefühlen und einer größeren geistigen Vorbereitung. Über solche Kleinigkeiten hinaus, daß ein Schwager von ihm Offizier der deutschen Armee im Ersten Weltkrieg war und in seiner geographischen Arbeit deutsche Wissenschaftler (Ratzel, Sombart und die „Kathedersozialisten“) eine große Rolle spielten, hatte Deutschland in der außenpolitischen Konzeption Telekis erstrangiges Gewicht als Unterstützer der Revisionsansprüche. Im Sommer 1920 in seiner Zeit als Außenminister, als er sich als unerschütterlicher Freund Frankreichs darstellte, schickte er bereits einen Vertrauten nach Berlin, der eine enge ungarisch-deutsche Zusammenarbeit anbieten sollte zur Veränderung des Status quo. Der deutsche Außenminister reagierte nicht auf seine Anregung. Später als Ministerpräsident suchte er Beziehungen zum Kreis des Generaloberst von Seeckt. Teleki hielt in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen häufig Vorträge in Deutschland, zu Fragen der Geographie oder zu allgemeinen außenpolitischen Problemen. Schon 1928 traf er mit Hitler zusammen. Wahrscheinlich sorgte diese lebhafteste Beschäftigung mit den deutschen Problemen dafür, daß er so früh bereits eine reservierte Position gegenüber Nazi-Deutschland einnahm. Am Lehrstuhl für

Volkswirtschaft an der Budapester Universität, wo er lehrte, probierte er mit allen Mitteln, die volksdeutsche und nationalsozialistische Propaganda einzudämmen. Im Eötvös-Kollegium, das als Ausbildungsstätte der ungarischen Elite gilt und dessen Kurator er war, begann er damit, die deutschen Austauschstudenten und Lektoren abzuschaffen, denn diese betrieben dort deutsche Nationalpropaganda. 1937 aber kämpfte er nicht nur hinter den Kulissen mit der nationalsozialistischen Ideologie, in der Haushaltsdebatte des Oberhauses setzte er sich ein für die „christlich nationale Orientierung“ der ungarischen Politik: „(...) ich sehe bei dieser ungarischen Zielsetzung leider von beiden Gesichtspunkten aus Gefahren, sowohl von nationaler als auch von christlicher Seite. (...) Diese Bestrebungen sehen wir mit Sorge, vom Standpunkt unseres Christentums, unserer Konfession, aber auch besorgt vom nationalen Standpunkt aus, denn es ist unbestreitbar, daß in Ungarn von ungarischen und von nichtungarischen Staatsbürgern starke deutsche Agitation betrieben wird.“ Zwischen 1939 und 1941, in seiner Zeit als Ministerpräsident, blieb er bei seinen Treffen mit Hitler äußerst wortkarg, machte nur einige kurze Bemerkungen und überließ den Hauptteil der Rede seinem Außenminister István Csáky. In einigen Fällen aber versuchte er mit einem plötzlichen Worthagel den Führer zum Schweigen zu bringen, so etwa, als er – nach deutschen Aufzeichnungen – „mit langen und etwas umständlichen“ Ausführungen über die ethnischen Beziehungen in Mitteleuropa sprach. Illusionen in Bezug auf das Dritte Reich hatte er allerdings keine, das bezeugt die berühmte Äußerung gegenüber dem italienischen Außenminister Ciano. Als er sich danach erkundigte, ob Ciano Bridge spielen könne, machte er resigniert die Bemerkung, dann wäre ja wohl klar, womit sie ihre gemeinsame Zeit in Dachau verbringen würden. Sein ganzes außen- wie innenpolitisches Tun war vorwiegend darauf ausgerichtet, den nationalsozialistischen Einfluß von



Ungarn abzuschirmen und das Land so aus dem Krieg herauszuhalten, daß es nicht seine Sympathien bei den westlichen Großmächten verliert. Dabei hat er zweifellos Kompromisse geschlossen (beispielsweise war er gezwungen, die Herausbildung des Volksbundes in Ungarn zuzulassen), die seine Außenpolitik schließlich zum Scheitern gebracht haben.

Der Fall von István Bethlen (1871–1946) ist, wenn denn überhaupt möglich, noch eindeutiger. Er hatte nicht so betont geschlossene Sympathien wie Teleki, er hat die Judengesetze und den fortwährenden Rechtsrutsch des Systems in den dreißiger Jahren entschieden abgelehnt. Zwischen 1921 und 1931 war er als Ministerpräsident bemüht, seine Sympathie Deutschland gegenüber zu zeigen, doch in seiner Außenpolitik stützte er sich lieber auf das Italien Mussolinis, mit dem Ungarn 1927 einen Freundschaftsvertrag schloß und damit aus der außenpolitischen Blockade ausbrach, die seit Beginn der zwanziger Jahre bestand. Zwar hielt er einige Wochen nach der Machtübernahme der Nazis im März 1933 auf Einladung des Deutschen Kulturbundes in mehreren deutschen Großstädten Vorträge über die Frage der Revision und wurde von der Opposition nach seiner Rückkehr heftig angegriffen dafür, daß er sich in seinen Vorträgen auch auf die „Waffenbrüderschaft“ berufen hatte, dennoch mußte selbst der französische Botschafter in Berlin anerkennen, daß Bethlen sich gegenüber den Vertretern der neuen Macht „reserviert“ gezeigt habe. Nach ihrer vollen Machtübernahme hätten die Nazis wahrscheinlich den alten, liberal-konservativen Politiker nicht mehr gern gesehen. Bethlen widersetzte sich auch in seiner eigenen Partei den autoritären Bestrebungen des neuen Ministerpräsidenten Gyula Gömbös. Zu Beginn des Krieges aber machte er die ungarische Regierung wiederholt darauf aufmerksam, das Land unbedingt vom Kriege fern zu halten. In der vertraulichen Erinnerungsschrift von 1940 hat er die ungarische außenpolitische Führung gemahnt,

nicht eindeutig auf den deutschen Sieg im Krieg zu setzen, und er schrieb von den „dummen Fehlern“, die beim Anschluß und der Gleichschaltung Österreichs gemacht worden seien. Vier Jahre später, als er sich vor den Deutschen versteckte, war er bereits wesentlich kategorischer: „Das Schicksal des Zweiten Weltkrieges kann von seinem ersten Tag an als entschieden angesehen werden. Deutschland konnte diesen Krieg niemals gewinnen.“ Für das Scheitern der ungarischen Politik machte er eindeutig die aufeinander folgenden Regierungen verantwortlich, denn aufgrund ihrer Handlungen hat „Deutschland von Beginn an die Erfahrung mit uns gesammelt, daß wir schwach und weich sind.“ Seine Äußerungen im Jahre 1944 scheinen nicht sonderlich scharfsichtig zu sein, doch wenn wir uns vor Augen halten, daß ein nicht zu vernachlässigender Teil der ungarischen Elite auch damals noch, wenn auch nicht auf einen deutschen Sieg, so doch auf einen Kompromißfrieden vertraute, dann zeugen die Äußerungen von Bethlen zweifelsfrei von geistigem Mut.

Das dritte Regierungsoberhaupt, das eine wichtige Rolle bei der Herausbildung des politischen Gesichtes Ungarns zwischen den zwei Weltkriegen einnahm, war Gyula Gömbös (1886–1936). Er spielt bei dieser Frage eine ungleich vielschichtiger Rolle. Gömbös erlebte den Zusammenbruch der Monarchie als einfacher Generalstabshauptmann und er wurde erst durch die gegenrevolutionäre Welle in die Politik gehoben. Ab 1920 stand er – auf Seiten der Regierung oder als Politiker der Opposition – in Beziehung mit Gruppen der extremen Rechten und des Militärs in Deutschland. In seinem Haus in Nagytétény versteckten sich für eine Zeit sogar solche deutschen Offiziere, die beteiligt waren an der Ermordung von Matthias Erzberger. Man könnte also meinen, daß Gömbös schon als Ministerpräsident mit einem Freudensausbruch auf die Machtübernahme Hitlers in Deutschland reagiert hätte. Es ist zwar richtig, Gömbös hat den unga-

rischen Botschafter Kálmán Kánya in Berlin schon am 1. Februar 1933 angewiesen, Beziehungen mit dem neuen Kanzler aufzunehmen. Als erstes unter den europäischen Regierungsoberhäuptern traf er mit Hitler im Juni 1933 zusammen. Und obwohl er vor Gesandten als Bilanz seiner Reise verlautbart hat: „Kanzler Hitler und die nationalsozialistische Bewegung haben der Menschheit einen außerordentlich weltgeschichtlichen Dienst erwiesen damit, in Deutschland die kommunistische Gefahr beendet zu haben“, kam er in Wirklichkeit doch tiefenttäuscht aus Berlin nach Hause zurück (wenn er sich auch offiziell zweifelsfrei begeistert zeigte von den Inszenierungen des Nationalsozialismus). Der Führer gab Gömbös zu verstehen, daß er die ungarischen Revisionsvorstellungen nur bis zu einem gewissen Grad unterstützt – gegen die Tschechoslowakei. Vertrauten gegenüber beschrieb der Ministerpräsident einige der groß angelegten Massenaufmärsche als „deliriumhafte Szenen“, auch sprach er sich zurückweisend dagegen aus, Methoden der Nazis zu übernehmen. Es bleibt aber unwidersprechbar, daß trotz seiner späteren, von Deutschland als unfreundlich gewerteten Schritte (beispielsweise das Unterschreiben der römischen Protokolle) Gömbös sich vor der Öffentlichkeit immer als unbedingter Freund der Deutschen präsentiert hat. Er benutzte beispielsweise als erster den Begriff der Achse Berlin-Rom. Gömbös hat außen- wie auch innenpolitisch solche Leute aktiviert, die – mit wenigen Ausnahmen – nach seinem plötzlichen Tod die denkbar schädlichsten Handlungen ausübten. Angefangen mit Emil Szakvály, dem Flügeladjutanten von Gömbös, der 1944 Mitglied der Regierung des Pfeilkreuzlers Ferenc Szálasi wurde, über András Mecsér, dem Berliner Botschafter ebendieser Regierung bis hin zu Kálmán Hubay oder Mihály Kolosváry-Borcsa. Der von Gömbös vollzogene „Wachwechsel“ hat die aktiven rechtsextremen Kräfte in die Sphäre der Macht befördert, denen das deutsch-ungarische Ver-

hältnis schon etwas ganz anderes bedeutete.

Wenn wir das Deutschlandbild der vier entscheidenden Gestalten der ungarischen politischen Elite und ihr Verhältnis zum Nationalsozialismus betrachten, dann läßt sich sagen, daß niemand von ihnen ein entschiedener Anhänger des Deutschland nach 1933 war. Auf paradoxe Weise konnte ausgerechnet Horthy in bestimmten Momenten Hitler am besten widerstehen, jener Horthy, der von den vier – sagen wir es so – in seinem Denken der verschlossenste war. (Bethlens Rolle, der als Politiker nicht offen mit Hitler verhandelt hat, haben wir hier deshalb erwähnt, weil er und sein Kreis von entscheidender Bedeutung waren bei der Herausbildung der Bedingungen ungarischer Politik.) Zugleich lastet auf Horthy auch die größte Verantwortung für die Anlehnung an Deutschland, denn er war zwischen 1920 und 1944 ununterbrochen an der Macht und repräsentiert somit die Konstanz im ungarischen politischen Leben. Bei einer Reihe von unglücklichen außenpolitischen Schritten (dem Angriff auf Jugoslawien, dem Krieg gegen die Sowjetunion) spielte er die entscheidende Rolle. Es ist zwar richtig, daß Horthy der Gedanke an die notwendigen Revisionen und sein persönlicher Antikommunismus ihn in die Konflikte hineingezogen haben, nicht das Akzeptieren des Nationalsozialismus. Gömbös und Teleki zeigten auf unterschiedlichem intellektuellem Niveau eine bestimmte Empfänglichkeit für den „modernen Zeitgeist“. Dem ehemaligen Offizier, der Formalität gewaltig zu würdigen wußte, imponierten offensichtlich die Äußerlichkeiten des Dritten Reiches, Teleki aber schätzte wohl einzelne Elemente in der Art, wie die Nazis soziale Probleme lösten – auch wenn er das System verachtete und vor seinem Heidentum zurückschreckte. Bethlen und Horthy betrachteten die Geschehnisse ihrer Zeit mit dem Weltbild und den moralischen Normen des 19. Jahrhunderts, und ihre Anschauungen waren nicht einmal in Einzelfragen mit der Denkweise der Nazis vereinbar.



Aladár Szegedy Maszák (1903–1988), ein Diplomat des ungarischen Auslandsdienstes mit dem schärfsten Blick, der über Berlin und Deutschland der 30er Jahre in seinen Memoiren ein recht plastisches Bild malt (Ungarisches Nationalmuseum)



Gusztáv Gratz (1875–1946), kurze Zeit Finanzminister (1917), dann Außenminister (1921), Wirtschaftsexperte, Geschichtsschreiber und legitimistischer Politiker, harter Gegner der nationalsozialistischen Politik und der Dissimilation der Deutschen in Ungarn (Ungarisches Nationalmuseum)



ALTE GARDE: DIE MACHTELITE UND DER AUSWÄRTIGE APPARAT

Mit den obigen lassen sich ungefähr auch die Anschauungen der übrigen Amtsträger und Mitglieder des auswärtigen Apparates, die zum großen Teil während der zwanziger Jahre in ihre Ämter gekommen sind, beschreiben. Es lohnt sich jedoch, sich ihre Wertvorstellungen näher anzuschauen, denn in einigen Erinnerungen, Artikeln und Tagebüchern finden sich Formulierungen, die diesen außergewöhnlich vielschichtigen und – wie wir gesehen haben – gute Lösungen äußerst selten zulassenden Komplex besser ausleuchten.

Die Ungarische Gesellschaft für Außenpolitik (Magyar Külügyi Társaság) wurde 1920 gegründet, unter der Führung so angesehener Politiker wie Albert Apponyi und Gyula Andrássy jun. Die Gründer verstarben 1933 bzw. 1929, doch in der Führung waren all diejenigen, die über einen informellen Einfluß auf die Lenkung der ungarischen Außenpolitik ausübten oder aber einfach über derartig hohe gesellschaftliche Stellungen verfügten, um sich aus Passion um die internationalen Beziehungen zu kümmern. Der neutral klingende Name und der ausgewählte Offizierskorps boten die Möglichkeit, daß der Verein bei Wahrung seines Ansehens Propaganda für die Revisionen machen konnte. Gusztáv Gratz (1875–1946), der ehemalige Finanz- und Außenminister, Historiker und Publizist, der bekannte liberale und monarchisch ausgerichtete Politiker, war der Präsident der „Külügyi Szemle“ (Außenpolitische Rundschau), der Zeitschrift dieses Vereins. Wenn nicht direkt unter seiner Feder, so doch unter seiner Initiative entstanden die Artikel in der Rundschau, die den Machtwechsel in Deutschland kommentierten. In den ersten Analysen klammerte sich die Zeitschrift noch streng an die Objektivität, einige Formulierungen ließen sogar darauf schlie-

ßen, daß die Dynamik und Entschlossenheit des neuen Systems ihre Wirkung auf den Autor der „Külügyi Szemle“ taten. Zugleich aber war zu spüren, daß die Verhaftung der bürgerlichen Politiker und die Entfernung auch im Ausland bekannter deutscher Professoren dem Autor nicht gefielen. In der nächsten Nummer veranlaßten die gewalttätigen Ausschreitungen bei den Wahlen vom 5. März 1933 und die sich schärfer abzeichnenden Konturen des Regimes zu entschiedeneren Stellungnahmen: Die Verhaftungen, die Verfolgung des Judentums und die Schritte gegen die Kirchen wurden in dem Artikel der Zeitschrift eindeutig abgelehnt. Gratz konnte bald schon nähere Erfahrungen mit den nationalsozialistischen Methoden sammeln: 1934 übernahm er, von der Regierung aufgefordert, die Präsidenschaft des Deutschen Volksbildungsvereins und nahm bald schon wahr, daß der Apparat des Vereins zum großen Teil für die Expansionsziele der Deutschen arbeitet und regelmäßige Unterstützung aus Deutschland bekommt. Aus den 500 000 Deutschen in Ungarn „... wollten sie so etwas machen, was später ‚fünfte Kolonne‘ ihrer eigenen Armee genannt wurde“, schrieb Gratz darüber, der trotz seiner deutschen Abstammung entschieden gegen Anschauungen auftrat, die sich für Dis-similation aussprachen. Aus dem unmittelbaren Freundeskreis von Gyula Gömbös, aus dem Kreis der rechtsradikalen Offiziere kam Miklós Kozma (1884–1937) hervor, eine Gestalt, die eine der merkwürdigsten Karrieren im System machte. Der zweifelsfrei über Schreibfähigkeiten verfügende ehemalige Husarenoffizier wird 1920 zum Leiter der Ungarischen Nachrichtenagentur, im Laufe der Jahre gewinnt er entscheidenden Einfluß auf die ungarische Filmindustrie, er war der Organisator des Ungarischen Radios und dessen erster Präsident, ein Freund der Literatur, der sich zur Finanzierung seiner Unternehmen eine eigene Bank zulegte. Zwischen 1935 und 1937 arbeitete er als Innenminister der Regierungen von Gyula Göm-

bös bzw. Kálmán Darányi, sein Tod erreichte ihn als Regierungskommissar des gerade frisch zurückgewonnenen Karpatenlandes. Sein gewaltiger Nachlaß ist eines der wichtigsten Dokumente der Horthy-Zeit. Wir haben so ausführlich über sein Leben berichtet, um die außergewöhnliche Vielschichtigkeit seines Weges deutlich werden zu lassen und zu beweisen, daß er einer der seltenen Ausnahmen war, denn er kam aus dem Kreis um Gömbös und landete nicht auf der extrem rechten Seite. Kozma huldigte noch zwei Jahrzehnte nach dem Ersten Weltkrieg mit fast fetischistischer Hochachtung der Erinnerung an sein Regiment und dessen Eigentümer, dem Feldmarschall Mackensen, und redete mit Vorliebe von der „ungarisch-deutschen Waffenbrüderschaft“. Dagegen aber verhielt er sich durchaus nicht auf erwartete Weise, als er im Dezember 1936 mit Hitler zusammentraf. Bei vorherigen Treffen hatte er bereits den Ton der deutschen Presse Ungarn gegenüber wie auch die Handlungen der deutschen Einreisenden gerügt. Hitler wiederum unterbrach er mitten in einem seiner typischen Monologe, unter anderem auch deshalb, weil „ich mich nicht zu einem Minister eines Vasallenstaates machen lassen will, den es zu belehren gilt, auch dann nicht, wenn das von einem zweifellos großen Mann ausgeht, einem tapferen Kriegsgefährten und Oberhaupt eines mächtigen Staates“, schrieb er in seinen Tagebuchnotizen. Und auch später gibt es von ihm keine anerkenntenderen Worte über Hitler, dagegen machte er mehrfach boshafte Bemerkungen. Bei einer solchen Weltanschauung ist es nicht verwunderlich, daß Kozma in der Zeit der zweiten Ministerpräsidentschaft von Pál Teleki zu einem der wichtigsten Vertrauten des Regierungschefs wurde, der mehrfach mit Aufgaben betraut wurde, die vom Kabinett nicht offen übernommen werden konnten. Auch der Justizminister Andor Lázár war Mitglied der Gömbös-Regierung, dessen umfangreiche Erinnerungsschriften eher gesellschaftshistorisch interessant sind. Auch er gehörte



nicht zu den kritiklosen Bewunderern des nationalsozialistischen Deutschland, doch hielt er die Hinwendung der ungarischen Politik zu Deutschland für schicksalsbedingt. „Beide Staaten also (Österreich und Italien – B.A.), mit denen Ungarn freundschaftliche Beziehungen hatte, gerieten unter den Einfluß Hitlerdeutschlands. Für uns hatte das die tragische Folge, daß auch wir, wenn wir unsere Freunde nicht verlieren wollten, ihrem Beispiel folgen mußten, um lebensfähig zu bleiben. (...) Dieser geschichtliche Zwang, den zu einem großen Teil die uns gegenüber gleichgültigen Westmächte heraufbeschworen haben, hat mit unwiderstehlicher Kraft auf die Herausbildung der ungarischen Politik und der öffentlichen Meinung gewirkt. (...) Das System der Befehlsherrschaft im Geiste Hitlers stand absolut der ungarischen Lebensform entgegen, die auf individueller und politischer Freiheit beruht und die menschlichen Freiheitsrechte favorisiert, so daß der

tragische Zusammenstoß unvermeidlich wurde“, schrieb Lázár in seinen Erinnerungen. Zugleich erscheint nicht nur bei ihm, sondern bei fast allen Leuten aus seinem Kreis das nüchterne, von den Nazis noch nicht vergiftete Bild vom Deutschen. „Als wir am Abend in das alte Hotel gelangten, da begrüßte man uns mit dem grellen Ruf ‚Heil Hitler!‘. Doch als wir darauf mit einem bescheidenen ‚Guten Abend‘ antworteten, da haben sie aufgehört mit dem ‚Heil Hitler‘ und uns an den folgenden Tagen auf herkömmliche Art begrüßt“, so schreibt der ehemalige Justizminister über eine seiner Reisen nach Deutschland. „Ich habe betont, daß wir mit den deutschen Soldaten das alte, gute Verständnis anstreben, trotz der politischen Wolken“, so versicherte einem hochrangigen deutschen Offizier im März 1939 Oberst Rudolf Andorka, Führer in der zweiten Abteilung der Generalstabsleitung der Honvéddarmee (Abwehr, Aufklärung), der spätere Botschafter in Mad-

*Pál Graf Teleki
(1879–1941),
Ungarns Minister-
präsident (1920–1921
und 1939–1941)
im Beisein
von Joachim
von Ribbentrop
(1893–1946),
Außenminister
(1938–1945)
am 10. Juli 1940 bei
der Abfahrt vom
Bahnhof München
ins Hotel Regina
(Ungarisches
Nationalmuseum)*



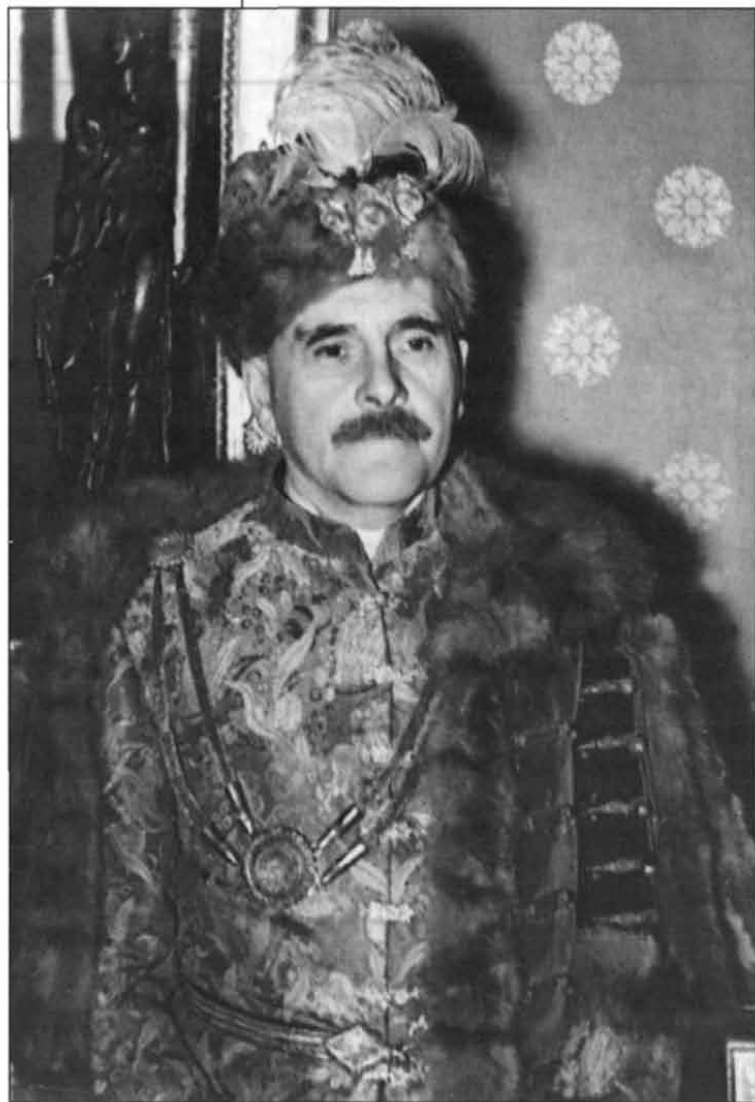
rid, ein Exponent der englandfreundlichen Kreise. Er war es ebenfalls, der über einen evangelischen Gottesdienst in Madrid aufzeichnete: „Dieser deutsche Priester gefällt mir sehr. Er sprach nicht vom Sieg, sondern daß unsere Zukunft in die Hände Gottes gelegt sei. Ich wundere mich darüber, daß er es wagt, so zu sprechen.“

Aladár Szegedy-Maszák war – seine Erinnerungsschriften untermauern das – einer der scharfsichtigsten und urteilsfähigsten Diplomaten im ungarischen auswärtigen Dienst, er widmet lange Kapitel seiner Memoiren feinen Portraits von Figuren, die er in seinem Berliner Leben kennengelernt hat – das sind nicht nur Nazis, es überwiegen sogar die anderen. „Ich liebe die Norddeutschen, vor allem die authentischen Preußen, ihre Pflichtaskese, ihr Dienstethos, wie sie bis zu einem gewissen Grad das Geld verachten, die Maßhaltung im Geiste Bismarcks, die preußische Sachlichkeit, das hat mir imponiert.“ An einer anderen Stelle heißt es: „Ich konnte mir selbst und auch anderen gegenüber nicht genug betonen, daß (...) der Nazismus keine preußische, sondern eine süd-deutsche Erfindung ist: romantisch, maßlos, mit rationalen Maßstäben nicht zu verstehen, auf vernünftige Weise unnahbar. Und so wollte ich wenigstens in den ersten Jahren nicht zur Kenntnis nehmen, wie zweischneidig das absolute Pflichtgefühl werden kann, wenn ihm das Gebot des Neuen Testaments entgleitet, lieber Gott zu folgen als den Menschen.“ Dieser ununterbrochenen Suche nach dem „anderen Deutschland“ gab András Hory, der ehemalige Botschafter in Rom und Warschau und stellvertretende Außenminister, frappierend Ausdruck bei der Bombardierung von Kassa (Kaschau), als im Nationalen Kasino, das sehr exklusiv und entschieden antideutsch ausgerichtet war, zur Sprache kam, daß auch Deutschland seine Hände im Spiel hatte bei dem Luftangriff, der Ungarn als Vorwand diente, der Sowjetunion den Krieg zu erklären: „(...) diese Niedertracht konnte ich selbst den Soldaten Hit-

lers nicht unterstellen. Denn wenn es auch Nazis waren, so waren es doch Deutsche, und mit der deutschen Ehre ließ sich eine solche Schurkerei nicht vereinbaren.“ (Die genauen Hintergründe des Bombardements auf Kassa sind bis heute nicht aufgeklärt.)

Auch wenn wir Erinnerungsschriften mit Vorbehalten behandeln müssen, weil sie vielfach mit dem Motiv der Selbstrechtfertigung verfaßt worden sind, so lassen doch ihr eigenartiger Gleichklang und ähnliche Untertöne in den Tagebüchern, von denen wir sicher wissen, daß sie zeitgenössisch sind, wahrscheinlich erscheinen, daß diese Meinung sehr markant bei einzelnen Kreisen der Machthaber gegenwärtig war. Hory, Andorka und Szegedy-Maszák haben in einem Außenministerium gedient, dessen organisatorischen Rahmen, Aufbau und Funktionieren Kálmán Kánya (1869–1945) geplant hat, zunächst als Hauptsekretär des Außenministeriums (1919–1925), später als Außenminister (1933–1938). Der aus dem außenpolitischen Dienst der Monarchie stammende Kánya wurde von seinen Verächtern wie von seinen Bewunderern (von ersteren gab es zweifellos mehr) für ein Mann gehalten, der großes Format hatte, gebildet und deutschfreundlich war, zugleich aber unendlich hochmütig. Seine spitze Zunge und sein leidenschaftliches Stacheln standen in keinem Verhältnis zu den diesbezüglichen Möglichkeiten der ungarischen Außenpolitik. Kánya baute in seiner Zeit als Berliner Botschafter zwischen 1925 und 1933 glänzende Beziehungen zum deutschen Großkapital wie auch zu einzelnen Kreisen der Großindustrie und des Offizierskorps auf; als er zum Außenminister berufen wurde, erwartete also jeder eine Verstärkung der deutschfreundlichen Linie. Kánya aber versuchte, Distanz zu halten von der nationalsozialistischen Außenpolitik, obwohl er wenigstens bis 1938 die für Ungarn gefährlichen Tendenzen nicht wahrnahm. Er hielt den Nationalsozialismus für eine plebejische, rechtsradikale Bewegung, die insofern nützlich ist, als daß sie eine Dynamik in die





*Miklós Kállay (1887–1967),
Ungarns Ministerpräsident (1942–1944)
– ein Politiker, der sich in Richtung Alliierten
orientierte und die immer aggressiveren
deutschen Forderungen – oft erfolgreich –
abzuwehren wußte. Als Regierungschef
erreichte er, daß Ungarn innerhalb der Achse
zu einem „zögernden Satelliten“ geworden ist,
und dadurch die ständige Mißbilligung
der Deutschen auslöste
(Ungarisches Nationalmuseum)*

deutsche Außenpolitik bringt und indirekt der Revision der ungarischen Grenzen hilft. Die deutsche Beurteilung des Außenministers verschlechterte sich in der Zeit, als Joachim von Ribbentrop Außenminister wurde. Kánya sah auf seinen deutschen Kollegen mit Verachtung herab, er nannte ihn in aller Öffentlichkeit nur „junger Mann“ und erlaubte sich ihm gegenüber solche Sätze wie: „Ich sage es langsamer, daß auch Herr Ribbentrop es versteht“ oder „Zerbrechen Sie sich nicht den Kopf, Sie werden es ohnehin nicht verstehen!“ Die Wilhelmstraße konnte schon dies nur schwer schlucken, doch das Verhalten Kányas im August 1938 bei seinem Besuch in Deutschland, sein Standpunkt in Bezug auf die ungarische Intervention gegenüber der Tschechoslowakei machten auch Hitler unendlich wütend. Es scheint so, als seien damals auch dem Außenminister die Schuppen von den Augen gefallen. „Dieser wahnsinnige Mann (Hitler – B.A.) will um jeden Preis Krieg anzetteln!“ – diese Erkenntnis teilte er mit seinem damaligen Stellvertreter. Er war danach auch davon überzeugt, daß Hitler diesen Krieg gegen die sich herausbildende Weltkoalition verlieren würde. Für Hitler war damit das Maß voll, auf sehr entschiedenen Berliner Druck hin ließ Béla Imrédy Kánya aus seiner zweiten Regierungsmannschaft im November 1938 heraus. Kánya entfernte sich, der Reichsverweser ernannte ihn zum Mitglied des Oberhauses, wo er im außenpolitischen Ausschuß tätig war. Das von ihm ausgewählte außenpolitische Personal blieb mit seinen Präferenzen und im alten Rahmen bis zum März 1944 an seinem Platz, sogar noch darüber hinaus. Diese Atmosphäre war so stark, daß sie selbst so fundamental rechtsorientierte, deutschfreundliche Personen wie Elemér Újpeéry oder Antal Ullein-Reviczky umzuformen vermochte. Von letzterem glaubten die Eingeweihten – und auch das ist kennzeichnend für die Stimmung dieser Zeit –, daß „in ihm der Ullein stärker ist als der Reviczky“, was unverhüllt darauf verweist, daß der aus einer

Soproner deutschen Familie stammende auswärtige Pressechef nicht unbedingt von seinen mütterlichen Vorfahren zu den Weltanschauungen der ungarischen Gentryklasse gelangt sei.

Die Bestrebungen werden absolut evident, wenn wir die verschiedenen Äußerungen und Meinungen auswerten: Sowohl die Politiker der Mannschaft um Bethlen als auch die Diplomaten, die die Führer des Landes mit Informationen versorgten, waren unermüdlich bestrebt, das für sie unsympathische nationalsozialistische Weltbild abzustreifen vom Image des bis dahin von ihnen uneingeschränkt geschätzten Deutschlands. Das war einerseits ein sympathisches Bestreben in einer Zeit, da es zu häufig zu kollektiven Abstempelungen ganzer Völker und Nationen kam, ob mit propagandistischen oder ideologischen Zielsetzungen. Andererseits führte es diese politische Schicht – mit wenigen Ausnahmen – in eine Falle, denn die für sympathisch befundenen Deutschen, die ritterlichen Preußen, Journalisten, Offiziere oder Amtsträger im Außenministerium von altem Zuschnitt, sie waren nicht in den entscheidenden Positionen. Und wenn doch, dann handelten sie nicht nach ihren eigenen Anschauungen, weil sie danach nicht handeln konnten, die nationalsozialistische Logik schaltete und waltete statt ihrer. Diese ungarischen Politiker und Diplomaten – wie auch ihre nazifreundlichen Gegner – wurden Opfer einer alten ungarischen Krankheit, die wir als „Subjektivierung der Außenpolitik“ bezeichnen könnten. Sie machten keinen Unterschied zwischen Privatmensch und Amtsträger und glaubten, daß persönliche Beziehungen und Sympathien die Logik und Notwendigkeiten großer Mächte egalalisieren oder gar auslöschen könnten. Dabei konnten Einladungen zur Jagd oder gemeinsame Lokalbesuche den Süden Siebenbürgens nicht zurückbringen. Unabhängig davon (oder gerade deshalb) sahen die Gestalter der nationalsozialistischen Außenpolitik wie Ribbentrop, Hitler oder Goebbels diese traditionelle Elite als eine feudale

Gruppe von Heuchlern mit Sympathien für die Engländer und Juden, und in diesem Fall war es ihre Meinung, die zählte.

NEUE ORDNUNG: PARTEIERGREIFUNG FÜR DEN NATIONAL- SOZIALISMUS

Auf der Basis des bisher Ausgeführten läßt sich mit Recht die Frage stellen: Wenn die ungarische politische Elite zu einem bedeutenden Teil Hitler derartig distanziert gegenüberstand, wie ist dann die Dauer des Bündnisses mit Deutschland und Ungarns Rolle im Zweiten Weltkrieg zu erklären? Nun, die wirtschaftlichen und später auch die militärischen Anfangserfolge Deutschlands übten nicht nur auf Pál Teleki eine gewisse Wirkung aus, sondern auch auf entscheidende Teile der ungarischen Mittelklasse und der sie vertretenden Politiker. Die Beispiele der bisher vorgestellten Politiker, die eher mit ihrem Intellekt und ihrer Klammerung an Ideen, die gerade im Verschwinden zu sein schienen, aus der Reihe ausbrachen, sie repräsentierten nicht die Mehrheit. Seit den dreißiger Jahren gab es fortlaufend Nachwuchs an Abgeordneten und Publizisten, die mit Bewunderung auf Deutschland schauten – im besseren Fall. Im schlechteren wurden sie einfach von auswärtigen Organen der NSDAP gekauft. Zu lang wäre die Aufzählung der Leute der „Cs-Gruppe“ in der Regierungspartei über Ferenc Rajniss bis hin zu László Bárdossy oder zu Ferenc Szálasi und Zoltán Böszörményi, die sich rückhaltlos für die deutschen Interessen eingesetzt haben. Es ist aber eine Tatsache, daß auch unter den Vertretern dieser Gruppe Leute waren, die zweifelsfrei eine geistige Kraft präsentierten, doch ihre falsche Situationsbewertung und eigenen Ambitionen trieben sie auf einen Weg, der vernichtend wurde für sie selbst wie auch für das Land.



Ferenc Szálasi und seine Partei – wie auch die illegale Kommunistische Partei – analysieren wir hier nicht, weil unter mehreren Gesichtspunkten keine von ihnen die im Titel formulierten Kriterien der „politischen Elite“ erfüllt. Bálint Hóman (1885–1951) war ein erfolgreicher Historiker; er war Direktor des Ungarischen Nationalmuseums und mit Gyula Szekfű zusammen ein Verfasser der bis heute beispiellosen, achtbändigen Zusammenfassung der ungarischen Geschichte. Zwischen 1932 und 1942 war er mit kurzer Unterbrechung ein qualifizierter Kultusminister mit einer langfristigen Konzeption. „Es gab einen naiven, fast kindlichen Zug in ihm, er genoß seine Auftritte, die Politik, in die er hoffnungslos verliebt war“, (...) Hóman war „einer von denen, von denen ich einfach nicht begreifen kann, wie sie die Massendeportationen und andere Unmenschlichkeiten decken konnten“, so erinnert sich Aladár Szegedy-Maszák an seinen Berliner Besuch. Dabei hat der nur schlecht deutschsprechende Hóman in mehreren Notizen und öffentlichen Äußerungen auch kämpferisch Partei ergriffen für die deutsch-ungarische Zusammenarbeit. Im Juni 1940 etwa schrieb er an den Ministerpräsidenten Pál Teleki: „Zur Erreichung unserer großen nationalen Ziele benötigen wir auf jeden Fall das volle Vertrauen der deutschen Macht, mit dessen Erringung wir sie von der offensichtlichen Gemeinsamkeit unserer Interessen überzeugen können. In unserem Kontakt mit den Deutschen haben wir alle erfahren können und auch die Geschichte beweist, daß wir mit ihnen ehrlich und unverschleiert reden müssen, auch das brutale Sagen der Wahrheit nehmen sie uns nicht übel, doch dazu brauchen wir ihr unbedingtes Vertrauen. Wer auf Sklavenweise huldigt oder seine Meinung nach ihrem Wind verdreht, von dem verlangen sie ein Mehrfaches.“ Aus diesen Umständen zog er die auf der Hand liegenden Konsequenzen: Aus der ungarischen Staatsmaschinerie gilt es diejenigen zu entfernen, die eine ausgesprochen antideutsche Politik

verfolgt haben, die Diplomaten, die sich der Achse widersetzt haben, müssen abgelöst werden, es muß eine klare Regierungsposition gegenüber den Einwohnern deutscher Abstammung geben, und vor allem „muß bei der Judenfrage gebrochen werden mit der bisherigen kompromißhaften Handhabung. Der heutige Zustand ist das Ergebnis einer Halblösung, damit muß radikal gebrochen werden.“ Ähnliche Gedanken wiederholte er auch in einem im Dezember 1940 übergebenen Memorandum, wo er die Frage des deutschen Bündnisses verknüpft mit radikalen Veränderungen in der ungarischen Innenpolitik: „Es ist daher offensichtlich, daß wir uns auf alle Möglichkeiten nur so vorbereiten können, wenn wir während des Krieges mit der vollkommensten Treue hinter Deutschland stehen, das um seine Lebensmöglichkeiten kämpft.“ Seinen aktualpolitischen Ausführungen versuchte er auch dann ein geschichtliches Fundament zu verschaffen, als er in seiner Broschüre mit dem Titel „Deutsch-ungarische Schicksalsgemeinschaft“ davon schrieb, daß die arischen und die turanischen Völker (lies: die Ungarn) fähiger sind zur Organisation und Aufrechterhaltung von Staatswesen. Er betrachtete die ungarisch-deutschen Beziehungen durch die Jahrhunderte, nannte die mittelalterlichen Kriege gegen das deutsch-römische Kaiserreich „episodenhaft“, verdammt mit interessanter Logik die Herrschaft der Habsburger und sah eine deutsch-ungarische „Kulturgemeinschaft“, „Freundschaft als geschichtliche Notwendigkeit, als einen jahrhundertelangen Prozeß, als lebendige Wahrheit“. Er glaubte, daß „die Freundschaft und das Ansehen der Ungarn in den Augen ihrer mächtigen Freunde wertvoller sein müßten als alle Huldigungen aus jüngerer Zeit, weil die Fakten einer nunmehr tausendjährigen gemeinsamen Geschichte, sich immer wiederholende Fakten, sich immer wiederholende Ereignisse, die Erinnerung an gemeinsam durchgestandene Kämpfe und zusammen erlittene seelische Erlebnisse Beweise für die

Freiwilligkeit und Ehrlichkeit, für die Natürlichkeit und Dauer dieser Freundschaft sind“. Diese grundlegend interessenorientierte – weil um der „nationalen großen Ziele wegen“ geführte – Politik hatte selbst im Denken Hóman ihre Grenzen. Der ehemalige Minister bezeichnete die Minderheitenklausel des zweiten Wiener Schiedsspruchs (30. August 1940), mit dem Nordsiebenbürgen an Ungarn zurückfiel, als Erpressung, weil diese Klausel der deutschen Nationalität freies Organisationsrecht garantierte. Im März 1944 beschwerte er sich in einem Brief bei Veessenmayer wegen der deutschen Besetzung des Landes und der Tätigkeit des Volksbundes. „Für selbstbewußte Ungarn“, schrieb er an den Beauftragten des Reiches, „ist das Gefühl der Mißachtung oder besser noch, der Unterjochung einfach unerträglich, und das Hervorsprießen dieser Gefühle kann gleichbedeutend sein mit der tödlichen Verletzung der freundschaftlichen Gefühle zwischen Ungarn und Deutschland.“ Hóman hat es wohl diesem Brief zu verdanken, daß man ihn bei der Verhandlung des Volksgerichtes nach dem Krieg nicht zum Tode verurteilt hat. Er ist dann fünf Jahre später im Gefängnis gestorben.

Hóman war kein Einzelfall: Die als ausgesprochen deutsch- und nazifreundlich bekannten Politiker erlaubten sich – aus persönlicher Überzeugung oder weil sie ihrem Unabhängigkeitsgefühl nachgaben – deutschfeindliche Bemerkungen oder kritisierten einzelne Schritte des Dritten Reiches. Neben dem Pfeilkreuzler Ferenc Szálasi, dessen soziopathisches Verhalten und äußerst eigentümliches, hungaristisches Weltbild häufig mit der Herrschaftslogik der Nationalsozialisten zusammenstießen, finden wir auch bei anderen solche Äußerungen. Zoltán Meskó, Gründer einer der ersten nationalsozialistischen Parteien in Ungarn, der sich noch 1933 wegen seiner Freundschaft zu Hitler vor seinen Abgeordnetenkollegen brüstete, wurde mit Ausbruch des Krieges „ein unverfälscht deutschfeindlicher Nationalist“, jedenfalls nach einer Darstellung, die diesen Zeitraum

behandelt. Sein politischer Gesinnungsfreund György Oláh, einer der führenden Figuren der rechtsextremen Ungarischen Erneuerungspartei, wies kämpferisch die Sichtweise eines nahen Ratgebers von Ribbentrop zurück, nach der Ungarn zum Südostraum gehöre. Gut möglich, daß Oláh sich so etwas erlauben konnte, weil er Inhaber des reichsdeutschen Adlerordens war.

Nicht ungarische Interessen, sondern in erster Linie unbegrenzte persönliche Ambitionen und dazu das Bedürfnis nach einer radikalen Umstrukturierung der Gesellschaft trieben Béla Imrédy (1891–1946), den bekannten Finanzfachmann und kurzfristigen Ministerpräsidenten (1938–1939), den Parteiführer von György Oláh. Aus dem anfänglich für seine Sympathien mit England bekannten Politiker wurde durch eine bis heute nicht richtig aufgeklärte Wendung im August, September 1938 ein Anhänger rechtsradikaler und antisemitischer Gesellschaftsreformen. Vor dem Volksgericht gestand er zu seinen Anschauungen über Deutschland: „Hitlers ‚Mein Kampf‘ habe ich nur in Ausschnitten gelesen, (...). Diese Ideen haben keinen größeren Einfluß auf mich gehabt, es ist jedoch unbestritten, daß ich in den Punkten eine gewisse Verwandtschaft mit meinen Vorstellungen entdecken konnte, die notwendig waren, um die meines Erachtens feudal zurückgebliebene ungarische Gesellschaft umzugestalten.“ „In meinen Parlamentsreden und in meinen sonstigen Äußerungen habe ich entschieden den Standpunkt vertreten, daß die ungarische Außenpolitik ehrlich, geradlinig und ohne jedes Wanken zusammen mit dem Deutschen Reich voranzuschreiten hat und daß auch in der Innenpolitik die Reformen durchgeführt werden müssen, die uns meinen damaligen Vorstellungen nach im sich herausbildenden nationalsozialistisch neuen Europa unseren Platz in Mitteleuropa gesichert hätten.“ Imrédy hat noch gegen seine innenpolitischen Feinde die Tatsache ausgenutzt, daß er bis zu seinem Ausscheiden aus der in allem deutschfreundlichen Szótójay-



Regierung im Sommer 1944 das unbedingte Vertrauen der Deutschen genoß. Sein Artikel mit dem Titel „Ein ehrliches Wort über die ungarisch-deutschen Beziehungen“ zu Ostern 1940 war ein offener Angriff auf die Teleki-Regierung. Darin betrachtete er den Nationalsozialismus, dessen Übernahme und ungarische Adaption er für unvermeidlich hielt, nicht als eine „importierte Idee“. Für ihn war der Schlüsselbegriff die Eingliederung in das „neue Europa“, möglichst auf der Grundlage des zeitgemäßeften gesellschaftlichen Modells, das damals in seinen Augen der deutsche Nationalsozialismus war.

Die Anpassung an die deutschen Ziele erweckte bei den nazifreundlichen Politikern und bei der entscheidenden Mehrheit der Offiziere, an deren Spitze beispielsweise bei dem Chef des Generalstabes Henrik Werth, den täuschenden Eindruck, daß die Opferbringung Ungarns dem Land einen günstigen Platz in diesem „neuen Europa“ beschern würde und, was durchaus nicht nebensächlich war, helfen würde, die Gebietsrevision zu beenden, so daß der Süden Siebenbürgens, die Slowakei und das Banat an Ungarn zurückgegeben würden. Ihre Vorstellungen waren an genau der Stelle fehlerhaft, an der auch der Gedankengang ihrer politischen Gegner zusammenbrach. Die nationalsozialistische Machtpolitik wollte kein starkes Ungarn, sondern ein ruhiges oder wenigstens im Gleichgewicht befindliches Mittel- und Südosteuropa, und sie beschenkte und bestrafte durchaus nicht auf der Basis der Treue, sondern auf der Basis strategischer Überlegungen. Deswegen ist Hitler auch in keiner Minute der Gedanke gekommen, Ungarn nach dem Anschluß die Gebiete zu erstatten, die es im Westen an Österreich verloren hatte. Und deswegen war die öffentliche Meinung in Ungarn so überaus widerwillig, als bei der Aufteilung der Tschechoslowakei die deutsche Armee in das ehemals ungarische Ligetfalu (Egerau) gegenüber von Pozsony (Preßburg) einmarschierte.

GEGEN DIE „DEUTSCHE WELT“

Nach dem Ausgleich von 1867 waren die Deák-Partei, später dann nach Parteivereinigungen und Verschmelzungen die an ihrer Stelle entstandene Freigeistpartei bzw. die Nationale Arbeitspartei mit einer fünfjährigen Unterbrechung (1906–1910) bis zum Zusammenbruch des historischen Ungarn 1918 fortwährend Regierungsparteien. Die Kräfte, die diesem Lager gegenüberstanden, versuchten vor allem mit staatsrechtlichen Fragen, die sich auf die Bindung an die Österreichisch-Ungarische Monarchie bezogen, ihre Meinung zu artikulieren. Die auf Unabhängigkeit dringende Opposition konnte während der gesamten dualistischen Zeit mutig zurückgreifen auf die bewegende Kraft der Schlagworte der Revolution und des Freiheitskampfes von 1848–49, und sie tat das auch, konnte auf den in der Emigration lebenden alten Kossuth (1802–894) als das Symbol des nationalen Widerstandes verweisen und fleißig schöpfen aus der seit dem 16. – 17. Jahrhundert im ungarischen geistigen Leben präsenten Deutschfeindschaft, die häufig mit einer Gegnerschaft zu Wien und zum Hof zusammenfloß. Diese Taktik bewährte sich auch als politische Strategie, denn im fast zu fünfzig Prozent von nicht-ungarischen Nationalitäten bewohnten Ungarischen Königreich genoß die Unabhängigkeitspartei in den rein ungarischen Wahlbezirken eine überragende Popularität. Zum Aufleben der ungarischen Unabhängigkeitstraditionen trug auch bei, daß der bedeutendste Dichter und Publizist zu Beginn des Jahrhunderts, Endre Ady (1877–1919), der Begründer des Modernismus in der ungarischen Literatur, in seinen Schriften erfolgreich die Forderung nach demokratischen Reformen mit den auf Unabhängigkeit dringenden (grundlegend protestantischen) Kurutzen-traditionen verschmolz. So hatte nach dem Ersten Weltkrieg die Deutschgegnerschaft

nicht nur in den auf Unabhängigkeit dringenden Kreisen der öffentlichen Meinung ein entschiedenes Echo, sondern auch im Lager der volkstümlichen Intelligenz, welche in Ady ihren geistigen Vorfahren sah. Wir irren nicht, wenn wir feststellen, daß die durch die oben erwähnten Gruppen repräsentierten Sichtweisen von den politischen Ereignissen zwischen 1919 und 1921 in ihrer außergewöhnlichen Lebensfähigkeit bestätigt werden. Damals war die wichtigste Scheidelinie des politischen Lebens in Ungarn die Königsfrage, an der sich zwei Gruppen rieben, das Lager der Legitimisten, die die Wiederkehr von Karl IV. wünschten, sie konnten sich in dieser Bestrebung auf die Aristokratie stützen, auf einen Teil des Offizierskorps, auf den katholischen Klerus und auf bestimmte Teile der Mittelklasse mit jüdischer Herkunft, daneben die Gruppe, die sich für eine freie Wahl des Königs einsetzte, sie umfaßte die protestantische Mittelklasse, einen Teil der Jugend an den Universitäten, die bäuerlichen Anhänger der Kleinlandwirtepartei und vor allem die jungen Offiziere.

Es ist daher nicht überraschend, daß die sozialistisch-sozialdemokratische, die liberale und die Kleinlandwirte-Opposition 1933 bei Konstatierung des Nationalsozialismus in Deutschland selbstverständlich auf Symbole und rhetorische Figuren der ungarischen Unabhängigkeitsbewegung zurückgriff, als sie gegen die Nazigefahr zu mobilisieren versuchte. Der Sozialdemokrat Manó Buchinger konnte in Reaktion auf die Wahlen vom 5. März 1933 in Deutschland den Geist der Traditionen von 1848 betonen, wenn er sagte: „Die ungarische Sozialdemokratie hat immer wieder betont, daß sie neben ihrer internationalen Weltanschauung unverbrüchlich mit dem ungarischen Volk verbunden ist.“ Obwohl oppositionelle, liberal gefärbte Parteien, die den Namen Lajos Kossuth trugen oder aber verwendeten, nur denkbar geringe Erfolge in den zwanziger Jahren hatten, bekam der auf Unabhängigkeit drängende Gedankenkreis bei der Wende der zwanziger

zu den dreißiger Jahren neuen Aufschwung. Zunächst war es der hervorragende Kunsthistoriker (und damals in innerer Emigration lebende Priester) Lajos Fülep, der in seinen Artikeln aufmerksam machte auf den demographischen Niedergang der Ungarn im südlichen Baranya. Ihm folgten in dieser Reihenfolge der Priester Géza Kiss aus Kákcisi, der Schriftsteller János Kodolányi, selbst ein Kind dieser Gegend. Den größten Staub allerdings wirbelte Gyula Illyés mit seinen 1933 in der Zeitschrift „Nyugat“ (Westen) veröffentlichten Reisenotizen aus der Baranya. Er verknüpfte ganz betont den Fall des untergehenden ungarischen Bauerntums mit der Vermehrung der Deutschen in Westungarn. „Nicht die Vermehrung der Deutschen, sondern der Untergang der Ungarn beunruhigt mich“, so schrieb Illyés über diese Frage. In den dreißiger Jahren war infolge dieses anspruchsvoll geschriebenen großen Essays die Frage in der Öffentlichkeit überaus präsent. So zum Beispiel auch auf den Seiten der „Magyar Szemle“ (Ungarische Rundschau), die die Meinung des offiziellen Ungarn präsentierte, vor allem publizierte hier Otto Albrecht Isbert, aber auch andere deutsche Wissenschaftler, die sich mit dem volkstümlichen Deutschtum beschäftigten und zu zweifelsfrei provokativen Feststellungen kamen. Imre Kovács veröffentlichte in seiner 1937 als Soziographie getarnten Streitschrift mit dem Titel „Die stumme Revolution“ solche Daten, nach denen bereits 40 Prozent der frei verfügbaren Landgüter in der Hand der einheimischen Deutschen sei. Diese durch offizielle Statistiken nicht immer bestätigten Ansichten spielten eine große Rolle dabei, daß das in erster Linie durch die volkstümlichen Schriftsteller auf der Tagesordnung gehaltene Thema kontinuierlich die Meinungen über die deutsche Frage bestimmte. 1936 brachten Theologiestudenten die Glocke von Hidas, einer entvölkerten reformierten Gemeinde im Komitat Tolna, nach Budapest und stellten sie vor der reformierten Kirche auf dem Kalvinplatz öffentlich zur



Endre
Bajcsy-Zsilinszky
(1886–1944),
Schriftsteller
und Politiker,
ein mutiger Gegner
der Expansion
der deutschen
Großmacht.
Nach Ungarns
Okkupation durch
die Deutschen konnte
er erst nach einem
Feuergeschehen
in seiner Wohnung
von der Gestapo
festgenommen
werden
(Ungarisches
Nationalmuseum)



Schau. So wollten sie die Aufmerksamkeit auf den Niedergang des Ungartums im Südwesten des Landes lenken. Sie erreichten ihr Ziel. Ihre Aktion sorgte für einen gewaltigen Wirbel, und Hidas wurde zum Symbol für das drohende Aussterben in Westungarn. Als das Problem Westungarn hervorgehoben wurde, stieg im öffentlichen ungarischen Denken gewollt oder ungewollt das Schreckensbild vom Verlust Siebenbürgens nach 1918 auf. Nach Meinung führender Denker konnte das Unvorstellbare *damals* geschehen, weil ein nach dem Ausgleich sich schneller als die Ungarn vermehrendes Volk (das rumänische) die vereinzelt Ungarn assimilierte, dessen Intelligenz mit Hilfe vom Ausland aus (Rumänien) die (rumänischen) Massen der Bauern gegen den ungarischen Staat einstimmt. Mit Hilfe nationaler Geldinstitute und Landkäufe aber wurden in Siebenbürgen die mittleren Landgüter zerbrochen, auf die sich die ungarische Herrschaft stützte. In Ungarn, das unter dem Schock des Friedenschlusses von Trianon lebte, fürchteten sich viele vor einer Wiederholung dieser Vorkommnisse, in diesem Fall spielte die deutsche Bevölkerung in Ungarn

die Rolle des sprengenden Elementes. Die ungarischen staatlichen Organe drückten daher in den dreißiger Jahren mit der erforderlichen Energie alles nieder, was aus Deutschland kam und im Verdacht stand, diese sprengende Wirkung zu tun. Das übertriebene „Hacken“ der lokalen ungarischen Verwaltung und Exekutive und die Behandlung der Deutschen im Lande waren ständige Themen im diplomatischen Notentausch zwischen Deutschland und Ungarn. Die Furcht vor einem deutschen Vordringen sickerte natürlich auch bis in die Politik vor. „Das verehrte Haus weiß doch genau, daß die expansive Bestrebung, die von Deutschland in Richtung Osten beginnt, nicht etwa erst heute entstanden ist, sondern auch vor dem Krieg schon da war und sich auf offiziellen Landkarten bis nach Bagdad offenbart, das hört nicht auf, im Gegenteil, die neue politische Richtung, die von Hitler vertreten wird, drückt diese expansive Bestrebung so aus, daß sie die Grenze der deutschen Ausbreitung bis nach Törökbálint zieht. Ihr offizielles Blatt, der Völkische Beobachter, schreibt darüber ganz offen“, so äußerte sich der oppositionelle Abgeordnete József Pakots schon im Mai 1933 über diese Frage. Ein Jahr später lenkt der zur Zeitschrift „Nyugat“ gehörende liberale Politiker und Essayist Miksa Fenyő in seiner gründlichen Hitler-Studie die Aufmerksamkeit auf ähnliche Gefahren. Auch er sieht es so, daß Deutschland sich nicht zufrieden gibt mit den 1921 durch Volksabstimmung Ungarn zugesprochenen Gebieten. Er wolle auch die deutschen Inseln in Westungarn. Die weiteren Analysen Fenyő's über Deutschland sind erstaunlich scharfsichtig. Er hielt Hitler nicht für unbegabt, für ihn war der Führer ein „Politiker, der zu organisieren versteht“, doch ihm fehle „eine höhere Geistigkeit, die Napoleon hatte und Mussolini wie auch Pilsudski haben“. Der Essayist sah genau das Kommen des Krieges, er hat sich höchstens darin geirrt, daß er im Aufeinanderprallen von Frankreich und Deutschland den Gipfelpunkt des kommenden Konf-

liktes sah. Im Falle eines deutschen Sieges warten auf Ungarn Demütigung und Ausbeutung – wenn auch nur vorübergehend. Denn „es ist das Schicksal Deutschlands in der Mitte Europas, daß es besiegt wird; nicht wegen seiner Fehler, seiner Mängel, – denn es ist unmöglich, auf eine Menge guter Qualitäten nicht mit der größten Hochachtung zu blicken“, sondern weil Europa das deutsche Übergewicht einfach nicht erträgt.

Die sozialdemokratischen und liberalen Politiker dagegen fügten ihren Standpunkten allgemeine Bemerkungen über das Fehlen der Demokratie hinzu, sie kritisierten die Buchverbrennungen und stellten die Sauberkeit der Wahlen vom 5. März 1933 in Frage. „Ich als ungarischer Schriftsteller und Sohn der ungarischen Kulturnation sehe mit Abscheu, was jetzt in Deutschland geschieht“, so faßte der bereits erwähnte József Pakots im Abgeordnetenhaus seine Anschauungen zusammen. Endre Bajcsy-Zsilinszky, der ehemalige Husarenoffizier, war zu Beginn der zwanziger Jahre als markant rechter, ja sogar rechtsradikaler Politiker aufgetreten, hatte dann aber eine bedeutende Wende durchgemacht und propagierte seit Beginn der dreißiger Jahre eine umfassende Landreform, mit seinen Forderungen nach einer breiten sozialen Veränderung und seinem Programm, die breiten Massen der ungarischen Bauern zu fördern, griff er in mehreren Fällen die Regierung von der linken Seite aus an. Sein Weltbild stand eher den volkstümlichen Schriftstellern nah, mit einigen von ihnen hatte er auch freundschaftliche Arbeitsbeziehungen, obwohl er sich im gesellschaftlichen Leben eher an die traditionelle Elite oder an deren „gutgesinnten“ Teil klammerte. Für ihn stand die deutsche Frage schon vor 1933 auf der Tagesordnung. Bereits 1929 verwickelte er sich mit dem Universitätslehrer Jakob Bleyer, dem Führer der deutschen Minderheit in Ungarn, in eine scharfe Pressedebatte. Seine ablehnenden Gefühle gegenüber dem Deutschtum steigerten sich nach 1933 nur – das kam auch in seinen Parlamentsäußerungen immer

markanter zum Ausdruck. Bis zu den vierziger Jahren nahm das noch weiter zu und wurde in seinen Privatbriefen zu einem gänzlich kämpferischen, gewalttätigen Antigermanismus. In seiner Broschüre „Deutsche Welt in Ungarn“ erklärte Bajcsy-Zsilinszky, daß es nicht mit dem deutschen Volk Probleme gebe, sondern mit dem Deutschen Reich. Er protestierte gegen die Rassentheorie und gegen die Verfolgung der Christen. Er erklärte, daß das Deutschtum „nur über die Leiche Ungarns zum Schwarzen Meer vordringen kann“, das Ende seiner Schrift war ausgesprochen drohend: „Diejenigen, die den deutschen Eroberungsgeist hier in Ungarn heimisch machen wollen, sie mögen sich gut merken, daß es im Reiche Attilas, Árpáds und des Heiligen Stefan, im ganzen mittleren Donautal nie eine deutsche Welt gegeben hat und auch nie geben wird.“ Schon allein deshalb nicht, weil nach seiner Meinung die ganze Lebensanschauung der Ungarn der Diktatur widerspricht, sie verträgt keinen maschinellen Geist. Er hielt „die Selbstverteidigung des ungarischen Geistes“ für das wichtigste Ziel, „gegen den demütigenden Zustand einer geistigen und politischen Versklavung“ durch die Deutschen. In seinen Briefen an den Ministerpräsidenten Bárdossy, die Anfang 1942 entstanden sind, achtet der Abgeordnete schon nicht mehr auf Differenzierungen und schreibt vom „sadistischen germanischen Stil“ und von einem „arisch-germanischen Schurkengeist“, der „untergehen muß“, denn „entweder wir oder diese“. Im gleichen Zusammenhang verweist er unmißverständlich auf den begrüßenswerten Charakter der Gewalt gegen die Volksbundisten. Wir müssen schnell hinzufügen, daß seine Wut über das Blutbad in Újvidék (Neusatz) sich hauptsächlich gegen die deutschstämmigen Offiziere der Ungarischen Königlichen Honvéddarmee richtete, mit der sich darin verbergenden Vorstellung, daß „Ungarn zu so etwas nicht fähig sind“. (Dem kann noch hinzugefügt werden, daß die Witwe des von den Pfeilkreuz-



lern hingerichteten Abgeordneten sich nach 1945 in der Presse für die Aussiedlung der Deutschen aus Ungarn eingesetzt hat.)

Die oppositionellen Töne der ungarischen Elite, ob sie nun von Sozialdemokraten, Kleinlandwirten, Liberalen oder eben Unabhängigen stammten, waren grundsätzlich geprägt durch Verlautbarungen im Stile der Unabhängigkeitsbewegung von 1848. Je nach Temperament und Parteistandort wurden dem noch Aspekte hinzugefügt, deutschfeindliche, allgemein demokratische Ideen einfordern- oder an die Christlichkeit appellierenden Anschauungen. Es wäre allerdings ein Irrtum anzunehmen, daß die Hervorhebung der Unabhängigkeitstradition keine Verhältnismäßigkeit gekannt hätte, daß sie keine Unterscheidung getroffen hätte zwischen Deutschen und Nazis, sie war nur ein gut geeignetes Mittel, größere Massen anzusprechen. Auf dem höchsten Niveau vertrat den Ideenkreis der Unabhängigkeit zweifellos die im August 1938 gestartete Tageszeitung „Magyar Nemzet“ (Ungarische Nation). „Die Ungarische Nation kämpft darum, daß das Ungarland auch weiterhin ungarisches Land bleiben kann.“ Dies war einer der Wahlsprüche des Blattes, der vielfach auch in die von der Zensur gestrichenen und so leer bleibenden Spalten hineingesetzt wurde. So konnte der Leser, wenn er denn wollte, verstehen, gegen wen die Ungarische Nation kämpft. In häufig unsigniert gebliebenen Kolumnen wurde das Leben einzelner hervorragender Gestalten der ungarischen Geschichte wachgerufen – auch aus dem 16., 17. Jahrhundert –, Kämpfer um die nationale Unabhängigkeit. Und hier gründete Zoltán Szabó ab 1939 die ständige Rubrik mit dem Titel „Geistige Heimatverteidigung“. In seinen hier veröffentlichten Artikeln, die von außen nicht angreifbar waren und die das Wort „Nazi“ nicht explizit erwähnten, rechtfertigte er die ungarische Unabhängigkeit, ohne daß auch der schärfste Zensor hätte einschreiten können.

Für die legitimistische, mit den Jahren immer isolierter werdende Opposition war – aus

verständlichen Gründen – die Begriffswelt der Unabhängigkeitsbewegung nicht verwendbar. Deshalb sprachen sich die Politiker der königlichen Partei bei ihren Aktivitäten während der dreißiger Jahre eher gegen die Christenverfolgungen des Nationalsozialismus aus oder sie bezogen sich auf Ideen, die sich aus der nationalen Souveränität ableiten. Aber weder der eine noch der andere Typ der Opposition konnte während der dreißiger Jahre in Ungarn größere Massen ansprechen. Die nicht zu bezweifelnde Dynamik Deutschlands, die verhängnisvolle Orientierungslosigkeit der öffentlichen Meinung in Ungarn und der für alle gleichmäßig gültige Zwang zur Revision wirkte lähmend auf die Figuren des öffentlichen Lebens wie auch auf diejenigen, die sich für Politik interessierten.

*

Wie die bisherigen Studien zur Frage festgestellt haben: das ungarische Bild vom Deutschland und von Deutschland ist keine Sache, die in sich selbst besteht und von den Umständen unabhängig ist. Sie hängt eng zusammen mit der ungarischen nationalen Identitätskrise nach 1918, die eine ganze Reihe von publizistischen Debatten ausgelöst hat und vor 1945 Massen von Arbeiten entstehen ließ, die sich mit der Lage des Ungarums in Europa beschäftigten. Die Konturen des Deutschlandbildes sind daher nur Splitter der Ausarbeitung eines ungarischen Selbstbildes und der Bestimmung einer eigenen Identität. Viele Selbstbildkonzeptionen sind zu diesem Problem entstanden: modernisierte Varianten von Anschauungen, die sich zwischen 1867 und 1918 in der Opposition befanden; Antworten, die sich vor dem nationalen Untergang und der Überfremdung fürchteten; Theorien, orientiert an den statischen Verhältnissen des 19. Jahrhunderts oder „zeitgemäße“ Standpunkte, die im deutschen Modell Dynamik und Modernisation erblickten. Ihre Wirkung war unterschiedlich, das tragische Ende des Systems aber konnte keine von ihnen verhindern.

LITERATUR

Memoiren, Tagebücher:

ANDORKA, Rudolf: A madridi követségtől Mauthausenig, Budapest 1978.

BARCS, Sándor: Levelek = História, 1983/4.

CIANO gróf naplója 1939–1943, o.O., 1999.

GRATZ, Gusztáv: Magyarország a két háború között, Budapest 2001.

HORY, András: Bukaresttől Varsóig, Budapest 1987.

HORTHY, Nikolaus von: Ein Leben für Ungarn, Bonn 1953.

LÁZÁR, Andor: Visszaemlékezéseim, Budapest 1995.

SZEGEDY-MASZÁK, Aladár: Az ember ősszel visszanéz. Bd. I–II. Budapest 1996.

A német nemzeti forradalom = Külügyi Szemle, 1933/2, 268–274.

A német nemzeti forradalom = Külügyi Szemle, 1933/3, 370–373.

BAJCSY-ZSILINSZKY, Endre: Német világ Magyarországon, Budapest, o.J.

BENCsik, Zsuzsanna (Hrsg.): Hóman Bálint a magyar-német kapcsolatokról = Világosság, 1994/2.

BETHLEN, István: Válogatott politikai írások és beszédek (hrsg. von Romsics Ignác), Budapest 2000.

FENYŐ, Miksa: Hitler, Budapest 1934.

GERGELY, Jenő: Gömbös Gyula. Politikai pályakép, Budapest 2001.

HÓMAN, Bálint: Német-magyar sorsközösség, Budapest 1941 (A Magyar-Német Társaság kiadványai 4).

ILLYÉS, Gyula: Magyarok, Budapest 1938.

JUHÁSZ, Gyula: A Teleki-kormány külpoliti-

kája 1939–1941, Budapest 1964.

KARDOS, József: Legitimizmus, Budapest 1998.

KÓSA, János: Magyarok a németekről, Budapest 1946.

KÓSA, László (Hrsg.): Szabadon szolgál a szellem 1895–1995, Budapest 1995.

KOZMA Miklós: Beszédek és előadások 1919–1938, Bd. II. Budapest 1938.

L. NAGY, Zsuzsa: Bethlen liberális ellenzéke, Budapest 1980.

MACARTNEY, C. A.: Teleki Pál miniszterelnöksége 1939–1941, Budapest 1993.

NÉMEDI Lajos: A németiség magyar szemmel, Debrecen 1935.

NÉMEDI, Ludwig: Das Gesamtdeutschtum im ungarischen Blickfeld, Debrecen 1938.

OLÁH, György: Nem tartozunk a „Südost-raum“-ba! In: Ring, Éva (Hrsg.): Helyünk Európában. Bd. I. Budapest 1986, S. 600–602.

ORMOS, Mária: Egy magyar médiavezér: Kozma Miklós. Bd. I–II. Budapest 2000.

PRITZ, Pál: Horthy Miklós és Edmund Veesenmayer = Rubicon 2001/1–2.

PRITZ, Pál: Magyar diplomácia a két háború között, Budapest 1995.

PRITZ, Pál: Magyarország külpolitikája Gömbös Gyula miniszterelnöksége idején, Budapest 1982.

PROHÁSZKA, Lajos: A Vándor és a Bujdosó, Szeged 1990.

RÁNKI, György: A Harmadik Birodalom árnyékában, Budapest 1988.

ROMSICS, Ignác: Bethlen István. Politikai életrajz, Budapest 1991.



- SAKMYSTER, Thomas: Admirális fehér lovon, Budapest 2001.
- SEEWANN, Gerhard: Ungarns Deutschlandbild in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. In: SÜSSMUTH, Hans (Hrsg.): Deutschlandbilder in Polen und Rußland, in der Tschechoslowakei und in Ungarn, Baden-Baden 1993 (Schriften der Paul-Kleinewefers-Stiftung 1).
- SIPOS, Péter: Imrédy Béla és a Magyar Megújulás Pártja, Budapest 1970.
- SZABÓ, Zoltán: Szellemi honvédelem, Budapest 1991.
- TELEKI, Pál: Európáról és Magyarországról, Budapest 1934.
- TELEKI, Pál: Válogatott politikai írások és beszédek (hrsg. von Ablonczy, Balázs), Budapest 2000.
- TILKOVSKY, Loránt: Bajcsy-Zsilinszky – Írások tőle és róla, Budapest 1986.
- UNGVÁRY, Krisztián: Szálasi Ferenc. In: Romics, Ignác / Bertényi Iván jun. (Hrsg.): Trianon és a magyar politikai gondolkodás 1920–1953, Budapest 1998.
- Aktensammlungen:*
- GRUPP, Peter / STAMM, Christoph (Hrsg.): Akten zur deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945, Serie A 1918–1925, 3. Band, Göttingen 1985.
- Képviselőházi Napló 1931–1936. Bd. XIII, XV. Budapest 1933.
- RÁNKI, György (Hrsg.): Hitler hatvannyolc tárgyalása. Bd. I–II. Budapest 1983.
- RÁNKI, György / PAMLÉNYI, Ervin / TILKOVSKY, Loránt / JUHÁSZ, Gyula (Hrsg.): A Wilhelmstrasse és Magyarország, Budapest 1968.
- SIPOS, Péter (Hrsg.): Imrédy Béla a vádlottak padján, Budapest 1999.
- SZINAI, Miklós / SZÜCS, László (Hrsg.): Horthy Miklós titkos iratai, Budapest 1972.

UNGARN UND DIE HERAUSBILDUNG DER BEZIEHUNGEN ZU DEN BEIDEN DEUTSCHEN STAATEN ZWISCHEN 1949 UND 1989

EINFÜHRUNG

Die Geschichte der ungarisch-deutschen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg aufzuarbeiten, wird über den beschränkten Zugang zu den Archivquellen hinaus zusätzlich durch die Komplexität der politischen Beziehungen erschwert – die über vier Jahrzehnte dauernde Spaltung Deutschlands wie die gleich lange Zugehörigkeit Ungarns und der DDR zur Interessensphäre der Sowjetunion. Die Bundesrepublik Deutschland erlangte binnen relativ kurzer Zeit bereits 1955 ihre

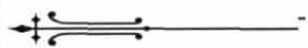
Souveränität zurück, Ungarn hingegen gehörte bis zum 1989/90 einsetzenden Systemwechsel zu dem von der Sowjetunion aus gesteuerten sozialistischen Imperium. In Ungarn entwickelte sich ein diktatorischer Sozialismus, das Land konnte praktisch keine eigenständige Außenpolitik entwickeln, alle außenpolitischen Schritte mußten mit Moskau abgestimmt werden. Dennoch gab es in der Diplomatie der zweiten Hälfte der siebziger Jahre, dann noch stärker in den achtziger Jahren bestimmte Anzeichen einer beginnenden Selbständigkeit, aufgrund derer



*József Hajdú, Ungarns
Gesandter in Berlin
(1950–1953),
besucht am 12. Juni
1951 die Eisen- und
Walzwerke Riesa.
Hajdú (2. von links)
im Gespräch
mit Fritz Naumann,
einem „Helden
der Arbeit“
(Ungarisches
Nationalmuseum)*

*In diesem Gebäude
in Berlin-Treptow
nahm die diplomatische
Vertretung Ungarns
ihre Tätigkeit
1947 in der sowjetischen
Besatzungszone auf
(Außenministerium
der Republik Ungarn)*







Mátyás Rákosi (1892–1971), Vorsitzender des Ministerrates (1952–1953), der an der Spitze einer ungarischen Regierungsdelegation in Berlin weilte, verläßt am 28. Oktober 1952 die Sporthalle in Begleitung von Dr. Correns, Vorsitzender des Nationalrates der Nationalfront der DDR, und Otto Grotewohl (1894–1964), Vorsitzender des Ministerrates (1949–1964) (Ungarisches Nationalmuseum)

sich sagen läßt, daß Ungarn im Ostblock über eine relative Autonomie auf außenpolitischem Gebiet verfügte. Damit könnte man die Situation im Jahrzehnt vor dem Systemwechsel als Phase einer beschränkten Souveränität charakterisieren.

DER RAHMEN DER UNGARISCH- DEUTSCHEN BEZIEHUNGEN NACH 1949

Wie sehen die Bezugsstrukturen und Voraussetzungen aus, die die ungarisch-deutschen Beziehungen nach 1949 grundlegend bestimmt haben?

1. Ungarn verfügte gleich den meisten Ländern des Ostblocks über keine eigenständige Außenpolitik, eine wirklich maßgebende Außenpolitik konnte allein die Sowjetunion führen. Ungarische diplomatische Schritte gegenüber der BRD mußten mit Moskau abgestimmt werden.

2. Die Sowjetunion und die Länder des Ostblocks waren durch ein Netz von Verträgen über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand verbunden und diese kennzeichneten formal auch die Beziehungen Ungarns zur DDR. Wegen der sowjetischen Hegemonie aber können wir auch im Verhältnis dieser beiden Länder zueinander im herkömmlichen Sinne nicht von Außenpolitik sprechen, höchstens von zwischenstaatlichen Angelegenheiten.

3. Die „deutsche Frage“ wie auch die Entwicklung der Situation Berlins bestimmten in entscheidender Weise die Beziehungen zwischen der BRD und Ungarn. Besonders hervorzuheben gilt es die 1955 verkündete sogenannte „Hallstein-Doktrin“, nach der die BRD ihre diplomatischen Beziehungen zu all jenen Ländern abbricht, die das ostdeutsche Regime anerkennen. Ein wichtiges

Ereignis war weiterhin die Grenzschießung vom 13. August 1961 und der folgende Mauerbau in Berlin, welche nicht nur die deutsche Bevölkerung in ihrem Alltag, sondern kurz- und langfristig auch die internationale Politik spürbar beeinflussten.

4. Vor allem in den schlimmsten Jahren des Kalten Krieges, doch auch im allgemeinen erschwerte der scharfe ideologische Gegensatz die Normalisierung der Verhältnisse zwischen den zu den beiden Blöcken gehörenden Ländern.

Allgemein läßt sich über die sozialistischen Länder sagen, daß durch die vollständige Einschränkung des außenpolitischen Spielraumes die Außenministerien ihre Bedeutung gänzlich verloren. Das galt ganz besonders für die Sowjetunion, wo die Leitung der äußeren Angelegenheiten die auf Außenpolitik spezialisierten Abteilungen der Parteizentrale übernahmen, doch war dies auch in den anderen „volksdemokratischen“ Ländern nicht anders. Aus dem Charakter der sowjetischen Hegemonie und der diktatorischen Einrichtungen ergab sich, daß sich im Ostblock neuartige Kanäle der Kommunikation und Übertragung herausbildeten. In diesem neuen Bezugssystem war die Situation der DDR in einem Punkt eigenartig, mußte sie doch de facto fast aus dem Nichts heraus eine neue diplomatische Behördenstruktur aufbauen. Die ostdeutsche politische Führung hat nämlich kaum Diplomaten und außenpolitische Bedienstete übernommen, die bereits in der Hitlerzeit ihren Dienst getan hatten. Nach 1949 gelangten so alte Parteimitglieder und Parteifunktionäre auf ostdeutsche außenpolitische Posten, die als treue Kommunisten politisch zwar zuverlässig waren, dafür aber gar nicht oder kaum über Sachverstand verfügten.

Die am 20. September 1949 gebildete Adenauer-Regierung verfolgte bis 1961 im wesentlichen keine Ostpolitik. Ein Erlangen der Wiedervereinigung machte nicht nur die von der Regierung bewußt betriebene

Außenpolitik der Westintegration unmöglich, sondern auch Zwangsläufigkeiten, die die Entwicklung der BRD nach dem Zweiten Weltkrieg bestimmten. Davon unabhängig ist es zweifelsfrei eine Tatsache, daß die Politik der nationalen Wiedervereinigung von der Adenauer-Regierung den Zielsetzungen der Westintegration untergeordnet worden ist. Adenauer, der in den Jahren zwischen 1951 und 1955 in einer Person zugleich auch Außenminister war, dachte wie viele zeitgenössische Politiker, daß das zweigeteilte Europa auch ein zweigeteiltes Deutschland bedeutet, solange aber der Kontinent gespalten sei, die Vereinigung Deutschlands eine Gefahr bedeute, wenn es denn überhaupt eine Chance dazu gäbe. Obwohl viele spürten, daß die Teilung Deutschlands auch Sicherheit bedeutet, wagten wenige – aus Angst vor den Reaktionen der öffentlichen Meinung –, diesen Standpunkt öffentlich zu formulieren, sie unterstützten statt dessen offiziell die Politik der Wiedervereinigung Deutschlands.

Der Kriegszustand zwischen Deutschland und der Sowjetunion endete im Januar 1955, zwischen Ungarn und Deutschland im März 1955. Im September reiste eine Delegation mit mehr als hundert Gesandten unter der Führung von Adenauer nach Moskau. Die sowjetische Führung aber wollte statt der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten nur über die Normalisierung der Beziehungen zwischen der BRD und der DDR verhandeln und damit bekräftigen, daß sie die Existenz von zwei deutschen Staaten anerkennt. Der deutsche Kanzler willigte schließlich in die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion ein, doch in erster Linie allein deshalb, um einen Vertrag über die Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen zu erzielen. An Bord der zurückfliegenden Maschine formulierte der Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts, Wilhelm Grewe, die Doktrin, die später mit dem Namen Walter Hallsteins, des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts, verbunden wurde. Danach betrachtete die BRD



Eine von Mátyás Rákosi geleitete ungarische Regierungsdelegation besucht am 29. Oktober 1952 die große Kokerei in Lauchhammer, die auf „Wunsch der Arbeiter“ nach Rákosi benannt wurde. Ein Arbeiter des Werkes überreicht Rákosi eine Dose mit Koksproben; 1. von rechts: Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates (1950–1961) Heinrich Rau; von links: Károly Kiss (1903–1983), Außenminister (1951–1952), neben ihm Walter Ulbricht (1893–1973), Generalsekretär (1950–1971) der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates (1949–1950) (Ungarisches Nationalmuseum)



die diplomatische Anerkennung der DDR durch einen dritten Staat grundsätzlich als einen „unfreundlichen Akt“. Auf der Basis der „Hallstein-Doktrin“ brach die BRD am 18. Oktober 1957 ihre diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien, 1963 zu Kuba ab.

Die Zurückstufung der ungarischen Diplomatie in der diktatorischen Zeit, die ihren Namen von dem ersten Sekretär der Ungarischen Partei der Werktätigen, Mátyás Rákosi, bekam, zeigte sich in erster Linie am fehlenden Gewicht, welches die Position des Außenministers und des Außenministeriums als Regierungsorgan im traditionellen Sinne kennzeichnete. In den offiziellen außenpolitischen Positionsbestimmungen mußte auch Ungarn, den übrigen Ländern des Ostblocks vergleichbar, den sowjetischen Richtlinien folgen. Die ungarische Regierung erkannte am 19. Oktober 1949 die gerade erst zwölf Tage alte DDR als souveränen Staat an. Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen und Anerkennung der DDR durch die „volks-

demokratischen“ Länder diente vor allem der (außen)politischen Stärkung des ostdeutschen Staates. Die ungarische Außenvertretung in Ostberlin wurde am 15. Oktober 1953 zu einer Botschaft umgewandelt, an deren Spitze Emánuel Safrankó gelangte. Die Kommunikation zwischen den beiden Ländern blieb allerdings auch weiterhin den Beziehungen zur Sowjetunion untergeordnet, denn Moskau war das Zentrum und die bilateralen Abkommen zwischen sozialistischen Ländern konnten nur zweitrangig sein gegenüber den mit der Sowjetunion geschlossenen Verträgen. Ungarn und die DDR konnten daher für lange Zeit ihre Beziehungen nur in einem eng umgrenzten Bereich ausbauen.

Es ist festzustellen, daß die ungarische Regierung am Anfang keine eigenständige Konzeption in der „deutschen Frage“ hatte, wahrscheinlich aber auch nicht haben konnte. Die ungarische Diplomatie konnte aus Mangel an „eigenständigen“ Erfahrungen und ausländischen Beispielen nicht wissen, „was zu

tun möglich, was erlaubt und was nötig ist (...) im Interesse der Herausbildung eines eigenständigen Arbeitsprogrammes bei den Verpflichtungen gegenüber dem Bündnis-system.“ Seit dem Entstehen der beiden deutschen Staaten betrachtete die ungarische politische Führung die DDR als einzige Vertretung des deutschen Volkes. Auf etwaige Versuche der westdeutschen Regierung, diplomatische Beziehungen aufzunehmen, wurde in Budapest einfach nicht reagiert. Die ungarische diplomatische Vertretung in der DDR wurde zwar mit der Pflege der ungarisch-westdeutschen Beziehungen betraut, doch die Botschaft versah diese Aufgabe nur in einem Maße, wie es aus politischer oder wirtschaftlicher Sicht opportun erschien.

DAS ECHO DES AUFSTANDES 1953 IN OSTBERLIN UND DER UNGARISCHEN REVOLUTION UND DES FREIHEITSKAMPFES VON 1956

„Der Volksaufstand in Ostberlin war der erste in einer ganzen Reihe, dem Budapest, Prag und Peking folgten, wo Massen gegen die kommunistische Diktatur gekämpft haben und für Freiheit und Demokratie eintraten, im ungleichen Kampf zwischen Pflastersteinen und Panzern.“ Diese anschauliche Feststellung von Ferenc Fischer verweist gut darauf, wie antidiktatorische Bewegungen in den sozialistischen Ländern aufeinander folgten, die allesamt gnadenlos niedergeschlagen worden sind. Das gewalttätige Auftreten der Macht hat überall genau gezeigt, wo die Toleranz von Diktaturen ein Ende hat.

Nach dem Tod Stalins (5. März 1953) erwartete die Mehrheit in Ostdeutschland eine

Verbesserung ihrer Lebensumstände. Dazu war eigentlich eine Grundlage bereits geschaffen, denn die neue sowjetische Parteiführung hatte der SED eindeutige Anweisungen zum Kurswechsel, zur Akzeptanz der Politik des „Neuen Kurses“ erteilt. Das von Walter Ulbricht geführte Gremium aber unterstützte die Reformen nicht in vollem Maße. Das Zentralkomitee der SED beschloß auf seiner Sitzung am 13. und 14. Mai 1953, Produktionsnormen zu erhöhen, was dann auch am 28. Mai in einem Beschluß des Ministerrates angeordnet wurde. Die zehnprozentige Normerhöhung betraf besonders die Arbeiter in den staatlichen Betrieben und Fabriken.

Die sowjetische Führung befahl die ostdeutsche Parteileitung am 2. Juni zu sich nach Moskau, wo ein scharfer Konflikt ausbrach. Schließlich wurden die Leute um Ulbricht gezwungen, das sogenannte Berijadokument anzunehmen, welches erhebliche wirtschaftliche Erleichterungen gewährte. Das Politbüro entschied am 9. Juni, das diesbezügliche Dokument wurde am 11. Juni in der Form eines Kommuniqués in der Zeitung „Neues Deutschland“ veröffentlicht. Gültig aber blieb das Regierungsbeschluß, wogegen die Arbeiter am 16. Juni mit Arbeitsunterbrechungen und Protestmärschen demonstrierten. Und obwohl das zur gleichen Zeit tagende Politbüro beschloß, die Normerhöhung praktisch außer Kraft zu setzen, war die Ausdehnung der Protestdemonstrationen zu einer Streikbewegung schon nicht mehr zu verhindern.

Die Tausende von Arbeitern, die sich am Vormittag des 17. Juni versammelten, forderten nicht mehr allein den Rücktritt der Regierung, sondern demokratische Freiheitsrechte, die Wiederherstellung der nationalen Einheit und die Ausschreibung freier Wahlen. Aus der Demonstration wurde ein Volksaufstand, den schließlich sowjetische Panzer niederschlugen. Das Zentralorgan der Ungarischen Partei der Werktätigen (MDP) „Szabad Nép“ [Freies Volk] berichtete schon ab dem 17. Juni in einer Weise



über die Ereignisse, wie man dies später in der Erklärung der SED vom 21. Juni nachlesen kann. Im wesentlichen wurde der Aufstand als „eine faschistische Provokation, ein Putschversuch“ bewertet, die Arbeitsunterbrechungen als aufwieglerische, ordnungsstörende Aktionen von „faschistischen Agenten“ und „ausländischen Söldnern“, verantwortlich gemacht wurden vor allem die Regierung in Bonn und die westlichen Geheimdienste.

Das inhaltliche Übereinstimmen der Leitartikel des „Szabad Nép“ und des „Neuen Deutschland“ verweist nicht nur auf das gute Funktionieren der Parteipresse, sondern auch auf die gute Zusammenarbeit der ostdeutsch-ungarischen Diplomatie. Während aber in Ungarn wegen der Ferne der Ereignisse den Berichterstattem des „Szabad Nép“ noch Vertrauen geschenkt werden konnte, waren diese Lügen der Bevölkerung der DDR nur schwer glaubhaft zu machen. Die Verlautbarungen der Parteiführung zu ihrer eigenen Rechtfertigung (den Arbeitern sei noch nicht klar, daß „die Niederschlagung der faschistischen Provokation auch in ihrem Interesse geschehen ist“, „die Zahl der Personen, die aus Westdeutschland in die Deutsche Demokratische Republik übersiedeln, übersteigt schon an vielen Orten die Zahl derjenigen, die die Deutsche Demokratische Republik verlassen“ usw.), diese Selbstrechtfertigungen konnten von denen leicht durchschaut werden, die als erste im Ostblock gelernt haben, daß im diktatorischen Sozialismus die sowjetischen Panzer und inneren Gewaltapparate der Sehnsucht nach Freiheit Grenzen ziehen. Zwischen 1949 und 1961, dem Jahr der Berliner Grenzschießung, gab es gerade 1953 – mit 330 000 Personen – die größte Zahl von Flüchtlingen in die BRD. Ebenso wie auch 1956, dem Jahr der ungarischen Revolution, da war die Zahl der ostdeutschen Flüchtlinge gleichfalls auffällig hoch. Damals wurden fast 280 000 ostdeutsche Flüchtlinge in der BRD registriert.

Die ungarische Revolution und der Frei-

heitskampf von 1956 unterscheiden sich in mehreren Aspekten vom Juniaufstand des Jahres 1953. Vor allem im zeitlichen Ablauf, denn die entscheidenden Geschehnisse erstrecken sich in Ungarn vom 23. Oktober bis zum 4. November. In der DDR wurde die Parteiführung nach Niederschlagung des Aufstandes zu Konzessionen gezwungen, während es nach Niederschlagung der ungarischen Revolution zu schweren Retorsionsmaßnahmen kam und zu einer Verstärkung der Macht von János Kádár, des Vorsitzenden der „Revolutionären Arbeiter- und Bauernregierung“. Paradoxierteilweise konnte Ulbricht noch fast zwanzig Jahre lang an der Macht bleiben, fiel doch die Verantwortung letztlich dem bis Dezember 1955 hingerichteten Berija zu, der die Einführung der wirtschaftlichen Liberalisierungen vorangetrieben hatte. Imre Nagy, dem hinter der Revolution stehenden ungarischen Ministerpräsidenten, widerfuhr das gleiche Schicksal. Ein weiterer Unterschied besteht auch darin, daß in der DDR der Aufstand grundlegend von der Arbeiterschaft getragen wurde, in Ungarn stand eine viel breitere gesellschaftliche Basis hinter der Revolution.

Die in Budapest am 23. Oktober beginnenden Ereignisse wurden schon zwei Tage später von der SED-Führung als „Putsch konterrevolutionärer Elemente“ verurteilt. Zweifelsfrei löste die Bewegung Unruhe in der Bevölkerung der DDR aus, besonders in den Kreisen der Intelligenz. Ulbricht setzte die Taktik der Selbstkritik von 1953 fort, indem er verkündete, in Ungarn seien Fehler gemacht worden, die die Gegner des Systems ausgenutzt hätten. In der ostdeutschen Presse erschienen wieder die schon bekannten anklagenden Formeln von der „subversiven Arbeit des äußeren und inneren Feindes“.

Die Ereignisse entzweiten auch das Personal der ungarischen Botschaft in Berlin. Botschafter Emanuel Safrankó nahm den lautstarken, konterrevolutionären sowjetischen Standpunkt ein. Andere Botschaftsangehörige wiederum unterstützten Imre Nagy

und verurteilten das Blutvergießen vor dem Parlament. Einige Tage nach dem Ausbruch der Revolution wollte Safrankó seine Mitarbeiter dazu bringen, eine Stellungnahme anzunehmen, die die Revolution verurteilt hätte. Die Führung der Botschaft geriet jedoch inzwischen in die Hände von János Beck, der früher bereits als interimistischer Geschäftsträger tätig war. Safrankó war wahrscheinlich wegen seiner Krankheit nicht mehr in der Lage, die in der Botschaft vor sich gehenden Prozesse zu beeinflussen, so konnte er auch dagegen nichts unternehmen, daß die Anleitung der Arbeit der Auslandsvertretung ab dem 31. Oktober vom revolutionären Komitee übernommen wurde, das in der Botschaft gegründet worden war. Ein scharfer Konflikt entstand dann, als die Botschaftsangestellten das Staatswappen vom Gebäude entfernten. Safrankó hatte nämlich als Antwort ostdeutsche Behörden zu Hilfe gerufen und ließ am 4. November – damit gegen internationales Recht verstoßend – drei seiner Mitarbeiter an der Botschaft, unter ihnen János Beck, verhaften. Am gleichen Tag begrüßte das Staatsoberhaupt Wilhelm Pieck die Bildung der Kádár-Regierung, zwei Tage später gab das ZK der SED eine Erklärung „über den Sieg der ungarischen Arbeiter über die Konterrevolution“ heraus.

Die westdeutsche Presse berichtete fortlaufend von den Ereignissen. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ benutzte in den Leitartikeln auf der ersten Seite gleichzeitig den Begriff des Aufstandes und den der Revolution. Es wurde üblich, daß in Aufsätzen neben dem Leitartikel die Ereignisse der Revolution bewertet und die Hauptakteure – wie Imre Nagy und János Kádár – eingeschätzt wurden. Das von Ungarn gezeichnete Bild wurde besonders positiv, als offensichtlich war, daß die Ungarn auf keine Unterstützung aus dem Westen rechnen konnten und trotz der Aussichtslosigkeit den Kampf weiter fortführten. Adenauer zog bei der Sitzung des Bundestages die Parallele zwischen den Ereignissen von 1953 und 1956. Er betonte, daß



*Emánuel Safranko
(1890–1965),
Ungarns Botschafter
(1953–1957)
hält eine Festansprache
am 3. April 1955
auf der Berliner
Volksbühne
auf einer Gedenkfeier
zum 10. Jahrestag
der „Befreiung“
Ungarns
(Ungarisches
Nationalmuseum)*

die ungarische Nation zwar allein in den Freiheitskampf getreten sei, daß sie jedoch „die moralische Unterstützung aller freien Völker der Welt“ genieße.

Die ungarische Revolution 1956 bzw. deren Niederschlagung beeinflusste die Politik der ostdeutschen Parteiführung maßgeblich. Die Ereignisse in Ungarn waren für die SED-Führung unter Walter Ulbricht vor allem aus drei Gründen von immanenter Bedeutung:

1. die Chancen der Parteiopposition wurden damit erheblich verschlechtert,
2. die Zahl der Flüchtlinge aus der DDR stieg wieder sprunghaft an, und
3. die Gefahr der Wiederholung des ostdeutschen Aufstandes konnte damit nicht mehr unbedingt ausgeschlossen werden.

Innerhalb der Parteiführung kristallisierten sich in der Folge zwei diametral entgegengesetzte Positionen heraus: Ulbricht und seine Anhänger glaubten, eine Wiederholung der Ereignisse 1953 und 1956 mit einer härteren Gangart und dem Verbot jeglicher öffentli-



István Rostás
(1906–1966),
Ungarns
Botschafter
in Berlin
(1957–1962),
im Jahre 1966
(Ungarisches
Nationalmuseum)



cher Systemkritik verhindern zu können, während eine andere Richtung die Ansicht vertrat, den Problemen nur mit einer offenen sowohl parteiinternen als gesellschaftlichen Debatte beikommen zu können.

Das 29. Plenum des ZK des SED vom 12. bis 14. November 1956 führte zur eindeutigen Stärkung der konservativen Richtung. Die Tragweite der ungarischen Ereignisse zeigte auch, daß am 30. Plenum, das zwischen dem 30. Januar und dem 1. Februar 1957 abgehalten wurde, Erich Honecker erklärte, daß sich die Zentrale Kontrollkommission der Partei „mit dem Verhalten und der staatsfeindlichen Tätigkeit mehrerer Genossen“ beschäftigt habe: Die ostdeutsche Führung hatte also begonnen, potentielle Feinde in ihren eigenen Reihen aufzuspüren. Eine weitere Lehre der Ereignisse in Ungarn war das unterschiedliche Verhalten der „Nationalen Volksarmee“ und des „Ministeriums für Staatssicherheit“ – deshalb wurden die bewaffne-

ten Kräfte der Staatssicherheit im Frühjahr 1957 der Befehlsgewalt des „MfS“ entzogen und dem Ministerium für Inneres zugeteilt.

Die von der ungarischen Revolution 1956 geschaffene Situation verhinderte also damit nicht nur kurzfristig, sondern auch langfristig ein Überdenken des harten Kurses der DDR-Führung.

WENDEPUNKT IN DEN WESTDEUTSCH- UNGARISCHEN BEZIEHUNGEN: VON DER „HALLSTEIN-DOKTRIN“ BIS ZUM AUSBRUCH DER UNGARISCHEN REVOLUTION UND DES FREIHEITSKAMPFES

Die „Hallstein-Doktrin“ wurde mit einer dreifachen Zielsetzung verkündet. Zunächst, um mit der Aussicht auf Abbruch der diplomatischen Beziehungen die Anerkennung der DDR durch Drittstaaten zu verhindern. Das zweite Ziel war, darauf aufmerksam zu machen, daß die DDR kein souveräner Staat im traditionellen Sinne des Wortes sei. Drittens ging es darum, weiter festzuhalten, allein die Bonner Regierung sei frei gewählt, daher sei ausschließlich sie die legitime Vertreterin des deutschen Volkes.

Am 11. Dezember 1955 gab der schon erwähnte Wilhelm Grewe, der Leiter der Politischen Abteilung des westdeutschen Auswärtigen Amtes, ein Interview über die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion. Der Reporter ließ nicht locker und fragte, welchen Sinn die Anwendung der „Hallstein-Doktrin“ denn habe, wenn ausgerechnet mit der größten Macht, der Sowjetunion, die den ganzen Ostblock lenkt, die BRD dennoch diplomatische Beziehungen aufnimmt. Grewes Antwort bestand im

wesentlichen darin, die Sowjetunion sei die Macht, von deren Entscheidung und Haltung die deutsche Einheit abhängt. Zur deutschen Wiedervereinigung könnten die übrigen sozialistischen Länder wie zum Beispiel Ungarn ohnehin nicht beitragen, weil ihre Außenpolitik völlig der Sowjetunion untergeordnet sei.

In Ungarn kristallisierten sich inzwischen zwei Standpunkte in Bezug auf die Beziehungen zu Westdeutschland heraus. Der eine glaubte, die dortige Regierungsoption unterstützen zu müssen, denn ausschließlich unter SPD-Führung könne sich eine Möglichkeit zur Änderung der Außenpolitik der BRD ergeben. Die andere Seite vertrat die Ansicht, es müsse sich zwischen der BRD und Ungarn ein Zustand des *modus vivendi* herausbilden. Im ungarischen Außenministerium hatten beide Positionen Unterstützer, die zweite Position aber hatte wohl mehr Gewicht. Das ist auch verständlich, denn es war unwahrscheinlich, daß Ungarn über die Kontaktaufnahme mit der Opposition hinaus den Antipoden der Adenauer-Politik eine relevante Unterstützung hätte leisten können. Die Auseinandersetzungen zeigten jedenfalls eindeutig, daß Ungarn das Bedürfnis empfand, sich der internationalen Situation anzupassen. Der Austausch von Ideen war praktisch das erste Zeichen der Bestrebung, der streng beschränkten ungarischen Außenpolitik eigene Positionen zu verschaffen. Obwohl aus heutiger Sicht im Rückblick die Alternative, also die Unterstützung der Opposition, merkwürdig erscheint, wurde diese Möglichkeit in der Mitte der fünfziger Jahre doch ernsthaft erwogen. Dies untermauert zum Beispiel ein Bericht des ungarischen Botschafters in Berlin, nach dem es wahrscheinlich sei, daß im Falle einer Wahlniederlage Adenauers die BRD bereit wäre, diplomatische Beziehungen mit den sozialistischen Ländern aufzunehmen. Dieser Bericht ging – sich auf die Ansicht maßgeblicher tschechoslowakischer Diplomaten stützend – davon aus, daß Adenauer bereits vor

den Bundestagswahlen auf diesem Gebiet großes Entgegenkommen zeigen würde, weil die Opposition nur auf außenpolitischem Gebiet ausreichend Angriffsflächen fände, bzw. daß der Kanzler so versuchen könnte, seine Position zu wahren.

Das Ergebnis der Wahlen vom 6. September 1957 offenbarte die politische Unterstützung (den Erfolg) der von Adenauer betriebenen Westintegration und die überaus naive Situationseinschätzung zahlreicher ostmitteleuropäischer Diplomaten aus dem sozialistischen Lager. Die CDU/CSU gewann mit einem in der Geschichte der bundesdeutschen Wahlen überwältigenden Vorsprung, sie kam auf 50,2 % der Stimmen. Ab Herbst 1956 baute die ungarische Botschaft Beziehungen zu westdeutschen liberalen Politikern bzw. zu entscheidenden Persönlichkeiten, die der FDP nahestanden, auf – so zu Walter Scheel, dem späteren Bundespräsidenten.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß 1955/56 ein Bündel von zum Teil miteinander verbundenen, zum Teil völlig unabhängig voneinander wirkenden Faktoren sowohl in der BRD als auch in Ungarn die Positionen zu den Beziehungen zwischen beiden Ländern verändert hat. Früher hatte nur Bonn versucht, die Beziehungen auszubauen, und war dabei in Budapest auf Zurückweisung gestoßen. Die Richtung des diplomatischen „Vorantastens“ hat sich 1955 gedreht: Das ungarische Außenministerium suchte nun über seine Vertretung in Berlin Bekanntschaft vor allem zu den Kreisen der Opposition. Von westdeutscher Seite aus erfolgte die Veränderung wegen der Verkündung der „Hallstein-Doktrin“, von ungarischer Seite aus hingegen erstarkte der Wille nach einer „eigenständigen“ Position in der „deutschen Frage“. Die Sowjetunion hatte ohnehin – im Gegensatz zu den sozialistischen Ländern des Ostblocks – nach Beendigung des Kriegszustandes diplomatische Beziehungen mit der BRD aufgenommen, später in vielen Stellungnahmen bekräftigt, daß sie die Existenz von zwei deutschen Staaten anerkennt.



Die BRD und die DDR waren damals schon in die Bündnissysteme integriert (NATO, Westeuropäische Union, Warschauer Pakt), die wesentlichen Unterschiede zwischen den beiden Staaten waren deutlich sichtbar. Aus Sicht der deutschen Bevölkerung erwies sich der deutliche Unterschied im Bereich des Lebensstandards als besonders wichtig, der auf den wirtschaftlichen Aufschwung in Westdeutschland zurückzuführen war. Ungarn nahm die Veränderungen wahr und hätte gern den Außenhandel mit der BRD erweitert, das aber wurde durch das Fehlen der diplomatischen Beziehungen, den politischen Charakter der Planwirtschaft und durch das ständige Mißtrauen der DDR verhindert. Als die ungarischen Bestrebungen nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen an die Öffentlichkeit gelangten, erkundigte sich das Ministerium für Staatssicherheit der DDR (!) augenblicklich bei dem Berliner Botschafter nach dem Wahrheitsgehalt dieser Nachricht.

Die geänderte diplomatische Situation war nicht von langer Dauer. Der Ausbruch der ungarischen Revolution im Oktober 1956 ließ die entstandenen Beziehungen zwischen der BRD und Ungarn abbrechen.

DER INTERNATIONALE BOYKOTT UND DIE ISOLIERUNG NACH 1956

Nach dem 4. November 1956 verurteilte die Adenauer-Regierung die sowjetische Intervention scharf und betrachtete die Kádár-Regierung als illegitim. Der Abschluß des im Oktober 1956 paraphierten Handelsübereinkommens wurde hinausgeschoben und erst Mitte 1957 wurde wieder Bereitschaft signalisiert, ein Handelsabkommen für ein halbes Jahr (!) zu schließen. Die BRD beteiligte sich an dem internationalen Boykott

*Rolf Labr,
Staatssekretär
des Außenamtes
der Bundesrepublik
Deutschland bei
seinen Gesprächen
in Budapest
im Beisein des stell-
vertretenden
Außenministers
Béla Szilágyi
(von links)
im Januar 1967
(Ungarisches
Nationalmuseum)*



gegen die Kádár-Regierung. Die westdeutschen Journalisten und Politiker, die mit der Botschaft in Berlin Beziehungen unterhielten, vermieden für Monate jeden persönlichen Kontakt. Nach der Ablösung von Emánuel Safrankó stand die Botschaft unter der Leitung von János Beck, dem am 28. Februar 1957 – ebenfalls in der Eigenschaft eines interimistischen Geschäftsträgers – Zoltán Fodor folgte. Am 4. Mai 1957 wurde István Rostás zum neuen ungarischen Botschafter in Berlin ernannt. Die personellen Veränderungen erklärten sich vor allem durch das Mißtrauen seitens des Außenministeriums der DDR.

Nach 1956 verlangte das ungarische Außenministerium von der Berliner Botschaft eine Ausweitung der Informationsbeschaffung über die BRD. Es gehörte zwar schon vorher zu den Aufgaben der ungarischen Botschaft in der DDR, Informationen über die Bundesrepublik zu sammeln, doch zahlreiche Faktoren machten es nun erforderlich, daß das Außenministerium genauere Informationen über die westdeutsche Außenpolitik erhielt, besonders in Hinblick auf die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit den östlichen Ländern. Wie wir gesehen haben, hatte die ungarische Diplomatie 1955/56 bei der Aufnahme der Beziehungen mit Westdeutschland ein dreifaches Ziel:

1. die Entwicklung des Außenhandels,
2. die Aufnahme diplomatischer Beziehungen,
3. den Ausbau der Beziehungen zur westdeutschen Opposition.

Auch die Kádár-Regierung teilte die Einschätzung, daß diese Ziele den langfristigen außenpolitischen Vorstellungen Ungarns entsprechen. Bei der veränderten Gesamtlage war aber nun die Hauptfrage: Wie kann Ungarn die Isolierung durchbrechen?

Der Sieg der CDU/CSU bei den Wahlen im September 1957 wurde in Budapest als schlechtes Vorzeichen gewertet. Im Außenministerium glaubte man, daß die Wieder-

wahl Adenauers allgemein unvorteilhafte Auswirkungen auf die Normalisierung der Verhältnisse zu den sozialistischen Ländern haben würde, speziell auf das Verhältnis zwischen Ungarn und Westdeutschland. Die ungarische Diplomatie hat sich hier nicht getäuscht, die Zeitung „Rheinischer Merkur“ brachte in ihrer Ausgabe vom 20. September einen Artikel, der den Ausschluß Ungarns aus der UNO und einen diplomatischen Boykott prophezeite. Es besteht kein Zweifel daran, daß die auf Isolierung zielende Politik der BRD eine wichtige Rolle gespielt hat (wenn man so will: ursächlich war) dafür, daß die ungarische Außenpolitik bald schon von ihrem bisher verfolgten Weg abgewichen ist.

Im Dezember 1957 wurden im Außenministerium bezüglich der Frage der ungarisch-deutschen Beziehungen folgende drei, weitgehend propagandistische Richtlinien angenommen, die einen Bruch mit der bisher verfolgten Politik bedeuteten und in ihren Formulierungen eher die Phase nach 1949 heraufbeschwören.

1. „In unseren Beziehungen mit Deutschland stellen wir die bestehenden Beziehungen mit der DDR als einem sozialistischen Land in den Vordergrund. Das Entstehen der deutschen Einheit unterstützen wir auf der Basis der Vorschläge der DDR und der Sowjetunion.“

2. Unser strategisches Ziel in der Beziehung zur BRD: Unterstützung des ganzen sozialistischen Lagers in seinem Bestreben, die BRD von der NATO zu trennen. Schwächung der Positionen des westdeutschen Imperialismus und Militarismus, Steigerung der Spannungen zu seinen Gegnern.

3. Mit dem Ziel, diese Politik zu verwirklichen, bemühen wir uns gleichzeitig um eine Regelung der diplomatischen Beziehungen.“

Die ungarische Diplomatie machte auch nach 1956 den Fehler, daß sie die Möglichkeit nicht nutzte, Beziehungen mit westdeutschen Regierungsparteien zu knüpfen, daß sie vielmehr in erster Linie Bekanntschaft suchte mit libe-



ralen und sozialdemokratischen Vertretern. Die Botschaft in Berlin mußte ihre westdeutschen Beziehungen so aufrecht erhalten (und eventuell ausbauen), daß dadurch die Interessen der DDR nicht verletzt wurden und kein Mißtrauen gegenüber den ungarischen politischen Kreisen entstand. Daher wurde István Rostás, der neue Berliner Botschafter, angewiesen zu berichten, welchen Standpunkt die DDR-Regierung gegenüber Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern und der BRD einnehme. Die offiziellen Organe der DDR beanstandeten 1957 mehrfach, daß die ungarischen Reisenden zu einem großen Teil nach West-Berlin gehen, in den Stadtteil, der nach der damaligen und späteren ostdeutschen Diktion „ein feindliches Aktionszentrum“, „ein vorgeschobenes Zentrum kapitalistischer Agenten“ war. Ähnlich beschwerte sich die SED-Führung mehrfach, die ungarische Botschaft in Berlin unterhielte Beziehungen zu Westberlinern und zu Westdeutschen.

István Rostás nahm seinen Posten in Berlin am 4. Mai 1957 ein. Nach dem früheren Personenwechsel galt Rostás für die ostdeutsche Führung endlich als akzeptable Person. Das zeigte sich auch darin, daß er bereits am 7. Mai von Außenminister Lothar Bolz empfangen und am 8. Mai – bei der Kranzniederlegung am sowjetischen Ehrenmal in Treptow – Walter Ulbricht und Ministerpräsident Otto Grotewohl vorgestellt wurde. Am 9. Mai wurde Rostás von Grotewohl, am 10. Mai von Ulbricht, dann von Verteidigungsminister Willi Stoph offiziell empfangen, der später Ministerpräsident (1964–1973) und Staatsoberhaupt (1973–1976) der DDR war. Einen bedeutenden Teil der Arbeit von Rostás machten Konsularaktivitäten im Zusammenhang mit Reisegesuchen aus. Die Erklärung dafür ist, daß die Regierung der DDR seit dem 5. Dezember 1956 einen Visumzwang verordnet hatte, der zweifellos mit den gewaltigen Flüchtlingsströmen nach der ungarischen Revolution zusammenhing. In Buda-

*János Kádár
(1912–1989)
1. Sekretär
des ZK
der Ungarischen
Sozialistischen
Arbeiterpartei,
verabschiedet
den Leiter
einer Partei- und
Regierungsdelegation
der DDR,
Walter Ulbricht
(1893–1973),
vor seiner
Abreise nach einem
Ungarnbesuch
am 19. Mai 1967
(Ungarische
Nachrichtenagentur
MTI, Fotoarchiv)*



pest meinte man, besonders im kulturellen Bereich eine gewisse Zurückhaltung der DDR gegenüber Ungarn feststellen zu können. Das Außenministerium sah den Grund für die Irritation auf ostdeutscher Seite im Verhalten der in der DDR lebenden und arbeitenden ungarischen Künstler, die vielfach für die Revolution eingetreten waren oder emigrierten.

Eine ungarische Partei- und Regierungsdelegation unter der Führung des Ministerpräsidenten (1958–1961) Ferenc Münnich besuchte vom 20. bis zum 25. März 1958 die DDR. Die Ostdeutschen hätten gern János Kádár an der Spitze der Delegation gesehen, daher war am ersten Tag auch eine gewisse Spannung zu spüren: Walter Ulbricht blieb sogar dem Empfang fern. Als Resultat der Verhandlungen gaben die beiden Seiten eine gemeinsame Erklärung über den Stand der Beziehungen ihrer Länder bzw. über die identischen Prinzipien ihrer Politik heraus. Darüber hinaus wurde ein über drei Jahre laufendes, langfristig angelegtes Handelsabkommen unterschrieben. Das war auch deshalb notwendig, weil wegen der seit 1953 laufenden Volkswirtschaftspläne die jährlichen und die längerfristigen Handelsabkommen nicht mehr im Einklang miteinander standen. Seit 1949 nämlich schloß Ungarn in jedem Jahr ein Warenverkehrs- und Zahlungsabkommen mit der DDR, 1952 aber unterschrieben beide Seiten ein Abkommen mit längerer Laufzeit, das bis 1955 gültig war. Der Warenverkehr war in der Summe zwischen 1949 und 1959 fortwährend gestiegen, doch wegen der ungleichmäßigen Entwicklung zwischen 1954 und 1958 übertraf seit 1956 der Import den Export. Für Ungarn war der Außenhandel mit der DDR vorteilhaft und wichtig, denn die DDR kaufte unter den sozialistischen Ländern die größte Menge von Landwirtschaftsprodukten und konnte im Austausch Industrieprodukte exportieren.

AUSBRUCH AUS DER ISOLIERUNG – DIE GENESIS DER OSTPOLITIK UND DIE BERLINER MAUER

In ihrer die ungarische Außenpolitik im 20. Jahrhundert analysierenden Monographie begreifen Mihály Fülöp und Péter Sipos es als eine Erweiterung des Spielraums der ungarischen Außenpolitik, daß der Kreis der diplomatischen Beziehungen wuchs, 1955 waren es sechsunddreißig Länder, 1958 neununddreißig, 1962 schon siebenundfünfzig. Obwohl die Zahlen ein eindrucksvolles Wachstum ahnen lassen, glauben wir dennoch nicht, daß der Spielraum des Landes damit erheblich gewachsen ist. Das Wachstum ist vielmehr gerade der Politik zu verdanken, die dem Ausbruch aus der internationalen Isolierung diene. Vor der Normalisierung der Beziehungen zwischen der UNO und Ungarn 1963 versuchte die Kádár-Führung auf zweifache Weise, ihre internationale Isolation zu durchbrechen:

1. mit dem Vertrauensgewinn und Beziehungsausbau zu den benachbarten sozialistischen Staaten bzw.
2. mit der Öffnung gegenüber der sowjetfreundlichen Dritten Welt und den nichtgebundenen Staaten.

Ende 1959 kamen das Außenministerium und das Außenhandelsministerium zu dem Standpunkt, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der BRD nicht zu forcieren, sondern der westdeutschen Seite die Initiative zu „überlassen“. Bei den Verhandlungen über das Handelsabkommen für 1960 (im November/Dezember 1959) hielten es die verhandelnden Parteien nicht für angebracht, die Frage zu diskutieren. Damit gab es auch keinen Fortschritt in der Frage des rechtli-



chen Status von Handelsaußenstellen, einer bundesdeutschen in Budapest und einer ungarischen in Frankfurt. Im September 1960 akzeptierte – auf sowjetische Initiative – das Politbüro der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei die sogenannte Westberlin-Klausel, die später bei den Verhandlungen mit der BRD zu einem ständigen Streitthema wurde. Als unmittelbare Vorgeschichte ist zu erwähnen, daß Ulbricht einen Brief an János Kádár richtete, in dem er ihn darüber informierte, daß die DDR-Behörden ab dem 15. September 1960 die westdeutschen Reisepässe der Westberliner Bürger nicht mehr akzeptieren, sondern ausschließlich nur noch ihre Personalausweise. Als Begründung führte er an, daß Reisepässe eines Staates (der BRD), dem Westberlin nicht angehört, nicht als offizielle Dokumente angenommen werden können, und er bat Kádár, diese Verfügung auch ungarischerseits zu unterstützen. Die übereifrigen ungarischen Politiker setzten jedoch weit über den Wunsch

der Ostdeutschen hinaus weitere Verschärfungen in Kraft. Das Außenministerium informierte die ungarische Botschaft in Berlin, daß 1. zu einer Ausreise nach Westberlin von Organen der BRD kein Visum beantragt werden kann, 2. dadurch Ausreisen privaten Charakters nach Westberlin praktisch eingestellt werden und 3. auch offizielle Ausreisen nach Westberlin nur nach Begutachtung durch das Außenministerium in Budapest genehmigt werden können, was gleichzeitig auch eine Vorabstimmung mit den ostdeutschen Organen voraussetzte. Die ungarischen Außenhandelsorgane konnten von jetzt an die mit der BRD geschlossenen (oder zu schließenden) Handels- und Zahlungsvereinbarungen in ihrer Gültigkeit nicht mehr auf den Raum Westberlins ausdehnen. Der Bonner sowjetische Botschafter Smirnow kritisierte jedoch die Rückzugstaktik der ungarischen Regierung. Am 18. November 1960 sprach er mit József Buzás, dem Leiter der ungarischen Handelsstelle in Frankfurt, und riet

*János Kádár,
1. Sekretär des ZK
der Ungarischen
Sozialistischen
Arbeiterpartei und
Helmut Schmidt
(*1918),
Bundeskanzler
der Bundesrepublik
Deutschland
(1974–1982),
während ihrer
Verhandlung
am 28. April 1982
in Bonn
(Ungarische
Nachrichtenagentur
MTI, Fotoarchiv)*



ihm, Ungarn solle bei der nächsten Verhandlung den Abschluß eines Handelsvertrages auf Regierungsebene und die Regelung der rechtlichen Situation der Handelsstelle vorschlagen.

Die Berliner Grenzschießung am 13. August 1961 und der darauf folgende Bau der Mauer haben nicht nur eine entscheidende Rolle in der Entwicklung der innerdeutschen, sondern auch der internationalen politischen Ereignisse gespielt. Verursacht wurde der Bau der Mauer wesentlich durch die Gefahr des wirtschaftlichen Zusammenbruchs der DDR. Zwischen 1949 und 1961 hatten etwa 2,7 bis 3 Millionen Staatsbürger die DDR verlassen. Allgemein läßt sich feststellen, daß ausgebildete Fachkräfte die Mehrheit unter den Flüchtlingen ausmachten. Die Angaben zeigen, daß besonders viele Ingenieure, Lehrer, Ärzte, Zahnärzte und Apotheker das Land verließen, und zwar in einem solchen Ausmaß, daß in mehreren Städten Arbeitskräftemangel in diesen Berufen entstand. Es ist leicht einzusehen, wie stark eine Fluchtwelle von so großem Ausmaß, die über Jahre andauert, ein Land sowohl wirtschaftlich als auch politisch ruiniert. Die DDR wäre ohne Zweifel früher oder später von innen her zusammengebrochen, hätte sie nicht auf irgendeine Weise den massenhaften Ausstrom von Arbeitskräften eingedämmt. Im März 1961 war gerade János Kádár einer der Parteiführer, der den Bau der Mauer ablehnte. Bis zum August 1961 hatte sich die wirtschaftliche Situation so schwerwiegend verschlechtert, daß Ulbricht die ersten Parteisekretäre der Länder des Warschauer Paktes auf der Konferenz in Moskau geradezu erpressen konnte, als er sagte, die DDR werde ihre wirtschaftlichen Verpflichtungen nicht erfüllen können. Jeder war sich natürlich darüber klar, wie unpopulär diese Entscheidung sein würde. Doch was in der Politik der Großmächte eine „unpopuläre Entscheidung“ war, führte in den alltäglichen menschlichen Beziehungen zu Tragödien. Denn durch den Bau der Mauer wurden Tausende von Familien, Freunden und Bekann-

ten auseinandergerissen, und das nicht nur in Berlin, sondern auch in beiden deutschen Staaten.

Die ungarische Botschaft in Berlin informierte das Außenministerium bereits ab Anfang der 50er Jahre über die Flüchtlingsfrage und die Lage der sog. Grenzgänger. Letzterer Begriff wurde für jene Einwohner von Ostberlin verwendet, die in Westberlin einer Arbeit nachgingen; ihre Zahl belief sich im August 1961 auf etwa 50 bis 55 Tausend. Die Berichte der Botschaft sind deshalb von grundlegender Bedeutung, weil sie für die jeweilige ungarische politische Führung oft die einzige Information über jene Prozesse bedeuteten, die in der DDR und in Berlin vor sich gingen. Aus einem Brief des Botschafters Emánuel Safrankó vom Mai 1956 stellt sich beispielsweise heraus, daß die DDR-Behörden überhaupt keine genauen Statistiken über die Anzahl der Flüchtlinge hatten und er erst nach monatelangen Versuchen jene westdeutschen Statistiken beschaffen konnte, deren Daten er aus der Presse bereits kannte. In seinem Schreiben vom 17. November 1958 unterrichtete Botschafter Rostás Budapest über die stets steigende Anzahl von „Dissidenten“. Er verwies darauf, daß im ersten Halbjahr 1958 besonders viele Ärzte und Apotheker das Land verließen und nicht selten Spitalsstationen wegen des auftretenden Arbeitskräftemangels geschlossen werden mußten. Als Beispiel nannte er den Fall einer Kleinstadt bei Halle, wo alle Mitarbeiter einer Entbindungsstation von einem Tag zum anderen wortwörtlich „abgehauen“ waren, bzw. die Stadt Dresden, wo insgesamt nur noch zwei Augenärzte verblieben, die eine Privatpraxis hatten und daher die Klinik wegen völliger Überforderung die Patienten nicht mehr aufnehmen konnte. László Mátyás, der erste Sekretär an der Botschaft, schrieb öfters längere Berichte über die Lage der Grenzgänger. Aus seinen Berichten ging hervor, daß die Arbeit in mehreren Fabriken und Betrieben (z.B. im Glühlampenwerk) deshalb „verunmöglicht“ wurde, weil



viele nach einem anderen Job in Westberlin Ausschau hielten, wofür sie fünfmal so viel an Lohn erhielten als in Ostberlin. Die Tragödie der Grenzsperre vom 13. August war auch durch die Daten in einem anderen Bericht veranschaulicht: 70 Prozent der Mitarbeiter des Berliner Verlags hatten unmittelbare Familienangehörige (Eltern oder Geschwister) in Westberlin.

Mit dem Bau der Mauer kam die „deutsche Frage“ in gewisser Weise zu einem Ruhepunkt, die Berliner Krise beruhigte sich. Für Ungarn wurde es möglich, die innerdeutschen Beziehungen eher zu umgehen als früher und nunmehr Beziehungen zur DDR und zur BRD gleichermaßen aufzubauen. Bei Gültigkeit der sowjetischen Hegemonie bot sich nun die Gelegenheit, die Grenzen des eigenständigen Spielraumes auszutasten. Im Falle der BRD konnte man auch mit Veränderungen rechnen, weil es dort zu einer ersten, provisorischen Formulierung der Ostpolitik

gekommen war. (Am 31. Mai und am 9. Juni 1961 waren im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages Entschließungsanträge beschlossen worden, die von allen Fraktionen des Parlaments unterstützt wurden. Sie enthielten die grundlegenden Leitideen der Bundesregierung zur Ostpolitik.)

Ungarn benutzte in seiner politischen Rhetorik zwar weiterhin die propagandistischen Formulierungen, in den wirtschaftlichen Beziehungen aber – damit dem Rat des sowjetischen Botschafters in Bonn, Smirnow, folgend – suchte Ungarn Wege der Verständigung. Das bestätigt die Note vom 27. März 1962, in der die ungarische Regierung zum ersten Mal ihre Position im Verhältnis zur BRD darlegte. Laut dieser Note lebten die Kräfte des Militarismus in der BRD neu auf, Revanchismus und Faschismus gewannen Platz im öffentlichen Leben, was auch dadurch bewiesen werde, daß die ungarische rechtsextreme Emigration und Führer des

*Ostdeutsche
Flüchtlinge strömen
am 19. August 1989
(noch illegal!) über
die aus Anlaß
des Paneuropäischen
Picknicks vorüber-
gehend geöffnete
ungarisch-
österreichische
Grenze
(Ungarisches
Nationalmuseum)*



„Volksbundes“ in der BRD aktiv seien. Die Note hielt die BRD für das Zentrum der gegen Ungarn gerichteten Aktivitäten.

Wäre der Gehalt dieser Note in der BRD nicht als gewöhnliche Propagandaphrase aufgefaßt und der Schritt der ungarischen Regierung nicht als Akt diplomatischer Routine gewertet worden, so hätte man nicht so schnell schon zur Tagesordnung übergehen können. Auch wäre dann wohl kaum am 9. November 1963 der langfristig laufende Vertrag über den Handels- und Zahlungsverkehr sowie die Einigung über die Errichtung von Handelsvertretungen unterschrieben worden. Auf dieser Basis durfte der Budapester Vertreter der BRD sich ausschließlich mit Handelsangelegenheiten befassen, die diplomatischen und kulturellen Angelegenheiten gehörten nicht in seinen Kompetenzbereich. Nach 1963 wuchs das Volumen des Handelsverkehrs bedeutend an: Der Gesamtverkehrswert stieg von 483 Millionen DM im Jahre 1963 auf 692 Millionen DM im Jahre 1966. Mit ihrem Anteil von 17–18 % nahm die BRD den ersten Platz im Handel mit kapitalistischen Ländern ein.

Der Vertrag vom November 1963 und Handelsabkommen mit anderen sozialistischen Ländern (Polen, Rumänien, Bulgarien) deuteten die Richtlinie der bundesdeutschen Ostpolitik an. Die „Hallstein-Doktrin“ blieb weiterhin gültig, doch richteten sich die außenpolitischen Bemühungen in erster Linie nicht an die DDR und die Sowjetunion, sondern an die anderen Länder des sozialistischen Ostblocks. Als Resultat der seit 1961 geführten Ostpolitik gelang es also der BRD, zu den ostmitteleuropäischen Staaten (Handels-) Beziehungen auszubauen,

1. ohne das seit 1955 angewendete außenpolitische Prinzip aufgeben zu müssen und
2. dennoch erfolgreich festzuhalten an dem Ziel, die DDR zu isolieren.

Die sogenannte „Friedensnote“, die die Bundesregierung im März 1966 allen betroffe-

nen sozialistischen Ländern mit Ausnahme der DDR zukommen ließ, spiegelte ebenso diese spezifische Situation der westdeutschen Außenpolitik wider.

Am 1. Dezember 1966 kam es unter Führung des Kanzlers Kurt Georg Kiesinger und Willy Brandt zur Bildung der großen Koalition aus CDU/CSU und SPD. Kiesinger hielt sich ähnlich wie sein Kanzlervorgänger Erhard an die „Hallstein-Doktrin“, doch war dennoch eine vorsichtige Uminterpretierung zu spüren, die sich an den Namen Gerhard Schröders, des Außenministers (1961–1966) und späteren Verteidigungsministers (1966–1969), knüpft. Danach kam die „Hallstein-Doktrin“ in ihrer ursprünglichen, strengen Form nur mehr bei kapitalistischen und entwickelten Ländern zum Tragen. Es war also damit zu rechnen, daß Rolf Lahr, der Staatssekretär im Außenministerium, im Januar 1967 bei seinem Besuch in Budapest auch die Frage nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen aufwerfen würde. In der ungarischen Führung aber hatte niemand damit gerechnet, daß die Regierung der BRD ein paar Tage nach der Abreise des Staatssekretärs Lahr diplomatische Beziehungen zu Rumänien aufnehmen wird, welche die bei den Verhandlungen in Budapest vorgelegten Vorstellungen weit übertrafen.

Viele Politiker des Ostblocks werteten die aufgenommenen Beziehungen zu Rumänien als einen westdeutschen Schritt, der auf die Isolierung der DDR zielte. Als Gegengewicht dazu schlossen die sozialistischen Länder im Frühling 1967 einen Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand mit der DDR. Der ungarisch-ostdeutsche Vertrag wurde im Mai 1967 in Budapest unterschrieben.



AUFNAHME DIPLOMATISCHER BEZIEHUNGEN MIT DER BRD

Am 15. Oktober 1969 wurde jener Vertrag veröffentlicht, der die Handelsvertretungen Ungarns und der BRD berechnete, gegenseitig Reisepapiere zu bearbeiten und Visa auszustellen. Von ungarischer Seite wurde darüber hinaus betont, daß dieses Recht sich nicht auf Westberlin erstreckte. Dieser am 1. Januar 1970 in Kraft tretende Vertrag bedeutete einen erneuten Fortschritt in der Entwicklung der beidseitigen Beziehungen, er räumte beträchtliche Hindernisse für den stetig wachsenden Tourismus aus dem Weg.

Fast gleichzeitig kam es zu bedeutenden Veränderungen in der BRD. Bei den Wahlen vom 28. September 1969 erreichte die SPD 42,7 % und überschritt damit die psychologische Vierzig-Prozent-Hürde, die meisten Stimmen aber gingen wiederum an die CDU/CSU (46,1 %). Auf der Basis dieser Wahlergebnisse waren drei Regierungsmöglichkeiten gegeben:

1. eine erneute große Koalition,
2. eine Koalition aus Christdemokraten und Liberalen, die fast 40 Prozent ihrer Wählerbasis verloren hatten und
3. eine sozial-liberale Koalition.

Realität und Unterstützung hatte in der gegebenen Situation vor allem die dritte Variante. Die Koalition von SPD und FDP bedeutete für die Christdemokraten vor allem den Verlust der Regierungsposition, die sie über 20 Jahre „besessen“ hatte. In den emotionsgeladenen Debatten nach den Wahlen griffen die Christdemokraten mehrfach die Liberalen wegen ihrer Verletzung der politischen Moral an, weil sie diese in den vergangenen zwei Jahrzehnten als „ihre natürlichen Verbündeten“ betrachtet hatten.

In der Regierungserklärung von Kanzler

Brandt vom 28. Oktober zeichneten sich die neuen Konturen der Ostpolitik ab. Außenminister Scheel erklärte, die Regierung der BRD spreche sich frei von einer weiteren Anwendung der „Hallstein-Doktrin“. Die sozial-liberale Regierung erkannte die Existenz der beiden deutschen Staaten an und verzichtete auf Alleinvertretungsrecht. In der Außenpolitik der BRD trat nun das Verhältnis zur DDR und zur Sowjetunion in den Vordergrund.

In den Beziehungen zwischen Ungarn und Westdeutschland signalisierten Kooperationsverträge und das beidseitige Wachstum der Besucherzahlen die Veränderung. 1973 waren bereits mehr als hundert Kooperationsverträge zwischen Unternehmungen der beiden Länder gültig. Am 17. März 1970 kam mit dem Außenhandelsminister József Bíró erstmals ein Mitglied der ungarischen Regierung zu Besuch in die BRD. Als Resultat der Wirtschaftsverhandlungen wurde im September in Bonn ein langfristiger (über fünf Jahre laufender) Vertrag über den Warenverkehr und die wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit paraphiert. Dieser Vertrag wurde am 27. Oktober von Karl Schiller, dem Wirtschaftsminister der BRD, und Péter Vályi, dem ungarischen Finanzminister, unterschrieben. Dem Vertrag war es zu verdanken, daß der Wert des gegenseitigen Warenverkehrs in kurzer Zeit auf das Zweieinhalbfache anstieg. (1969 waren es 767 Millionen DM, 1973 1886 Millionen DM.)

Unmittelbar vor den Wahlen, am 8. November 1972, wurde der Grundlagenvertrag zwischen der DDR und der BRD paraphiert und am 21. Dezember unterschrieben. Damit wurde die DDR im Sinne des Völkerrechts von der BRD (zumindest de facto!) anerkannt. So war auch das letzte Hindernis im Prozeß der Normalisierung zwischen der BRD und den sozialistischen Ländern gewichen. Walter Scheel und János Péter trafen sich am 4. Juni in Helsinki, wo die beiden Außenminister sich darüber einigten, Verhandlungen über die Aufnahme diplomati-

scher Beziehungen zu entwickeln. Diese Verhandlungen begannen zwischen dem 13. und 16. August 1973 in Bonn. Der stellvertretende Außenminister János Nagy einigte sich mit Günter van Well im Vorfeld über die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen und die Einrichtung von Botschaften. Die Verhandlungen aber verliefen nicht vollkommen erfolgreich, denn es gab unterschiedliche Interpretationen bei der Auslegung des Viermächteabkommens in Bezug auf West-Berlin. Daher kam es erst nach Annahme des Moskauer Rechtshilfe-Modells durch die Verhandlungen vom 12. und 13. Dezember zur Einigung über die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen. Im Sinne dieser Einigung durfte die Budapester Botschaft der BRD die Konsularvertretung für ständige Bewohner West-Berlins übernehmen. Im Protokoll des Vertrages versprachen beide Seiten, die wissenschaftlichen, technischen wie auch kulturellen Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu prüfen.

DIE WESTÖFFNUNG – DER BEGINN DER VERSELBSTÄNDIGUNG DER UNGARISCHEN AUSSENPOLITIK

Die Mehrheit der westlichen Länder erachtete die nach 1956 gebildete Kádár-Regierung als nicht legitim, und es war klar, daß es auf keinem internationalen Forum zu Gesprächen mit dem ersten Sekretär der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP) kommen kann. Bis Ende der siebziger Jahre, aber eher noch bis Anfang der achtziger Jahre hatte sich jedoch dieses Bild grundlegend verändert: der einst verhaßte Politiker wurde zu einem der populärsten Staatsmänner des Ostblocks, das Land selbst mit dem Beinamen der „lustigsten Baracke des sozialistischen Lagers“ versehen. Die Kontakte zwischen Kádár und den Führern der westlichen



„Grenzöffnung“
am 11. September
1989 um 00.00
Uhr: Ostdeutsche
Flüchtlinge – nunmehr
auf österreichischer
Seite, in Richtung
Nickelsdorf.
(Ungarisches
Nationalmuseum)

Welt wurden regelmäßig. Die offiziellen Staatsvisiten führten den „Alten“ 1976 nach Österreich, 1977 nach Italien und Jugoslawien, 1978 nach Frankreich, 1985 nach Großbritannien. Dazwischen fuhr er zweimal – im Juli 1977 und im April 1982 – in die BRD. Zur gleichen Zeit war der Besuchsverkehr auch in Ungarn selbst recht rege: 1977 kamen der französische Ministerpräsident Raymond Barre, 1980 der Staatssekretär des Vatikans, 1982 François Mitterand, 1982 der US-Vizepräsident George Bush, 1984 die britische Ministerpräsidentin Margaret Thatcher nach Budapest. Auch zwei bundesdeutsche Bundeskanzler kamen im Rahmen einer Staatsvisite nach Ungarn, 1979 der Sozialdemokrat Helmut Schmidt und 1984 der CDU-Politiker Helmut Kohl.

In Ungarn selbst wiederum war zu dieser Zeit die Popularität Kádárs bereits im Sinken begriffen – was mit dem Rückgang des Lebensstandards und den immer offensichtlicher werdenden Wirtschaftsproblemen zusammenhing. Die Propagandamaschinerie war daher bestrebt, die Legitimität János Kádárs, die bisher aus der ständigen Steigerung des Lebensstandards abgeleitet wurde, nun auf die wachsende Anerkennung seiner Person im Ausland aufzubauen.

Während die ökonomische Zusammenarbeit mit der BRD immer wichtiger wurde, unterschrieb Ungarn am 24. März 1977 den „Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“ mit der DDR. Zwar besuchte Erich Honecker im Juni 1982 Ungarn persönlich – die Visite wurde von János Kádár im November 1983 erwidert –, dennoch kam es zu keiner grundlegenden Veränderung in den Beziehungen der beiden Länder. Am 19. Oktober 1985 unterschrieben Honecker und Kádár das langfristige Programm der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern. Das Programm umfaßte 15 Jahre, hätte also bis 2000 gedauert. Die Unterzeichnenden haben wohl geahnt, daß sie die Umsetzung des Programmes nicht mehr

erleben werden, aber damit wohl nicht gerechnet, daß das mit ihren Namen verbundene politische System nicht einmal die nächsten vier bis fünf Jahre überdauern würde.

Die 1972/73 gebremsten Reformen wurden 1978 wieder beschleunigt. 1979 waren die Vorbereitungsarbeiten für die Ausarbeitung des neuen Wirtschaftsleitungssystems, das am 1. Januar 1980 eingeführt werden sollte, in vollem Gang. Parallel zur Reform des Systems war einer der wichtigsten Ziele der Erhalt der Zahlungsfähigkeit des Landes. Die wirtschaftspolitische Abteilung des Zentralkomitees forderte eine grundlegende Neuorientierung der Außenwirtschaft: Die Bedeutung der COMECON-Staaten für die ungarische Wirtschaft sollte gesenkt und gleichzeitig der Anteil der westlichen Staaten in der Exportwirtschaft auf vierzig bis fünfzig Prozent gesteigert werden. Eine 1980 fertiggestellte Studie der wirtschaftspolitischen Abteilung schlug eine umfassende Regelung der mit den Staaten der Europäischen Gemeinschaft bestehenden Beziehungen vor und ließ anklingen, daß mit Hilfe westdeutscher sozialdemokratischer Politiker eruiert werden sollte, ob die EG bereit wäre, die Wirtschaftsbeziehungen zu Ungarn eventuell neu zu regeln. Angeblich erhielt diese Studie die höchste Geheimhaltungsstufe: Kádár hatte der Studie inhaltlich zugestimmt und deren Umsetzung – nach einer Absprache mit Breschnew – auch bewilligt: Dies hatte Ungarn dem Westen wieder einen Schritt nähergebracht.

Im September 1981 traf eine zweiköpfige ungarische Delegation mit den SPD-Politikern in Bonn zusammen. Die Deutschen waren von dem ungarischen Vorschlag vollkommen überrascht: Als sie hörten, daß die Ungarn das COMECON-Handelsverbot aufgeben wollten, wünschten sie umgehend Wilhelm Haferkamp, den Vorsitzenden des Außenhandelsausschusses der EG, den Verhandlungen beizuziehen. Die Verhandlungen dauerten bis November, und im April 1982 kam János Kádár mit einer Delegation



persönlich in die Hauptstadt der BRD. Statt eines Fortschrittes kam es aber zu einem schweren Rückschlag – und wegen der noch gültigen Archivsperre wissen wir nicht genau warum. Laut dem späteren ungarischen Botschafter István Horváth wurde Kádár von Kanzler Schmidt, der zur Vorsicht mahnte, verunsichert, und ein späterer Brief Schmidts, dessen Ton sehr neutral (und nicht gerade ermutigend) gehalten war, trug nur zur weiteren Verunsicherung des ersten Sekretärs bei.

Aber auch so war es gelungen, die Toleranzgrenze Moskaus in Bezug auf einen Orientierungswechsel in der Außenwirtschaft auszuweiten, und es ist vielleicht kein Zufall, daß 1984 – als die meisten ostmitteleuropäischen sozialistischen Staaten den Dialog mit dem Westen ruhen ließen – Budapest zu einer diplomatischen Drehscheibe wurde. Im Februar besuchten die britische Ministerpräsidentin Margaret Thatcher und der schwedische Außenminister, im März der Vorsitzende des Bundestages Rainer Barzel, im April der italienische Ministerpräsident Bettino Craxi und der finnische Reichspräsident sowie der dänische stellvertretende Außenminister die ungarische Hauptstadt. Im Mai folgten noch der österreichische Justizminister, der belgische Parlamentspräsident, der kanadische Verkehrsminister, der australische Außenminister, der Ministerpräsident von Baden-Württemberg Lothar Späth, im Juni der österreichische Innenminister, der bundesdeutsche Kanzler Helmut Kohl, der österreichische Verkehrsminister. Ohne die Aufzählung fortzusetzen, sei nur festgestellt, daß auch im nächsten Halbjahr noch zahlreiche Ministerpräsidenten, Minister oder Diplomaten nach Ungarn kamen. Das Wesentliche ist vielleicht auch so schon beschrieben: Ohne die Bündnistreue mit der Sowjetunion je hinterfragt zu haben oder zu hinterfragen, wich Ungarn in der Frage der Westpolitik von der sowjetischen außenpolitischen Richtlinie ab.

István Horváth wurde im Sommer 1984 zum Botschafter in Bonn ernannt. Horváth

war Diplomökonom von Beruf und in den Jahren vor seiner Ernennung in der Abteilung Wirtschaftspolitik im Zentralkomitee der USAP tätig, wo er sich in erster Linie mit außenwirtschaftlichen Beziehungen beschäftigte. Bevor er den Posten an der Spitze der Bonner Mission übernahm, hatte er die Funktion des Konsuls in den Haag inne. Er sammelte sicherlich wichtige Erfahrungen während seiner kurzen diplomatischen Tätigkeit in den Niederlanden, die er später in Bonn einsetzen konnte, doch bedeutete die Position des Botschafters in der BRD eine grundlegend neue Situation, und zwar nicht nur durch das Gewicht und die Zweigeteiltigkeit des Landes innerhalb Europas, sondern auch durch die ständige Intensivierung der ungarisch-deutschen Beziehungen. Der Erfolg der siebenjährigen Arbeit Horváths als Botschafter lag in erster Linie darin, daß er zu zahlreichen westdeutschen Politikern und bedeutenden Persönlichkeiten – wie zum Beispiel dem bayrischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß (1978–1988), dem außenpolitischen Berater des Kanzlers Horst Teltschick, dem Außenminister Hans-Dietrich Genscher (1974–1992), dem Großindustriellen Josef März oder dem Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg Lothar Späth (1978–1991) – über die offiziellen Beziehungen hinausweisende persönliche, freundschaftliche Kontakte unterhielt.

In den achtziger Jahren wurde die BRD – nach der Sowjetunion – zum zweitwichtigsten Handelspartner Ungarns, die DDR lag auf dem dritten Platz. Mitte der achtziger Jahre sah Ungarn seine Beziehungen zur BRD in drei Bereichen noch weiter ausbaubar: im kulturellen Bereich, im Bereich der Minderheitenpolitik und im Bereich der Reiseerleichterungen.

Ungarn betrachtete ja lange die DDR als die ausschließliche Vertreterin der deutschen Kultur, und als „Pate“ der deutschsprachigen Minderheit Ungarns. Aus diesem Grund konnten diese Ziele auch für die BRD nicht einerlei sein. Der Bonner Botschafter wandte sich



zu dieser Zeit zum ersten Mal vertraulich an Franz Josef Strauß mit der Bitte, die Regierung der BRD möge – ähnlich den Krediten an die DDR – eine Unterstützung für Ungarn in der Höhe von zwei Milliarden Mark gewähren. Wie wir noch sehen werden, gab es zwischen der BRD und Ungarn laufend Verhandlungen, doch erst 1987 erfolgte der große Durchbruch.

Dem Besuch des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker im Oktober 1986 kam in erster Linie symbolische Bedeutung zu: Das seit dem 1. Juli 1984 im Amt befindliche Staatsoberhaupt nahm die Einladung mit Freuden entgegen, war dies doch sein erster Besuch in ein ostmitteleuropäisches sozialistisches Land. Weiter war dieser Besuch Weizsäckers auch deshalb von großer symbolischer Bedeutung, weil in seiner Person zum ersten Mal ein deutscher Bundespräsident Ungarn besuchte. Im Rahmen des Besuches wurde der Sache der deutschsprachigen Minderheit Ungarns eine herausragende Bedeutung zugemessen. Es war kein Zufall, daß im Programm Weizsäckers der Besuch der Stadt Pécs als Zentrum des Komitates Baranya und der „schwäbischen“ Minderheit sowie ein Treffen mit den dortigen Vertretern der Minderheit wichtige Punkte waren. Der Besuch förderte den Ausbau der weiteren intensiven Kontakte, glücklicherweise protestierte auch die DDR nicht.

Franz Josef Strauß kam noch im selben Jahr mit einer Sondermaschine am 5. und 6. Dezember nach Ungarn. Sein Besuch erhielt einen rein privaten Charakter, als Kádár – entweder auf Anraten seiner Konsulenten oder aus alten ideologischen Mentalitätsprägungen heraus – nicht bereit war, ihn offiziell zu empfangen, obwohl er dann doch am 5. Dezember mit dem bayerischen Ministerpräsidenten im Parlament zusammentraf. Entgegen den ursprünglichen Abmachungen wollte die ungarische Seite nun nur mehr die Hälfte der zwei Milliarden Mark. Strauß, der eine Schlüsselfigur in der Milliardenstütze an Ungarn war, schlug vor, bis zur Un-

terschrift der Verträge alles geheimzuhalten.

Die Bonner Botschaft übernahm bei der Organisation beider Besuche eine herausragende Rolle. István Horváth war als Botschafter nicht in der Position des Entscheidungsträgers, dennoch konnte er die Entwicklung der Beziehungen in hohem Maße beeinflussen, und zwar in erster Linie durch seine persönlichen Kontakte. Er war jene Person, die die miteinander verhandelnden Politiker beider Länder und deren Mentalität vielleicht am besten kannte. Die Mitarbeiter der Botschaft bauten ihre Beziehungen zu entscheidenden Persönlichkeiten der Medien, vor allem zu den Leitern der bedeutenderen Presseorgane (Frankfurter Allgemeine Zeitung, Die Welt) bewußt aus. Nicht verheimlichtes Ziel war dabei, das Ungarn-Bild zu verändern, anfangs durch geweckte Aufmerksamkeit bezüglich der Ereignisse in Ungarn, später immer mehr durch positive Beeinflussung des Landesimage. Dieser Prozeß hätte auf lange Zeit für Ungarn einen höheren Grad an Anerkennung, den Anstieg der Kapitaleinfuhr und eine Belebung des Tourismus aus dem Westen bedeutet – darauf hoffte man zumindest in Budapest. Grund für Zuversicht ergab sich auf jeden Fall dadurch, daß vier Tage nach dem Strauß-Besuch der sog. „Ungarn-Bericht“ des Bundestages fertiggestellt wurde. Der Bericht, der auf der Analyse einer Bundestagsdelegation basierte, vermittelte ein umfassendes Bild des Landes und signalisierte, daß auch in der BRD ein neues Ungarn-Image im Entstehen sei. Dem Bericht zufolge habe Ungarn als erstes Land des Ostblocks Schritte in Richtung Veränderung seiner Wirtschaftspolitik getan, führe eine aktive Außenpolitik und die Reformpolitik sei auch von gewissen Demokratisierungsinitiativen gekennzeichnet.

Der Besuch von Ministerpräsident Károly Grósz vom 7. bis zum 10. Oktober 1987 brachte die Wende in den ungarisch-westdeutschen Beziehungen. Von den unterschriebenen Abkommen waren vier von herausragender Bedeutung, zwei Übereinkünfte – über die Er-

richtung von Kulturinstituten und über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit – sowie zwei Regierungserklärungen – über die Pflege der Kultur, Traditionen und Sprache der Deutschen in Ungarn und die Deklaration zur Visavergabeerleichterung.

Darüber hinaus kam es auch zu einem Abkommen über die Gewährung eines von der bundesdeutschen Regierung garantierten Kredits in der Höhe von einer Milliarde DM durch bundesdeutsche Geldinstitute unter der Führung der Deutschen Bank.

Die Abkommen lösten ein breites internationales Echo aus. Von den Mitgliedern des Warschauer Paktes unterfertigte Ungarn als erstes Land ein Abkommen zur Errichtung von Kulturinstituten, verabschiedete als erstes eine die deutschsprachige Minderheit unterstützende Regierungserklärung, und wegen des Schengener Vertrages gab es auch noch keinen Präzedenzfall im Bereich von Erleichterungen bei der Visavergabe.

Miklós Németh, der für Wirtschaftsfragen zuständige ZK-Sekretär, Mitglied des Politbüros, fuhr in der Folge zweimal in die BRD: Zuerst im Januar 1988, als er den neuerlichen Kreditanspruch der ungarischen Regierung entgegennahm, schließlich im Juni 1988 nach der Parteikonferenz im Mai, bei der Kádár entlassen und Grósz zum ersten Sekretär ernannt worden war.

Sich auf einen inoffiziellen Bericht der Bonner Regierung stützend arbeitete die ungarische Botschaft eine Studie über die Sicht der Veränderungen in Ostmitteleuropa in der BRD aus. Laut dieser wurden die ungarischen Veränderungen als ermutigend gesehen, die Reformversuche in den übrigen sozialistischen Staaten aber als weniger bedeutend. Eine gewisse Voreingenommenheit kann hier natürlich nicht ausgeschlossen werden, doch immerhin ist zu beachten, daß der ein wenig später vom sowjetischen Bogomolow-Institut verfaßte Bericht zu durchaus ähnlichen Schlußfolgerungen kam. Der Bericht für die sowjetische Parteiführung schrieb von einer „dramatischen Zuspitzung der wirt-

schaftlichen und politischen Situation“ in Ungarn und Polen, in deren Folge die kommunistischen Parteien der beiden Länder nicht umhin kommen werden, die Opposition zu legalisieren, eventuell ein Mehrparteiensystem einzuführen und Maßnahmen zu ergreifen, die einer Demokratisierung förderlich sind.

WENDE UND FLÜCHTLINGSFRAGE

Das im Bericht des Bogomolow-Institutes beschriebene Drehbuch wurde in Ungarn innerhalb weniger Monate realisiert. Am 28. Januar 1989 erklärte Staatsminister Imre Pozsgay im Rundfunk, daß laut einer Stellungnahme einer Kommission 1956 keine Konterrevolution gewesen sei, sondern ein Volksaufstand: Mit dieser Ankündigung war die Legitimationsgrundlage des Kádár-Systems erschüttert. Auf der ZK-Sitzung vom 10./11. Februar 1989 war die USAP gezwungen, das Mehrparteiensystem zu akzeptieren, am 22. März wurde der Runde Tisch der Opposition gegründet, am 13. Juni wurden die Verhandlungen am Nationalen Runden Tisch eröffnet, am 16. Juni folgte die Wiederbestattung von Imre Nagy.

Was die Problematik der DDR-Flüchtlinge betrifft, waren vor allem zwei Ereignisse von herausragender Bedeutung: die Ratifizierung der Genfer Flüchtlingskonvention am 14. März 1989 sowie der Beginn des Abbaus der technischen Grenzsperrn am „Eisernen Vorhang“.

Der Abbau der Grenzsperrn wurde offiziell erst am 2. Mai angekündigt, zum symbolischen Akt der Durchtrennung des Stacheldrahtes durch den österreichischen Außenminister Alois Mock und dessen ungarischen Kollegen Gyula Horn kam es am 27. Juni. In der Folge stiegen die Reiseanträge in der DDR in Richtung Ungarn um dreißig bis vierzig Prozent: Von den ostdeutschen Bür-



gern und Bürgerinnen, die ihren Urlaub in Ungarn verbracht hatten, blieben viele im Land, um über die nun offene österreichisch-ungarische Grenze in die BRD zu gelangen. Im Sinne eines gültigen Abkommens zwischen Ungarn und der DDR hätten jene ostdeutschen Staatsbürger und -bürgerinnen, die versucht hatten, über die Grenze zu kommen, in die DDR abgeschoben werden müssen, und ihr illegaler Grenzübertrittsversuch hätte mittels eines Stempels in ihrem Paß festgehalten werden müssen. Die ungarische Regierung wußte sehr genau, daß die so abgeschobenen Personen schweren Retorsionsmaßnahmen in der DDR ausgesetzt gewesen wären, und entschloß sich daher anfänglich zu einer Überbrückungsmaßnahme: Sie wies die Grenzbehörden an, den Hinweis auf den illegalen Grenzübertrittsversuch nicht in den Reisepaß zu stempeln, sondern auf ein getrenntes Blatt Papier, das die ostdeutschen Bürger und Bürgerinnen dann einfach wegwerfen konnten.

Aus Anlaß des Paneuropa-Picknicks, das am 19. August unter der Schirmherrschaft von Otto Habsburg und Imre Pozsgay in Sopron stattfand, wurde ein kleiner, bis 1945 bestehender Grenzübergang in der Nähe der Ortschaften Sopronpuszta und Fertőrákos provisorisch wieder eröffnet: Mehrere hundert DDR-Bürger und Bürgerinnen gelangten so nach Österreich und von dort in die BRD. Der Bericht des Grenzschutzes schätzte die Zahl der geflüchteten Ostdeutschen auf 190 Personen, die Vertreter der Paneuropa Union sprachen von 661. Die tatsächliche Zahl ist bis heute unbekannt, doch dürfte letztere Angabe eher den Tatsachen entsprechen. Festzuhalten ist aber, daß es am 19. August nicht zu einer minutiös geplanten Ausbruchsaktion gekommen ist. Die Mehrheit der Ostdeutschen wurde mittels eines Flugblattes über das bevorstehende Picknick informiert, und die Flucht löste eben deshalb ein so großes Echo aus, weil sie so ergreifend und spontan gewesen war. Es kam zu natürlichen menschlichen Reaktionen, als die Masse wie

ein Mann durch das Tor drängte, als einige sich niederknieten und den „freien Boden“ küßten oder als ein Grenzschutzbeamter das zurückgebliebene Kind eines ostdeutschen Ehepaares über die Grenze „schmuggelte“.

Mit Beschluß der ungarischen Regierung vom 23. August 1989 konnten die mehreren hundert ostdeutschen Flüchtlinge, die in der Botschaft der BRD in Budapest Zuflucht gesucht hatten, mit Papieren des Roten Kreuzes versehen das Land verlassen. Die Aktion fand unter größter Geheimhaltung im Morgenrauschen des 24. August statt: Die Flüchtlinge wurden zum Flughafen gebracht, von dort mit einer Sondermaschine nach Wien ausgeflogen. Ebenso geheim war das Treffen der Ministerpräsidenten und Außenminister der beiden Länder am 25. August in Schloß Gymnich bei Köln. Obwohl aus dem Protokoll und den Aufzeichnungen eindeutig hervorgeht, daß nicht die Flüchtlingsfrage das Hauptthema gewesen ist, so wissen wir dennoch aus den Memoiren von Gyula Horn und Helmut Kohl, daß die ungarische Seite hier festhalten ließ, daß sie keinerlei Absicht hege, die Flüchtlinge in die DDR abzuschieben, und die Grenze für sie öffnen möchte.

Am 29. August überbrachte der Botschafter der DDR, Gerd Vehres, die Wünsche seiner Regierung: Der ungarische Außenminister möge so rasch als möglich nach Berlin kommen, um über die Frage der Flüchtlinge zu verhandeln. Die Delegation unter Führung von Gyula Horn kam am 31. August in Ostberlin an, wo es zu zwei Verhandlungsrunden kam, einer mit Außenminister Oskar Fischer, einer weiteren mit ZK-Sekretär und PB-Mitglied Günter Mittag. Unter Protest der ostdeutschen Politiker erklärte Horn, daß die ungarische Regierung das Reiseabkommen mit der DDR aus dem Jahr 1969 aussetze und jenen ostdeutschen Staatsbürgern und -bürgerinnen, die nicht mehr nach Hause zurückkehren wollen, die Ausreise in jedes Land ermöglichen werde, welches sich bereit zeige, sie ein- oder durchreisen zu lassen. Horn machte keinerlei Zugeständnisse

und zeigte sich nur bereit, den Termin der Grenzöffnung vom 4. September auf den 11. zu verschieben. Tatsächlich wäre aber auch der ursprüngliche Plan der ungarischen Regierung erst dann zur Verwirklichung gekommen.

Eine Frage auf der Tagung des Zentralkomitees am 1. September 1989 beantwortend informierte Horn über den neuesten Stand der Lage im Flüchtlingswesen und berichtete über die Erfolglosigkeit der Verhandlungen in Berlin. Am gleichen Tage informierte Staatssekretär Franz Bertele, Leiter der ständigen Vertretung der BRD in Ostberlin – die nicht dem Ministerium für auswärtige Angelegenheiten, sondern dem Bundeskanzleramt unterstellt war – Bonn telegraphisch darüber, daß sich die Standpunkte der ungarischen und der ostdeutschen Verhandlungspartner einander nicht genähert haben. Das Außenministerium der DDR machte in seiner Note vom 4. September die BRD für die entstandene Lage verantwortlich und ersuchte das ungarische Außenministerium, die ostdeutschen Staatsbürger nicht in ein Drittland ausreisen zu lassen, sondern sie zur Heimreise aufzufordern und damit all die diesbezüglichen Maßnahmen der DDR zu unterstützen. Außenminister Oskar Fischer jedoch hegte keine Illusionen: Das Politbüro formulierte auf seiner Sitzung am 5. September eindeutig, daß eine Abänderung des ungarischen Standpunktes nicht zu erwarten sei. Der Chef der Staatssicherheitsorgane, Erich Mielke, beschuldigte Ungarn direkt des Verrates am Sozialismus.

Am 10. September kündigte Horn schließlich in der ungarischen Fernsehsendung „Die Woche“ an, daß im Sinne des ungarischen Regierungsentscheides die Grenzen für die ostdeutschen Flüchtlinge am 11. September um 0 Uhr geöffnet werden. Die westdeutschen Fernsehanstalten zeigten die jubelnden Bewohner des Rotkreuz-Lagers im Budapester Stadtteil Zuglitz, als Csilla Freifrau von Boeselager die Worte Gyula Horns in der Live-Sendung ins Deutsche übersetzte. Auf dem Bildschirm waren vor Freude

weinende Flüchtlinge zu sehen, die in stürmischem Applaus ausbrachen, einander in die Arme fielen und denen anzusehen war, daß sie sich völlig gerührt dessen bewußt waren, Zeugen eines historischen Augenblickes zu sein.

ZUSAMMENFASSUNG

„Ungarn hat den ersten Stein aus der Mauer geschlagen“ – Es war Helmut Kohl, der mit diesen Worten Ungarns Rolle in der Öffnung der innerdeutschen Grenze im Dezember 1989 im ungarischen Parlament würdigte. Auch wenn wohl außer Zweifel steht, daß Ungarn 1989 historische Entscheidungen getroffen hat, so dürfen wir diese nicht überbewerten. Die gegebene Entscheidung war ja die einzig richtige unter den Alternativen, und eine Entscheidung verdient wohl kein besonderes Lob, wenn sie in der gegebenen Situation nicht die schlechte war. Natürlich kann man auch heute noch nicht den historischen Moment vergessen, aber aus der Entfernung von zehn Jahren ist auch schon die Funktionsweise der in Agonie verfallenden kommunistischen Welt gut zu sehen. Die ungarischen Entscheidungen sind auch deshalb wichtig, weil sie die ungarische politische Führung selbständig gemacht hat – zu einem Zeitpunkt, als der sozialistische Block noch sehr wohl existierte und noch mehrere zehntausend sowjetische Soldaten im Land stationiert waren. Wenn es nicht dazu gekommen wäre, hätten die Ereignisse in der DDR, die Systemwechsel in Ostmitteleuropa eine andere Richtung genommen.

Zwischen 1949 und 1989 bewegten sich die ungarisch-deutschen Beziehungen im wesentlichen in einem diplomatischen Dreieck von zwingenden Notwendigkeiten: Zwang, weil Deutschland geteilt war, aber auch deshalb, weil die DDR – wie Ungarn – eine Diktatur sowjetischen Typs war. Als Mitglieder desselben Blocks verfügten sowohl die DDR als auch Ungarn nur über eine beschränkte eigen-



ständige Außenpolitik. Die ungarische politische Führung betrachtete die DDR lange als alleinigen Vertreter des deutschen Volkes und kommunizierte überhaupt nicht oder nur sehr wenig auf diplomatischer Ebene mit der BRD. Die Ostöffnung der BRD ab den sechziger Jahren, die Überwindung der „Hallstein-Doktrin“ führten aber zur diplomatischen Kontaktaufnahme des Jahres 1973. Ungarn suchte günstige Wirtschaftskontakte mit der BRD, stützte sich aber im politischen Bereich weiter auf die sozialistischen Propagandaslogans. Aber weder die diplomatischen Beziehungen noch die jahrhundertealten Traditionen einer wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenarbeit hätten die konstruktive Weiterentwicklung der Beziehungen der beiden Länder ermöglicht, wenn es zwei Faktoren nicht gegeben hätte: erstens, eine weitreichende Toleranz, eine Bereitschaft zum Dialog, finanzielle Unterstützung und Kredite durch die BRD und zweitens eine ungarische Außenpolitik, die zunehmend eigenständiger werden konnte, und einen ungarischen Reformprozeß. Das gemeinsame Ergebnis dieser vielen kleinen Faktoren führte

schließlich dazu, daß sich die beiden Länder ihren Möglichkeiten entsprechend in den letzten Stunden des Kommunismus halfen: Die BRD gewährte dem hochverschuldeten ungarischen Staate Finanzkredite und bundesdeutsche Stiftungen unterstützten die sich formierenden neuen Parteien, Ungarn wiederum trug mittels der Grenzöffnung für die ostdeutschen Flüchtlinge mittelbar zum Fall der Berliner Mauer und zur Wiedervereinigung bei.

Diese wechselseitige Hilfestellung kann und darf nicht auf die Waagschale gelegt oder gar kategorisiert werden, weil es in erster Linie nicht um eine politische Unterstützung ging. Die Interessen fielen in einer außergewöhnlichen Situation einfach zusammen, in der man über den weiteren Verlauf der Dinge und über die Folgen politischer Entscheidungen nur wenig wußte. Und so kam eine vierzig Jahre währende Periode der deutsch-ungarischen Beziehungen wenigstens zu einem würdigen Abschluß – auch wenn dieser notwendigerweise das Ende des ostdeutschen Regimes bedeuten mußte.

QUELLEN UND LITERATUR

- Magyar Országos Levéltár. Külügyminisztériumi iratok. XIX-J-1-j NSZK TÜK 1949–1964, Karton 1, 2, 3, 4, 7.
- Ebd. XIX-J-1-j NDK TÜK 1949–1969, Karton 11, 13, 17.
- A német kérdés. Dokumentumgyűjtemény (ausgew. von Dr. István Németh), Budapest 1993.
- Az első határnyitás. Sopron, 1989. augusztus 19. (hrsg. von Gyula Kurucz), Budapest 2000.
- BOTOS, János / GAÁL, Miklós / NAKATH, Monika / PALKA, Ursel (Hrsg.): A Magyar Szocialista Munkáspárt és a Német Szocialista Egységpárt együttműködésének dokumentumai. 1977–1988, Budapest 1988.
- Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90. Herausgegeben vom Bundesministerium des Innern, München/Oldenburg 1998.
- FISCHER, Ferenc: A megosztott világ. A Kelet-Nyugat, Észak-Dél nemzetközi kapcsolatok fő vonásai (1941–1991), Budapest 1996.
- FÜLÖP, Mihály / SIPOS, Péter: Magyarország külpolitikája a XX. században, o.O. 1998.
- GLAESSNER, Gert-Joachim: Demokratie und Politik in Deutschland, Opladen 1999.
- Handbuch der deutschen Außenpolitik (hrsg. von Hans-Peter Schwarz), München/Zürich 1975.
- HORN, Gyula: Freiheit, die ich meine, Hamburg 1991.
- HORVÁTH, István / NÉMETH, István: ...és a falak leomlanak. Magyarország és a német egység (1945–1990), Budapest 1999.
- KISS J., László: Az első államközi megállapodástól a diplomáciai kapcsolatok felvételéig. A magyar–NSZK kapcsolatok egy évtizede (1963–1973) = Külpolitika, 1976/3, 40–64.
- KISSINGER, Henry: Diplomacy, New York 1994.
- KOHL, Helmut: Ich wollte Deutschlands Einheit, Berlin 1996.
- Magyar külpolitika 1956–1989. Történeti kronológia (zusammengestellt von Miklós Nagy), Budapest 1993.
- MEZEL, Géza: Németország és a hidegháború. A szövetséges hatalmak és a német kérdés 1945–1961, Budapest 1999.
- NÉMETH, István/KOCSIS, András: Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ungarn und der DDR. In: Die DDR – Analysen eines aufgegebenen Staates (hrsg. von Timmermann, Heiner), Berlin 2001, 643–652 (Sonderdruck).
- Politics and Government in Germany, 1944–1994. Basic Documents, ed. by Carl-Christoph Schweitzer et alii, Oxford 1995.
- RUFF, Mihály: A hivatalos Magyarország nyugatnémet politikai kapcsolatairól (1956–1958) = Századok, 1998/5, 1113–1132.
- RUFF, Mihály: Magyarország és az NDK kapcsolatairól (1956. november–1958. március) = Múltunk, 1995/2, 30–66.
- RÜHLE, Jürgen / HOLZWEISSIG, Gunter: 13. August 1961. Die Mauer von Berlin, Köln 1988.



„Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“ Interne Dokumente zum Zerfall von SED und DDR 1988/89 (hrsg. von Gerd-Rüdiger Stephan), Berlin 1994.

ZSIGA, Tibor: A „vasfüggöny“ és kora. Budapest 1999 (Hanns Seidel Stiftung).

40 Jahre Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Herausgegeben vom Auswärtigen Amt, Bonn 1989.

